

Hans Ullrich Rühmland

**DIE BEWAFFNETEN KRÄFTE
UND PARAMILITÄRISCHEN VERBÄNDE
DER DDR**

**Ihre Entwicklung und Struktur sowie ihre
Einbettung in das Politische System der DDR
und in den Warschauer Pakt**

1981

1982



Digitized by the Internet Archive
in 2026

Neuere Geschichte

Die Bewaffneten Kräfte und Paramilitärischen
Verbände der DDR -
ihre Entwicklung und Struktur sowie ihre Ein-
bettung in das Politische System der DDR und
in den Warschauer Pakt

Inaugural-Dissertation
zur Erlangung des Doktorgrades

der

P h i l o s o p h i s c h e n F a k u l t ä t

der

Westfälischen Wilhelms-Universität

zu

Münster (Westf.)

vorgelegt von

Hans Ullrich Rühmland
aus Golzow / Zauche (jetzt: Kreis Brandenburg)

1981

18. 81

Tag der mündlichen Prüfung.....

Dekan: Professorin Dr. M.E. Brockhoff

Referent: Professor Dr. Werner Hahlweg

Korreferent: Professor Dr. Gerhard W. Wittkämper



I n h a l t s ü b e r s i c h t

Abkürzungsverzeichnis.....	VIII
Schrifttum.....	XIX
Vorbemerkung. Problemstellung und Zielsetzung.....	1
I. Problemstellung.....	1
II. Untersuchungsgegenstand.....	3
III. Methodik und Erkenntnisquellen.....	5
Erster Teil. Begriffserklärung und Auftrag der Bewaffne- ten Kräfte und der Paramilitärischen Organi- sationen.....	9
I. Begriffsanalyse.....	9
II. Wesen, Auftrag und Funktion der Streitkräfte	16
Zweiter Teil: Die historische Entwicklung der Bewaffne- ten Kräfte und der Paramilitärischen Ver- bände.....	26
I. Der Aufbau der Volkspolizei (1945-1951)....	26
II. Die Kasernierte Volkspolizei und der Aufbau der Paramilitärischen Organisationen (1952- 1955).....	40
III. Die Nationale Volksarmee als Freiwilligen- armee (1956-1961).....	47
IV. Die NVA als Wehrpflichtarmee (1956-1968/69)	55
V. Die Streitkräfte der DDR im Zeitraum von 1970 bis 1980.....	59

Dritter Teil. Die Wehrstruktur.....	62
A. Die Wehrverfassung.....	62
I. Die Bestimmungen zur Landesverteidigung...	62
II. Die Verfassungsartikel zum Wehrwesen.....	62
III. Das System der Staatsorgane.....	64
1. Die Volkskammer.....	64
2. Der Staatsrat.....	65
3. Der Nationale Verteidigungsrat.....	66
4. Der Ministerrat.....	68
5. Das Oberste Gericht.....	68
6. Die Generalstaatsanwaltschaft.....	68
IV. Die Wehrrechtsbestimmungen.....	69
V. Die Kriegsdienstverweigerung.....	69
B. Die Befehls- und Kommandogewalt.....	70
I. Die politische und militärische Führung...	71
II. Der Oberste Befehlshaber.....	72
III. Die Führung der mobilen Verbände.....	73
C. Das Wehrsystem.....	73
D. Die Führungsgliederung der drei für die Bewaff-	
neten Kräfte zuständigen Ministerien.....	75
I. Keine Veröffentlichung der Organisations-	
pläne.....	75
II. Die Sonderstellung der drei Sicherheits-	
ministerien der DDR.....	75
III. Das Ministerium des Innern.....	77
IV. Das Ministerium für Staatssicherheit.....	77
V. Das Ministerium für Nationale Verteidigung	79
VI. Das Organisationsschema des Ministeriums für	
Nationale Verteidigung.....	80

III

E. Die Truppengliederung und Ausrüstung.....	82
I. Die Nationale Volksarmee.....	82
1. Die Landstreitkräfte.....	84
2. Die Luftstreitkräfte/Luftverteidigung..	94
3. Die Volksmarine.....	98
II. Die Grenztruppen der DDR.....	100
III. Die Gliederung und Ausrüstung der Paramili- tärischen Verbände.....	106
1. Die VP-Bereitschaften.....	106
2. Die Transportpolizei.....	108
3. Das Wachregiment des Ministeriums für Staatssicherheit.....	109
4. Die Kampfgruppen der Arbeiterklasse....	109
5. Die Einheiten der Zivilverteidigung....	112
6. Die Gesellschaft für Sport und Technik.	115
F. Der strukturelle Einfluß der SED.....	118
I. Die Polithauptverwaltung.....	118
II. Die SED-Parteiorganisation in der NVA.....	119
III. Die FDJ-Organisation in der NVA.....	120
IV. Die Politorgane.....	121
V. Die Partei- und Politikader der Paramili- tärischen Verbände.....	122
G. Die militärische Ausbildung und Erziehung.....	122
I. Die militärische Ausbildung in den Streit- kräften.....	123
1. Der Grundwehrdienst.....	123
2. Die Unteroffiziersausbildung.....	125
3. Die Fähnrichsausbildung.....	126
4. Die Offiziersausbildung.....	127

II. Die militärische Ausbildung in den Paramilitärischen Verbänden.....	131
1. Die VP-Grundausbildung.....	131
2. Die Ausbildung der Angehörigen des Ministeriums für Staatssicherheit.....	132
3. Die Ausbildung in den Einheiten der Zivilverteidigung.....	132
4. Die Grundausbildung in den Kampfgruppen	133
5. Die vormilitärische Ausbildung in der Gesellschaft für Sport und Technik.....	134
III. Die politische Erziehung.....	135
1. Die Politschulung der Soldaten.....	135
2. Die Gesellschaftliche Ausbildung der angehenden Berufssoldaten.....	136
3. Die Gesellschaftswissenschaftliche Weiterbildung der Berufssoldaten.....	136
4. Die Staatspolitische Schulung in den Baueinheiten und in den Einheiten der Zivilverteidigung.....	136
5. Die Partei- und Politschulung in den Kampfgruppen.....	137
6. Die wehrpatriotische Erziehung in der Gesellschaft für Sport und Technik.....	137
IV. Die Traditionspflege.....	137
1. Die Bedeutung der Traditionspflege.....	137
2. Das Traditionsbild aus der Sicht der marxistisch-leninistischen Geschichtsphilosophie.....	138
3. Die Formen der Traditionspflege.....	138
4. Die Traditionsbildung.....	139
5. Die Etappen der Traditionsbildung.....	140

6. Die Traditionslinien.....	142
7. Die Traditionspflege in den Paramilitärischen Verbänden.....	144
8. Die Träger der Traditionspflege.....	145
 Vierter Teil. Die Einbettung der Bewaffneten Kräfte und der Paramilitärischen Verbände in das Politische System der DDR.....	 146
I. Die Merkmale des Politischen Systems.....	146
II. Die Kontrolle des Militärs.....	148
1. Die Suprematie der SED.....	148
2. Die Stellung des Militärs im Politischen System	148
3. Der Einfluß der Paramilitärischen Ver- bände im Politischen System.....	149
III. Militarismus, Militär-Industrie-Komplex, Militarisierung.....	155
1. Die Dominanz der Streitkräfte gegenüber den Polizei- und Sicherheitsverbänden (seit 1956).....	155
2. Die Militarisierung der Gesellschaft...	156
IV. Die Stellung des Militärs unter organisa- tionssoziologischen Gesichtspunkten.....	160
1. Die besonderen Festlegungen im Militär- dienst.....	160
2. Die Berufsrolle des Offiziers und das Erwartungsfeld der SED.....	161

Fünfter Teil. Die Einbettung der Bewaffneten Kräfte und der Paramilitärischen Verbände in den Warschauer Pakt.....	164
I. Die Mitglieder des Warschauer Paktes.....	164
II. Die Motive der sowjetischen Außenpolitik im Hinblick auf die Bildung der Militärkoali- tion.....	165
III. Der Vertragstext.....	165
1. Der territoriale Geltungsbereich.....	165
2. Die bilateralen Verträge.....	166
3. Die Truppenstationierungsverträge.....	168
IV. Die Prinzipien der Zusammenarbeit im War- schauer Pakt.....	169
V. Die politischen und militärischen Organe des Warschauer Paktes.....	171
1. Die Rechtsqualität der Organe.....	171
2. Die politischen Führungsorgane.....	172
a) Der Politische Beratende Ausschuß...	172
b) Das Vereinigte Sekretariat.....	176
c) Das Komitee der Außenminister.....	177
3. Die militärischen Führungsorgane.....	178
a) Das Komitee der Verteidigungsminister	178
b) Das Vereinte Kommando mit dem Ober- kommandierenden.....	179
c) Der Stab der Vereinten Streitkräfte.	182
d) Der Militärrat.....	184
e) Das Technische Komitee.....	185
f) Die Vereinten Streitkräfte.....	185

VII

VI. Die Formen der militärischen Zusammen arbeit.....	189
VII. Die Entwicklungsetappen der Militär- allianz.....	191
VIII. Abweichungen von der Struktur des Warschauer Paktes.....	194
Zusammenfassung.....	204
Anmerkungen.....	209
Lebenslauf (handschriftlich).....	

Verzeichnis der Abkürzungen

Das vorliegende Verzeichnis enthält die militärischen und (teilweise) politischen Abkürzungen, die in der DDR und im Warschauer Pakt verwandt werden.

Bei juristischen Abkürzungen wird auf Hildebert Kirchner, Abkürzungsverzeichnis der Rechtssprache, 2. Auflage 1968 verwiesen; für alle allgemeinen Abkürzungen, die in der DDR gebräuchlich sind, auf das Verzeichnis der in der DDR gebräuchlichen Abkürzungen, 1. Auflage 1975.

Diejenigen Abkürzungen, die in der Bundeswehr und in der NATO gebraucht werden, sind im Anhang aufgeführt und erklärt.

A = Armee

ABAO = Allgemeine Brandschutzanordnung

ABC-Waffen = atomare, chemische und biologische Waffen

ABI = Arbeiter- und Bauerninspektion

Abt. = Abteilung

ABV = Abschnittsbevollmächtigter der Deutschen Volkspolizei

ACZ = Agrochemisches Zentrum

ADMV = Allgemeiner Deutscher Motorsportverband

ADN = Allgemeiner Deutscher Nachrichtendienst

AeO = Arbeitsgemeinschaft ehemaliger Offiziere

AfAS = Amt für Atomsicherheit und Strahlenschutz der DDR

AIZ = Aufklärungs- und Informationszentrum

AK = Automat Kalaschnikow

AO = Anordnung

API = Aktuelle Politische Information

AR = Armee-Reporter; ferner Armee-Rundschau

ASB = Abteilung zur Sicherstellung der Bewegung

- ASG = Armee-Sport-Gemeinschaft
 ASK = Armee-Sport-Vereinigung
 AVA = Allgemeine vormilitärische Ausbildung
 B/A-Appelle = Bekleidungs- und Ausrüstungsappelle
 AVSAP = rumänische Abkürzung für Asociatia Pentru Apararea
 Partei (= Freiwillige Gesellschaft zur Verteidigung des Vaterlandes)

 BAO = Brandschutzanordnung
 BBS = Betriebsberufsschulen
 BDO = Bund Deutscher Offiziere
 BDVP = Bezirksbehörde der Deutschen Volkspolizei
 BEL = Bezirkseinsatzleitung
 BFK = Bombenfliegerkräfte
 BFw = Betriebsfeuerwehr
 BGL = Betriebsgewerkschaftsleitung
 BI-Zug = Bergungs- und Instandsetzungszug
 BP = Bereitschaftspolizei
 BKP = Bulgarische Kommunistische Partei
 BMD = russische Abkürzung für Bronewaja Maschina Desantnaja
 (= Luftlandepanzer)
 BMK = russische Abkürzung für Buksirno Motornij Kater Tolkach
 (= Bugsierboot)
 BMP = russische Abkürzung für Bojewaja Maschina Pechoty
 (= Schützenpanzerwagen)
 BPO = Betriebsparteiorganisation der SED
 BRDM = russische Abkürzung für Bronewaja Raswedywatelnaja
 Dosornaja Maschina (= gepanzertes Aufklärungsfahrzeug)
 BSA = Bewegliche Sperrabteilung
 BTl. = Bataillon
 BTR = russische Abkürzung für Brone Transporter (= Mannschaftstransportwagen)

BTU = russische Abkürzung für Buldosernoje Tenkowoje
 Ustrostwo (= Planierdrape für Panzer)
 BVA = Bulgarische Volksarmee

Chem.D. = Chemischer Dienst
 CA = russ. Abkürzung für Sowjetische Armee
 CK = Chemische Kampfstoffe
 cm = Zentimeter
 cm 2 = Kubikzentimeter
 CSSR = Tschechoslowakische Sozialistische Republik
 CVA = Tschechoslowakische Volksarmee

D = russische Abkürzung für Division
 DB = Durchführungsbestimmung
 DDR = Deutsche Demokratische Republik
 DFE = Datenfernübertragungsanlage
 DFF = Deutscher Fernsehfunk
 DGP = Deutsche Grenzpolizei
 DHS = Diensthabendes System
 DIIM = Deutsches Institut für Militärgeschichte
 Dipl.Mil. = Diplom Militärwissenschaftler
 Div. = Division
 DKMS = bulgarische Abkürzung für Dimitroff-KOMSOMOL
 DL = Demarkationslinie
 DMV = Deutscher Militärverlag
 DOSAAF = russische Abkürzung für Dobrowoljnoje Obschestno
 Soobschestnija Armiej, Awiatziej i Flottom
 (= Freiwillige Gesellschaft zur Unterstützung der
 Armee, des Flugwesens und der Flotte)
 DR = Deutsche Reichsbahn der DDR
 DRK = Deutsches Rotes Kreuz der DDR
 DTSB = Deutscher Turn- und Sportbund

DV = Dienstvorschrift
DVP = Deutsche Volkspolizei

EHL = Erste-Hilfe-Leistung
EL = Einsatzleitung
EOS = Erweiterte Oberschule
EuB = Eingaben- und Beschwerdeordnung
EWE = Erich-Weinert-Ensemble

FDJ = Freie Deutsche Jugend
FFw = Freiwillige Feuerwehr
FJG = Fallschirmjäger
FKo = Feuerwehrkommando
FöVo = Förderungsverordnung
FS = Flugsicherung
FuTgW = Funktechnische Gegenwirkung
FuTT = Funktechnische Truppen
Fw = Feuerwehr

GA = Gefechtsabschnitt
GBL. = Gesetzblatt der DDR
GBL.Sdr. = Gesetzblatt der DDR-Sonderdruck
GM = Geheime Mitarbeiter
GO = Grundorganisation
Grepo = Grenzpolizei
Grzo = Grenzordnung
GS = Gefechtsstab
GSBD = Gruppe der Sowjetischen Besatzungstruppen in
Deutschland
GSSD = Gruppe der Sowjetischen Streitkräfte in Deutschland
GST = Gesellschaft für Sport und Technik
GWA = Gesellschaftswissenschaftliche Ausbildung
GWW = Gesellschaftswissenschaftliche Weiterbildung

GZ = Gefechtszug

HAF = Hauptabteilung Feuerwehr (im Ministerium des Innern)

HAK = Hauptabteilung Kampfgruppen (im Ministerium des Innern)

HDVP = Hauptverwaltung der Deutschen Volkspolizei

HGL = Hausgemeinschaftsleitung

HI = Hygieneinspektion

HIS = Hauptinspekteur

Hpst. = Hauptstab

HTE = Hydrotechnische Einheiten

HV = Hauptverwaltung

HVA = Hauptverwaltung Aufklärung

HVDVP = Hauptverwaltung Deutsche Volkspolizei

IISS = Internationales Institut für Strategische Studien

IML = Institut für Marxismus-Leninismus

Ing. = Ingenieur

INTA = Industrietechnischer Außenhandel

ITP = Ingenieurtechnisches Personal

JaBo = Jagdbomber

JFK = Jagdfliegerkräfte

JP = Junge Pioniere

KAP = Kooperative Abteilung Pflanzenproduktion

KaS = Katastrophenschutz

KBS = Kommunale Berufsschule

KC-Aufklärung = Kernstrahlungs- u. chemische Aufklärung und
Kontrolle

KCB-Aufklärung = Kernstrahlungs. chem. u. biologische Auf-
klärung und Kontrolle

KCB-Waffen = Kernstrahlungs-, chemische und biologische
Waffen

XIII

KD = Kommandantendienst

KG = Kampfgruppen (der Arbeiterklasse)

KG-B/mot. = Kampfgruppenbataillone (motorisiert) der Bezirksreserve

KG-H = Kampfgruppenhundertschaft

KI = Kraftfahrzeug-Inspektion

KJVD = Kommunistischer Jugendverband Deutschlands

KoF = Kommando Feuerwehr

Kp. = Kompanie

KPD = Kommunistische Partei Deutschlands

KPSU = Kommunistische Partei der Sowjetunion

KSS = Küstenschutzboot

KVP = Kasernierte Volkspolizei

LBA = Laufbahnausbildung der GST

LF = Landungsfahrzeug

LKW = Lastkraftwagen

LOG = polnische Abkürzung für (die vormilitärische) Liga Obrones Krusju

LPG = Landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaft

LS = Luftschutz

LSK = Luftstreitkräfte

LV = Luftverteidigung

MA = Militärarchiv

MAK = Militärakademie

MBA = Militärische Abnahmebedingungen

MB = Militärbezirk

MBB = Militärbibliothek

MD = Medizinischer Dienst

MdI = Ministerium des Innern

MfG = Ministerium für Gesundheitswesen

MfLFPN = Ministerium für Land-, Forst- und Nahrungsgüterwirtschaft

MfNV = Ministerium für Nationale Verteidigung
 MfS = Ministerium für Staatssicherheit
 MfV = Ministerium für Verkehrswesen
 MG = Maschinengewehr
 MGI = Militärgeschichtliches Institut
 MGO = Militärgerichtsordnung
 MHO = Militärische Handelsorganisation
 MHP = Militärpolitische Hochschule "Wilhelm Pieck"
 MHSZ = ungarische Abkürzung für (die vormilitärische)
 Magyar Honyedelmű Sportzövetség
 MIK = Militär-Industrie-Komplex
 MKE = Militärische Körperertüchtigung
 MMM = Messe der Meister von Morgen
 MMS = Militärmedizinische Sektion
 MÖP = Militärisch-Ökonomische Planung
 Mot.-Schützen = Motorisierte Schützen
 MPD = Militärischer Pressedienst
 MPF = Ministerium für Post- und Fernmeldewesen
 MPi = Maschinenpistole
 MR = Militärrat
 mR/h = Milliröntgen je Stunde
 MS = Medizinischer Schutz
 MSP = Medizinisches Schutzpäckchen
 MStA = Militärische Studentenausbildung
 MT = russische Abkürzung für Mostrowj Tank (= Brückenpanzer)
 MTU = russische Abkürzung für Mostoukladtschik Tankowje
 Ustrostwo (= Brückenpanzer)
 MW = Militärwesen
 MZ = Militärisches Zeremoniell

 ND = Neues Deutschland
 NF = Nationale Front
 NKFD = Nationalkomitee Freies Deutschland

NPT = Netzplantechnik
 NVA = Nationale Volksarmee
 NVA-LSK/LV = Nationale Volksarmee-Luftstreitkräfte/Luftverteidigung
 NVR = Nationaler Verteidigungsrat

OfL = Organisation freiwilliger Luftschutzhelfer
 OHS = Offiziershochschule
 OT = tschechische Abkürzung für Obsneny Transporter
 (= gepanzerter Transportwagen)

PA = Polnische Armee
 PAL = Panzerabwehrlenkrakete
 PVAP = Polnische Vereinigte Arbeiterpartei
 PAW = Panzerabwehrwaffen
 PdVP = Präsidium der Volkspolizei in Berlin (Ost)
 PGH = Produktionsgenossenschaft des Handwerks
 PHV = Politische Hauptverwaltung
 PKK = Parteikontrollkommission
 PM = russische Abkürzung für Pistolet Makarov
 PO = Parteiorganisation der SED
 Polit. = Politische (Organe, Offiziere)
 PolG. = Polizeigesetz
 POS = Polytechnische Oberschule
 PRK = Parteirevisionskommission
 PSB = Punkt der Spezialbehandlung
 Pz. = Panzer

R = Regulierungsposten
 RBD = Reichsbahndirektion
 RBI = Retten, Bergen, Instandsetzen
 RD = Rückwärtiger Dienst
 RFB = Rotfrontkämpferbund
 Rgt. = Regiment

RGW = Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe
 R/h = Röntgen je Stunde
 RKJ = Rotkreuzjugend
 RKP = Rumänische Kommunistische Partei
 RSB = Räume für Spezialbehandlung

Sankra = Sanitätskraftwagen
 San-Zug = Sanitätszug
 SaZ = Soldat auf Zeit
 SED = Sozialistische Einheitspartei Deutschlands
 SeS = Selbstschutz
 SFL = Selbstfahrlafette
 SKDA = Sportkomitee der befreundeten Armeen
 SKK = Sowjetische Kontrollkommission
 SKOT = tschechische Abkürzung für Sredni Kolowy Oponcerzony
 Transporter (= mittlerer gepanzerter Rad-Transporter)
 SMAD = Sowjetische Militäradministration in Deutschland
 SMH = Schnelle medizinische Hilfe
 SPAF = Sammelplatz für ausgefallene Kraftfahrzeuge
 SPK = Staatliche Plankommission
 SPW = Schützenpanzerwagen
 SPW-Ch. = Schützenpanzerwagen - chemische Aufklärung
 SSD = Staatssicherheitsdienst
 SSRR = Streitkräfte der Sozialistischen Republik Rumänien
 StGB = Strafgesetzbuch
 StPO = Strafprozeßordnung
 StR = Staatsrat
 SWE = Sozialistische Wehrerziehung

T = Tank
 TLA = Truppen der Luftabwehr
 TO = Technischer Offizier

TOPAS = polnische Abkürzung für Transporter Obojzivelay
Pasovy Stredni (= Ketten-Amphibientransporter)

TPE = Transporteinrichtung

Trapo = Transportpolizei

TRAVO = Traditionspflegeverordnung

TrdLAW = Truppen der Luftabwehr

T/S-D = Treibstoff- und Schmierdienst

TSM = Truppenschutzmaske

TUS = Technische Unteroffiziersschule

TV = Territorialverteidigung

TW = Technische Wartung

TZ = Taktische Zeichen

ÜeLV = Überprüfung der Landesverteidigung

UdSSR = Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken

USAP = Ungarische Sozialistische Arbeiterpartei

UTP = Unterrichtstag in der Produktion

UVA = Ungarische Volksarmee

VA = Volksarmee

vA = vormilitärische Ausbildung

VA/Vk = Verteidigungsausschuß der Volkskammer

VEB = Volkseigener Betrieb

VEG = Volkseigenes Gut

VfK = Verwaltung für Koordinierung

VK = Volkskammer

VO = Verordnung

Vopo = Volkspolizei

VP = Volkspolizei

VSA = Verkehrssicherheitsaktiv

VP-B = Volkspolizei-Bereitschaften

VP-F = Volkspolizei-Feuerwehr

VP-H = Volkspolizei-Helfer

VPKrA = Volkspolizeikreisamt

VVB = Vereinigung Volkseigener Betriebe

WBA = Wohnbezirksausschuß

WBK = Wehrbezirkskommando

WGVO = Wiedergutmachungsverordnung

WIG = Wartungs- und Instandsetzungsgruppe

WKK = Wehrkreiskommando

WP = Warschauer Pakt

WPO = Wohnbereichsparteiorganisation der SED

WS = Wasserschutzpolizei

WSF = Wasserfilterstation

WV = Warschauer Vertrag

WVO = Warschauer Vertragsorganisation

ZAL = Zentrales Ausbildungslager der GST

ZBS = Zivilbeschäftigte

ZEL = Zentrale Einsatzleitung

ZGB = Zivilgesetzbuch

ZK der SED = Zentralkomitee der Sozialistischen Einheits-
partei Deutschlands

ZMZ = Zivil-Militärische Zusammenarbeit

ZSG = Zivilschutzgesetz

ZTA = Zentraler Transportausschuß

ZV = Zivilverteidigung

ZV-E = (Kasernierte) Einheiten der Zivilverteidigung

ZV-EG = Einsatzgruppen der Zivilverteidigung

ZV-EK = Einsatzkräfte der Zivilverteidigung

ZV-F = Formationen der Zivilverteidigung

ZV-G = Gruppierung der Zivilverteidigung

ZVW = Zollverwaltung

Schrifttum

Die Gliederung der Quellen- und Literaturübersicht erfolgt nach den im Westen üblichen wissenschaftlichen Gesichtspunkten.

Eine Bibliographie in wissenschaftlichen Arbeiten der DDR weist eine andere Anordnung auf. Grundsätzlich wird in der DDR unterschieden zwischen der marxistischen und der bürgerlichen Literatur. Das marxistische Schrifttum wird wieder unterteilt in die beiden Gruppen: Klassiker des Marxismus-Leninismus und Dokumente der kommunistischen Parteien. Danach folgen in Literaturzusammenstellungen Lehrbücher, Sammelwerke, Darstellungen, Lebensbeschreibungen, Dissertationen, Fachzeitschriften und Zeitungen. Als Verfasser einer nicht unbedeutenden Zahl von Publikationen in der DDR zeichnet ein Autorenkollektiv.

In der vorliegenden Arbeit wurden bei Werken, die von einem Autorenkollektiv (bzw. von mehr als drei Herausgebern) der DDR verfaßt wurden, nur Titel, Erscheinungsort und Erscheinungsjahr genannt. Das gilt auch für die Publikationen, die von einer Institution publiziert worden sind.

Bei denjenigen Arbeiten, die von einem Autorenkollektiv unter der Leitung eines Hauptredakteurs veröffentlicht wurden, ist der Name des Leiters vorausgestellt worden; dann folgen Titel, Erscheinungsort und Erscheinungsjahr.

Bei den Handwörterbüchern und Lexika wurden die Titel, Erscheinungsort und Erscheinungsjahr genannt.

Zum Bereich der NVA und der paramilitärischen Kräfte sind in der Bundesrepublik Deutschland und in der DDR nur wenige Dissertationen erschienen. Sie wurde alle als Darstellungen verlegt.

Um bei den umfangreichen Quellenangaben im Text und im Anhang Verwechslungen auszuschließen und das Nachschlagen zu begrenzen, hielt es der Verfasser für geboten, alle (auch wiederholt zitierten) Quellenangaben ausführlich anzugeben.

I. Darstellungen: Grundrisse; Lehrbücher.

Afheldt, H., Verteidigung und Frieden, Politik mit militärischen Mitteln, München 1976.

Ahnsteiner, Brenko P., (Hrsg.), Nationale Traditionen in sozialistischen Armeen, Bonn-Bad Godesberg 1974.

Akimow N.J./Illjin W.G., Zivilverteidigung in Landwirtschaftsbetrieben (deutsche Übersetzung), Berlin (Ost) 1977.

Albrecht, Günter/Mittenzwei, Johannes, Zwischen Klassik und Romantik, Erläuterungen zur deutschen Literatur, Berlin (Ost) 1977.

Arsenal 1. Ein Sammelband über Militärwesen und sozialistische Landesverteidigung für junge Leute, Berlin (Ost) 1976.

Arsenal 2. Ein Sammelband über Militärwesen und sozialistische Landesverteidigung für junge Leute, Berlin (Ost) 1978.

Arsenal 3. Ein Sammelband über Militärwesen und sozialistische Landesverteidigung für junge Leute, Berlin (Ost) 1980.

Assmann, Georg/Stollberg, Rudhard, Grundlagen der marxistisch-leninistischen Soziologie, Berlin (Ost) 1977.

Aufgaben, Rechte und Pflichten der Abgeordneten, Rechtsvorschriften, Berlin (Ost) 1975.

Außenpolitik der DDR für Sozialismus und Frieden, Berlin (Ost) 1974.

Bader, Werner, Kampfgruppen. Die Spezialtruppe der SED für den Bürgerkrieg, Köln 1962.

Babin, L.I., Die Herausbildung und Entwicklung der militärtheoretischen Ansichten von Friedrich Engels (deutsche Übersetzung), Berlin (Ost) 1978.

Bagramjan, I.Ch., (Hrsg.), Geschichte der Kriegskunst (deutsche Übersetzung), Berlin (Ost) 1978.

Barron, John, KGB (deutsche Übersetzung), München 1974.

Bastian, Hans-Dieter, Bildungsbürger in Uniform. Gedanken zur militärischen Menschenführung und politischen Bildung in den Streitkräften, München 1979.

Bauer, Gerhard, "Geschichtlichkeit". Wege und Irrwege eines Begriffs. Die kleinen de-Gruyter-Bände/Band 3, Berlin (West) 1963.

Beaufre, André, Die Revolutionierung des Kriegsbildes. Neue Formen der Gewaltanwendung, Stuttgart 1973.

Behr, Wolfgang, Bundesrepublik Deutschland - Deutsche Demokratische Republik. Systemvergleich: Politik-Wirtschaft-Gesellschaft, Stuttgart/Berlin (West)/Köln/Mainz 1979.

Benjamin, Hilde, Zur Geschichte der Rechtspflege der DDR 1945 - 1949, Berlin (Ost) 1976.

Bergsdorf, Wolfgang, Wörter als Waffen. Sprache als Mittel der Politik, Stuttgart 1979.

Berber, Friedrich, Lehrbuch des Völkerrechts, Band 1, München 1975.

— Lehrbuch des Völkerrechts, Band 2, München 1969.

— Lehrbuch des Völkerrechts, Band 3, München 1977.

Blischtschenko, I.P., Diplomatenrecht (deutsche Übersetzung), Berlin (Ost) 1975.

Böttcher, Befreiungskriege. Erläuterungen zur deutschen Literatur, Berlin (Ost) 1976.

Bochalli, Alfred, Besonderes Verwaltungsrecht, Köln/Berlin (West)/Bonn/München 1967.

Bohn, Helmut, Siegen ohne Krieg. Die psychologische Verteidigung in der Demokratie, Köln 1959.

Brant, Stefan/Bölling, Klaus, Der Aufstand. Vorgeschichte, Geschichte und Deutung des 17. Juni 1953, Stuttgart 1954.

Briggs, Asa (Hrsg.), Das Neunzehnte Jahrhundert. Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Kunst im Zeitalter des Imperialismus (deutsche Ausgabe), München-Zürich 1970.

Brunner, Georg/Meissner, Boris, (Hrsg.), Verfassungen der kommunistischen Staaten. Uni-Taschenbücher, Band 935, Paderborn/München/Wien/Zürich 1979.

Bundesrepublik Deutschland. Dokumentation 1945 - 197 , Teil I, Schriftenreihe Bundeszentrale für Politische Bildung, Band 116 I, Bonn 1977.

Clausewitz, Carl v., Vom Kriege, (18. Auflage), Bonn 1973.

— Vom Kriege. Hinterlassenes Werk des Generals Carl von Clausewitz. Eingeleitet von Prof. Dr. Ernst Engelberg und Generalmajor a.D. Dr. Otto Korfes, Berlin 1957.

— Hinterlassene Werke des Generals Carl von Clausewitz über Krieg und Kriegführung, 10 Bde., Berlin 1867-1869.

Cline, Ray S., Soviet Policy in a Global Perspective: Implications for Western Policy, The Center for Strategic and International Studies, Washington 1975.

Close, Robert, Europa ohne Verteidigung, Bad Honnef 1977.

Coing, Helmut, Epochen der Rechtsgeschichte in Deutschland, München 1971.

Collins, John M./Chwat, John Steven, United States and Soviet City Defense, Considerations for Congress, U.S. Government Printing Office, Washington 1976.

Craig, Gordon A., Deutsche Geschichte 1866 bis 1945. Vom Norddeutschen Bund bis zum Ende des Dritten Reiches, München 1980.

Csizmas, Michael, Der Warschauer Pakt, (Hrsg. Schweizerisches Ostinstitut), Bern 1972.

Das philosophische Erbe W.I. Lenins und Probleme des modernen Krieges, (deutsche Übersetzung), Berlin (Ost) 1974.

Das System der sozialistischen Gesellschafts- und Staatsordnung. Dokumente. Deutsche Demokratische Republik (Hrsg. Deutsche Akademie für Staats- und Rechtswissenschaft "Walter Ulbricht"), Berlin (Ost) 1969.

DDR. Gesellschaft, Staat, Bürger, Berlin (Ost) 1978.

Die Bayerische Staatsbank 1780 - 1955. Geschichte und Geschäfte einer öffentlichen Bank (Hrsg. Staatsbankdirektorium), München 1955.

Die "Military Balance" des Internationalen Instituts für Strategische Studien in London. Reihe Bernard und Graefe aktuell Band 13 - Hrsg. Arbeitskreis für Wehrforschung, München 1980.

Die Nationale Volksarmee der DDR im Rahmen des Warschauer Paktes. Reihe Bernard und Graefe aktuell. Band 11 - Hrsg. Arbeitskreis für Wehrforschung, München 1980.

Die Nationale Volksarmee. Ein Anti-Weißbuch zum Militär der DDR. Studiengruppe Militärpolitik (Hrsg. Freimut Duve), Reinbek bei Hamburg 1976.

Die Tschechoslowakische Volksarmee (deutsche Übersetzung),
Berlin (Ost) 1979.

Die Vierte Front (Hrsg. Herbert Kruse), Berlin (Ost) 1977.

Doehler, Edgar/Falkenberg, Rudolf, Militärische Traditionen der DDR und der NVA. Serie Politik und Landesverteidigung, Berlin (Ost) 1979.

Doernberg, Stefan, Die Geburt eines Deutschland 1945 - 1949, Berlin (Ost) 1959.

Doly, Guy, Wenn die Russen angreifen (deutsche Ausgabe), Stuttgart 1980.

Domes, Jürgen, Politik und Herrschaft in Rotchina, Stuttgart/Berlin/Köln/Mainz 1965.

Duncker, I.Z., Eine neue Aera der Kriegführung. Finnische Gedanken zum modernen Kriegsbild, Darmstadt 1963.

Duve, Freimut (Hrsg.), Die Nationale Volksarmee. Ein Anti-Weißbuch zum Militär der DDR. Studiengruppe Militärpolitik, Reinbek bei Hamburg 1976.

Engelhardt, Klaus/Heise, Karl-Heinz, Militär-Industrie-Komplex im staatsmonopolistischen Herrschaftssystem, Berlin (Ost) 1974.

Erziehung junger Patrioten und Internationalisten - theoretische Erkenntnisse und praktische Erfahrungen (Hrsg. Akademie der Pädagogischen Wissenschaften der DDR, Institut für Theorie und Methodik der Erziehung), Berlin (Ost) 1980.

Faulseit, Dieter/Kühn, Gudrun, Die Sprache des Arbeiters im Klassenkampf, Berlin (Ost) 1974.

Flechtheim, Ossip K., Die KPD in der Weimarer Republik, Offenbach 1948.

Fiedler, Horst/Urbani, Gustav (Hrsg.), Friedrich Engels und der militärische Schutz des Sozialismus, Berlin (Ost) 1980.

Fischer, Werner, A., Vorsorge in Rot. Zivilverteidigung im Osten, München 1966.

Förster, Gerhard, Kurzer Abriß der Militärgeschichte von den Anfängen der Geschichte des deutschen Volkes bis 1945, Berlin (Ost) 1977.

Förster, Gerhard/Schmidt, Dorothea, Carl von Clausewitz. Ausgewählte militärische Schriften, Berlin (Ost) 1980.

Förtsch, Eckart, Die SED, Stuttgart/Berlin/Köln/Mainz 1969.

Fontane, Theodor, Wanderungen durch die Mark Brandenburg. Die Grafschaft Ruppin, Berlin 1892.

Forn dran, E./Friedrich, P.J. (Hrsg.), Rüstungskontrolle und Sicherheit in Europa, Bonn 1979.

Forster, Thomas M., Die NVA. Kernstück der Landesverteidigung der DDR, Köln 1979.

Forsthoff, Ernst, Der Staat der Industriegesellschaft, München 1971.

Friede, Dieter, Das Russische Perpetuum Mobile, Würzburg 1959.

Führung, Schriftenreihe Innere Führung (22. Kommandeursta-
gung der Bundeswehr), Bonn 1978.

Frunse, M.W., Über sozialistische Landesverteidigung
(deutsche Übersetzung), Berlin (Ost) 1977.

Fuchs, Theodor, Geschichte des europäischen Kriegswesens.
Teil II. Von der Aufstellung der ersten stehenden Heere
bis zum Aufkommen der modernen Volksheere. Truppendienst
Taschenbücher, Band 24, Wien 1974.

— Geschichte des europäischen Kriegswesens. Teil III.
Von den Qualitätsheeren der Wehrpflicht bis zu den Massen-,
Berufs- und Volksheeren am Ende des Zweiten Weltkrieges,
München 1977.

Funke, Manfred, (Hrsg.), Friedensforschung, Entscheidungs-
hilfe gegen Gewalt, Bonn-Bad Godesberg 1975.

Furtak, Robert, Die politischen System der sozialistischen
Staaten, München 1979.

Goć, Stanislaw/Grot, Leszek/Szota, Wieslaw, Geschichte der
Polnischen Armee (deutsche Übersetzung aus dem Polnischen),
Berlin (Ost) 1978.

Gehlen, Arnold, Die Seele im technischen Zeitalter, Reinbek
bei Hamburg 1957.

— Anthropologische Forschung, Reinbek bei Hamburg 1961.

Gerber, Johannes, Taschenbuch für Logistik, Koblenz/Bonn 1977.

Gersdorff, Ursula von (Hrsg.), Geschichte und Militärgeschichte. Wege der Forschung, Frankfurt/Main 1974.

Geschichte der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Abriß, Berlin (Ost) 1978.

Gniffke, Erich W., Jahre mit Ulbricht, Köln 1966.

Göttner, R./Fischer P., Was soll, was kann Prognostik; Leipzig/Jena/Berlin (Ost), 1973.

Golas, Heinz G., Berufs- und Arbeitspädagogik für Ausbilder, Bd. 1, Essen 1979; Bd. 2, Essen 1980.

Gorschkow, S.G., Die Seemacht des Staates (deutsche Übersetzung), Berlin (Ost) 1978.

— Seemacht Sowjetunion (deutsche Übersetzung), Hamburg 1978.

Gosztony, Peter (Hrsg.), Zur Geschichte europäischer Volksarmeen, Bonn-Bad Godesberg 1976.

— Aufstände unter dem roten Stern, Bonn 1979.

Gretschko, A.A., Auf Wache für den Frieden und die Schaffung des Kommunismus, Voenizdat/Moskau 1972.

— Die Streitkräfte des Sowjetstaates, Voenizdat/Moskau 1975.

Grosser, Alfred, Geschichte Deutschlands seit 1945, München 1976.

Gumpel, Werner/Hacker, Jens, Comecon und Warschauer Pakt, Bonn 1966.

Habermas, Jürgen, Theorie und Praxis. Sozialphilosophische Studien, Frankfurt/Main 1974.

Hacker, Jens, Deutsche unter sich. Politik mit dem Grundvertrag, Berlin 1977.

Hackett, John, Der Dritte Weltkrieg. Hauptschauplatz Deutschland, Gütersloh 1978.

Hager, Kurt, Die entwickelte sozialistische Gesellschaft, Aufgaben der Gesellschaftswissenschaften nach dem VIII.

Parteitag der SED, Berlin 1971.

Hahlweg, Werner (Hrsg.), Klassiker der Kriegskunst, Darmstadt 1960.

— Preußische Reformzeit und revolutionärer Krieg (Beiheft der Wehrwissenschaftlichen Rundschau), Frankfurt/Main 1962.

Hampe, Erich/Bradley, Dermot, Die Unbekannte Armee. Die Technischen Truppen im Zweiten Weltkrieg, Osnabrück 1979.

Handbuch für den Bürgermeister (Hrsg. Akademie für Staats- und Rechtswissenschaft der DDR, Institut für Verwaltungsorganisation und Bürotechnik), Berlin (Ost) 1978.

Handbuch für Militärmedizin. Band Innere Medizin. Berlin (Ost) 1973.

Handbuch für Militärmedizin. Band Feldchirurgie, Berlin (Ost) 1975.

Handbuch für Militärmedizin. Band Therapieempfehlungen für den Truppenarzt, Berlin (Ost) 1973.

Hartl, Hans/Marx, Werner, Fünfzig Jahre sowjetische Deutschlandpolitik, Boppard am Rhein 1967.

Hartwich, Hans-Hermann (Hrsg.), Politik im 20. Jahrhundert, Braunschweig 1977.

Hartwig, Jürgen/Wimmel, Albert, Wehrerziehung und vormilitärische Ausbildung der Kinder und der Jugendlichen in der DDR, Stuttgart 1979.

Heider, Paul, Antifaschistischer Kampf und revolutionäre Militärpolitik. Militärhistorische Studien des Militärgeschichtlichen Instituts der Deutschen Demokratischen Republik 17, Neue Folge, Berlin (Ost) 1976.

Heimat, Dich werden wir hüten. Ein Liederbuch für den Marschgesang, Berlin (Ost) 1978.

Held, Wolfgang, Härtetest, Berlin (Ost) 1978.

Helmert, Heinz, Kriegspolitik und Strategie. Politische und militärische Ziele der Kriegführung des preußischen Generalstabes vor der Reichsgründung (1859-1869), Berlin (Ost) 1970.

Helmert, Heinz/Usczek, Hansjürgen, Preußisch-deutsche Kriege von 1864 - 1871, Berlin (Ost) 1975.

Henrich, Wolfgang (Hrsg.), Wehrkunde in der DDR, Bonn 1978.

Herbell, Hajo, Staatsbürger in Uniform 1789 bis 1961. Ein Beitrag zur Geschichte des Kampfes zwischen Demokratie und Militarismus in Deutschland, Berlin (Ost) 1969.

Hermann, Carl Hans, Deutsche Militärgeschichte. Eine Einführung (Hrsg. Arbeitskreis für Wehrforschung), Frankfurt/Main 1968.

Hesslein, Bernd C., (Hrsg.), Die unbewältigte Vergangenheit der Bundeswehr, Reinbek bei Hamburg 1977.

Höhmnn, Hans-Hermann (Hrsg.), Partizipation und Wirtschaftsplanung in Osteuropa und der VR China, Stuttgart/Berlin/Köln/Mainz 1980.

Höpker, Wolfgang, Aktionsfeld Pazifik. Wirtschaft. Strategie, Zürich 1979.

Hocke, Erich/Scheler, Wolfgang, Die Einheit von Sozialismus und Frieden, Berlin (Ost) 1977.

Hoffmann, Heinz, Sozialistische Landesverteidigung. Aus Reden und Aufsätzen 1963 bis 1970, 2 Bde., Berlin 1971.

— Die historischen Wurzeln und die Entwicklung der Traditionspflege der Nationalen Volksarmee, Leipzig 1968.

— Sozialistische Landesverteidigung. Aus Reden und Aufsätzen 1970 - Februar 1974, Berlin (Ost) 1974.

Hoffmann, Manfred, Kernwaffen. Lehrbuch an den Hochschuleinrichtungen der Nationalen Volksarmee der Deutschen Demokratischen Republik eingeführt, Berlin (Ost) 1975.

Hofstätter, Peter R., Einführung in die Sozialpsychologie, Stuttgart 1963.

Honecker, Erich, Bericht des Zentralkomitees an den VIII. Parteitag der SED, Berlin (Ost) 1971.

— Zuverlässiger Schutz des Sozialismus. Ausgewählte Reden und Schriften zur Militärpolitik der SED, Berlin (Ost) 1972.

— Zuverlässiger Schutz des Sozialismus. Ausgewählte Reden und Schriften zur Militärpolitik der SED, Berlin (Ost) 1976.

Hornung, Klaus, Staat und Armee. Studien zur Befehls- und Kommandogewalt und zum politisch-militärischen Verhältnis in der Bundesrepublik Deutschland, Mainz 1975.

Hundhausen, Carl, Propaganda, Grundlagen, Prinzipien - Materialien - Quellen, Essen 1975.

Iwanowski, I.F., Auf Gefechtsposten (deutsche Übersetzung), Berlin (Ost) 1977.

Jähns, Max, Geschichte der Kriegswissenschaften, vornehmlich in Deutschland, München und Leipzig 1891.

Jahnke, K.H., Geschichte der Freien Deutschen Jugend, Chronik, Berlin (Ost) 1976.

Jakubowski, I.I., Die Kampfgemeinschaft der brüderlich verbundenen Völker und Armeen (deutsche Übersetzung), Berlin (Ost) 1977.

Jungermann, Peter. Die Wehrideologie der SED und das Leitbild der Nationalen Volksarmee vom sozialistischen deutschen Soldaten, Stuttgart 1973.

Karpow, Wladimir, Der Marschallstab (deutsche Übersetzung), Berlin (Ost) 1976.

Kennan, George F., Memoiren eines Diplomaten 1925 - 1950, Stuttgart 1968.

Kiessling, Gottfried, Krieg und Frieden in unserer Zeit, Berlin (Ost) 1977.

Klassenkampf. Tradition. Sozialismus (Hrsg. Zentralinstitut für Geschichte der Akademie der Wissenschaften der DDR), Berlin (Ost) 1974.

Klein, Dieter, Futurologie und Zukunftsforschung, untaugliches Mittel einer überlebten Gesellschaft, Berlin (Ost) 1972.

Koenen, Wilhelm, Das ganze Deutschland soll es sein. Zur Geschichte der patriotischen Volksbewegung in Deutschland. Berlin (Ost) 1958.

Konew, I.S., Aufzeichnungen eines Frontoberbefehlshabers 1943/44 (deutsche Übersetzung), Berlin (Ost) 1978.

Kopp, Fritz, Die Wendung zur "nationalen" Geschichtsbetrachtung in der Sowjetzone, München 1955.

Korobejnikow, M.P./Sholtow, A.S., Soldat und Krieg - Probleme der moralisch-politischen und psychologischen Vorbereitung in der Sowjetarmee (deutsche Übersetzung), Berlin (Ost) 1972.

Krell, Gert/Lutz, Dieter S., Nuklearrüstung im Ost-West-Konflikt. Potentiale. Doktrinen. Rüstungssteuerung, Baden-Baden 1980.

Kroemke, Otto/Machold, Günter, 10 pädagogische Grundsätze für den Ausbilder, Berlin (Ost) 1970.

Kruse, Herbert, Die Vierte Front, Berlin (Ost) 1977.

Küchenhoff, Günter/Küchenhoff, Erich, Allgemeine Staatslehre, Stuttgart/Berlin (West)/Köln/Main 1971.

Kühne, Horst, Revolutionäre Militärpolitik 1936 - 1939 (Hrsg. Militärakademie "Friedrich Engels". Fakultät für Gesellschaftswissenschaften. Lehrstuhl Geschichte der Arbeiterbewegung und Militärgeschichte), Berlin (Ost) 1969.

Kurowski, Franz, Krieg unter Wasser. U-Boote auf den sieben Meeren 1939 - 1945, Düsseldorf/Wien 1979.

Laboor, Ernst. Auf dem Wege nach Helsinki 1954 - 1975 (Hrsg. Akademie der Wissenschaften der DDR), Schriften des Zentralinstituts für Geschichte, Band 51, Berlin (Ost) 1977.

Lehrbuch der Militärchemie, Band 1 und 2, Berlin (Ost) 1977.

Lenin, W.I., Werke (ins Deutsche übertragen nach der vierten russischen Ausgabe), 40 Bde., Berlin (Ost) 1955 - 1965.

— Clausewitz' Werk "Vom Kriege". Auszüge und Randglossen, Berlin (Ost) 1957.

Leonhard, Wolfgang, Die Revolution entläßt ihre Kinder (gekürzte Sonderausgabe für das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen), Köln/Berlin (West) 1955.

Lessing, C./Fischer, K.G., Überlegungen zu Stellenwert und Darstellung der Deutschen Frage im politischen Unterricht, Stuttgart 1977.

Leuschner, Rolf, Wehrdienst, Warum? Wann? Wo? Wie? 125 Antworten, Berlin (Ost) 1974.

Lewyitzkyj, Borys, Die Marschälle und die Politik, Köln 1971.

— Sowjetische Entspannungspolitik heute, Stuttgart 1976.

Liebknecht, Karl, Militarismus und Antimilitarismus unter besonderer Berücksichtigung der internationalen Jugendbewegung. Gesammelte Reden und Schriften, Bd., I.: September 1900 bis Februar 1907. Mit einem Vorwort von Wilhelm Pieck, Berlin (Ost) 1958.

Linnebach, Karl, Die Wehrwissenschaften. Ihr Begriff und ihr System, Berlin 1939.

Löwenthal, Richard, Vom kalten Krieg zur Ostpolitik, Stuttgart 1974.

Lolland, Jörg. Zu Befehl, Genosse Unterleutnant, Stuttgart 1971.

Loose, Alwin/Glass, Lothar, Wehrmoral und Soldatenethos im Sozialismus. Serie Politik und Landesverteidigung, Berlin (Ost) 1975.

Lüers, Hartwig, Das Polizeirecht in der DDR. Aufgaben, Befugnisse und Organisation der Deutschen Volkspolizei, Köln 1974.

Lutz, Dieter S. (Hrsg.), Die Rüstung der Sowjetunion, Baden-Baden 1979.

Maier, Hans/Rausch, Heinz/Denzer, Horst, Klassiker des politischen Denkens, 2 Bände, München 1968.

Maier, Hans, Aktuelle Tendenzen der politischen Sprache, München 1973.

Mao-Tse-tung, Theorie des Guerillakrieges oder Strategie der Dritten Welt (einleitender Essay von Sebastian Haffner), Reinbek bei Hamburg 1966.

Marks, Heinz, Die Kampfgruppen der Arbeiterklasse. Ein wichtiges Organ des Militärapparates der DDR, Köln 1970.

Marx, Karl/Engels, Friedrich, Werke. 39 Bde. und Ergänzungsband, Berlin (Ost) 1957 - 1968.

Maunz, Theodor, Deutsches Staatsrecht, München 1973.

Medizinischer Schutz der Bevölkerung, Berlin (Ost) 1978.

Mehring, Franz, Gesammelte Schriften (Hrsg. Thomas Höhle, Hans Koch, Josef Schleifstein), 15 Bde., Berlin (Ost) 1960 - 1967.

— Krieg und Politik (Hrsg. Ernst Engelberg), 2. Bde., Berlin (Ost) 1959 - 1961.

Meissner, Boris/Brunner, Georg (Hrsg.), Gruppeninteressen und Entscheidungsprozeß in der Sowjetunion, Köln 1975.

Methodik der Politischen Bildung (deutsche Übersetzung), Berlin (Ost) 1975.

Meyer, Peter, Krieg- und Militärsoziologie (Goldmann Studienreihe: Gesellschaft), München 1977.

Miksche, Ferdinand Otto, Rüstungswettlauf, Ursachen und Auswirkungen, Stuttgart 1976.

— Vom Kriegsbild, Stuttgart 1976.

Milde, Günter, Unsere Nationale Volksarmee, Berlin (Ost) 1976.

Militärgeschichtliches Forschungsamt (Hrsg.), Aspekte der deutschen Wiederbewaffnung bis 1955. Militärgeschichte seit 1945 (1), Boppard am Rhein 1975.

Militärmedizin. Hochschullehrbuch für Studenten der Medizin und Stomatologie, (Hrsg. Hans Rudolf Gestewitz/Edgar R. Steiner), Berlin (Ost) 1978.

Militärpolitik für Sozialismus und Frieden. Serie Politik und Landesverteidigung, Berlin (Ost) 1976.

Militärwesen in der Sowjetunion (Hrsg. Arbeitskreis für Wehrforschung), München 1977.

Milowidow, A.S./Safronow, B.W., Die marxistisch-leninistische Ästhetik und die Erziehung der Soldaten, (deutsche Übersetzung), Berlin (Ost) 1979.

Mitteis, Heinrich/Lieberich, Heinz, Deutsche Rechtsgeschichte. Ein Studienbuch, München 1974.

Mittenzwei, Ingrid, Friedrich II. von Preußen. Biographie. Kleine Bibliothek, Berlin (Ost) 1980.

Morozow, Michael, Das sowjetische Establishment, (Schriftenreihe der Studiengesellschaft für Zeitprobleme e.V.), Stuttgart 1971.

Müller, Wolfgang/Oelschlägel, Rudolf, Streitkräfte im Klassenkampf unserer Zeit, Berlin (Ost). Serie Politik und Landesverteidigung, Berlin (Ost) 1972.

Nawrocki, Joachim, Bewaffnete Organe in der DDR. Nationale Volksarmee und andere militärische sowie paramilitärische Verbände. Aufbau, Bewaffnung, Aufgaben, Berichte aus dem Alltag, Berlin (West) 1979.

Nemeskürtty, Istvan, Untergang einer Armee (deutsche Übersetzung), Berlin (Ost) 1976.

Noack, Paul, Was ist Politik? Eine Einführung in ihre Wissenschaft, München/Zürich 1973, 1976.

Noack, P./Stammen, T. (Hrsg.), Grundbegriffe der politikwissenschaftlichen Fachsprache, München 1976.

Nowopaschin, J.S., Strategie der "friedlichen Einmischung" (deutsche Übersetzung), Berlin (Ost) 1973.

Ökonomie und Landesverteidigung. Serie Politik und Landesverteidigung, Berlin (Ost) 1974.

Oisermann, T.I., Probleme der Philosophie und der Philosophiegeschichte (deutsche Übersetzung), Berlin (Ost) 1972.

Ost- und Südosteuropa 1850 - 1914. Handbuch der europäischen Wirtschafts- und Sozialgeschichte (Hrsg. Hermann Kellenbenz), Stuttgart 1980.

Otto, Helmut/Schmiedel, Karl, Der erste Weltkrieg. Militärhistorischer Abriß. Kleine Militärgeschichte; Kriege, Berlin (Ost) 1977.

Pächter, Heinrich, Weltmacht Rußland. Außenpolitische Strategie in drei Jahrhunderten, Oldenburg und Hamburg 1968.

Peisl, Anton/Mohler, Armin, Der Ernstfall. Schriften der Carl Friedrich von Siemens Stiftung, Band 2, Frankfurt/Main-Berlin (West)-Wien 1979.

Politik im 20. Jahrhundert (Hrsg. Hans-Hermann Hartwich), Braunschweig 1977.

Politik, Strategie und Rüstung in der Sowjetunion. Reihe Wehrforschung aktuell (Hrsg. Arbeitskreis für Wehrforschung), München 1977.

Poser, Günter, Militärmacht Sowjetunion 1980. Daten - Tendenzen - Analyse. Reihe Geschichte und Staat, Band 237, München - Wien 1980.

Quilitzsch, Siegmund/Krüger, Joachim, Sozialistische Staatengemeinschaft, Berlin (Ost) 1972.

Revéz, Laszló, Militärische Ausbildung in Osteuropa, (Schweizerisches Ostinstitut), Bern 1975.

Revolutionärer Prozeß und Staatsentstehung, Berlin (Ost) 1976.

RGW. Bilanz und Perspektiven (deutsche Übersetzung), Berlin (Ost) 1975.

Rinck, Gerd, Wirtschaftsrecht, Wirtschaftsverfassung,
Wirtschaftsverwaltung, Wettbewerbs- und Kartellrecht,
Köln/Berlin (West)/Bonn/München 1974.

Roggemann, Herwig (Hrsg.), Die Verfassungen der sozialistischen
Staaten, Berlin (West) 1980.

Rohe, Karl, Politik, Begriffe und Wirklichkeiten, Stuttgart/
Berlin (West)/Köln/Mainz 1978.

Rosentreter, Robert/Westphal, Horst, Rebellion in der Hölle,
Berlin (Ost) 1976.

Rühmland, Ullrich, Mitteldeutschland, Moskaus westliche
Provinz, Bonn 1963.

— Die Zivilverteidigung in der DDR, Bonn 1973.

— Die Sozialistische Wehrerziehung, Bonn 1974.

— Die Offiziersausbildung in der NVA, Bonn 1974.

— Die Territorialverteidigung der DDR, Bonn 1975.

Ruge, Wolfgang, Deutschland 1917 - 1933. Lehrbuch der
Deutschen Geschichte. 10. Beitrag, Berlin (Ost) 1978.

Sacharow, M.W., Die Streitkräfte der UdSSR. Abriß ihrer
Entwicklung 1918 bis 1968 (deutsche Übersetzung), Berlin
(Ost) 1974.

Scheyhing, Robert, Deutsche Verfassungsgeschichte der Neuzeit, Köln/Berlin/Bonn/München 1972.

Schitikow, A.P., Europäische Sicherheit und Zusammenarbeit: Voraussetzungen, Probleme, Perspektiven (deutsche Übersetzung), Berlin (Ost) 1978.

Schlangen, Walter, Theorie der Politik. Einführung in Geschichte und Grundprobleme der Politikwissenschaft, Urban-Taschenbücher, Stuttgart/Berlin (West)/Köln/Mainz 1974.

Schmid, Günther, Entscheidung in Bonn. Die Entstehung der Ost- und Deutschlandpolitik 1969/70, Köln 1979.

Schmidt, Helmut, Strategie des Gleichgewichts, Stuttgart 1970.

Schmiederer, Ursula, Die Außenpolitik der Sowjetunion. Stuttgart/Berlin (West)/Köln/Mainz 1980.

Schmitt, Carl, Der Begriff des Politischen. Text von 1932 mit einem Vorwort von drei Collarien, Duncker und Humblot, Berlin (West) 1963.

— Theorie des Partisanen. Zwischenbemerkungen zum Begriff des Politischen, Duncker und Humblot, Berlin (West) 1975.

Schmitz, Helmut, Notstandsverfassung und Notstandsrecht der DDR, Köln 1971.

Schmückle, Gerd, Komiss a.D., Stuttgart 1971.

Schramm, Wilhelm von, Clausewitz Leben und Werk, Esslingen 1976.

Schneider, Eberhard, Breschnews neue Sowjetverfassung, Reihe Bonn Aktuell, Stuttgart 1978.

Schöneburg, Karl-Heinz, Revolutionärer Prozeß und Staatsentstehung, Staats- und rechtstheoretische Studien des Instituts für Theorie des Staates und des Rechts der Akademie der Wissenschaften der Deutschen Demokratischen Republik, Band 2, Berlin (Ost) 1976.

Schreiber, Jürgen, Der Soldat und das Recht, Frankfurt/Main 1957.

Schröder, Richard, Deutsche Rechtsgeschichte, Leipzig 1902.

Schubert, Klaus von, Sicherheitspolitik der Bundesrepublik Deutschland. Dokumentation 1945 - 197 , Teil II, Schriftenreihe 116 (Bundeszentrale für politische Bildung), Bonn 1978.

Schulz, Karl-Heinz/Wollina, Paul, Warschauer-Vertrag-Schild des Sozialismus, Berlin (Ost) 1975.

Schulz, Karl-Ernst (Hrsg.), Streitkräfte im gesellschaftlichen Wandel. Sozialwissenschaftliche Analyse zum Selbst- und Umweltverständnis moderner Streitkräfte, Bonn 1980.

Schutz vor Massenvernichtungsmitteln. Lehrbuch der Zivilverteidigung, Berlin (Ost) 1976.

Schwarz, Hans-Peter/Meissner, Boris, Entspannungspolitik in Ost und West, Studien zur Politik, Band 4, Köln/Berlin/Bonn/München 1979.

Schwarz, Klaus-Dieter, Sicherheitspolitik. Analysen zur politischen und militärischen Sicherheit, Bad Honnef 1977.

Seiffert, Wolfgang, Sozialistische ökonomische Integration. Rechtsfragen, Berlin (Ost) 1974.

Selesnjow, I.A., Krieg und ideologischer Kampf (deutsche Übersetzung), Berlin (Ost) 1974.

— Krieg und ideologischer Kampf. Militärverlag des Verteidigungsministeriums der UdSSR, Moskau 1964 (copyright by Swiss Eastern Institute, Bern).

Sheltow, A./Korobejnikow, M., Soldat und Krieg (Hrsg. Georg Bruderer). Schweizerisches Ostinstitut, Bern 1972.

Simons, William B., The Constitutions of the Communist World, Alphen aan den Rijn, 1980.

Sirjaques, Franzcoise, Frankreich und die NATO, Frankfurt/Main/New York 1980.

Sokolowski, W.D., Militärstrategie (deutsche Übersetzung), Köln 1969.

— Soviet Military Strategy, Third Edition, Edited by Harriet Fast Scott, Stanford Research Institute 1975.

Sozialistisches Recht und Nationale Verteidigung, Berlin (Ost) 1970.

Spannocchi, Emil/Brossollet, Guy, Verteidigung ohne Schlacht (Einleitung von Carl Friedrich von Weizsäcker), München/Wien 1976.

Staar, Richard F., Die kommunistischen Regierungssysteme in Osteuropa (deutsche Ausgabe), Stuttgart 1977.

Staatsrecht der DDR (Hrsg. Akademie der Staats- und Rechtswissenschaft der DDR), Berlin (Ost) 1977.

Starlinger, Wilhelm, Stalin und seine Erben, Würzburg 1957.

Steigerwald, Robert, Bürgerliche Philosophie und Revisionismus im imperialistischen Deutschland, Frankfurt/Main 1980.

Streitkräfte 1979/80. Die "Military Balance" des Internationalen Instituts für Strategische Studien, London (Hrsg. Arbeitskreis für Wehrforschung), München 1980.

Tappert/Jodl, (ohne Angabe der Vornamen), Körperertüchtigung und Sport für die sozialistische Landesverteidigung, Berlin (Ost) 1973.

Teller, Hans, Der kalte Krieg gegen die DDR; von seinen Anfängen bis 1961, Berlin (Ost) 1979.

Todorov, Nikolai, Kurze bulgarische Geschichte (deutsche Übersetzung), Sofia 1977.

Topornin, B.N., Das politische System des Sozialismus (deutsche Übersetzung), Berlin (Ost) 1974.

Uhle-Wetter, Franz, Gefechtsfeld Mitteleuropa, München 1980.

Unsere Volksmarine, Berlin (Ost) 1961.

Usczek, Hansjürgen, Scharnhorst, Theoretiker, Reformier, Patriot. Sein Werk und seine Wirkung in seiner Zeit und für unsere Zeit, Berlin (Ost) 1974.

Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik. Dokumente, Kommentar. Band 1 und 2, Berlin (Ost) 1969.

Verwaltungsrecht. Lehrbuch. (Hrsg. Akademie für Staats- und Rechtswissenschaften der DDR, Potsdam-Babelsberg), Berlin (Ost) 1978.

Völkerrecht (Hrsg. Arbeitsgemeinschaft für Völkerrecht beim Institut für Internationale Beziehungen an der Akademie für Staats- und Rechtswissenschaften der DDR), 2 Bände, Berlin (Ost) 1973.

Vogel, Rolf, Ein Stück von uns. Deutsche Juden in deutschen Armeen 1813 - 1976. Eine Dokumentation, Mainz 1977.

Vogler, Günter/Vetter, Klaus, Preußen. Von seinen Anfängen bis zur Reichsgründung, Berlin (Ost) 1980.

Wagenlehner, Günter, Staat oder Kommunismus. Lenins Entscheidung gegen die kommunistische Gesellschaft, Stuttgart 1971.

— Wem gehört die Sowjetunion? Die Herrschaft der Dreihunderttausend, Köln 1980.

Walpuski, Günter, Verteidigung und Entspannung = Sicherheit. Texte und Materialien zur Sicherheitspolitik, Bonn-Bad Godesberg 1975.

Weber, Hermann, Kleine Geschichte der DDR. Edition Deutschland-Archiv, Köln 1981.

Weck, Jörg, Wehrverfassung und Wehrrecht in der DDR, Köln 1970.

Wehner, Helfried (Hrsg.), Kampfgefährten-Weggenossen. Erinnerungen deutscher und sowjetischer Genossen an die ersten Jahre der antifaschistisch-demokratischen Umwälzung in Dresden, Berlin (Ost) 1974.

Wehrgerechtigkeit in der Bundesrepublik Deutschland. Bericht der Wehrstruktur-Kommission an die Bundesregierung, Bonn 1971.

Die Wehrstruktur in der Bundesrepublik Deutschland. Analyse und Optionen, Herausgegeben von der Wehrstruktur-Kommission, Bonn 1972/1973.

Weißbuch 1970. Zur Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland und zur Lage der Bundeswehr, Bonn 1970.

Weißbuch 1971/1972; 1973/1974; 1975/1976.

Weit, Erwin, Ostblock intern, Hamburg 1970.

Weizsäcker, C.F. von (Hrsg.), Kriegsfolgen und Kriegsverhütung, München 1971.

Wessel, Horst, Logik und Philosophie, Weltanschauung heute.
Band 9, Berlin (Ost) 1976.

Wiechmann, Heinz, Geheim - wozu noch? München 1977.

Wiener, Friedrich (Hrsg.), Die Armeen der Warschauer-Pakt-
Staaten, München 1974.

Wir sind die Kraft, Berlin (Ost) 1959.

Wittkämper, Gerhard W., Funktionale Verwaltungsreform.
Codesberger Taschenbücher. Wissenschaftliche Reihe Band 13,
Bonn 1978.

Wittkämper, Gerhard W./Stanzel Josef G., Politik und
Recht. Athenäum Taschenbücher. Sozialwissenschaften, Kro-
nenberg 1976.

Wörter als Waffen. Sprache als Mittel der Politik (Hrsg.
Wolfgang Bergsdorf), Stuttgart 1979.

Wolff, Willy, An der Seite der Roten Armee. Zum Wirken des
Nationalkomitees "Freies Deutschland" an der sowjetisch-
deutschen Front 1943-1945, Berlin (Ost) 1975.

Wolkogonow, D.A., Ethik für den sowjetischen Offizier,
(deutsche Übersetzung), Berlin (Ost) 1975.

Woller, Rudolf (Hrsg.), Reservesystem des warschauer Paktes.
Ein Weißbuch, München 1973.

Zikelsky, Fritz, Das Gewehr in meiner Hand, Berlin (Ost)
1958.

Zippelius, Reinhold, Geschichte der Staatsideen, München 1971.

Zivilverteidigung. Lehrbuch für Klasse 9, Berlin (Ost) 1975.

Zusammenarbeit und Annäherung in der sozialistischen Gemeinschaft (Hrsg. Institut für Internationale Beziehungen an der Akademie für Staats- und Rechtswissenschaften Potsdam-Babelsberg), Berlin (Ost) 1977.

II. Handwörterbücher; Wörterbücher; Lexika

Allgemeine Militair-Encyclopädie, hrsg. und bearb. von einem Verein deutscher Offiziere, 2. verb. Auflage, 10 Bde., Leipzig 1863 - 1873.

Biographisches Lexikon zur deutschen Geschichte. Von den Anfängen bis 1945, Berlin 1970.

Bundeswehr und Gesellschaft. Ein Wörterbuch (Hrsg. Ralf Zoll, Ekkehard Lippert, Tjarck Rössler). Studien zur Sozialwissenschaft, Band 34, Opladen 1977.

DDR-Handbuch (wissenschaftliche Leitung Peter Christian Ludz unter Mitwirkung von Johannes Kuppe), Köln 1979.

Deutsches Militärlexikon, Berlin (Ost) 1962.

Evangelisches Soziallexikon (Hrsg. Theodor Schober, Martin Honecker, Horst Dahlhaus), Stuttgart/Berlin (West) 1980.

Evangelisches Staatslexikon (Hrsg. Hermann Kunst, Roman Herzog, Wilhelm Schneemelcher), Stuttgart/Berlin (West) 1975.

Handbuch der neuzeitlichen Wehrwissenschaften, Hrsg. im Auftrage der Deutschen Gesellschaft für Wehrpolitik und Wehrwissenschaften von Hermann Franke, 3 Bde., Berlin 1936 - 1939.

Handbuch für Heer und Flotte, Enzyklopädie der Kriegswissenschaften und verwandter Gebiete, hrsg. von Georg von Alten, Bd. I - IV, IX, Berlin/Leipzig/Wien/Stuttgart 1909 - 1914.

Handwörterbuch der gesamten Militärwissenschaften, hrsg. unter Mitwirkung hervorragender Autoritäten auf allen Gebieten des militärischen Wissens von Bernard Poten, Bielefeld/Leipzig 1877 - 1880.

Handwörterbuch des DDR-Rechts (bearbeitet von Regina Rühmland und Ullrich Rühmland), Druckabzüge, Bonn 1981.

Handwörterbuch Internationale Politik (Hrsg. Wichard Woyke), Opladen 1977.

Kleines Politisches Wörterbuch, Dietz-Verlag, Berlin (Ost) 1978.

Kleines Wörterbuch der marxistisch-leninistischen Philosophie, Berlin (Ost) 1974.

Kulturpolitisches Wörterbuch, Berlin (Ost) 1978.

Länder der Erde (Gesamtredaktion Neugebauer, Heinz/Seydewitz, Horst/Zeller, Frank), Berlin (Ost) 1973.

Lexikon der Sicherheitspolitik (bearbeitet von Ernst Lutz; Vorwort von Wolf Graf von Baudissin), München 1980.

Lexikon der Wirtschaft. Industrie, Berlin (Ost) 1970.

Lexikon der Wirtschaft. Organisation und Technik der Verwaltungsarbeit, Berlin (Ost) 1974.

Lexikon der Wirtschaft. Rechnungsführung und Statistik, Berlin (Ost) 1974.

Lexikon der Wirtschaft. Verkehr. Berlin (Ost) 1971.

Lexikon der Wirtschaft. Wirtschaftsrecht, Berlin (Ost) 1977.

Lexikon des Arbeitsrechts, Berlin (Ost) 1972.

Lexikon Recht der Landwirtschaft, Berlin (Ost) 1975.

Meyers Konversations-Lexikon, (5. Auflage), Leipzig und Wien 1893.

Meyers Neues Lexikon, Leipzig 1963.

Militair-Conversations-Lexikon, bearb. von mehreren deutschen Offizieren, red. und hrsg. von Hanns Eggert, Willibald von der Lüche, 1 Bde., Leipzig 1833 - 1841.

Militärlexikon, Berlin (Ost) 1973.

Militär-Lexikon, Handwörterbuch der Militärwissenschaften.
Mit Ergänzungsheften 1 - 3. Herausgegeben von Hermann Frobenius, Berlin 1901 - 1906.

NVA in Stichworten (bearbeitet von Ullrich Rühmland), Bonn 1977.

Oekonomisches Wörterbuch (deutsche Übersetzung aus dem Russischen), Berlin (Ost) 1961.

Philosophie und Naturwissenschaften. Wörterbuch zu den philosophischen Fragen der Naturwissenschaften, Berlin (Ost) 1978.

Philosophisches Lexikon, zwei Bände, Leipzig 1974.

Philosophisches Wörterbuch (bearbeitet von Georgi Schischkoff), Stuttgart 1974.

Recht (Hrsg. Peter Badura, Erwin Deutsch, Claus Roxin).
Das Fischer-Lexikon, Frankfurt/Main 1971.

Sachwörterbuch der Geschichte Deutschlands und der deutschen Arbeiterbewegung, 2 Bde., Berlin (Ost) 1969/70.

Sowjetische Militärenzyklopädie, deutsche Übersetzung; Auswahl Hefte 1-12, Hefte 1-4, Berlin (Ost) 1978; Hefte 5-7 1979, Hefte 8-12, Berlin (Ost) 1980.

Staat und Politik (Hrsg. Ernst Fraenkel/Karl Dietrich Bracher). Das Fischer-Lexikon, Frankfurt/Main 1957.

Weyers Flottentaschenbuch 1979/81 (Hrsg. Gerhard Albrecht), München 1978.

Wörterbuch der Außenpolitik und des Völkerrechts, Berlin (Ost) 1980.

Wörterbuch der Marxistisch-Leninistischen Soziologie, Berlin (Ost) 1977.

Wörterbuch der Ökonomie des Sozialismus, Berlin (Ost) 1973.

Wörterbuch der Wirtschaft (Hrsg. Horst Claus Rechtenwald), Stuttgart 1975.

Wörterbuch zum sozialistischen Staat, Berlin (Ost) 1974.

Wörterbuch zur sozialistischen Jugendpolitik, Berlin (Ost) 1975.

Zeittafel zur Militärgeschichte der Deutschen Demokratischen Republik 1949 bis 1968, Berlin (Ost) 1969.

Zeittafel zur Militärgeschichte der Deutschen Demokratischen Republik 1969 bis 1977, Berlin (Ost) 1979.

III. Bildbände

Erlebnis und Bewährung in der Gesellschaft für Sport und Technik, Berlin (Ost) 1977.

Getreu dem Fahneneid. Bilddokumentation über die Nationale Volksarmee, Berlin (Ost) 1981.

Vereint unbesiegbar. (Hrsg. Armeemuseum der Deutschen Demokratischen Republik), Berlin (Ost) 1976.

Wiener, Friedrich (Hrsg.), Soldaten im Ostblock, München 1972.

Willmann/Eyemann, Mensch, Mut und Mach, Berlin (Ost) 1971.

IV. Periodika

Allgemeine Schweizerische Militärzeitschrift, Bern.

Armee-Rundschau, Berlin (Ost)

Beiträge zur Konfliktforschung, Köln.

Der Kämpfer, Berlin (Ost).

DGFK-Information, Friedens- und Konfliktforschung, Bonn.

Die politische Meinung, Bonn-Bad Godesberg.

Einheit, Berlin (Ost),

Europäische Wehrkunde. Zeitschrift für alle Wehrfragen.

Organ der Gesellschaft für Wehrkunde, München.

Flug-Revue, Berlin (Ost).

Heer. Truppenzeitung des Heeres (Hrsg. Bundesministerium der Verteidigung), Bonn.

Informationen zur Politischen Bildung, Bonn.
 Information für die Truppe (Herausgegeben vom Bundesministerium der Verteidigung, Streitkräfteamt), Bonn.
 Kampftruppen, Kampfunterstützungstruppen, Herford und Bonn.
 Konkret, Berlin (Ost).
 liberal. Beiträge zur Entwicklung einer freiheitlichen Ordnung, Gummersbach.
 loyal, Das deutsche Wehrmagazin, Bonn.
 Marine-Rundschau, München.
 Militärgeschichte, Berlin (Ost).
 Militärtechnik, Berlin (Ost).
 Militärwesen, Berlin (Ost).
 Neue Zeitschrift für Wehrrecht, München.
 Politische Studien, München.
 Poseidon, Berlin (Ost).
 Schriftenreihe Zivilverteidigung, Berlin (Ost).
 Sport und Technik, Berlin (Ost).
 Truppendienst, Wien.
 Volksarmee, Berlin (Ost).
 Wehrausbildung in Wort und Bild, Herford und Bonn.
 Wehrwissenschaftliche Rundschau, Herford und Bonn.

V. Wochenzeitungen

Christ und Welt, Bonn.
 Der Spiegel, Hamburg.
 Deutsches Allgemeines Sonntagsblatt, Hamburg.
 Die Weltwoche, Zürich.
 Die Zeit, Hamburg.
 Horizont, Berlin (Ost).

Neue Berliner Illustrierte, Berlin (Ost).
 Rheinischer Merkur, Köln.

VI. Tageszeitungen

Berliner-Zeitung, Berlin (Ost).
 Brandenburgische Neueste Nachrichten, Potsdam.
 Das Volk, Erfurt.
 Demokrat, Schwerin.
 Der Morgen, Berlin (Ost).
 Die Welt, Hamburg.
 Frankfurter Allgemeine Zeitung, Frankfurt/Main.
 Freie Erde, Neubrandenburg.
 Freiheit, Halle.
 Lausitzer Rundschau, Cottbus.
 Leipziger Volkszeitung, Leipzig.
 Märkische Volksstimme, Potsdam.
 National-Zeitung, Berlin (Ost).
 Neuer Tag, Frankfurt/Oder.
 Neues Deutschland, Berlin (Ost).
 Ostsee-Zeitung, Rostock.
 Sächsische Zeitung, Dresden.
 Schweriner Volkszeitung, Schwerin.
 Süddeutsche Zeitung, München.
 Volksstimme, Magdeburg.
 Volkswacht, Gera.

VII. Gesetzblätter

Im Anhang sind -in zeitlicher Reihenfolge- alle im Gesetzblatt der DDR veröffentlichten Bestimmungen der DDR, welche die bewaffneten Kräfte und die paramilitarischen Organisationen betreffen, erstmals zusammengestellt worden, und zwar unter dem Stichwort: Rechtsbestimmungen der bewaffneten Kräfte der DDR.

Das Gesetzblatt der DDR ist das amtliche Blatt zur Verkündung der Gesetze sowie anderer allgemeinverbindlicher Rechtsvorschriften und völkerrechtlicher Verträge. Das GBl. erscheint mit dem Teil I, dem Teil II und dem Sonderdruck.

Der Teil I enthält Gesetze der DDR und andere allgemeinverbindliche Rechtsvorschriften (Verordnungen und Beschlüsse des Ministerrates der DDR). Die Verkündung völkerrechtlicher Verträge erfolgt im Teil II.

Standards und allgemeingültige Rechtsvorschriften, die nur einen begrenzten Kreis von staatlichen und wirtschaftsleitenden Organen, Betrieben, Kombinat, Einrichtungen oder Bürgern betreffen (bzw. der Geheimhaltung obliegen) werden i.d.R. im Sonderdruck veröffentlicht.

Vorbemerkung

I. Das Ende des Zweiten Weltkrieges bedeutete eine Epochen-schwelle in der Weltgeschichte. Mit dem Schweigen der Waf-fen in Europa und in Ostasien im Mai bzw. September 1945 sah sich die Menschheit mit einem Komplex zentraler Ereig-nisse und Vorgänge von unerhörter Bedeutung konfrontiert, die zuvor in ihrem Zusammenhang nicht erahnt oder gar ge-sehen worden waren (1).

Hierzu gehören:

die Zündung der Atombombe (2),

die Entwicklung von Weltraumraketen (3),

die Entwicklungen in der Mikroelektronik,

die Automatisierung in den technischen Bereichen,

der Verlust der wirtschaftlichen und politischen Vormacht-stellung von Kohle und Stahl zugunsten von Erdöl und che-mischen Produkten,

das Vordringen der Kernenergie im wirtschaftlichen Bereich,

die zunehmende Komplexheit und Kompliziertheit der Prozesse in Technik und Wirtschaft,

das Heraustrreten des kommunistischen Rußlands aus seiner politischen und ideologischen Isolierung,

die Herausbildung der beiden Supermächte USA und UdSSR - bei gleichzeitigem Verlust der Vormachtstellung Europas,

der Sieg des Kommunismus in China unter Mao-Tse-Tung,

die Entkolonisierung in Afrika und Asien,

die Vergrößerung der Staatengemeinschaft,

der allmähliche Übergang der Nationalstaaten in Europa zu neuen politischen Gruppierungen,

die Herausstellung der Gruppe im gesellschaftlichen, technischen und wissenschaftlichen Bereich (4).

Die tiefgreifenden technischen und gesellschaftlichen Veränderungen fanden u.a. ihren Niederschlag in der Sicherheitspolitik (5). Die Massenvernichtungsmittel haben die Begriffe von Krieg und Politik in neue Beziehungen gesetzt. Da im Zeitalter der atomaren Waffen der Krieg politisch nicht mehr zu verantworten ist, kommt zur Erhaltung des Friedens der kooperativen Rüstungssteuerung eine besondere Bedeutung zu (6).

Neben diesen zentralen, die gesamte Menschheit berührenden Umwälzungen brachte das Ende des Zweiten Weltkrieges für viele Staaten und Völker auch folgenreiche Einschnitte in ihrer historischen Entwicklung (7). Das gilt insbesondere für Deutschland. Hier wirkt die nationale Spaltung fort.

Die 1945 von den Siegermächten gezogene Demarkationslinie trennt zudem zwei Gesellschaftssysteme voneinander. Gingen 1945 die Bestrebungen der Siegermächte dahin, Deutschland völlig abzurüsten und zu entmilitarisieren, so sind seit der Mitte der 50er Jahre beide Teile Deutschlands in die beiden europäischen Bündnissysteme einbezogen. Der Ost-West-Konflikt hat inzwischen globale Ausmaße angenommen. Die Auseinandersetzungen sind seit den sechziger Jahren nicht allein auf Europa beschränkt, sondern werden auch in der Dritten Welt ausgetragen.

II. Untersuchungsgegenstand der Analyse sind die bewaffneten Kräfte und die paramilitärischen Organisationen der DDR, ihre historische Entwicklung; ferner ihre Strukturen (8) sowie ihre Einbettung in das Politische System (9) der DDR und in den Warschauer Pakt (10) im Berichtszeitraum vom Zusammenbruch des Deutschen Reiches im Mai 1945 bis zum Ausklang des Jahres 1980.

Obwohl die Konfrontation zwischen dem Warschauer Pakt und der NATO anhält, gibt es derzeit nur wenige Darstellungen, die sich mit den bewaffneten Kräften der DDR auseinandersetzen (11). In der Regel erheben die Darstellungen nicht den Anspruch der Wissenschaftlichkeit bzw. stellen nur eng umgrenzte Sachverhalte des Militärwesens im Warschauer Pakt dar (12). Es dominieren Versuche, im publizistischen Vorfeld zu einem wehrwissenschaftlichen Verständnis zu gelangen. Dennoch werden diese Arbeiten in der vorliegenden Analyse in Teilbereichen herangezogen. Wie in allen Wissenschaften, so gibt es auch um die Wehrwissenschaften und um die Politikwissenschaften "Rand- und Grauzonen, die den Bedingungen der

Wissenschaftlichkeit nicht voll genügen und dabei trotzdem vielleicht nicht ohne Wahrheitswert sein können." (13).

Eine wissenschaftliche redliche Analyse über die bewaffneten Kräfte und die paramilitärischen Verbände der DDR ist ohne die Berücksichtigung der anderen WP-Armeen sowie der gesamten Entwicklung im Ostblock nur bedingt aussagekräftig (14). So war es geboten, die Arbeit komparatistisch anzulegen, insbesondere im Hinblick auf die Einbettung der bewaffneten Kräfte der DDR in den Warschauer Pakt.

Eine umfassende Analyse der Streitkräfte der DDR und des WP bedarf (nicht zuletzt auch im Hinblick auf die Problematik der Abrüstung) auch einer schnellen, vergleichsweisen Orientierung über die Bundeswehr und über die NATO.

Diese Aufgabe soll u.a. der Anhang erfüllen. Ein zweiter Schwerpunkt des Anhangs liegt in der Abklärung der militärischen Terminologie (15). Im Gegensatz zur Medizin, Chemie und Biologie gibt es im Militärwesen (16) noch keine umfassenden Regelwerke. Im Rahmen der militärischen Terminologie sind auch die Abkürzungen berücksichtigt und erläutert worden, die in der Bundeswehr (17) und in der NATO (18) gebraucht werden. Schließlich wurden im Anhang zahlreiche Fragen, die nicht unmittelbar zum Gegenstand der Analyse gehören, aber dennoch für die Beurteilung der Streitkräfte der DDR von Bedeutung sind (wie beispielsweise die Bereiche Militärstrategie, Militärgeschichte, Militärtheorie, Militärpolitik, Militärsoziologie, Militärgerichte, Schießbefehl, Sanitätswesen, Abrüstung; ferner bestimmte Einzelfragen wie die Höhe des Wehrsolds in der DDR oder die Festsetzung der Verpflegungssätze), abgehandelt.

Die vorliegende Arbeit will aber keinen Anspruch auf eine

erschöpfende Behandlung der Thematik erheben. Sie ist als Ausgangspunkt für weitere politikwissenschaftliche, wehrwissenschaftliche und militärgeschichtliche Untersuchungen über das Militärwesen in Ost und West und über die damit eng zusammenhängenden Fragen der Abrüstung und der Kriegsverhütung gedacht.

III. Von der Thematik her fällt die Darstellung in die Bereiche der wissenschaftlichen Disziplinen Geschichte, Militärgeschichte und Wehrwissenschaften, Politikwissenschaft, Soziologie und Rechtswissenschaft (19). Sie folgt dem systemtheoretischen Ansatz (20). Thematisch ist die Arbeit im Sinne einer Gesamtschau angelegt. Sie gliedert sich in fünf Teile und in den Anhang, der einen eigenen Teil bildet. Wie alle Untersuchungen über Institutionen der DDR und des Ostblocks, so unterliegt die vorliegende Analyse den bestimmten Besonderheiten der DDR-Forschung (21).

Bei der komplexen Darstellung war eine Methodenkombination gegeben. Die Grundlage im militärgeschichtlichen Teil und in den Kapiteln bildet die historisch-genetische Methode. Die Darstellung der Entwicklung der bewaffneten Kräfte im Anhang, ferner die Untersuchungen zur Wehrstruktur folgen der systematischen Methode. Für Darstellungen der militärtechnischen Details wurde die deskriptive Methode angewandt; zur Deutung des Dokumentierten die inhaltsanalytische Methode. Für die Abhandlungen über den Einfluß des Militärs in der DDR waren sozialwissenschaftliche Untersuchungsmethoden geboten.

Beobachtungen und Befragungen an Ort und Stelle über die bewaffneten Kräfte und über die paramilitärischen Verbände der DDR waren nicht möglich.

Das unmittelbare Material, Akten, Korrespondenz, Weisungen, Berichte, Rechnungen, Dienstvorschriften, Reglements der drei Sicherheitsministerien der DDR standen nur in einem beschränkten Umfang zur Verfügung. Die Untersuchung mußte sich auf die Auswertung veröffentlichter Dokumentationen der DDR, der Publizistik und Fachliteratur der DDR konzentrieren (22). Erstmals wurden alle gesetzlichen Bestimmungen, welche die bewaffneten Kräfte der DDR betreffen, gesammelt und zusammengestellt (23).

Um unter den Gegebenheiten zu gesicherten wissenschaftlichen Erkenntnissen zu kommen, hat der Verfasser fast zwei Jahrzehnte das zugängliche Material gesammelt, gesichtet und ausgewertet. Es handelt sich dabei ausschließlich um offenes Material. Geheime Stabsstudien liegen der Arbeit nicht zugrunde. Auch wurden keine geflüchteten Soldaten der NVA und der Grenztruppen der DDR befragt. Die Aussagen von Flüchtlingen haben einen beschränkten Aussagewert, da sie i.d.R. nur die augenblickliche Stimmungslage in einer besonderen Situation wiedergeben (24). Obwohl viele Quellen nicht zur Verfügung standen, bildet die sich über zwanzig Jahre erstreckende Analyse der Fachliteratur eine ausreichende Quellengrundlage, um die Entwicklung und die Strukturen der bewaffneten Kräfte und der paramilitärischen Organisationen der DDR darzustellen bzw. Strukturschwächen und Abweichungen von den Grundmustern aufzuspüren.

In der vorliegenden Arbeit wurde ferner der Versuch unternommen, Quellen kritisch zu untersuchen. Quellenforschung und Quellenkritik wurde in den derzeit vorliegenden Darstellungen über die bewaffneten Kräfte der DDR praktisch nicht vorgenommen. Alle bisherigen Arbeiten beruhen weitgehend auf abgeleiteten Quellen. Sie beschränken sich zudem i.d.R.

auf Quellenhinweise, Erläuterungen und Auseinandersetzungen sind selten.

Die vorliegende Arbeit will interpretieren und nicht mit ideologischen Vokabeln pointieren. Sie muß sich aber mit der marxistisch-leninistischen Ideologie und der Geschichtsbetrachtung auseinandersetzen, insbesondere im Hinblick auf die politische Erziehung der Soldaten und die Traditionsbildung.

Die Darstellung weist noch einige Besonderheiten auf. Die angegebene Literatur ist -soweit sie in der DDR erschienen ist- nicht in allen Bibliotheken der Bundesrepublik Deutschland präsent. Deshalb hielt es der Verfasser für erforderlich, entscheidende Aussagen ausführlich zu zitieren. Aus Gründen der gebotenen Übersicht wurden das Abkürzungsverzeichnis und das Schrifttum an den Beginn der Darstellung gesetzt.

Erster Teil

Begriffserklärung und Auftrag der Bewaffneten Kräfte und der Paramilitärischen Organisationen der DDR

I. Begriffsanalyse

In der DDR wird -wie in allen Staaten des Warschauer Paktes- unterschieden zwischen den Bewaffneten Kräften (vielfach auch als bewaffnete Organe bezeichnet) und den Paramilitärischen Verbänden (1). Es fehlt bisher allerdings an einer einheitlichen Terminologie.

1. Für die Bewaffneten Kräfte gibt es vier Begriffsbestimmungen. Einmal werden alle waffentragenden Verbände -einschließlich der Paramilitärischen Organisationen- zu den Bewaffneten Organen gerechnet (2).

Zum anderen werden zu den Bewaffneten Kräften -mit Ausnahme der Kampfgruppen- alle Schutz- und Sicherheitskräfte der DDR gezählt, einschließlich der Feuerwehr und der Zollverwaltung.

"- die Schutz- und Sicherheitsorgane, zu denen die Nationale Volksarmee, die Grenztruppen, die Organe der Staatssicherheit, die Organe des Ministeriums des Innern (die Deutsche Volkspolizei, die Feuerwehr und der Strafvollzug), die Zivilverteidigung und die Zollverwaltung gehören." (3). Eine dritte Definition orientiert sich am System der Landesverteidigung. Danach gliedern sich die Bewaffneten Kräfte

in die mobilen Kräfte (kasernierte VP-Bereitschaften, kasernierte Trapo-Bereitschaften, kasernierte Verbände des Ministeriums für Staatssicherheit, Kampfgruppen der Arbeiterklasse und Zivilverteidigung).

Eine vierte Auffassung schließlich, der in der vorliegenden Arbeit gefolgt wird, versteht unter den Bewaffneten Kräften nur die mobilen Verbände. Zu ihnen gehören die operativen Kräfte der Nationalen Volksarmee (NVA) sowie die Grenztruppen der DDR (4). Diese Betrachtungsweise gründet sich auf die praktische Handhabung des Wehrdienstes und des Wehrersatzdienstes in der DDR.

2. Der Begriff "Paramilitärische Verbände" wird in der DDR ebenfalls nicht einheitlich definiert. I.d.R. werden darunter die territorialen Kräfte im System der Landesverteidigung sowie die Gesellschaft für Sport und Technik verstanden. Mitunter werden ferner die Ordnungsgruppen der FDJ, die Grenzpolizeihelfer und die Reservistenkollektive zu den paramilitärischen Organisationen gezählt (5).

In der vorliegenden Arbeit umfassen die paramilitärischen Organisationen der DDR die

- kasernierten VP-Bereitschaften und Trapo-Kompanien,
- kasernierten Einheiten des Ministeriums für Staatssicherheit,
- Kampfgruppen,
- Zivilverteidigung und
- Gesellschaft für Sport und Technik.

Die Zivilbeschäftigten wurden bisher offiziell weder zu den bewaffneten Kräften noch zu den paramilitärischen Verbänden gezählt (6).

3. Der Name Nationale Volksarmee (NVA) ist ein Pleonasmus, da im deutschen Sprachgebrauch Nation und Volk synonym gebraucht werden. Im Schrifttum der DDR findet sich keine Erklärung des Namens. Er entstand 1956, als die Verfassung der DDR von einer deutschen Nation ausging. Der Begriff umfaßt im Verständnis der DDR inhaltlich nicht eine allgemeine Volksbewaffnung.

Die Bezeichnung "Nationale Volksarmee" taucht im Spanischen Bürgerkrieg (1936 - 1939) auf (7).

Bis auf die Sowjetarmee, die Polnische Armee und die Streitkräfte der Sozialistischen Republik Rumänien führen die operativen Verbände der übrigen Staaten des Warschauer Paktes die Bezeichnung Volksarmee (Tschechoslowakische Volksarmee, Ungarische Volksarmee, Bulgarische Volksarmee).

Im Westen herrscht vielfach selbst in Fachkreisen Unkenntnis über die Namen, welche die einzelnen WP-Armeen führen (8).

Als übergreifende Bezeichnung für die Streitkräfte bzw. als Fachbezeichnung dient in der DDR die Bezeichnung Militär, für die vormilitärische Ausbildung die Bezeichnung Wehr. Hier folgt die DDR nicht dem sowjetischen Vorbild. In der russischen Sprache gibt es als Fachbezeichnung, die das "Soldatische" beinhaltet, das Wort "wojna", was soviel wie Krieg heißt. Es gibt im Russischen auch keinen Begriff, der synonym für "wojna" gebraucht wird. Das Wort "Militär" wird im Russischen nur in einem bestimmten, ausschließlich negativen Sinne verwandt, so in den Bezeichnungen "Militarist" und "Militarismus". So heißt es im Russischen u.a. Kriegsgericht, Kriegspolitik, Kriegseid und Kriegsfahrzeuge und nicht Militärgericht, Militärpolitik, militärischer Eid oder Militärfahrzeuge.

Auch in der militärischen Terminologie der Polnischen Armee und der Tschechoslowakischen Volksarmee wird -ebenfalls wie im Russischen- fast ausschließlich das Wort Krieg benutzt. Das gilt auch für Fachbezeichnungen in Wortzusammensetzungen.

Anders dagegen in der Nationalen Volksarmee (NVA) der DDR. Vermutlich durch eine interne Sprachregelung wurde in der DDR das russische Wort "wojna" durch die Bezeichnung "Militär" ersetzt. Heißt es im Russischen Kriegspolitik, so in der DDR Militärpolitik. Das Wort Krieg wird dagegen in den offiziellen Darstellungen der NVA der Bundeswehr beigelegt. Durch eine vermutlich weitere Sprachregelung kam es 1978 im Bereich der DDR zur Abgrenzung der Begriffe "Militär" und "Wehr". Seitdem wird "Wehr" -von wenigen Ausnahmen abgesehen- bei Wortzusammensetzungen im Bereich der militärischen Ausbildung verwandt (9).

Alle bisherigen Darstellungen und Studien haben dieses semantische Problem unberücksichtigt gelassen.

Aus dem sowjetischen Militärwesen entlehnte die DDR dagegen die Bezeichnungen Grenztruppen und Zivilverteidigung. Die Kampfgruppen führten zunächst die Bezeichnung Betriebskampfgruppen der SED. Die VP-Bereitschaften führten bis 1969 die Bezeichnung Bereitschaftspolizei.

Mit dem Namen "Deutsche Volkspolizei" bezeichnete die SED von 1945 bis 1956 alle waffentragenden Verbände. Noch heute verbinden sich vielfach in der westlichen Welt unter dem Begriff Volkspolizei (oder Vopo) neben der Polizei auch die militärischen Verbände der DDR.

4. Unter Entwicklung der Streitkräfte der DDR wird die Militärgeschichte der NVA, der Grenztruppen der DDR sowie der

paramilitärischen Organisationen der DDR sowohl aus der historisch-genetischen Gesamtschau als auch aus der systematischen Betrachtung der einzelnen Bewaffneten Kräfte (sie ergibt sich aus der Anlage für die Einzeldarstellungen der Kräfte im Anhang) verstanden (10). Die militärgeschichtlichen Entwicklungen stehen in Wechselwirkung zur Außenpolitik, zur Geschichte Osteuropas, zur Wehrtechnikgeschichte, zur Wehrverfassungsgeschichte und zur Traditionsbildung; ferner zur Zeitgeschichte im allgemeinen und zur Politischen Geschichte im besonderen. Die Entwicklung der bewaffneten Kräfte der DDR wird ergänzt durch eine Zeittafel zur Wiederbewaffnung Deutschlands, die in den Anhang eingefügt wurde.

5. Die Struktur der Streitkräfte wird im Westen als Wehrstruktur bezeichnet (11). Sie umfaßt die Wehrverfassung (mit ergänzenden Vorschriften des Wehrrechts), die Befehls- und Kommandogewalt und das Wehrsystem. Daraus folgen die Organisation und Gliederung der Streitkräfte, einschließlich ihrer Bewaffnung (und Ausbildung) (12).

Für die NVA, die Grenztruppen der DDR sowie für die paramilitärischen Kräfte ist weiter der strukturelle Einfluß der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED) und der Freien Deutschen Jugend (FDJ) von wesentlicher Bedeutung, der wieder auf die politische Erziehung und auf die Traditionsbildung einwirkt.

Die Stabilität der komplizierten Wehrstruktur wird wesentlich von weiteren Faktoren beeinflußt, die allerdings nicht unmittelbar die militärische Struktur ausmachen. Hierzu zählen u.a.:

Auszeichnungen, Belobigungen, Disziplinärmaßnahmen, berufliche Förderung (Förderungsverordnung), Ausgang, Besuch,

Urlaub, Logistik, Unterbringung, Traditionspflege (Traditionspflege in der NVA), Versorgung, Verpflegung, Wehrsold und Wehrrersatzwesen.

Von den paramilitärischen Organisationen besitzen die VP-Bereitschaften und die kasernierten Einheiten der Zivilverteidigung sowohl militärische als auch polizeiliche Strukturen.

Im Rahmen einer militärischen Grundstruktur weisen die Kampfgruppen und die kasernierten Verbände des Ministeriums für Staatssicherheit eigenständige Muster auf.

Die Gesellschaft für Sport und Technik wiederum ist eine dem Ministerium für Nationale Verteidigung nachgeordnete und geführte Massenorganisation mit wehrpolitischen Aufgaben.

6. Das Politische System umfaßt nach dem Verständnis der Politikwissenschaft die Gesamtheit von miteinander verbundenen Elementen im staatlich-politischen und im gesellschaftlich-politischen Bereich.

"Das politische System umfaßt außer dem Staatsapparat alle Gruppen und Institutionen, die auf die politische Willensbildung einwirken: Parteien, Verbände und nicht zuletzt die Wählerschaft selbst..." ... System im Sinne der strukturell-funktionalistischen Theorie bedeutet:

- das System besteht aus Personen, die miteinander in Wechselbeziehungen stehen;
- in den Wechselbeziehungen sind "Strukturen", d.h. eine gewisse Regelmäßigkeit oder typische Muster erkennbar;
- das System kann in Subsysteme gegliedert werden; die Subsysteme stehen in Wechselbeziehungen zueinander und zum Ganzen;
- die einzelnen Personen spielen "Rollen". Eine Rolle ist

eine funktional definierte Position in einem sozialen System. Sie wird bestimmt durch Erwartungen, die andere an den Rollenträger richten und die der Rollenträger selbst an sich stellt." (13).

Das Politische System der DDR bedarf noch einer umfassenden Analyse.

"Trotz der Vielzahl wissenschaftlicher Bemühungen ist zu konstatieren, daß im Westen eine umfassende, theoretischen Ansprüchen hinreichend genügende Analyse des DDR-Systems noch aussteht. Dies ist nicht zuletzt darauf zurückzuführen, daß die theoretische Reflexion über die nachkapitalistischen Gesellschaftsordnungen, zu denen die DDR zählt, involvierter Probleme der allgemeinen Theoriebildung wegen nicht erfolgreich war. Bei der Analyse der DDR und anderer osteuropäischer, im "Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe" (RGW) zusammengeschlossener Staaten, ergeben sich zusätzliche Probleme." (14).

Die in der DDR-Forschung vorherrschenden Theorieansätze haben zwar verschiedene Phänomene des Gesellschaftssystems der DDR beschrieben, ohne allerdings alle Faktoren zu erfassen.

Die vorliegende Untersuchung geht davon aus, daß der Systemaspekt der struktur-funktionalen Analyse noch am ehesten das Politische System der DDR (und in den Staaten des Warschauer Paktes) erfaßt. Allerdings muß dabei eine ausfüllende Wertung der einzelnen Funktionsträger und Rollenmuster erfolgen. Eine besondere Bedeutung kommt dabei der Rolle der Militärs (verstanden als die Gesamtheit der Dienstgradgruppe der Generale) in Staat und Gesellschaft zu.

7. Die Warschauer Vertragsorganisation (WVO), im Westen kurz Warschauer Pakt (WP), im Bereich des Ostblocks als Warschauer Vertrag (WV, russisch Warsavski dogovor) bezeichnet (15), ist eine multinationale Organisation der um die Supermacht Sowjetunion gruppierten Staaten des Ostblocks.

Die WVO geht über eine Militärkoalition hinaus und dient zugleich der Koordinierung der Außenpolitik der Signatarstaaten. Der WP ist ferner ein Instrument zur Integration und Stabilisierung des "sozialistischen Lagers" unter der hegemonialen Führung der UdSSR.

Eine ausführliche Darstellung der Aufgaben, Arbeitsweise, Kompetenz, Rechtsstellung und Strukturprinzipien der Organe des WP nach der Umstrukturierung der militärischen Führungsgremien 1969 und des politischen Apparats 1976 steht noch aus (16). Zur Frage der Stellung der DDR im Gesamtsystem des Warschauer Paktes herrschen im westlichen Schrifttum unterschiedliche Auffassungen vor.

Die Allianz bildet schließlich -zusammen mit dem Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW)- die Grundlage für ein gemeinschaftliches Handeln auf nichtmilitärischen Gebieten (17).

II. Wesen, Auftrag und Funktion der bewaffneten Kräfte der DDR

1. Das Wesen der bewaffneten Kräfte der DDR bestimmt sich

aus den Lehren des Marxismus-Leninismus: die Funktionen und der Auftrag werden nach der von der Militärpolitik festgelegten Militärdoktrin bestimmt.

Nach der marxistisch-leninistischen Ideologie sind die Streitkräfte eine historische Erscheinung. Sie entstanden mit der Spaltung der Gesellschaft in Klassen. Die Streitkräfte haben mithin Klassencharakter. Jede ökonomische Gesellschaftsformation hat einen eigenen Streitkräftetyp hervorgebracht.

"Die Geschichte kennt vier Typen von Armeen: Die Sklavenhalterarmee, die feudale Armee, die bürgerliche Armee und die sozialistische Armee. Der Typ der sozialistischen Armee als historisch fortgeschrittenster Typ existiert bereits über fünfzig Jahre. Er entstand erstmals in der Sowjetunion. (18). Eine Sonderrolle wird den Streitkräften der jungen Nationalstaaten eingeräumt.

Unter dem Aspekt des Klassenkampfes wird unterschieden zwischen den Armeen des Sozialismus und denen des Kapitalismus. Nach der marxistisch-leninistischen Gesellschaftstheorie sind die Streitkräfte des Imperialismus gesetzmäßig aggressiv und dem Untergang geweiht, die bewaffneten Kräfte des Sozialismus dagegen dienen dem Schutz der sozialistischen Errungenschaften. Die Militärtheorien von Marx und Engels werden seit Lenin nicht mehr als unumstößlich angesehen, sondern nur noch als absolut zutreffend für die Zeit vor der Epoche des Imperialismus (19).

Nach Lenin ist die Armee den Entwicklungsgesetzen des Überbaus unterworfen, zugleich ist die Armee ein Element des besonderen Überbaus, des Staates. Arbeitermilizen, Kampfgruppen und die paramilitärischen Verbände, die keine Organe des Staates bilden, sind an sich keine bewaffneten Kräfte

des Staates. Sie sollen bestimmten eigenen Bedingungen folgen. Sie werden vom Leninismus aber dennoch zum Überbau gerechnet, so daß ihre Funktionen mit denen der Armee nahe verwandt sind (20).

Entsprechend der marxistisch-leninistischen Ideologie vom Klassenkampf werden die Kriege in gerechte und ungerechte Kriege unterteilt.

Zu den gerechten Kriegen zählen die "Kriege zur Verteidigung des Sozialismus, revolutionäre Bürgerkriege, nationale Befreiungskriege der Völker kolonialer und abhängiger Staaten, Kriege zur Verteidigung der Unabhängigkeit junger Nationalstaaten und Befreiungskriege kapitalistischer Länder, die das Opfer einer imperialistischen Aggression wurden. Kriege, die zur Befreiung unterdrückter Klassen oder im Verlaufe demokratischer nationaler Befreiungskämpfe zur Beseitigung reaktionärer gesellschaftlicher Verhältnisse oder die zur Verteidigung des Sozialismus geführt werden, sind zugleich revolutionäre Kriege". (21).

Die Zerstörung und Auflösung der alten (kapitalistischen) Armee, die Entwaffnung der "imperialistischen Klasse" und die Aufstellung der sozialistischen Armee wird nach dem Leninismus als ein einheitlicher Prozeß angesehen (22).

Die Armeen der sozialistischen Staaten entstanden allerdings keineswegs gesetzmäßig, sondern sie konnten sich z.B. in der UdSSR nur mit Hilfe von Militärspezialisten der nichtsozialistischen Klasse entwickeln. Diesen Widerspruch versucht der Leninismus mit dem Hinweis auf die Unterstellung der bürgerlichen Militärspezialisten unter die Kontrolle der marxistisch-leninistischen Partei zu lösen (23).

"In einigen Ländern, beispielsweise in Bulgarien, wurden bei der Bildung der Armee neuen Typs die Organisationsformen und die Hauptkontingente der alten Armee beibehalten, nachdem sie zuvor erneuert worden waren. Dies war allerdings erst nach den entscheidenden Siegen der Roten Armee über die faschistischen Eroberer möglich. Bei der Bildung der Streitkräfte der Ungarischen Volksrepublik, der Koreanischen Volksdemokratischen Republik und der Deutschen Demokratischen Republik existierte entweder wie in der KVDR gar keine bürgerliche-junkerliche Armee oder diese war von der Roten Armee im Verlaufe der Befreiung zerschlagen worden, wie die faschistische deutsche Armee und die ungarische faschistische Armee. Daher mußten Armeen neuen Typs dieser volksdemokratischen Staaten völlig neu gebildet werden. Die Nationale Volksarmee der DDR entstand zu einer Zeit, als im Lande die sozialistische Revolution bereits gesiegt hatte. Sie war daher von Anfang an eine Armee sozialistischen Typs. Die Armeen der UVR und der KVDR hingegen wurden erst nach dem Übergang der allgemeindemokratischen Revolution in die sozialistische zu Armeen sozialistischen Typs." (24).

Sieht man davon ab, daß zur Ausbildung der Kasernierten Volkspolizei der SBZ/DDR auch Militärspezialisten der früheren Wehrmacht herangezogen wurden, so ist aus den Ausführungen ersichtlich, daß der Aufbau der Armeen in Osteuropa keineswegs einheitlich und gesetzmäßig vonstatten ging. Auch heute weisen die einzelnen Armeen der Staaten des Warschauer Paktes Widersprüchlichkeiten auf,

die mit den Lehren des Marxismus-Leninismus unvereinbar sind bzw. sich nicht in sozialistischen Gesellschaften entwickeln dürften.

"Dabei wirft heute der Aufbau sozialistischer Streitkräfte eine Reihe völlig neuer Probleme auf. So das Problem der richtigen Verbindungen des Nationalen mit dem Internationalen, des Aufschwungs des Wohlstandes der sozialistischen Gesellschaft mit der Notwendigkeit eines gleichzeitigen und stetigen Wachstums der Macht der sozialistischen Streitkräfte, der allgemeinen Nutzung des wissenschaftlich-technischen Fortschrittes mit der für Verteidigungszwecke." (25).

Trotz der auch in der Gegenwart sichtbar auftretenden Widersprüche wird in den offiziellen Darstellungen der DDR die Entstehung der Streitkräfte als ein Ergebnis des im weltrevolutionären Prozeß eingebetteten Ringens der Volksmassen gesehen (26).

Dem Wesen nach sollen z.B. die Kampfgruppen eine Art Volksbewaffnung der Arbeiterklasse darstellen (27). In der Wirklichkeit sind sie eine milizartig aufgebaute Parteiarmee, die in die territoriale Landesverteidigung einbezogen ist. Die Organe des Ministeriums des Innern und des Ministeriums für Staatssicherheit gelten als Machtorgane in den sozialistischen Staaten unter der Führung der marxistisch-leninistischen Partei herrschenden Arbeiterklasse.

Bis 1968 wurden die DVP und der SSD "Organe der revolutionären Gewalt der Arbeiterklasse" genannt. Danach werden sie als Sicherheitsorgane der DDR bezeichnet.

Die Gesellschaft für Sport und Technik wird als Schule einer umfassenden vormilitärischen Ausbildung der Bevölkerung, insbesondere der Jugend angesehen.

2. Der Auftrag der bewaffneten Kräfte der DDR ist in Artikel 7 Abs. 2 der Verfassung von 1968 folgendermaßen festgelegt:

"Die Nationale Volksarmee und die anderen Organe der Landesverteidigung schützen die sozialistischen Errungenschaften des Volkes gegen alle Angriffe von außen. Die Nationale Volksarmee pflegt im Interesse der Wahrung des Friedens und der Sicherung des sozialistischen Staates enge Waffenbrüderschaft mit den Armeen der Sowjetunion und anderer sozialistischer Staaten."

Einzelheiten über Art und Umfang des Auftrags sowohl der bewaffneten Kräfte als auch der paramilitärischen Verbände enthält der Verfassungskommentar zu Artikel 7:

"Die Bestimmung des Absatzes 2 enthält den Auftrag, den Schutz der sozialistischen Ordnung und des friedlichen Lebens der Bürger nach außen wie im Innern zu garantieren. Darin ist die Verpflichtung eingeschlossen, die öffentliche Ordnung und Sicherheit zu gewährleisten, den Kampf gegen jegliche kriminelle Handlungen zu führen, keine Störung des Gemeinschaftslebens und keine Verletzung der Rechte der Bürger zuzulassen. Allen staatlichen Organen obliegt die Aufgabe, die Einhaltung der sozialistischen Normen des Gemeinschaftslebens und den Schutz des friedlichen Lebens der Bürger vor Straftaten und anderen Rechtsverletzungen zu sichern. Dabei tragen die Rechtspflegeorgane, wie Staatsanwalt, Gerichte und Deutsche Volkspolizei, eine besondere Verantwortung, die sie unter Einbeziehung breiter Kreise der Werktätigen erfüllen (vgl. Artikel 90).

Das Hauptinstrument der Landesverteidigung ist die Nationale Volksarmee. Ihr stehen die anderen Organe der Landesverteidigung, z.B. diejenigen der Deutschen Volkspolizei und die Kampfgruppen, zur Seite. Einen wesentlichen Beitrag zur Sicherheit der Deutschen Demokratischen Republik leisten das Ministerium für Staatssicherheit und seine Organe, deren Tätigkeit darauf gerichtet ist, jegliche imperialistische Diversions-, Sabotage- und Spionagetätigkeit zu vereiteln. Diese Instrumente zum Schutz der sozialistischen Ordnung und des friedlichen Lebens der Bürger ständig schlagkräftig zu erhalten, ist Verfassungsauftrag. Das findet seine Ergänzung im Artikel 23, wonach der Schutz des Friedens, des sozialistischen Vaterlandes und seiner Errungenschaften Recht und Ehrenpflicht der Bürger der Deutschen Demokratischen Republik ist." (28).

Walter Ulbricht erklärte zum Auftrag der Streitkräfte:

"Die Soldaten der Nationalen Volksarmee kämpfen gemeinsam mit ihren Waffenbrüdern für den Schutz der sozialistischen Völkerfamilie. Sie tragen aktiv zur Vertiefung der Freundschaft und Brüderlichkeit zwischen den Völkern bei.

Sie kämpfen für die Freiheit und die volle Entfaltung der schöpferischen Kräfte des Volkes, dem sie als Söhne der Arbeiter und Bauern eng verbunden sind. Die Soldaten der Nationalen Volksarmee kämpfen für Frieden, für den Schutz des Lebens der eigenen Familie wie des ganzen Volkes. Sie stehen mit der Waffe dafür ein, daß der Krieg aus dem Leben der Gesellschaft verbannt werden kann.

Im Kampf um die Verwirklichung dieser hohen Ziele mögen sich die Angehörigen der Nationalen Volksarmee als Soldaten der Revolution, als Soldaten für die gerechteste und edelste Sache der Welt, als wahre Patrioten des sozialistischen Vaterlandes und treue Internationalisten bewähren. Solche

Ziele sind es wert, daß die Soldaten all ihren Geist, ihren Elan und ihre Kraft für die Verwirklichung ihres militärischen Auftrages einsetzen." (29).

Der militärische Klassenauftrag der Nationalen Volksarmee besteht darin, Schulter an Schulter in fester Waffenbrüderschaft mit der Sowjetarmee und den anderen sozialistischen Bruderarmeen "die sozialistische Ordnung und das friedliche Leben der Bürger der Deutschen Demokratischen Republik und aller Staaten der sozialistischen Gemeinschaft zuverlässig gegen alle Angriffe der aggressiven Kräfte des Imperialismus und der Reaktion zu schützen." (30).

Der Auftrag der GST ist die Stärkung der Wehrbereitschaft der Bevölkerung im allgemeinen und der wehrfähigen Jugend im besonderen.

3. Nach der Militärtheorie haben die Streitkräfte und die paramilitärischen Verbände verschiedene Funktionen zu erfüllen, so neben der äußeren Schutzfunktion eine innere Sicherungsfunktion; ferner eine Erziehungs- und Integrationsfunktion. Schließlich sollen die Streitkräfte noch eine ideologische Funktion sowie eine Missionsfunktion erfüllen.

"Als Schild und Schwert der Revolution tragen die sozialistischen Armeen zur Niederhaltung der gestürzten Ausbeuter im jeweiligen Land bei, nehmen sie dem internationalen Monopolkapitalismus jede Chance auf die Restauration seiner ehemals weltumspannenden Macht, geben sie heute noch um Befreiung kämpfenden Völkern und Klassen aktive Hilfe und Unterstützung, schränken der Möglichkeit des Weltimperialismus ein... Charakteristisch für alle Funktionen einer sozialistischen Streitmacht ist, daß ihr konkreter Inhalt stets durch die Klassenauseinandersetzung zwischen Sozia-

lismus und Imperialismus geprägt ist. Die generelle Orientierung sozialistischer Streitkräfte auf die weltweite Auseinandersetzung zwischen Sozialismus und Imperialismus resultiert aus dem Wesen der proletarischen Bewegung selbst. Sie ist eine zutiefst internationale Bewegung... Eine wesentliche, wenn auch nicht die wichtigste Funktion der sozialistischen Armeen besteht also darin, als besondere Repressionsgewalt des von der Arbeiterklasse geführten werktätigen Volkes gegen eine kleine Minderheit gestürzter Ausbeuter tätig zu sein." (31).

Wesen, Auftrag und Funktion der Streitkräfte sind die beherrschenden Elemente des Leitbildes der SED vom Soldaten der NVA. Er soll ein Soldat der sozialistischen Revolution sein, der marxistisch-leninistischen Partei treu ergeben sein und den Führungsanspruch der Sowjetunion uneingeschränkt akzeptieren.

"Der Soldat der NVA ist -wie die Kämpfer der Sowjetarmee und der von anderen Bruderarmeen- ein Soldat der sozialistischen Revolution. Sie hat ihn hervorgebracht. Sie bestimmt objektiv seinen uneingeschränkt fortschrittlichen und gerechten Auftrag als bewaffneter Kämpfer für die Sache der Arbeiterklasse... Soldat der sozialistischen Revolution zu sein unterscheidet den Angehörigen der NVA und seinen sozialistischen Waffenbruder grundlegend vom Angehörigen imperialistischer Armeen, da dieser einer Ausbeuterklasse und ihrer konterrevolutionären und reaktionären Macht dient.

Das Ethos des Soldaten der siegreichen sozialistischen Revolution enthält die sittliche Verpflichtung zum vorbehaltlosen Einsatz für die Verwirklichung der historischen Mission der Arbeiterklasse, für den zuverlässigen militärischen Schutz ihrer Macht in den Ländern des siegreichen Sozialismus

und für die solidarische Unterstützung aller um ihre Befreiung von Ausbeutung und Unterdrückung kämpfenden Völker.

Soldat der siegreichen Arbeiterklasse zu sein ist mit der Verpflichtung verbunden, das brüderliche Kampfbündnis mit der Sowjetarmee und den anderen sozialistischen Armeen auf der Grundlage der gemeinsamen Klasseninteressen ständig zu festigen." (32). Auftrag und Funktion der Streitkräfte finden für den Soldaten ihren Ausdruck u.a. im Fahneneid und im Feindbild (33).

Zweiter Teil

Die historische Entwicklung der Bewaffneten Kräfte und der Paramilitärischen Verbände der DDR im Zeitraum von 1945 bis 1980

In den westlichen Darstellungen über die Entwicklung der Streitkräfte der DDR finden sich keine bzw. nur Ansätze einer systematischen Gliederung (1).

Im Schrifttum der DDR hat sich ebenfalls noch keine einheitliche Auffassung über die einzelnen Etappen der Wiederbewaffnung durchgesetzt. I.d.R. werden Parteitage (bzw. Parteikonferenzen) der SED als historische Einschnitte der Militärpolitik angesehen. Das Militärgeschichtliche Institut der DDR folgt im allgemeinen dieser Konzeption. Nur in einer Studie des Instituts werden fünf Perioden unterschieden (2).

Die vorliegende Arbeit gliedert die Wiederbewaffnung in der SBZ/DDR -unter der Berücksichtigung der militärpolitischen Aspekte- in fünf Abschnitte. Sie sind allerdings nicht identisch mit der in einer Studie des MGI vorgenommenen zeitlichen Einteilung.

I. Der Aufbau der Volkspolizei im Zeitraum von 1945 bis 1951

1. Nach der bedingungslosen Gesamtkapitulation von Deutschland am 8. Mai 1945 und der Erklärung der vier Siegermächte

vom 5. Juni 1945 waren die Wehrhoheit und die Polizeihochheit des Deutschen Reiches auf die Befehlshaber der vier Besatzungszonen übergegangen, in der SBZ auf den Chef der Sowjetischen Militäradministration für Deutschland. Er war zugleich Befehlshaber der in der SBZ stationierten sowjetischen Besatzungstruppen.

Die vier Militärbefehlshaber sollten sich an die Grundsätze des Potsdamer Abkommens halten, gebunden waren sie aber nur an die Weisungen ihrer Regierungen.

Das Potsdamer Abkommen bestimmte in Art. 3 Abschnitt 1 die vollständige Demilitarisierung Deutschlands und die Dezentralisierung der Polizei. Die Aufstellung von Streitkräften war verboten. Die Polizeikräfte waren in allen Besatzungszonen bis zur förmlichen Souveränitätserklärung durch die Besatzungsmächte Hilfsorgane der jeweiligen Besatzungsmacht.

Für das Gebiet der SBZ/DDR übten bis zur Souveränitätserklärung von 1954 die Polizeihochheit die sowjetische Militäradministration für Deutschland aus bzw. deren Nachfolgeinstitutionen: die Sowjetische Kontrollkommission und danach die Hohe Kommission. Schon bald zeigten sich grundsätzliche Unterschiede in den Auffassungen über das Polizeiwesen zwischen den drei Westmächten einerseits und der UdSSR andererseits.

Während in den drei westlichen Besatzungszonen die polizeilichen Schutz- und Ordnungsfunktionen im Vordergrund standen, sah die SMAD in Polizeikräften (wie auch in den anderen Staaten Osteuropas) zunächst vornehmlich ein Instrument der revolutionären Gewalt. So war die in der SBZ 1945 aufgestellte Polizei ein Hilfsorgan der SMAD, zugleich

bildete sie aber auch das entscheidende deutsche Machtorgan zur Durchführung und Sicherung der von der KPD/SED eingeleiteten gesellschaftlichen Veränderungen in der SBZ (3). Folgerichtig stand die Polizei in der DDR fast ausschließlich Angehörigen der KPD/SED offen.

2. In den ersten Maitagen des Jahres 1945 wurden in den von der Roten Armee (4) besetzten Gebieten Mecklenburgs, Vorpommerns, Brandenburgs, Sachsens und Niederschlesiens von den Kommandantendiensten der drei Sowjetischen Fronten (5) deutsche Hilfspolizisten eingesetzt. Sie waren zunächst unbewaffnet und führten als Erkennungszeichen rote Armbinden bzw. schwarz-weiß-rote Armbinden (6) des Nationalkomitees "Freies Deutschland".

In den von den Briten und Amerikanern besetzten Teilen Mecklenburgs und Sachsens sowie in Anhalt und Thüringen wurden die bisherigen Polizeiorganisationen bis auf die Institution der Ortspolizeibehörden aufgelöst. Als die Rote Armee dann diese Gebiete im Juni 1945 übernahm, wurden auch die Ortspolizeibehörden abgeschafft. In Berlin setzte am 25.5.1945 der sowjetische Stadtkommandant, Generaloberst Bersarin, zum "Polizeipräsidenten von Groß-Berlin" Oberst Paul Markgraf ein. Er war als Kriegsgefangener in der UdSSR dem Nationalkomitee "Freies Deutschland" sowie auch der KPD beigetreten.

Kurz vor Beginn der Potsdamer Konferenz bildete die am 9.6.1945 geschaffene Sowjetische Militäradministration für Deutschland im Gebiet der SBZ die Länder Thüringen, Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern sowie die Provinzialverwaltungen Mark Brandenburg und Sachsen-Anhalt. In den

Länderverwaltungen nahmen die Innenminister eine Sonderstellung ein. Sie gehörten ausnahmslos der KPD an.

Unmittelbar nach dem Ende der Potsdamer Konferenz wurde die Masse der von den sowjetischen Ortskommandanten eingesetzten Polizisten entlassen, da sie nicht den von der SMAD gesetzten Anforderungen entsprachen. Von dieser ersten Säuberung der Polizei wurden nicht nur Angehörige örtlicher NKFD-Komitees betroffen, sondern auch frühere Angehörige der SPD. Selbst SPD-Mitgliedern, die 1933 aus dem Polizeidienst entlassen worden waren, wurde i.d.R. der Eintritt in die Länderpolizeien der SBZ verwehrt.

"Die Provinzialverwaltung setzte durch, daß in der gesamten Provinz prinzipiell keine Polizeiangehörigen übernommen wurden, die der faschistischen Polizei bis 1945 angehört hatten -auch wenn sie nicht der Nazipartei oder einer ihrer anderen Gliederungen angehört hatten. Selbst an diejenigen, die in der Weimarer Republik in der Polizei tätig gewesen waren -in der Regel handelte es sich um Sozialdemokraten-mußte ein strenger Maßstab angelegt werden." (7).

Für die Auswahl gab es keine gesetzlichen Normen, sondern allein geheime Weisungen der SMAD. Ende August 1945 wurden die von den Personalleitungen der Innenminister ausgewählten Polizisten in der Masse in Revierpolizeien gegliedert. Fast in jedem größeren Dorf der SBZ wurde ein Polizeirevier mit 10 bis 20 Polizisten eingerichtet. Eine Hauptaufgabe der Revierpolizeien bildete im Herbst 1945 der "Schutz zur Durchführung der Bodenreform". Im Zuge dieser Maßnahmen wurden auch Zwangsumsiedlungen durchgeführt.

"Auch die Polizei, in der die Positionen der Arbeiterklasse von Anfang an sehr stark waren, unterstützte die

Bodenreform maßgeblich. Der Präsident der Provinz Brandenburg erteilte bereits am 15.9.1945 der Polizei die Anweisung, aktiv an der Bodenreform teilzunehmen, die Bauern über die Verordnung aufzuklären und in jeglicher Weise zu unterstützen, sowie alle möglichen Sabotageakte zu verhindern." (8).

Am 31. Oktober 1945 befahl die SMAD die Bewaffnung der Polizei in der SBZ. Dieses Ereignis wird in der DDR als Geburtsstunde aller bewaffneten Kräfte der deutschen Arbeiterklasse bezeichnet.

"Am 31. Oktober 1945 wurde von der Sowjetischen Militäradministration die Bewaffnung der Volkspolizei genehmigt. Dies war ein bedeutungsvolles, ein geschichtliches Ereignis. Das wurde die Geburtsstunde der bewaffneten Kräfte der deutschen Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten, die Geburtsstunde der bewaffneten Kräfte der ersten Arbeiter- und Bauernmacht in Deutschland. Ein Jahr später, und zwar im Juli 1946, konnten wir in Dresden schon mit einem einigermaßen arbeitsfähigen Polizeiapparat aufwarten. Die Kriminalpolizei, dieser wichtigste Zweig der neuen polizeilichen Arbeit, war nur kurze Zeit der Leitung des Dresdener Polizeipräsidiums unterstellt und wurde bereits Anfang Oktober 1945 zentralisiert...

Aus diesen Anfängen heraus entwickelten sich die Volkspolizeien für Grenze und Bereitschaft, eine tüchtige Transportpolizei und Wasserschutzpolizei und eine ebenso tüchtige Feuerwehr und schließlich gingen aus den Reihen der Deutschen Volkspolizei auch viele Kader für unsere stolze Nationale Volksarmee hervor.

Die Volkspolizei, die erste bewaffnete Kraft nach dem Zusammenbruch der Nazi Herrschaft, entwickelte sich so in

einer geschichtlich kurzen Zeitspanne zu dem Hauptspender für die Kader aller bewaffneten Kräfte in der Deutschen Demokratischen Republik." (9).

Die zentrale Aufgabe der Polizei bestand mithin zunächst - neben den Sicherungsfunktionen im Auftrag der SMAD- in der Durchsetzung der von der KPD eingeleiteten Umgestaltungen des Gesellschaftssystems.

"Sie (Anm.: Die Volkspolizei) half im Sinne des ihr von der Partei übergebenen Auftrags wirksam mit, die Bodenreform, den Volksentscheid in Sachsen und die Entmachtung des faschistischen Monopolkapitals, die ersten Nachkriegswahlen, den beginnenden Aufbau volkseigener Betriebe gegen Provokateure, Anschläge, Terror, Sabotage und konterrevolutionäre Umtriebe zu schützen." (10).

In die Reihe dieser Maßnahmen gehörte u.a. auch der Einsatz der Polizei des Landes Sachsen zur Schließung des Reichsgerichts in Leipzig am 8. Oktober 1945 (11).

Im Frühjahr 1946 verfügte die SMAD die systematische Schulung der Angehörigen der Landespolizeien. Zentren der Ausbildung bildeten die am 23. Januar 1946 eröffneten fünf Landes- bzw. Provinzialpolizeischulen.

Nach dem ersten Parteitag der SED am 21./22. April 1946 wurde der Aufbau der Polizeien personell wie materiell verstärkt. In einer programmatischen Erklärung des Parteitages der SED war gefordert worden, "die reaktionären Kräfte daran zu hindern, mit dem Mittel der Gewalt und des Bürgerkrieges der endgültigen Befreiung der Arbeiterklasse in den Weg zu treten."

Organisatorisch war eine Zentralisierung der Polizeikräfte vorgesehen. Im Hinblick auf die von der SMAD für den Herbst 1946 verfügten Gemeinde-, Kreis- und Landtagswahlen (Kommuni-

nalwahlen gestaffelt im September 1945; Landtagswahlen für alle Länder und Provinzen am 20. Oktober 1946) und auf die außenpolitischen Vorstellungen der UdSSR hin sollte in der Öffentlichkeit der Eindruck einer Dezentralisierung der Polizeikräfte erweckt werden.

Im August 1946 bildete die SMAD die Zentralverwaltung des Innern mit dem Sitz in Berlin-Wilhelmsruh. Sie war offiziell zunächst keine zentrale Verwaltungsbehörde der Polizeien der Länder der SBZ, sondern sollte -analog den anderen Zentralverwaltungen- als Beratungsorgan der SMAD tätig werden. Im September 1946 erhielt sie von der SMAD die Weisung, für die Polizeien der Länder sowie für die Polizei von Groß-Berlin zentrale Ausbildungsvorschriften auszuarbeiten und für eine einheitliche Uniformierung und Ausrüstung der gesamten Polizei in der SBZ Sorge zu tragen.

Die Gemeindeordnungen (12) für die SBZ erklärten "die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung" zu Selbstverwaltungsaufgaben. Bürgermeister und Landräte sollten Leiter der jeweiligen Ortspolizei- bzw. Kreispolizeibehörde sein. Das Aufsichtsrecht hatten die Innenminister der Länder. Den kommunalen Parlamenten wurde das Recht zum Erlass von Polizeiverordnungen eingeräumt. In der Praxis war die Polizei Ende 1946 fachdienstlich und organisatorisch den Landesinnenministerien unterstellt.

"Die Volkspolizei unterstand zunächst den örtlichen Selbstverwaltungsorganen... nach 1946 den Länderinnenministern".(13).

Ende des Jahres 1946 erließ die SMAD drei für die Entwicklung der bewaffneten Kräfte bedeutsame Weisungen. Am 30. November 1946 wurde die bisherige Zentralverwaltung des Innern in Deutsche Verwaltung des Innern umbenannt. Gleichzeitig wurden Vorbereitungen getroffen, die Dvdl

zur zentralen Polizeibehörde der SBZ auszubauen. Einen Tag später bestätigte ein Befehl der SMAD die schon seit Mitte November begonnene Aufstellung der Deutschen Grenzpolizei. Die Angehörigen der DGP waren zunächst nicht kaserniert.

"Während der Aufbau unserer Republik unter Führung der Partei der Arbeiterklasse immer größere Fortschritte machte, wurde der Schutz der DDR gegen alle Anschläge von außen durch die Soldaten der Gruppe der Sowjetischen Streitkräfte in Deutschland (GSSD) gewährleistet. Sie standen auch lange Zeit mit der am 1. Dezember 1946 gebildeten Deutschen Grenzpolizei an der Staatsgrenze zur BRD auf Friedenswache." (14).

Zwölf Tage später (12.12.1946) befahl die SMAD den Aufbau einer Eisenbahnpolizei. Gleichzeitig wurden bei den Innenministerien der Länder fünf Landespolizeibehörden und Landeskriminalpolizeiamter mit zentralen Weisungsbefugnissen geschaffen.

Die Zentralisierung der Landespolizeien wurde von der SED gegen den Widerstand der beiden bürgerlichen Parteien durchgeführt.

"In den Länderparlamenten und -regierungen setzte die SED in langwierigen Auseinandersetzungen mit reaktionären Kräften eine weitgehende Einheitlichkeit der Gesetzgebung und Rechtsauffassung durch... Die neuen Staats- und Justizorgane schützten die Errungenschaften der Werktätigen immer wirkungsvoller. Der Abwehr von Störaktionen aus den Westzonen diente die Bildung der Grenzpolizei im November 1946." (15).

Das Jahr 1947 brachte zunächst keine nach außen erkennbaren Veränderungen im Aufbau und der Struktur der bewaffneten Kräfte. Dennoch bildete das Jahr 1947 einen entscheidenden

Wendepunkt in der sowjetischen Außenpolitik, insbesondere im Hinblick auf die Staaten Osteuropas (16).

Im Frühherbst 1947 wurden die Führungsgremien der SED unterrichtet, daß die Sowjetunion die Aufstellung einer starken Polizeitruppe in der SBZ plane (17). Im April 1947 hatte die SMAD auf der 7. Länderkonferenz verfügt, daß die Zentralverwaltungen in leitende und kontrollierende Organe umgewandelt würden, mithin die Zentralverwaltungen den Ländern Weisungen erteilen konnten. Gleichzeitig verfügte die SMAD eine genaue politische Überprüfung aller Angehörigen der Polizei. Nach den Direktiven sollten mindestens 90 Prozent der Polizeiangehörigen der Arbeiterklasse entstammen.

"Mitte 1947 waren entsprechend der Orientierung der Partei etwa 92 Prozent der Polizeiangehörigen vor ihrem Eintritt in die bewaffneten Organe Arbeiter gewesen." (18).

Am 16. Februar 1948 wurden die beratenden Zentralverwaltungen -bis auf drei- aufgelöst. Ihre Aufgaben wurden der Deutschen Wirtschaftskommission übertragen, die -unter der Aufsicht der SMAD- eine Form einer zentralen Regierung der DDR bildete. Die Deutsche Verwaltung des Innern wurde dagegen nicht in die DWK einbezogen. Sie erhielt aber die zentrale Weisungsbefugnis für die Polizeien der Länder.

"Mit der Bildung der Deutschen Verwaltung des Innern im Jahre 1948 begann der Aufbau einer zentralen Leitung der Polizei." (19).

Zwischen dem 22. März und dem 31. März 1948 wurden Angehörige der Grenzpolizei und der Volkspolizei von der SMAD bei der Kontrolle und bei der Sperrung von Interzonenstraßen von und nach Berlin eingesetzt. Am 3. Juli 1948 -zu Beginn der Blockade Berlins- befahl die SMAD die Aufstellung von

zunächst 10 Bereitschaften zu je 250 Mann der VP. Sie wurden kaserniert und zentral über die DVdI geführt. Zur Ausbildung gehörte auch der Einsatz im geschlossenem Einsatz. Die kasernierten Bereitschaften waren eine Polizeitruppe. Die Kader bildeten aus sowjetischer Kriegsgefangenschaft entlassene Soldaten der Wehrmacht. Im Westen wurde diese Polizeitruppe mitunter fälschlich als Paulus-Armee bezeichnet.

Am 11. Juli 1948 wurde die Grenzpolizei direkt der DVdI unterstellt. Als zentrales Befehlsorgan wurde ein Hauptstab geschaffen. Im Rahmen dieser Maßnahmen befahl die SMAD im August 1948 ferner die Kasernierung der Grenzpolizei. Gleichzeitig wurde die Eisenbahnpolizei in Transportpolizei umbenannt und organisatorisch der Volkspolizei unterstellt. Ferner wurden alle Feuerwehren als Feuerschutzpolizei der Volkspolizei organisatorisch eingegliedert. Innerhalb der Kriminalpolizei wurde ein Sonderkommissariat (K 5) gebildet. Es führte offiziell die Bezeichnung Ausschuß zum Schutz des Volkseigentums. (20). Später trat die Abteilung als selbständiges Polizeiorgan auf.

Auf der I. Staatspolitischen Konferenz der SED in Werder (Havel) am 24.7.1948 verkündete Walter Ulbricht die Bildung der Politischen Kulturorganisation (Politkultur) in allen Einheiten und Dienststellen der kasernierten Polizei. Im Oktober erfolgte dann in zahlreichen Industriestädten der DDR die öffentliche Übergabe von Waffen auch an Angehörige der Truppenpolizei (21).

Im November 1948 wurde der Aufgabenbereich der DWK sowie der DVdI erweitert.

"Die Erweiterung der DWK im November 1948, die Bildung der Ausschüsse zum Schutz des Volkseigentums bei der DWK und der Zentralen Kontrollkommission, die sich auf zahlreiche

Volkskontrollausschüsse in den Betrieben, Gemeinden, Städten und Kreisen stützte, die Schaffung einer einheitlichen Polizeiverwaltung, der Aufbau von bewaffneten Bereitschaften der Volkspolizei und die verstärkte Sicherung der Grenzen zu den westlichen Besatzungszonen waren grundlegende Schritte zur Sicherung der revolutionären Errungenschaften. Die SMAD übertrug den staatlichen Organen erhöhte Verantwortung. An die Stelle der Befehle der Besatzungsmacht traten in zunehmendem Maße Anordnungen der DWK, der Zentralverwaltung des Innern, für Volksbildung und Justiz, an deren Spitze Kurt Fischer, Paul Wandel und Max Fechner standen"... (22).

Die Aufstellung einer Polizeitruppe wurde von der SED politisch mit dem Hinweis begründet, dem Partikularismus der Länder in der SBZ zugunsten der Rechtseinheit zu wehren. Tatsächlich dienten die Bereitschaften vornehmlich als Mittel der revolutionären Durchsetzung der von der SED durchgeführten Umwandlungen der Gesellschaftsstruktur.

Die Entwicklung der bewaffneten Kräfte der DDR zwischen 1949 und 1951 fiel in eine Periode der Stabilisierung der volksdemokratischen Herrschaft in Osteuropa. Damit verbunden waren Maßnahmen der UdSSR zur weiteren Einbindung der osteuropäischen Staaten in ihren Machtbereich. Sichtbare Ausdrucksform war u.a. die Bildung des Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe (am 25.1.1949).

Die Weltpolitik wurde ferner beeinflusst durch die Bildung der westlichen Militärallianz, der NATO (14.4.1949), durch die Aufhebung der Berliner Blockade durch die Sowjets (12.5.1949), durch die Verkündung des Bonner Grundgesetzes (23.5.1949) und durch die Gründung der DDR (7.10.1949), und zwar sieben Tage nach der Volksrepublik China (1.10.1949).

Die ideologischen Auseinandersetzungen zwischen der KPdSU und dem Bund der Jugoslawischen Kommunisten erreichten einen Höhepunkt. In Polen, der CSSR, Rumänien, Ungarn und Bulgarien wurden die Streitkräfte von einer Säuberungswelle erfaßt. Gleichzeitig wurde der Aufbau der Polizeitruppen als spezielle Organe der revolutionären Gewalt verstärkt. Die weltpolitisch entscheidenden Ereignisse des Jahres 1950 waren der Ausbruch des Korea-Krieges (25.6.1950) sowie die Zündung einer Atombombe (A-Bombe) durch die UdSSR (August 1950). Die politische Meinung im Westen betrachtete damals den Ostblock als einen monolithischen Block, der sich "von Jena bis Peking" erstreckte.

Die von der Provisorischen Volkskammer der DDR am 7.10.1949 verabschiedete Verfassung enthielt noch keine Verfassungsrechtlichen Bestimmungen. In der Militärgeschichte der DDR wird dagegen (seit dem Beginn der 70er Jahre) der 7. Oktober 1949 als Geburtsstunde regulärer bewaffneter Verbände bezeichnet.

"Der Aufbau regulärer bewaffneter Organe durch die Arbeiterklasse und ihre Partei wird zur historischen Notwendigkeit. Beim Ministerium des Innern entsteht die Hauptverwaltung für Ausbildung (HVA), zu der Volkspolizeibereitschaften und -schulen gehören. Aus den Reihen der FDJ melden sich Tausende freiwillig zum Dienst in den bewaffneten Organen." (23).

An jenem 7. Oktober 1949 trat in Berlin (Ost) erstmals auch eine Ehrenformation der kasernierten Bereitschaften auf. Die Deutsche Verwaltung des Innern wurde am 10. Oktober 1949 in Ministerium des Innern (24) umbenannt. Es bestand aus drei Hauptverwaltungen (Volkspolizei, Schutz des Volkseigentums und Schulung). Die Hauptverwaltung Schutz des

Volkseigentums bildete den Kern des am 8.2.1950 gebildeten Ministeriums für Staatssicherheit. Die Hauptverwaltung Schulung (HVS) war die Kommandobehörde der kasernierten Bereitschaften. Sie wurde einen Monat später (28.10.1949) in Hauptverwaltung Ausbildung (HVA) umbenannt. Chef der HVA im MdI wurde Wilhelm Zaisser; sein Stellvertreter Heinz Hoffmann (25).

Die DDR hatte am 7.10.1949 von der Sowjetunion nicht die volle Souveränität erhalten. An die Stelle der Sowjetischen Militäradministration für Deutschland (SMAD) war die Sowjetische Kontrollkommission (SKK) getreten. Sie übte die Wehr-hoheit und die Polizeihöheit aus. Der Ministerrat und das Ministerium des Innern der DDR konnten zwar Bestimmungen für die bewaffneten Kräfte erlassen. Sie waren aber nur dann geltendes Recht, sofern die SKK diesen nicht widersprach (26). Im Mai 1950 stellte das (am 8.2.1950 gebildete) Ministerium für Staatssicherheit eigene kasernierte Polizeieinheiten in Berlin (Ost) sowie in den damaligen fünf Landeshauptstädten auf. Die Gesamtstärke der Wachbataillone betrug etwa 6.000 Mann (27).

Im Juni 1950 wurden Führungsdienststellen für den Aufbau der Seestreitkräfte und der Luftwaffe errichtet. Die Führungsdienststelle der Seestreitkräfte erhielt am 15.6.1950 die Bezeichnung Hauptverwaltung Seepolizei. Erster Chefinspekteur war Waldemar Verner.

Die Spitze der Luftstreitkräfte führte im Juni 1950 die Bezeichnung Hauptverwaltung z.b.V. Erster Chefinspekteur war Heinz Keßler.

Die Gesamtstärke der allgemeinen Volkspolizei und der kasernierten Bereitschaften der DDR bezifferte das Memorandum

dum (28) des Bundeskanzlers Konrad Adenauer über die Sicherung des Bundesgebietes nach innen und außen vom 29.8.1950 an den geschäftsführenden Vorsitzenden der Alliierten Hohen Kommission, Mc Cloy, mit 45.000 Angehörigen der Bereitschaften und 15.000 Angehörigen der Waffenschulen. Nach den Adenauer vom Nachrichtendienst vorliegenden Unterlagen sollte die Gesamtstärke der Polizei der DDR 100.000 Mann betragen (29). Weiter heißt es, daß die Volkspolizei in naher Zukunft etwa 150.000 Mann umfassen wird, die nach der Gesamtplanung auf rund 300.000 Mann gebracht werden soll. Alle westlichen Darstellungen fußen offenbar auf den von Adenauer gemachten Stärkenachweisen. Allerdings hat bisher kein Autor die Herkunft seiner Quellen angegeben (30). Es fehlen auch Hinweise, aus welchen Gegebenheiten heraus in verschiedenen Auflagen Änderungen der Stärkenachweise vorgenommen worden sind.

Die Angaben des Nachrichtendienstes, auf die sich Bundeskanzler Adenauer beruft, sind nach dem heutigen Erkenntnisstand als außerordentlich genau zu bewerten. Allerdings war Adenauers Hinweis auf eine Gesamtplanung der Streitkräfte der DDR auf etwa 300.000 Mann überhöht.

Die Polizeitruppe konnte verschiedene politische Funktionen erfüllen, so die Sicherung des Politischen Systems in der SBZ und die Unterstützung von gezielt angezettelten Unruhen in der Bundesrepublik. Ferner bildete die Polizeitruppe einen Kaderverband für eine DDR-Armee, der in kurzer Zeit aufgefüllt werden konnte. Entscheidend war jedoch, daß die Polizeitruppe der DDR unter der Leitung der SMAD einen Machtfaktor im geteilten Deutschland darstellte. Die Bundesregierung hatte dagegen keinen gleichwertigen polizeilichen oder militärischen Machtfaktor entgegenzusetzen.

II. Die Kasernierte Volkspolizei und der Aufbau Paramilitärischer Organisationen (1952 bis 1955)

1. Für die politische Entwicklung in der DDR im Zeitraum von 1952 bis 1955 waren sechs Ereignisse von zentraler Bedeutung:

- die Stalin-Note zur Deutschlandfrage vom 10. März 1952 (31), die bei einer Neutralisierung Deutschlands die Aufstellung nationaler Streitkräfte vorsah (32),
- die im Frühjahr 1952 in der DDR verstärkt einsetzende systematische Wehrpropaganda, begleitet von verschiedenen Maßnahmen der SED zur Militarisierung der Gesellschaft durch Aufstellung der beiden paramilitärischen Organisationen: Gesellschaft für Sport und Technik und Kampfgruppen der Arbeiterklasse,
- der Tod Stalins (5.3.1953) und die damit in der Folge verbundene Unsicherheit in den marxistisch-leninistischen Parteien des Ostblocks,
- der Aufstand in der SBZ am 17. Juni 1953,
- der Abschluß des Waffenstillstandes in Korea (27.7.1953),
- die Zündung einer Wasserstoffbombe durch die Sowjetunion (August 1953),
- die Gründung des Warschauer Paktes (14.5.1955) und der Beginn einer breit angelegten Umrüstung in der Sowjetarmee. Vom Hintergrund dieser Ereignisse wurde auch maßgeblich die Deutschlandpolitik beeinflusst.

2. Im Januar 1952 erfolgte in der SBZ eine Neugliederung der kasernierten Polizeitruppe. Die bisherigen Bereitschaften wurden formell zu Bataillonen, Regimentern und Divisionen

zusammengefaßt. Die Uniformen und (polizeilichen) Dienstgrade wurden zunächst nicht verändert.

Am 26. Mai 1952 wurden kasernierte Einheiten der Volkspolizei, insbesondere die Grenzpolizei zur Abriegelung der Demarkationslinie zur Bundesrepublik eingesetzt. Von diesem Tag an wurden Maßnahmen zur Verstärkung der Polizeitruppe im Sinne einer militärischen Streitmacht offener als bisher durchgeführt.

Auf dem IV. Parlament der Freien Deutschen Jugend in Leipzig (27. bis 30. Mai 1952) übernahm die FDJ die Patenschaft über die kasernierten Bereitschaften, die fortan die offizielle Bezeichnung Kasernierte Volkspolizei (KVP) führten (33). Die Jugendorganisation erhielt den Auftrag, politisch zuverlässige Freiwillige für die KVP zu stellen.

Unmittelbar vor der Zweiten Parteikonferenz der SED, die vom 9. bis 12. Juli 1952 in Berlin (Ost) stattfand, wurden von der SED und vom Ministerrat der DDR zahlreiche Maßnahmen zur Stärkung der Wehrbereitschaft eingeleitet. Ende Juni 1952 ließ die SED in einigen volkseigenen Betrieben (VEB) zum bisherigen von der Volkspolizei ausgeübten Betriebschutz, zusätzlich Arbeiterwehren aufstellen.

Am 1. Juli 1952 wurde die HVA im MdI in Hauptverwaltung Kasernierte Volkspolizei umbenannt (34). Gleichzeitig wurde der Ministerrat aufgefordert, die Voraussetzungen für eine vormilitärische Ausbildung der Jugend zu schaffen (35). Begleitet wurden diese Wehrmaßnahmen durch die Wendung der SED zur nationalen Geschichtsbetrachtung.

Ende Juli 1952 wurde die KVP mit schwerem Kriegsgerät ausgerüstet (36). Organisatorisch wurde die KVP in Divisionen gegliedert, diese wiederum zu Armeegruppen zusammengefaßt. Offiziell lautete die Bezeichnung für eine Armeegruppe Territorialverwaltung. Im August 1952 bestanden die Territorial-

verwaltung Nord (Pasenwalk) und Süd (Leipzig) mit je drei Infanteriedivisionen. Eine weitere Eingreifdivision wurde in Potsdam-Eiche aufgestellt. Am 3. Jahrestag der Gründung der DDR (7. Oktober 1952) erfolgte offiziell die Einführung militärischer Dienstgrade für die KVP und neuer Uniformen.

Bis Ende Oktober 1952 wurden innerhalb der HV KVP die drei Hauptverwaltungen so umgebildet, daß jede HV die Führungsspitze einer Teilstreitkraft bildete.

Die Hauptverwaltungen Seepolizei und Luftpolizei wurden erweitert. Die Landstreitkräfte wurden von der HV Stab geführt. Die Leitung des Stabes hatte Generalleutnant Vincenz Müller. Als vierte Führungsspitze wurde die Politische Verwaltung unter der Leitung von Generalmajor Rudolf Dölling gebildet (37).

Im Rahmen der am 23. Juli 1952 durchgeführten Verwaltungsreform wurde auf der Basis der neugeschaffenen Bezirke und Kreise das Wehersatzwesen aufgebaut. In den neu gebildeten 14 Verwaltungsbezirken und in Ost-Berlin wurden bis Ende November 1952 15 Registrierverwaltungen und in allen Kreisen (insgesamt 192) Registrierabteilungen eingerichtet und mit Angehörigen der KVP besetzt. Alle diese Maßnahmen erfolgten nicht auf dem Gesetzeswege oder in der Form von Verordnungen, sondern ausschließlich durch geheime Weisungen und Befehle (38).

Zur systematischen vormilitärischen Erziehung der Jugend und zur Stärkung der Wehrbereitschaft wurde am 7. August 1952 die Gesellschaft für Sport und Technik geschaffen.

"Der Ministerrat der DDR entspricht einem Antrag des IV. Parlaments der FDJ und erläßt die Verordnung zur Bildung der GST. Bereits Ende 1952 hat unsere Organisation 462.856 Mitglieder." (39).

Am 25. September 1952 erfolgte ferner die Aufstellung von freiwilligen Helfern der Volkspolizei sowie von Grenztruppenthelfern (40). Nach den Direktiven der SED sollte ferner ein allgemeiner Arbeitsdienst eingeführt werden. Schließlich sollten sich alle SED-Mitglieder einer laufenden militärischen Ausbildung unterziehen. Allerdings mußte die vorgesehene Arbeitsdienstorganisation "Dienst für Deutschland" im Frühjahr 1953 aufgelöst werden.

Bemerkenswert erscheint die Tatsache, daß trotz der nationalen Geschichtsbetrachtung die Bekleidung und Ausrüstung der KVP nach dem Vorbild der Sowjetarmee erfolgte. Da dieser Vorgang auch in den bewaffneten Kräften anderer Armeen des WP zu verfolgen ist, kann vermutet werden, daß Stalin im Herbst 1952 eine schnelle Integration der Staaten Osteuropas in das sozialistische System anstrebte.

Stalins Tod (5. März 1953) bedeutete nicht nur einen Einschnitt in der Geschichte Rußlands, sondern auch in der Nachkriegsgeschichte Osteuropas. Die Unruhe im Ostblock zeigte sich am 16./17. Juni 1953 in der DDR. Gegen die Demonstranten wurden zunächst die allgemeine Volkspolizei und Polizeisicherungsverbände eingesetzt, die seit der Verwaltungsreform von 1952 in den Bezirkshauptstädten disloziert waren. Am 17. Juni 1953 übertrug der Hohe Kommissar der UdSSR, Semjonow, die vollziehende Gewalt in der DDR dem Oberkommandierenden der Gruppe der Sowjetischen Besatzungstruppen in Deutschland (GSBD), Generaloberst Gretschnko. Für Berlin (Ost) lag die vollziehende Gewalt beim sowjetischen Militärkommandanten, Generalmajor Dibrowa (41).

Nachdem das Kommando der Gruppe der Sowjetischen Besatzungstruppen in Deutschland (GSBD) für zahlreiche Bezirke der

DDR den Ausnahmezustand verhängt hatte wurde die KVP unter den Befehl der GSBD gestellt und -zusammen mit den Verbänden der GSBD- eingesetzt (42).

In der von J.F. Iwanowski verfaßten Geschichte der Gruppe der Sowjetischen Streitkräfte in Deutschland werden die Ereignisse vom 17. Juni 1953 nicht direkt erwähnt. Es wird nur allgemein von einer imperialistischen Verschwörung im Jahre 1953 gesprochen, gegen den Frieden und den Sozialismus, die aber Schiffbruch erlitt (43).

Die Reaktion der Angehörigen der KVP war nicht einheitlich. In einigen Orten kam es zu Befehlsverweigerungen. In anderen Städten wiederum befolgte die KVP weitgehend die Einsatzbefehle (44).

Bei der allgemeinen VP zeigten sich größere Auflösungserscheinungen als bei der KVP (45). Die dem Staatssicherheitsdienst unterstehenden Wachbataillone wurden erst am späten Nachmittag des 17. Juni eingesetzt (46). Es scheint festzustehen, daß der Oberbefehlshaber der GSBD, Generaloberst Gretscho, schon am Vormittag des 17. Juni den Einsatz der KVP im Verband der sowjetischen Besatzungstruppen anordnete (47).

Nach dem 17. Juni 1953 wurden alle bewaffneten Kräfte der DDR von einer Säuberungswelle erfaßt. Alle der SED als unzuverlässig erscheinenden Angehörigen der kasernierten Polizeitruppe und der nicht kasernierten Polizei wurden entlassen (48). Sie wurden durch FDJ-Freiwillige ersetzt.

In den volkseigenen Betrieben ließ die SED -nach dem Vorbild der sowjetischen Volksdrushinen sowie der polnischen und tschechoslowakischen Arbeitermilizen- Betriebskampfgruppen der SED als Parteiarmee aufstellen. Die 1952 gebildeten Arbeiterwehren sowie einige Grundorganisationen der GST bildeten zunächst die Basis für die Betriebskampf-

gruppen. Als offizieller Gründungstag der Kampfgruppen der DDR gilt heute der 23. September 1953.

Die Umrüstung der kasernierten Verbände der DDR verzögerte sich in der Folgezeit, nicht zuletzt wegen der in der Sowjetarmee seit 1954 erfolgten Änderungen im Aufbau und in Organisation der Streitkräfte (Zündung einer H-Bombe im August 1953; dann 1954 Auflösung der Kavallerie, Aufstellung mechanisierter Einheiten, Umstrukturierung der Luftstreitkräfte, etc.). In der DDR mußte aus waffentechnischen Gründen der Aufbau der KVP-Luft verlangsamt werden, während die Ausrüstung der Seestreitkräfte weiterlief (49).

Mit dem Verzicht auf ihre Besatzungsrechte übertrug die UdSSR am 25.3.1954 formell der DDR die Wehr- und Polizeihochheit. In der Note der UdSSR hieß es, daß die in Ausübung der Besatzungsrechte der Vier Mächte vom Kontrollrat in Deutschland erlassenen Gesetze, Direktiven, Befehle und Verordnungen auf dem Gebiet der DDR ihre Gültigkeit verlieren.

Im Frühjahr 1954 begann die SED, die Wehrpropaganda zu verstärken. Der IV. Parteitag der SED (30.3.1954 bis 6.4.1954) verpflichtete alle Parteimitglieder, aktiv an den Maßnahmen zur Erhöhung der Wehrebereitschaft teilzunehmen (49).

"Die Kontinuität der Initiativen der SED zur Verteidigung der DDR fand ihren Ausdruck in dem auf dem IV. Parteitag der SED im März/April 1954 beschlossenen neuen Parteistatut. Erstmals in der Geschichte der deutschen Arbeiterklasse wurde in einem Statut den Mitgliedern die Aufgabe gestellt, die "Werkstätigen zur allseitigen aktiven Verteidigung der Heimat, des Staates der Arbeiter und Bauern, gegen alle aggressiven Aktionen ihrer Feinde" zu erziehen und zu organisieren." (51).

Im Mai/Juni 1954 wurden die Polizei- und Sicherungsverbände neu gegliedert. Am 1. Mai 1955 erhielten die Verbände der Bereitschaftspolizei die Bezeichnung Innere Truppen. Wenige Wochen später wurden die Bataillone des Wachregiments in den Bezirkshauptstädten einer eigenen Kommandobehörde innerhalb des damaligen Staatssekretariats für Staatssicherheit unterstellt.

Am 14. Mai 1955 erfolgte die Gründung des Warschauer Paktes. Die DDR wurde in den Bereich miteinbezogen. Da sie offiziell nicht über Streitkräfte, sondern nur über eine Polizei-zeitruppe (KVP) verfügte, war sie noch nicht in den militärischen Gremien vertreten. Noch Ende Mai 1955 begannen in der DDR die Vorbereitungen für die offizielle Aufstellung von Streitkräften.

Das V. Parlament der FDJ (Mai 1955) und der IV. Bundeskongreß des FDGB nahmen in ihre Satzungen die "Verpflichtung der Arbeiterklasse zur bewaffneten Verteidigung des sozialistischen Vaterlandes" auf.

Am 26.9.1955 ergänzte dann die Volkskammer die Verfassung dahingehend, daß der Dienst zum Schutz des Vaterlandes und der Errungenschaften der Werktätigen eine ehrenvolle nationale Pflicht ist.

"Auf Initiative der SED-Fraktion beschloß die Volkskammer ebenfalls noch im September das "Gesetz zur Ergänzung der Verfassung". Im Artikel 5 wurde der Dienst zum Schutz des Vaterlandes und der Errungenschaften der Werktätigen zur ehrenvollen nationalen Pflicht der Bürger erhoben. Nach Artikel 112 erhielt die Volkskammer als oberstes Machtorgan der DDR die Gesetzgebung zur Landesverteidigung übertragen." (52).

III. Die Nationale Volksarmee als Freiwilligenarmee (1956 - 1961)

1. Einen Einschnitt in der Entwicklung der osteuropäischen Staaten bildete die Geheimrede Chruschtschows auf dem XX. Parteitag der KPSU (14. bis 25.2.1956). Die Entstalinisierung führte im Oktober/November 1956 in Polen und in Ungarn zu offenen Unruhen gegen das kommunistische System. Chruschtschows Darlegungen zur Durchsetzung der sozialistischen Gesetzmäßigkeit führten zu einer Stärkung der Stellung des Militärs gegenüber den Polizei- und Sicherungskräften. Parallel dazu kam es zu neuen Entwicklungen in der Wehrtechnik.

Von der Revolution im Militärwesen wurden auch die sowjetische Kriegslehre, Militärstrategie, Militärtheorie und Militärwissenschaft beeinflusst.

Die politischen, militärpolitischen und wehrtechnischen Veränderungen vollzogen sich in den osteuropäischen Staaten nicht einheitlich, sondern oft mehrgleisig, verbunden mit Friktionen.

So wurde z.B. in der DDR in der Periode der Entstalinisierung die Kollektivierung der Landwirtschaft weitergeführt und am 18.4.1960 beendet. Maßnahmen zur sozialistischen Gesetzmäßigkeit wurden in der DDR zwar 1956/57 begonnen, aber erst Ende der 60er Jahre -nach der umfassenden Vergesellschaftung der Wirtschaft- durchgeführt. Erst am 11. Juni 1968 wurden erstmals die polizeilichen Befugnisse im Volkspolizeigesetz (53) festgelegt (54).

Ende des Jahres 1956 verstärkte die UdSSR die Bemühungen, die osteuropäischen Staaten wirtschaftlich und militärisch

in den Ostblock (d.h. in den Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe und in den Warschauer Pakt) einzubinden. Um diesen Prozeß zu beschleunigen, wurde den Staaten Osteuropas, unter dem Dach des sozialistischen Internationalismus, noch ein gewisser Spielraum für nationale Besonderheiten gewährt. So erhielten alle Armeen des WP wieder Uniformen, die nationale Symbole berücksichtigten. Auch in der Traditionspflege fanden nationale Ereignisse mehr als bisher eine Berücksichtigung (55). In der Folgezeit standen in einigen Staaten des Ostblocks nationale Strömungen in Interdependenz zum Wirtschaftswachstum und zum Lebensstandard (56).

2. Unmittelbar vor dem XX. Parteitag der KPSU verabschiedete am 16. Januar 1956 die Volkskammer der DDR das Gesetz zur Bildung der Nationalen Volksarmee. Ob die SED die Bildung der NVA bewußt auf den Reichsgründungstag (18. Januar 1871) und den Gründungstag Preußens (1701) gelegt hat, läßt sich mit letzter Sicherheit nicht belegen. Es spricht vieles dafür, daß man an historische Ereignisse der deutschen Geschichte anknüpfen wollte. Im Sinne des revolutionären Traditionsverständnisses hätte sich nämlich der 15. Januar angeboten (57).

Offiziell hielt die SED noch an der Fiktion fest, daß es in der DDR bis zum 18. Januar 1956 nur Polizeikräfte gab (58). In der Praxis jedoch vollzog sich die Bildung der NVA durch die Übernahme aller Angehörigen, Mittel und Einrichtungen der Kasernierten Volkspolizei (59).

In Darstellungen des Militärgeschichtlichen Instituts der DDR wird dagegen seit den siebziger Jahren daraufhingewiesen, daß die KVP der unmittelbare Vorläufer der NVA war (60). Die Aufstellung der KVP wird dabei als Vorausschau und Weitsicht der SED und ihrer Militärpolitik gesehen.

Diese Ereignisse weisen Parallelen zu den Vorgängen von 1936 auf, als die (kasernierten) Länderpolizeien durch Gesetz mit allen Kräften und Einrichtungen in die Wehrmacht überführt wurden.

Einen Tag nach der Umbenennung der KVP in NVA wurde der bisherige Innenminister der DDR, Willi Stoph, zum Minister für Nationale Verteidigung ernannt. Gleichzeitig erhielt er einen militärischen Rang. Stoph wurde zum Generaloberst ernannt. Schon wenige Tage später wurde die NVA auf der Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses in Prag (27.1. bis 28.1.1956) weitgehend in das System des Warschauer Paktes einbezogen. Die mobilen Verbände wurden dem Oberkommando der Vereinten Streitkräfte unterstellt.

Die offizielle Aufstellung der Einheiten der NVA erfolgte am 1. März 1956 (61). Am gleichen Tag nahmen das Ministerium für Nationale Verteidigung, die Stäbe der Waffengattungen sowie die der Militärbezirke offiziell ihre neue Tätigkeit auf (62). Generaloberst Stoph ernannte 25 Offiziere der KVP zu Generalen der NVA. Von ihnen hatten fünf in der Wehrmacht gedient; in sowjetischer Gefangenschaft waren sie dem "Nationalkomitee Freies Deutschland" beigetreten. In leitende Stellungen wurden berufen: Generalmajor Heinrich Dollwetz als 1. Stellvertreter des Ministers für Nationale Verteidigung; Generalmajor Friedrich Dickel als Stellvertreter des Ministers und Chef der Politischen Verwaltung der NVA, Generalmajor Vincenz Müller als Stellvertreter des Ministers und Chef des Hauptstabes; die Generalmajore Walter Alzenstein, Fritz Johnne, Rudolf Menzel, Erich Munschke, Hermann Rentzsch und Heinz Zorn, Konteradmiral Felix Scheffler und Oberst Erich Freyer.

Die von der Sowjetarmee vorgesehene künftige Führungsspitze der NVA (Heinz Hoffmann, Heinz Keßler, Waldemar Verner und Rudolf Dölling) befanden sich bei der offiziellen Gründung der NVA nicht in der DDR, sondern auf Lehrgängen an sowjetischen Militärakademien (63). Ende März führte die SED die erste Delegiertenkonferenz der SED-Parteiorganisation in der NVA durch.

Die Überführung der Verbände der KVP in die NVA begann mit der Verweidigung des 1. Mechanisierten Regiments der Division Potsdam auf dem Marx-Engels-Platz in Ost-Berlin am 30. April 1956. Am 1. Mai 1956 fand auf dem Marx-Engels-Platz die erste Militärparade der NVA statt. Die folgenden Wochen und Monate brachten eine Serie von Maßnahmen, die direkt oder indirekt mit der Aufstellung der NVA in Zusammenhang standen.

Im Herbst 1956 wurden die Territorialverwaltungen Armee-gruppe Nord und Süd in Militärbezirke V und III umbenannt. Schließlich erhielt die NVA neue Uniformen ähnlich denen der ehemaligen deutschen Wehrmacht. Gleichzeitig begann -wie auch in den anderen Armeen- eine Umrüstung der Verbände. Sie war gekennzeichnet durch eine weitgenende Mechanisierung der Landstreitkräfte.

Am 1. Oktober 1956 erfolgte die Bildung des Armeesportvereins "Vorwärts"; im November wurde die Militärstaatsanwaltschaft geschaffen.

Parallel zur Aufstellung der Streitkräfte forcierte die SED 1956 auch den weiteren Aufbau der anderen bewaffneten Kräfte sowie die vormilitarische Ausbildung. Am 1. Mai 1956 wurden die Inneren Truppen in Bereitschaftspolizei umbenannt. Für die Angehörigen der Kampfgruppen wurde die Ausbildung intensiviert und ein einheitliches Gelöbnis eingeführt (15. Juni 1956).

Die GST, die im Herbst 1956 (14. bis 16. September) in Karl-Marx-Stadt ihren ersten Kongreß abhielt, wurde aus dem Ministerium des Innern gelöst und dem Minister für Nationale Verteidigung als nachgeordnete Organisation zugeordnet.

Im Verlaufe des Jahres 1957 fanden zahlreiche Umstrukturierungen im Rahmen der bewaffneten Organe der DDR statt. Am 15.2.1957 wurden die bis dahin vom Ministerium für Staatssicherheit geführten kasernierten Verbände: Deutsche Grenzpolizei, Bereitschaftspolizei und Transportpolizei dem Minister des Innern unterstellt. Am 1.3.1957 eröffnete die NVA in Dresden eine Offiziershochschule, aus der dann die heutige Militärakademie "Friedrich Engels" hervorging.

Die Aufbauphase der Seestreitkräfte der DDR -war im Gegensatz zu den Luftstreitkräften- im Mai 1957 im wesentlichen abgeschlossen. Ende Juni 1957 fand bereits die erste Flottenübung der Vereinten Ostseeflotte unter Teilnahme der Seestreitkräfte der NVA statt. Zu diesem Zeitpunkt plante die UdSSR den Bau eines Flottenstützpunktes in Glowe auf Rügen. Das Projekt wurde 1958 wieder aufgegeben (64).

Eine rechtliche Regelung der Stationierung der Gruppe der Sowjetischen Streitkräfte in Deutschland erfolgte am 12. März 1957; mithin erst drei Jahre nach Übergabe der Souveränität von der Hohen Kommission der UdSSR an die Regierung der DDR.

Auch im Rahmen der paramilitärischen Organisationen wurde im Verlauf des Jahres 1957 die Ausbildung der Führungskader verbessert.

Zur Schulung der Führungskräfte der Kampfgruppen wurde am 12. Mai 1957 in Schmerwitz eine Zentrale Kampfgruppenschule gegründet.

Die GST eröffnete mehrere ~~zentrale~~ Ausbildungsstätten, so in Ballenstedt (Anhalt) und in Leipzig.

Im Jahre 1958 war die Einbeziehung der NVA in die Militärorganisation des WP im wesentlichen abgeschlossen. Der Politische Beratende Ausschuß des WP bestätigte auf seiner Sitzung am 24.5.1958 die erfolgte vollständige Einbeziehung der NVA in das Vereinte Kommando.

Die Landstreitkräfte wiesen folgende Gliederung auf:

- Ministerium für Nationale Verteidigung in Strausberg mit 2 Pionierregimentern und 1 Nachrichtenregiment und Ausbildungsregimentern. Ferner waren dem Ministerium direkt die Offiziersschulen unterstellt.
- Militärbezirk III-Leipzig mit der: 4. Mot.-Schützen-Division (Erfurt); 11. Mot.-Schützendivision (Halle); 7. Panzer-Division (Dresden) sowie unmittelbar unterstellten Armeetruppen;
- Militärbezirk V- Neubrandenburg- mit der: 1. Mot.-Schützen-Division (Potsdam); 8. Mot.-Schützen-Division (Schwerin); 9. Panzer-Division (Eggesin) sowie unmittelbar unterstellten Armeetruppen.

Für die politische Erziehung war die Politische Verwaltung zuständig.

Die Bedeutung der Streitkräfte im Partei- und Staatssystem wurde auf dem V. Parteitag der SED im Juli 1958 besonders hervorgehoben. Erstmals wurden fünf Generale (Admirale) zu Mitgliedern bzw. zu Kandidaten des ZK der SED gewählt. Zugleich wurden die SED-Organisationen in den Bataillonen der NVA mit den Rechten einer Grundorganisation der SED ausgestattet.

Zwischen 1958 - 1959 wurden in der DDR zwei militärische Lehr- und Forschungseinrichtungen nach dem Vorbild der Sowjetarmee gebildet: das Militärgeschichtliche Institut der DDR (15.3.1958) sowie die Militärakademie "Friedrich Engels" in Dresden (5.1.1959).

Mit dem Beginn des Studienjahres am 1. September 1958 für alle Hoch- und Fachschulen wurde die vormilitärische Ausbildung als obligatorisches Ausbildungsfach eingeführt. Wenige Wochen zuvor war mit dem Aufbau des Luftschutzes begonnen worden.

Im Jahre 1960 erfolgte eine umfassende Umstrukturierung des Führungsapparates der NVA.

Am 10. Februar 1960 verabschiedete die Volkskammer das Gesetz über den Nationalen Verteidigungsrat. Am 9.3.1960 konstituierte sich der Ausschuß für Nationale Verteidigung der Volkskammer. Am 14. Juli 1960 fand der bisher einzige Wechsel in der Führungsspitze des Ministeriums für Nationale Verteidigung statt. An der Stelle von Willi Stoph wurde Heinz Hoffmann zum Minister für Nationale Verteidigung ernannt.

Die Traditionspflege der Marine wurde auf die Traditionslinie der Meuterei der Hochseeflotte vom November 1918 festgelegt. So erhielten die Seestreitkräfte der DDR am 3.11.1918 den Namen Volksmarine (65).

Die im Dezember 1960 vom Obersten Sowjet der UdSSR verkündete Militärdoktrin hatte auf die NVA zunächst keine unmittelbaren Auswirkungen.

Im Mittelpunkt des politischen und militärpolitischen Geschehens in der DDR stand im Jahre 1961 der Bau der Mauer. Die Bewaffneten Kräfte und die Paramilitärischen Verbände der DDR wurden am 13. August 1961 beim Bau der Sperranlagen in Berlin sowie an der Demarkationslinie zur Bundesrepublik eingesetzt.

"13. August Sicherung der Staatsgrenze der DDR zu Westberlin und der BRD durch Einheiten der NVA, der Kampfgruppen der Arbeiterklasse und anderer bewaffneter Kräfte der DDR im engen Zusammenwirken mit den in der DDR statio-

nierten sowjetischen Streitkräfte." (66).

Die militärische Gesamtleitung lag nicht direkt beim Oberkommandierenden des Warschauer Paktes, sondern beim Oberbefehlshaber der Gruppe der Sowjetischen Streitkräfte in Deutschland, Marschall Konew (67). Mit der Durchführung der einzelnen militärischen Operationen in Berlin beauftragte er Generalmajor Martin Bleck. Zum "Operationsplan" erklärte Marschall Konew im Februar 1968: "Wir hatten am 13. August 1961 die Linien folgendermaßen aufgebaut:

1. Linie: Kampfgruppen der SED,
2. Linie: Nationale Volksarmee,
3. Linie: Sowjetarmee." (68).

Bemerkenswert ist dabei, daß die Kampfgruppen in der "vordersten Front" eingesetzt wurden (69). Außer der GST und den bewaffneten Kräften der DDR wurden keine Streitkräfte des WP eingesetzt (70).

Unmittelbar nach dem Bau der Sperranlagen fand eine Umgliederung der Bereitschaftspolizei und der Grenzpolizei statt. Die am 13.8.1961 in Berlin eingesetzte Bereitschaftspolizei wurde in zwei neu aufgestellte Grenzbrigaden eingegliedert. Am 15. September wurde die "Deutsche Grenzpolizei" als NVA-Kommando-Grenze dem Ministerium für Nationale Verteidigung zugeordnet.

Am 16. September erfolgte die Aufstellung von FDJ-Regimenten (71). Zuvor wurde am 1.9.1961 die bisherige Politische Verwaltung der NVA in eine Politische Hauptverwaltung umgewandelt.

Am 20. September 1961 wurde das Verteidigungsgesetz der DDR verkündet. Damit wurde das Ende der Freiwilligenarmee in der DDR angekündigt (72).

IV. Die NVA als Wehrpflichtarmee (1962 - 1968/69)

Nur wenige Monate nach dem Bau der Mauer und der Verkündung des Verteidigungsgesetzes verabschiedete die Volkskammer am 24. Januar 1962 das Gesetz über die allgemeine Wehrpflicht. An diesem Tage war vor genau 250 Jahren in Berlin Friedrich II., der große Preußenkönig, geboren worden. Ob die SED damit die NVA symbolisch eine bestimmte Traditionslinie markieren wollte, läßt sich auch derzeit nicht mit Bestimmtheit sagen (73).

Für die Wahl des Zeitpunktes zur Einführung der Wehrpflicht waren für die SED vorrangig militärpolitische und psychologische Gründe ausschlaggebend. So war nach dem 13.8.1961 eine Massenflucht von Soldaten der NVA und der übrigen bewaffneten Organe weitgehend unmöglich geworden. Ferner wollte die Führung der SED, daß die Belastungen, die der Wehrdienst für den einzelnen mit sich bringt, nicht mehr allein von "Freiwilligen der FDJ" getragen werden, sondern von der gesamten männlichen Jugend. Schließlich wurde mit dem Gesetz vom 24. Januar 1962 die Bildung eines einheitlichen Wehrsystems im Rahmen des WP abgeschlossen.

Nach dem Wehrpflichtgesetz (74) unterliegen im Frieden der Wehrpflicht alle wehrdienstfähigen männlichen Bürger vom 18. bis zum 50. Lebensjahr. Der Wehrdienst wird in der NVA und in den Grenztruppen der DDR geleistet. Dem Wehrdienst gleichgestellt ist der Wehrrersatzdienst in den paramilitärischen Verbänden: VP-Bereitschaften, Trapo-Kompanien, ZV-Einheiten und in den Verbänden des MfS (75). Die Dauer

des Grundwehrdienstes legte das Gesetz auf 18 Monate fest (76).

Zusammen mit dem Wehrpflichtgesetz vom 24.1.1962 verabschiedete die Volkskammer weitere wehrrechtliche Bestimmungen, so u.a. eine Unterhaltsverordnung, eine Förderungsverordnung und eine VO über den Wehrsold (77).

Der um die Jahreswende 1961/62 eingeleitete Prozeß der Umrüstung wurde im Frühsommer 1962 in allen Waffengattungen der Landstreitkräfte fortgesetzt. Er erstreckte sich bis Ende 1965. Als Standardwaffe der Mot.-Schützen wurde der Maschinenkarabiner Typ Kalaschnikow eingeführt. Die Panzertruppenteile wurden auf den Panzer vom Typ T-54 umgerüstet (78).

Die sowjetische Militärdoktrin (vom Dezember 1960) bildete seit Januar 1962 die Grundlage für die gesamte Ausbildung der NVA. Anfang März 1962 wurde dann die Erste Strategische Staffel des WP, unter Einschluß der NVA, geschaffen (79). Im gleichen Monat wurde die paramilitärische Bereitschaftspolizei neu gegliedert. Gegenüber den anderen Staaten des WP hatte die DDR nicht nur die kostspielige Umrüstung der operativen Kräfte vorzunehmen, sondern sie ließ gleichzeitig noch die Sperranlagen in Berlin und an der Demarkationslinie ausbauen.

Im Mai 1962 wurden im Rahmen der Ausbildung die politische Erziehung der Soldaten verstärkt (80). In den folgenden Monaten wurden in der NVA zahlreiche Maßnahmen eingeleitet, die das Ziel verfolgten, die Wehrstruktur der DDR weitgehend der der Sowjetarmee anzugleichen. So wurden u.a. alle militärischen und die wichtigsten zivilen Bereiche zu einem System der Landesverteidigung zusammengefaßt. Im gleichen Zeitraum fanden umfangreiche Truppen- und Kommandostabs-

übungen im Rahmen der Ersten Strategischen Staffel des Warschauer Paktes statt.

Mit der Bildung von Militärgerichten im April 1963 folgte die NVA weiter dem Vorbild der Sowjetarmee.

Im Jahre 1966 standen in der NVA Fragen der Traditionspflege im Vordergrund. So wurden in der Truppe der Große Zapfenstreich und das Große Wecken eingeführt sowie der Scharnhorst-Orden (als höchste militärische Auszeichnung) gestiftet. Waren bis zum Jahre 1965 zahlreiche Maßnahmen im Bereich der bewaffneten Kräfte ohne verfassungsrechtliche Grundlagen erfolgt, so wurden seit 1966 für die bewaffneten Kräfte im Zuge der sozialistischen Gesetzmäßigkeit -mit Ausnahme der Kampfgruppen- Rechtsnormen erlassen. Einen Höhepunkt bildete in diesem Zusammenhang das Jahr 1968 mit der Verkündung der neuen sozialistischen Verfassung und mit der Verabschiedung eines Polizeigesetzes.

Am 21. August 1968 wurden Einheiten der NVA in der CSSR eingesetzt. Während die Militärgeschichte der DDR das "Betreten von Truppen der Staaten des Warschauer Paktes" erwähnt, fehlt in dem vom Polnischen Militärhistorischen Institut 1977 herausgegebenen Werk "Geschichte der Polnischen Armee" jeder Hinweis auf die Ereignisse im August 1968 in der CSSR sowie jede Bemerkung auf die Beteiligung von Einheiten der Polnischen Armee (81). Die amtliche Darstellung des Militärgeschichtlichen Instituts der CSSR hebt in einer, wenn auch äußerst knappen Darstellung darauf ab, daß "nicht nur vom politischen, sondern auch vom militärischen Gesichtspunkt aus die internationalistische Hilfe der fünf sozialistischen Staaten unbedingt erforderlich" war (82).

Es ist festzustellen, daß der Einfluß der militärischen Führung der NVA seit dem 21. August 1968 bei den sowjetischen

Militärs beträchtlich gestiegen ist. Diese These findet u.a. ihren sichtbaren Ausdruck in der Tatsache, daß seit dem Spätherbst des Jahres 1968 die NVA im Rahmen des WP die Organisation der Militärhilfe in einigen Staaten Afrikas übertragen erhielt, eine Aufgabe, die zuvor von der CVA wahrgenommen wurde. Die Festlegung der Einzelmaßnahmen für die Aktivitäten der NVA in Angola, Äthiopien und im Süd-Jemen dürften auf der Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses des Warschauer Paktes am 17. März 1969 in Budapest festgelegt worden sein, auf der auch eine Neustrukturierung der politischen und militärischen Führungsorgane des WP beschlossen wurde.

Im Jahre 1969 wurde in der DDR -im Rahmen des Systems der Landesverteidigung- die Sozialistische Wehrerziehung eingeführt. Eine entsprechende Vereinbarung wurde am 30. Mai 1969 zwischen dem Ministerium für Volksbildung, dem ZV der GST, dem Zentralrat der FDJ und dem Präsidium des DRK der DDR getroffen.

"Danach sind alle männlichen Schüler der 11. und 12. Klassen bzw. alle männlichen Lehrlinge des 1. Lehrjahres in die vormilitärische Ausbildung einzubeziehen, weibliche Schüler und Lehrlinge vor allem in die DRK-Ausbildung." (83). Als Vorbild für die SWE gilt die 1967 in der UdSSR eingeführte militär-patriotische Erziehung. Mit diesen Maßnahmen wurde die bisherige vormilitärische Ausbildung der Jugend beiderlei Geschlechts in der DDR erweitert und intensiviert.

V. Die bewaffneten Kräfte und paramilitärischen Organisationen der DDR zwischen 1970 und 1980

Kennzeichnend für die Entwicklung der bewaffneten Kräfte und der paramilitärischen Organisationen der DDR in den siebziger Jahren ist u.a. die Tatsache, daß der Minister für Nationale Verteidigung Aufgaben übertragen erhielt, die zuvor dem Minister des Innern oblagen. So wurde z.B. 1978 die Zivilverteidigung aus dem Bereich des Ministeriums des Innern ausgegliedert und dem Minister für Nationale Verteidigung unterstellt (84). Die Ausbildung der Unterführer der Kampfgruppen, die bis 1970 ausschließlich bei der VP lag, hat seitdem teilweise die NVA übernommen (85). Der Zeitraum von 1970 bis 1980 kann als eine Periode der Konsolidierung des Militärwesens gekennzeichnet werden. Die Ausbildung der Soldaten und Berufssoldaten wurde stetig verbessert, die parteipolitische Arbeit in den Streitkräften intensiviert, die Zusammenarbeit zwischen der NVA und der GSSD verstärkt und die territorialen Kräfte in das System der Landesverteidigung eingegliedert. Gleichzeitig wurden die Grenzsperrranlagen pioniertechnisch ausgebaut und technisch perfektioniert und die vormilitärische Ausbildung der gesamten männlichen Jugend nach den Richtlinien der NVA durchgeführt.

Die verbesserte Ausbildung der Berufssoldaten setzte bereits Mitte 1969 -nach den im März 1969 vom Politischen Beratenden Ausschuß beschlossenen Richtlinien über die Führungsorgane des WP sowie über die Grundsätze der Ausbildung der Streitkräfte- ein. Für die Unteroffiziere und

Fähnriche wurde eine Fachschulausbildung, für die Offiziere eine Hochschulausbildung eingeführt. Am 1. Oktober 1969 wurde in Prora auf Rügen die Technische Unteroffiziersschule "Erich Habersaath" eröffnet. In der Folgezeit hat die NVA für die Land- und Luftstreitkräfte mehrere Unteroffiziersschulen geschaffen. Hinzu kamen die Flottenschulen in Parow sowie die Unteroffiziersschule der Grenztruppen in Perleberg.

Den vier Offiziersschulen der NVA wurde am 25.2.1971 der Status von Offiziershochschulen verliehen und eine Offiziershochschule der VP-Bereitschaften in Dresden eingerichtet.

Zuvor waren schon 1970 der Militärmedizinischen Sektion der Ernst-Moritz-Arndt-Universität in Greifswald sowie dem Militärgeschichtlichen Institut der DDR in Potsdam das Promotionsrecht verliehen worden. Das Ausbildungs- und Lehrprogramm der Militärakademie "Friedrich Engels" war im September 1971 erweitert worden. Am 11. Oktober 1972 wurde die Hochschule der NVA zur Heran- und Weiterbildung von Partei- und Politikadern in Berlin-Treptow in Militärpolitische Hochschule "Wilhelm Pieck" umbenannt.

Die Einbeziehung der paramilitärischen VP-Bereitschaften und der Kampfgruppen in die Territorialverteidigung fand ihren sichtbaren Ausdruck während des Manövers "Waffenbrüderschaft 1970" (12. - 16.10.1970).

Die verstärkte militärische Zusammenarbeit der NVA mit Streitkräften des WP erstreckte sich in den 70er Jahren vornehmlich auf zwei Ebenen. Einmal auf gemeinsame Ausbildungs- und Kommandostabsübungen zwischen der GSSD und der NVA, zum anderen auf Truppenübungen im Rahmen der Ersten Strategischen Staffel.

Die parteipolitische Arbeit in den bewaffneten Kräften sowie die vor- und nachmilitärische Ausbildung wurde in einigen Bereichen -mit Ausnahme von Rumänien- mit den anderen sechs Teilnehmerstaaten des WP koordiniert. Am 1.2.1978 trat die Traditionspflegeordnung in Kraft. Das Dokument legt u.a. konkrete Aufgaben für die Gestaltung der Traditionszimmer in Truppenteilen/Stäben und Lehreinrichtungen sowie für die Tätigkeit der Traditionszirkel fest. Es schreibt ferner im einzelnen die "Pflege der Waffenbrüderschaftsbeziehungen zwischen der NVA und der Sowjetarmee vor".

Im Zeitraum zwischen 1970 und 1980 nahm die Zahl der Zivilbeschäftigten in den Streitkräften von Jahr zu Jahr zu (86). Die Einbeziehung der Zivilverteidigung in das Militärsystem, die mit der Verabschiedung des Zivilverteidigungsgesetzes am 17. September 1970 eingeleitet worden war, fand ihren vorläufigen Abschluß mit der am 13. Oktober 1978 erfolgten Verabschiedung eines neuen Verteidigungsgesetzes durch die Volkskammer.

Das System der Landesverteidigung der DDR war bis zur Unterzeichnung der KSZE-Schlußakte von Helsinki (1.8.1975) in allen Bereichen voll funktionstüchtig (87).

Dritter Teil

Die Wehrstruktur

A. Die Wehrverfassung

I. In der DDR wird der Begriff Wehrverfassung nicht verwandt, dagegen gelegentlich von Militärverfassung gesprochen. In der Verfassung (1) erscheint die Bezeichnung Militärverfassung allerdings nicht. Im Verfassungskommentar (2) wird der Ausdruck Bestimmungen zur Landesverteidigung gebraucht. Alle Vorschriften und Festlegungen zur Landesverteidigung werden ferner in den Begriffen militärische Ordnung bzw. Rechtsvorschriften auf dem Gebiet der Landesverteidigung zusammengefaßt. Sie wurden in der DDR -wie auch in den anderen Staaten des WP- erst im Zuge sozialistischer Gesetzlichkeit schriftlich fixiert.

Mit der sozialistischen Verfassung vom 6.4.1968 wurde eine Wehrverfassung kodifiziert. In dreizehn Artikeln sind Bestimmungen zu Fragen der Landesverteidigung enthalten. Dagegen fehlen Bestimmungen für den Notstand. Mit dem Gesetz zur Ergänzung und Änderung der Verfassung vom 7.10.1974 wurden die Artikel 7 und 8 präzisiert und weiterentwickelt. Die Regelungen in Art. 75 Abs. 2 und 76 sind (ohne inhaltliche Änderung erfahren zu haben) in den Artikeln 71 Abs. 2 und 75 enthalten (3).

Durch die Verfassungsänderung von 1974 wurde das Wehrverfassungsrecht nicht materiell, wohl aber formell betroffen.

II. Die Verfassung der DDR regelt die Wehrfragen in den Artikeln 7; 8; 23; 49; 50; 52; 71; 73; 74; 75; 76; 92 und 98 (4).

Der bestimmende Artikel der Verfassung im allgemeinen und der Wehrverfassung im besonderen ist Artikel 1 (Sätze 1 und 2):

"Die Deutsche Demokratische Republik ist ein sozialistischer Staat der Arbeiter und Bauern. Sie ist die politische Organisation der Werktätigen in Stadt und Land unter Führung der Arbeiterklasse und ihrer marxistisch-leninistischen Partei."

Die Verwirklichung der führenden Rolle der Arbeiterklasse in der DDR findet ihren Ausdruck in der Führung durch die SED (5). Sie findet u.a. ihren besonderen Ausdruck in der Befehls- und Kommandogewalt.

Artikel 1 (Sätze 1 und 2) steht nach westlichem Verfassungsverständnis im Widerspruch zu Artikel 5 Abs. 3. Danach können zu keiner Zeit und unter keinen Umständen andere als die verfassungsmäßig vorgesehenen Organe staatliche Macht ausüben (6).

Artikel 7 enthält grundlegende Bestimmungen über den Schutz des Staatsgebietes und die Landesverteidigung. Er bildet mit Artikel 23 eine lose Einheit. Abs. 2 nennt neben der territorialen Integrität ausdrücklich die Unverletzlichkeit des Luftraums und der Territorialgewässer. Abs. 2 legt ferner als eine der bedeutendsten und wichtigsten Aufgaben des sozialistischen Staates die Landesverteidigung sowie den Schutz der sozialistischen Ordnung und des friedlichen Lebens der Bürger, entsprechend der Leninschen Erkenntnis fest, daß eine Revolution... nur dann etwas wert (ist), wenn sie sich zu verteidigen versteht. Zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit dienen die Rechtspflegeorgane und die Deutsche Volkspolizei. Für die äußere Sicherheit ist das Hauptinstrument der Landesverteidigung die Nationale Volksarmee, der die anderen

Organe der Landesverteidigung, die Deutsche Volkspolizei und die Kampfgruppen, zur Seite stehen (7), während dem Ministerium für Staatssicherheit und seinen Organen Sicherheitsaufgaben obliegen (8).

Die NVA wird in Art. 7 Abs. 2 verpflichtet, "im Interesse der Wahrung des Friedens und der Sicherung des sozialistischen Staates enge Waffenbrüderschaft mit den Armeen der Sowjetunion und anderen sozialistischen Staaten" zu pflegen.

Bei ihren Verteidigungsaufgaben beruft sich die DDR auf die Charta der Vereinten Nationen, insbesondere auf Kapitel I Artikel 2 und 51 bezüglich des Rechts auf individuelle und kollektive Selbstverteidigung (9).

Artikel 8 normiert das Verbot eines Eroberungskrieges oder des Einsatzes der Streitkräfte der DDR gegen die Freiheit eines anderen Volkes.

Artikel 23 Abs. 1 ist die Verfassungsgrundlage für die allgemeine Wehrpflicht. Die Verfassungsbestimmung wird durch das Verteidigungsgesetz und das Wehrpflichtgesetz konkretisiert. Artikel 23 wird extensiv ausgelegt; er gilt u.a. als Ermächtigungsgrundlage für die sozialistische Wehrerziehung (SWE), die vormilitärische Ausbildung (v.A.) und den Wehrunterricht in den Schulen.

III. Die Artikel 49, 50, 52, 71, 73, 74, 75, 76, 92 und 98 bilden die Strukturelemente des Systems der Staatsorgane im Rahmen der Landesverteidigung. Es ist ein Subsystem des Politischen Systems der DDR. Die in der Verfassung vorgesehenen Organe der Landesverteidigung:

1. Die Volkskammer (10) ist nach der Verfassung das oberste staatliche Machtorgan der DDR. Im Rahmen der Wehrverfassung wählt sie den Vorsitzenden und die Mitglieder des Staatsrates, den Vorsitzenden und die Mitglieder des Minister-

rates, den Vorsitzenden des Nationalen Verteidigungsrates, den Präsidenten und die Richter des Obersten Gerichts (im Rahmen der Militärgerichte das Militärkollegium des Obersten Gerichts) und den Generalstaatsanwalt.

Die Volkskammer beschließt über den Verteidigungszustand; im Dringlichkeitsfall der Staatsrat, dessen Vorsitzender ihn verkündet.

Der Verteidigungszustand kann im Falle der Gefahr eines unmittelbar bevorstehenden Angriffs auf die DDR oder im Falle eines bewaffneten Überfalls auf die DDR beschlossen werden sowie in Erfüllung internationaler Bündnisverpflichtungen der DDR (§ 4 II Verteidigungsgesetz).

Verteidigungsaufgaben obliegen dem Ausschuß für Nationale Verteidigung (11).

Die parlamentarischen Befugnisse des Ausschusses sind nicht mit denen des Verteidigungsausschusses des Deutschen Bundestages zu vergleichen. Die Bedeutung des Ausschusses der VK liegt vornehmlich darin, daß sein Vorsitzender, Paul Verner, zugleich Leiter der Kommission für Nationale Sicherheit im Politbüro der SED ist (Verner ist ferner Mitglied des Nationalen Verteidigungsrates und des Staatsrates). Allerdings muß berücksichtigt werden, daß die Volkskammer -wie auch der Oberste Sowjet in der UdSSR- im Jahr nur zu wenigen Sitzungen zusammentritt.

2. Der Staatsrat ist das kollektive Staatsoberhaupt der DDR. Er legt die Dienstgrade der bewaffneten Organe fest (12). Die Ernennung der Generale wird durch den Vorsitzenden des Staatsrates vorgenommen, während die Ernennung von

Offizieren, ihre Beförderung (oder Degradierung) in eigener Verantwortung der NVA (bzw. der Organe des Ministeriums für Staatssicherheit und des Ministeriums des Innern) liegt. Der Staatsrat faßt zu Fragen der Landesverteidigung und zu Fragen der Sicherheit der DDR Beschlüsse. Er organisiert mit Hilfe des Nationalen Verteidigungsrates die Landesverteidigung. Zu den Aufgaben des Staatsrates gehören ferner die Stiftung von Orden, Auszeichnungen und Ehrentiteln, die der Vorsitzende verleiht. Der höchste von ihm auf militärischem Gebiet gestiftete Orden ist der Scharnhorstorden.

Im Frieden ist der Vorsitzende des Staatsrates (zusammen mit dem Vorsitzenden des Nationalen Verteidigungsrates) der Oberste Befehlshaber der bewaffneten Kräfte -mit Ausnahme der Kampfgruppen. Da der Generalsekretär der SED gleichzeitig Vorsitzender des Staatsrates und Vorsitzender des Nationalen Verteidigungsrates ist, übt er die Befehls- und Kommandogewalt über alle militärischen und paramilitärischen Kräfte der DDR aus.

Arbeitsorgan des Staatsrates ist die Kanzlei mit nachgeordnetem Sekretariat.

3. Der Nationale Verteidigungsrat (NVR) ist das zentrale staatliche Organ für die einheitliche Leitung der Verteidigungs- und Sicherheitsaufgaben.

Er ist ein Organ der Volkskammer und des Staatsrates, denen er für seine Tätigkeit verantwortlich ist. Seine Mitglieder (neben dem Vorsitzenden mindestens 12) werden vom Staatsrat berufen. Das Verteidigungsgesetz (§ 2 I) überträgt ihm die zentrale Leitung der Verteidigungs- und Sicherungsaufgaben. Er beschließt über die allgemeine oder teilweise Mobilmachung, "wenn das auf der Grundlage

einer bedrohlichen Lage (§ 4 II Verteidigungsgesetz) im Interesse der Landesverteidigung erforderlich ist". Auch alle Maßnahmen, die einer Gesamtmobilmachung vorausgehen können, so die Reservistenüberprüfung (§ 30 Wehrpflichtgesetz) und die Überprüfung der Landesverteidigung werden vom NVR angeordnet. Reservistenüberprüfungen in allen Wehrkommandos der DDR sowie eine (zivil-militärische) Überprüfung und Leitung der Verwaltung in mehr als vier Bezirken der DDR werden im Westen als Maßnahmen angesehen, auf die unmittelbar die Mobilmachung erfolgen kann. Zur Durchführung der Mobilmachung ist der Nationale Verteidigungsrat verpflichtet, alle notwendigen Maßnahmen für die Landesverteidigung und den Schutz der sozialistischen Ordnung zu treffen einschließlich solcher, die abweichend von Gesetzen und anderen Rechtsvorschriften erforderlich sind (§ 4 III Verteidigungsgesetz). Der NVR ist damit das offizielle Notstandsorgan, obwohl es nach Art. 5 Abs. 3 der Verfassung offiziell kein Notstandsorgan gibt. Der NVR beschließt über die Dienstlaufbahnordnungen der NVA, der Grenztruppen der DDR, der Organe des Wehersatzdienstes, der Deutschen Volkspolizei und die Organe Feuerwehr und Strafvollzug sowie der Zivilverteidigung. Er wählt ferner die Militär Richter der Militärgerichte und Militärobergerichte. Eingebunden sind in diese Struktur auch die Kampfgruppen. Das Arbeitsorgan des NVR ist die Zentrale Einsatzleitung (ZEL). Der ZEL nachgeordnet sind die Bezirkseinsatzleitungen (BEL) und die Kreiseinsatzleitungen (KEL), die nach dem Vorbild der ZEL strukturiert sind (60 Mitglieder

in den Stäben der BEL, 10 Mitglieder in den Stäben der KEL).

Vorsitzender des NVR ist der Generalsekretär der SED und Vorsitzende des Staatsrates, Erich Honecker. Der Sekretär des NVR ist in Personalunion Chef des Hauptstabes der NVA (13).

4. Der Ministerrat ist die Regierung der DDR. Er leitet nicht nur den Staatsapparat, sondern auch den Wirtschafts- und Landwirtschaftsapparat. Der Ministerrat ist ein kollektiv arbeitendes Organ mit herausgehobener Stellung des Vorsitzenden und des Präsidiums (14). Der Ministerrat leitet die einheitliche Durchführung der ihm übertragenen Verteidigungsaufgaben (Art. 76 Abs. 1 der Verfassung, :: 1 I und 6 Ministerratgesetz (15).

Eine Sonderstellung innerhalb der Ministerien nehmen die Ministerien für Nationale Verteidigung, Staatssicherheit und des Innern ein. Alle entscheidenden Funktionen werden von Offizieren wahrgenommen. Der NVR kann ferner den drei Sicherheitsministerien Weisungen erteilen. Der Minister für Nationale Verteidigung ist dem Vorsitzenden des Nationalen Verteidigungsrates verantwortlich und rechenschaftspflichtig (16). Das dürfte analog auch für den Innenminister und für den Minister für Staatssicherheit gelten (17).

5. Das Oberste Gericht mit den ihm formell zugeordneten Militärgerichten. Alle Militärrichter und Militärober-richter am Obersten Gericht bilden das Militärkollegium des Obersten Gerichts (18).

6. Die Generalstaatsanwaltschaft mit der ihr formell zugeordneten Militärstaatsanwaltschaft.

IV. Ergänzt und konkretisiert werden die Verfassungsbestimmungen zur Landesverteidigung durch das Verteidigungsgesetz vom 13.10.1978 (es ersetzte das Verteidigungsgesetz 1961) sowie durch den Stationierungsvertrag von 1957. Im Verteidigungsgesetz werden u.a. die Stellung, Aufgaben und Befugnisse des Nationalen Verteidigungsrates der DDR präzisiert und das Notstandsrecht fixiert.

Im dritten Abschnitt werden im einzelnen die ökonomische Sicherstellung und weitere Maßnahmen der Landesverteidigung geregelt. Lieferungen, Leistungen und andere Maßnahmen können auch nach dem Verteidigungsgesetz von 1978 ebenso zugunsten der Streitkräfte des WP erfolgen (§ 13).

Art. 18 des Stationierungsvertrages (19) enthält einen Notstandsvorbehalt für die Gruppe der Sowjetischen Streitkräfte in Deutschland. Danach kann "im Falle der Bedrohung der Sicherheit der sowjetischen Streitkräfte, die auf dem Territorium der DDR stationiert sind, das Oberkommando der sowjetischen Streitkräfte in der DDR nach entsprechender Konsultation der Regierung der DDR und der Maßnahmen, die durch die staatlichen Organe der DDR eingeleitet wurden, Maßnahmen zur Beseitigung einer derartigen Lage treffen".

V. Die Wehrverfassung der DDR kennt nicht die Institution des Wehrbeauftragten. Ein Recht auf Kriegsdienstverweigerung ist in der Verfassung nicht verbürgt. Wehrdienstverweigerung aus religiösen oder ähnlichen Gründen mit der Waffe ist seit 1964 möglich, nicht dagegen die Wehrdienstverweigerung schlechthin. Die Wehrdienstverweigerer leisten ihren Dienst in den Baueinheiten der NVA, ohne an der Waffe ausgebildet zu werden. Sie legen keinen Eid, sondern ein

Gelöbnis ab. Der Dienst in den Baeinheiten ist eine Form des Wehersatzdienstes. Der Einsatz der Bausoldaten allerdings erfolgt im Rahmen der Landesverteidigung. Wehrdienstverweigerer könnten künftig, nachdem die Zivilverteidigung dem Minister für Nationale Verteidigung unterstellt wurde und der Dienst in den Formationen der Zivilverteidigung vom Nationalen Verteidigungsrat als Wehersatzdienst anerkannt ist, auch in den kasernierten ZV-Formationen Dienst leisten.

Die Verfassung der DDR von 1968 enthält keine Bestimmungen darüber, ob die NVA im Ausland eingesetzt werden kann. Eine besondere Bedeutung kommt Art. 8 des Gesetzes über den Vertrag vom 7.10.1974 über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand zwischen der DDR und der UdSSR vom 5.12.1975 zu (20). Im Gegensatz zu den auf Europa beschränkten Beistandspflichten nach dem Warschauer Pakt und nach den bilateralen Verträgen zwischen der UdSSR und der DDR von 1955 und 1964 (21) spricht Art. 8 von der Beistandspflicht bei einem Angriff "irgendeines Staates" (analoge Formulierungen zur Beistandspflicht enthalten die bilateralen Verträge, welche die UdSSR 1967 mit Ungarn und Bulgarien und 1970 mit der CSSR geschlossen hat).

Bemerkenswert ist die Tatsache, daß die Wehrverfassung der DDR nicht nur die allgemeine Landesverteidigung umfaßt, sondern auch die paramilitärischen Organisationen, einschließlich die vor- und nachmilitärische Ausbildung im Rahmen der Sozialistischen Wehrerziehung.

B. Die Befehls- und Kommandogewalt

Die Verfassung der DDR enthält keine genau abgegrenzten

Bezeichnungen über die Befehls- und Kommandogewalt. Der Begriff wird auch in der DDR nicht verwandt. Es wird von der militärischen Führung bzw. von der Führung der NVA gesprochen.

I. Die politische und militärische Führungsspitze bildet in der DDR -wie in allen Staaten des Warschauer Paktes- das (in der Verfassung nicht genannte) Politische Büro (Politbüro) der Kommunistischen Partei. Sie führt in der DDR seit dem 21. April 1946 den Namen Sozialistische Einheitspartei Deutschlands (SED). Das Politbüro soll zwischen den Tagungen des Zentralkomitees politische Grundsatzfragen entscheiden. Als beratende Organe fungieren die Kommissionen beim Politbüro. Die Mitglieder der Kommission für Nationale Sicherheit werden vom Politbüro berufen. Es handelt sich dabei um Offiziere verschiedener Dienstgrade des Wehr- und Wehersatzdienstes. Die Namen der Kommissionsmitglieder werden geheim gehalten (22).

Zur Durchführung und Kontrolle der Entscheidungen besteht das Sekretariat des ZK. Es wird geleitet vom Generalsekretär der Kommunistischen Partei und den Sekretären (die Mitglieder des Politbüros sind). Das Sekretariat ist in Abteilungen und Sektoren untergliedert. Sie kontrollieren u.a. die Ministerien. Sekretär der Abteilung Sicherheit des ZK der SED ist derzeit Paul Verner. (Er ist zugleich Mitglied des Politbüros, Leiter der Kommission für Nationale Sicherheit beim Politbüro und Vorsitzender des Ausschusses für Nationale Verteidigung der Volkskammer). Leiter der Abteilung Sicherheit des ZK der SED ist derzeit Generaloberst Scheibe. Für die einzelnen bewaffneten Organe bestehen Sektoren. Alle Sektorenleiter führen militärische Dienstränge.

II. Die Funktionen eines Obersten Befehlshabers werden in der DDR im Frieden vom Staatsrat und vom Nationalen Verteidigungsrat ausgeübt. Der Vorsitzende beider Gremien (Erich Honecker) ist zugleich Generalsekretär der SED. Er ist damit nach der Verfassungswirklichkeit der Oberste Befehlshaber der bewaffneten Kräfte und der paramilitärischen Organisationen der DDR. Diese Rechte werden allerdings eingeschränkt durch Art. 18 des Stationierungsvertrages sowie durch die Festlegungen im Rahmen des Warschauer Paktes, nach denen die operativen Kräfte dem Vereinten Kommando unterstehen.

III. Die zentrale Führung der mobilen Kräfte (NVA und Grenztruppen der DDR) und der Zivilverteidigung liegt beim Minister für Nationale Verteidigung.

"Die gesamtstaatliche Leitung aller Maßnahmen zur Stärkung der Verteidigungsfähigkeit und zum Gewährleisten der Sicherheit der Republik obliegt dem Nationalen Verteidigungsrat der DDR, dessen Vorsitzender der Generalsekretär des ZK der SED und Vorsitzender des Staatsrates der DDR Erich Honecker ist. Die Führung der Nationalen Volksarmee erfolgt durch den Minister für Nationale Verteidigung." (23). Er ist zugleich der ranghöchste Offizier der DDR (24).

"Der Minister für Nationale Verteidigung ist der ranghöchste militärische Vorgesetzte der Angehörigen der NVA. Er regelt auf der Grundlage der Gesetze und anderer Rechtsvorschriften den aktiven Wehrdienst in der NVA durch Befehle, Dienstvorschriften und sonstige Bestimmungen." (25). Die Kommandogewalt über die Volkspolizei liegt beim Chef der DVP. Er ist in Personalunion Minister des Innern (26). Ihm zugeordnet ist ferner u.a. die Hauptabteilung Kampfgruppen.

Die Führung des Staatssicherheitsdienstes hat der Minister für Staatssicherheit inne (27).

Im Verteidigungsfall dürften sich Einschränkungen der Führungsgewalt zugunsten des Vereinten Kommandos ergeben.

C. Das Wehrsystem

Alle Staaten des Warschauer Paktes unterhalten ein stehendes Heer. Es besteht allgemeine Wehrpflicht vom 18. bis zum 50. Lebensjahr.

Die Einzelheiten der Wehrpflicht sind in der DDR festgelegt im Wehrpflichtgesetz (28). Es regelt in sechs Abschnitten mit 35 Paragraphen die Erfassung, Musterung und Einberufung, den aktiven Wehrdienst, den Reservistenwehrdienst, ferner die Sonderregelungen für den Verteidigungszustand. Die aktive Wehrdienstzeit beträgt bei den Landstreitkräften und bei den nichtfliegenden Verbänden der Luftstreitkräfte 18 Monate, bei den fliegenden Verbänden der Luftstreitkräfte sowie bei der Volksmarine 24 Monate (29).

Nach Rumänien hat die DDR die kürzeste Wehrdienstzeit im WP.

Dabei ist allerdings zu berücksichtigen, daß fast alle Wehrpflichtigen zuvor eine vormilitärische Grundausbildung, einige sogar eine vormilitärische Laufbahnausbildung, durchlaufen.

Der Anteil der Zeitsoldaten, d.h. derjenigen Soldaten, die sich auf drei Jahre verpflichten, ist hoch, insbesondere in der DDR. Die Ableistung eines dreijährigen Wehrdienstes ist in der DDR für die männliche Jugend praktisch eine Voraussetzung für die Aufnahme in die Erweiterte Oberschule

(EOS) und für die Aufnahme eines Studiums nach eigener Wahl. Dies gilt insbesondere für das Medizinstudium.

Längerfristig dürfte die DDR die Strukturen ihres Wehrsystems wohl vollständig auf die der anderen Staaten der Ersten Strategischen Staffel angleichen.

Das Wehrsystem ist mithin ein Mischsystem zwischen einer Wehrpflichtarmee und einer Berufsarmee. Das gilt nicht nur für die mobilen Verbände der aktiven Streitkräfte, sondern auch für die kasernierten paramilitärischen Kräfte (31).

In der NVA gibt es -wie auch in allen Armeen des WP- weibliche Armeeangehörige. Sie sind Berufssoldaten. Ihr Einsatz erfolgt nach einer erweiterten Ausbildung in Selbstverteidigung in Innen- und Sanitätsbereichen der Streitkräfte.

In den mobilen Kräften der NVA sind neben den Soldaten auch eine große Zahl von Zivilangestellten eingesetzt. Sie stehen juristisch in einem Arbeitsverhältnis mit besonderer Verpflichtung. Die Stärke der Zivilangehörigen ist nicht bekannt.

Wehrdienst wird nach dem Wehrpflichtgesetz geleistet in den mobilen Kräften, d.h. in der NVA und in den Grenztruppen der DDR. Dem Wehrdienst gleichgestellt ist der Wehersatzdienst in den kasernierten paramilitärischen Verbänden (kasernierte VP-Bereitschaften, den kasernierten Einheiten des Ministeriums für Staatssicherheitsdienst sowie in den kasernierten Einheiten der Zivilverteidigung). In der DDR gilt auch der Dienst in den Baueinheiten als Wehersatzdienst. Die Baueinheiten (32) zählen aber organisatorisch nicht zu den paramilitärischen Kräften, sondern zur Nationalen Volksarmee.

Eine Sonderstellung im Wehrsystem nehmen die Kampfgruppen ein. Sie sind milizartig auf der Basis der Produktionsbetriebe organisiert (33). Die GST ist eine nachgeordnete

Organisation des Ministeriums für Nationale Verteidigung. Der Dienst in der GST ist sowohl ein Teil der Schul- und Berufsschulausbildung (allgemeine vormilitärische Ausbildung) als auch freiwillig (Leistungssport im Rahmen der GST).

Die Reservistenausbildung erfolgt in allen Armeen des Warschauer Paktes einmal im Rahmen von Wehrübungen, zum anderen kontinuierlich durch die milizartig in den Produktionsstätten bestehenden Reservistenkollektive (34). Die Reservistenkollektive werden von den zuständigen Wehrkreiskommandos angeleitet (35). Die politisch-ideologische Erziehung erfolgt über die zuständige SED-Betriebsparteiorganisation.

D. Die Führungsgliederung der drei für die Bewaffneten Kräfte zuständigen Ministerien

I. Die DDR hat bisher keine Organisationspläne der Sicherheitsministerien veröffentlicht. Anhand von Informationen sowie der Daten aus den anderen Staaten des WP ist es induktiv möglich, ein Bild der Führungsorganisation von Militär und Polizei zu geben (36). Ohne Kenntnis der Verwaltungslehre im allgemeinen und der Staats- und Verwaltungslehre in der DDR im besonderen ist eine Darstellung der militärischen Spitzengliederung nur schwer möglich. Die wenigen vorliegenden westlichen Darstellungen berücksichtigen nur unzureichend die Erkenntnisse der Verwaltungswissenschaft.

II. In der DDR wird unter einem Ministerium ein zentrales Staatsorgan des Ministerrates verstanden. Es ist juristische

Person und besitzt eine eigene Haushaltsführung. Die Aufgaben eines Ministeriums werden durch Statut geregelt. Die Leitung erfolgt durch den Minister, der von der Volkskammer gewählt und vom Vorsitzenden des Ministerrates berufen wird, und zwar in der Form der Einzeileitung und der kollektiven Beratung. Die Beratung erfolgt einmal durch ein Kollegium (z.B. beim Minister für Nationale Verteidigung) und (im Rahmen der Forschung) durch den Wissenschaftlichen Rat (z.B. Wissenschaftlicher Rat für Landesverteidigung). Die Mitglieder beider Beratungsgremien werden vom Minister ernannt. Es ist unverständlich, daß in den Darstellungen über die NVA der Aufgabenbereich des Kollegiums beim Minister für Nationale Verteidigung nicht erwähnt wird.

Bis auf die Sicherheitsministerien ist der Vertreter des Ministers der Staatssekretär. Er führt in einigen Ministerien auch die Bezeichnung Staatssekretär und Erster Stellvertretender Minister. Daneben gibt es in jedem Ministerium mehrere stellvertretende Minister. Sie stehen i.d.R. einer Hauptverwaltung bzw. einer Hauptabteilung vor.

Ein Ministerium ist organisatorisch i.d.R. gegliedert in Hauptabteilungen, Abteilungen und Sektoren. Wichtige Ministerien verfügen über eine oder mehrere Hauptverwaltungen, denen Verwaltungen bzw. Hauptabteilungen nachgeordnet sind. Das gilt ausnahmslos für die drei Sicherheits- und Wehrministerien. Sie (sowie das Ministerium für Verkehr) haben ferner als Stabsstelle einen Hauptstab.

Daneben gibt es in einigen Ministerien Verwaltungen, die bestimmte Aufgaben, trotz organisatorischer Unterstellung, in Eigenzuständigkeit durchführen. Hierzu zählen u.a. auch die Politischen Verwaltungen des MdI und des MfS. Sie haben

zugleich den Status einer Kreisleitung der SED. Die Polit-
hauptverwaltung der NVA ist einer Bezirksleitung der SED
gleichgestellt. Sie besitzt zugleich die Rechte einer
Abteilung des ZK der SED (37).

III. Dem Ministerium des Innern sind nachgeordnet: der
Hauptstab, die Hauptverwaltung Deutsche Volkspolizei,
die Verwaltung (Kommando) VP-Bereitschaften sowie die
Hauptabteilungen der Organe Strafvollzug, Feuerwehr und
Kampfgruppen.

Der Hauptverwaltung DVP nachgeordnet sind die Hauptabtei-
lungen Schutzpolizei, Meldewesen, Kriminalpolizei, Trans-
portpolizei und Verkehrspolizei. Ferner bestehen im MdI
eine Politische Verwaltung und verschiedene Dienste.

Auf der territorialen Ebene bestehen in den Bezirken Bezirks-
behörden der Deutschen Volkspolizei, in den Kreisen Volks-
polizeikreisämter. In diesen Behörden und Ämtern sind alle
der den Hauptabteilungen des MdI nachgeordneten Abteilun-
gen zusammengefaßt. So gibt es beispielsweise in einem
Volkspolizeikreisamt die Abteilungen: Schutzpolizei, Krimi-
nalpolizei, Verkehrspolizei, allgemeine Transportpolizei,
Wasserschutzpolizei, Paß- und Meldewesen, Kampfgruppen,
Brandschutz (Feuerwehr) und Strafvollzug. Daneben bestehen
Spezialdienste (Medizinischer Dienst, Munitionsbergungs-
dienst). - Den Volkspolizeikreisämtern nachgeordnet sind
Polizeireviere, Polizeigruppenposten, Betriebswachen und
die Abschnittsbevollmächtigten (ABV).

IV. Das Ministerium für Staatssicherheit ist ein Organ des
Ministerrates, aber mit eigener Verantwortung. Das Ministe-
rium gliedert sich in zwei Hauptverwaltungen, das Kommando
des Wachregiments "Felix Dzierzynski" und in die Politische
Verwaltung (38).

Die Hauptverwaltung Aufklärung (HVA) -unter der Leitung von Generalleutnant Markus Wolf- ist zuständig für die Spionage im kapitalistischen Ausland.

Die Hauptverwaltung Sicherung (Abwehr) -unter der Leitung von Generalleutnant Mittig- ist innerhalb der DDR tätig. Sie gliedert sich in acht operative Hauptabteilungen (Sicherung der NVA, Sicherung der Deutschen Volkspolizei, Spionageabwehr, Sicherung der Forschung, Personenschutz, Verkehrssicherung, Bekämpfung von Untergrundorganisationen und verdächtigen Personen).

Bei Staatsverbrechen führt die zuständige Dienststelle des MfS die Ermittlung für die Staatsanwaltschaft durch. Das Staatsanwaltsgesetz führt unter den sogenannten Untersuchungsorganen ausdrücklich diejenigen des MfS auf. Eine entsprechende Bestimmung enthält die Strafprozeßordnung der DDR vom 12. Januar 1968 in § 88. Zwar übt den gesetzlichen Vorschriften gemäß die Staatsanwaltschaft die Aufsicht über die Einhaltung der Gesetzlichkeit im Ermittlungsverfahren und bei Untersuchungshandlungen aus, aber in der Praxis sind die Untersuchungsorgane des MfS weiterhin eigenverantwortlich tätig. Ihre beherrschende Rolle im Ermittlungsverfahren äußert sich auch heute noch in der faktischen Mitentscheidung darüber, welche Zeugen vernommen und vor Gericht geladen werden, welche Ermittlungsakten an die Staatsanwaltschaft gehen.

In den 14 Bezirken der DDR und in Berlin (Ost) bestehen Bezirksverwaltungen des MfS. Für die Abschirmung der Uranerzbergbaubetriebe der SDAG Wismut ist eine besondere Gebietsverwaltung Wismut in Karl-Marx-Stadt zuständig. Soweit nicht Aufgaben auf Bezirksebene, wie die Sicherung der Streitkräfte, entfallen, gleicht die innere Gliederung einer Bezirksverwaltung der Struktur des MfS insoweit,

als dessen Hauptabteilungen auf Bezirksebene Abteilungen entsprechen (39).

Den Bezirksverwaltungen nachgeordnet sind in den Stadt- und Landkreisen der DDR sowie in den Stadtbezirken der Großstädte einschließlich Berlin (Ost) Kreisdienststellen des MfS. Sie stützen sich ihrerseits auf Beauftragte des MfS.

V. Das Ministerium für Nationale Verteidigung mit seinem Sitz in Strausberg und Berlin (Ost) gliedert sich in der Führungsspitze in die Vollzugsorgane:

Verwaltungen, die direkt dem Minister unterstellt sind, Hauptstab (mit nachgeordneten Verwaltungen und Abteilungen), zwei Hauptverwaltungen (Polithauptverwaltung und HV Zivilverteidigung), zwei zentrale Verwaltungen (mit nachgeordneten Diensten), Verwaltungen (der Waffengattungen) und die Abteilungen, die dem Minister für Nationale Verteidigung direkt unterstellt sind und in das Hauptinspektorat. Wie in allen Armeen des WP, so ist auch in der DDR der Chef des Generalstabes (Hauptstabes) Erster Stellvertreter des Ministers. Stellvertreter des Ministers sind die Chefs der Teilstreitkräfte (Landstreitkräfte; Luftstreitkräfte/Luftverteidigung; Volksmarine), der Chef des Hauptinspektorats, die Chefs der beiden zentralen Verwaltungen (Rückwärtige Dienste sowie Technik und Bewaffnung) und der Chef der Polithauptverwaltung. Im Gegensatz zu den anderen WP-Armeen ist der Chef der Grenztruppen der DDR Stellvertreter des Ministers für Nationale Verteidigung. Der Chef der Zivilverteidigung der DDR wird den Stellvertretern zugeordnet. Der Minister für Nationale Verteidigung der DDR hat mithin einen Ersten Stellvertreter und acht Stellvertreter.

Der Minister für Nationale Verteidigung führt den militärischen Rang eines Armeegenerals. Er leitet auch die beiden Beratungsgremien beim MiNV: das Kollegium sowie den Wissenschaftlichen Rat für Landesverteidigung.

VI. Organisationsschema des MfNV

1. Minister für Nationale Verteidigung. Ihm sind unmittelbar unterstellt die

- a) Verwaltung Artillerie und Raketentruppen,
- b) Verwaltung Panzer,
- c) Verwaltung Kfz-Wesen,
- d) Verwaltung Pioniere,
- e) Abteilung Chemische Dienste,
- f) Verwaltung Bauwesen,
- g) Verwaltung Medizinischer Dienst,
- h) Verwaltung Militärstaatsanwaltschaft,
- i) Abteilung Militärwissenschaft,
- j) Abteilung Ausland,
- k) Abteilung Dolmetscherdienst,
- l) Rechtsabteilung,
- m) Abteilung Armeesport-Vereinigung "Vorwärts",
- n) Abteilung Gesellschaft für Sport und Technik,
- o) Adjutantur,
- p) Protokollabteilung,
- r) zentralen Truppenteile des Militärbezirks I.

Dem Minister für Nationale Verteidigung zugeordnet sind das Kollegium des Ministeriums für Nationale Verteidigung und der Wissenschaftliche Rat für Landesverteidigung (40).

2. Der Hauptstab. Ihm sind nachgeordnet die

- a) Verwaltung Operativ (sie entwickelt unter Leitung des Stellvertreters des Chefs des Hauptstabes die Operativpläne),

- b) Verwaltung Aufklärung (Ermittlung von Stärke und Bewaffnung ausländischer Streitkräfte),
 - c) Verwaltung Nachrichten,
 - d) Verwaltung Organisation und Nachweisführung,
 - e) Verwaltung Wehrrersatzwesen (ihr unterstehen die 15 Wehrbezirkskommandos der NVA und die 219 Wehrkreiskommandos),
 - f) Verwaltung Organisation und Stärkennachweis,
 - g) Verwaltung Finanzen,
 - h) Verwaltung Topographie,
 - i) Abteilung Eisenbahn-Transportwesen,
 - j) Abteilung Verschlusssachen und Chiffrierwesen,
 - k) Kommandantur Hauptquartier,
 - l) Kommandantendienst,
 - m) Abteilung Zivilpersonal,
 - n) Abteilung Wirtschaft,
 - o) Abteilung Datenverarbeitung.
3. Das Hauptinspektorat (41).
4. Die Polithauptverwaltung. Ihr nachgeordnet sind
- a) Politorgane in den Militärbezirken, Divisionen, Regimentern, Bataillonen und Kompanien (42),
 - b) die Verwaltung Polit.-Organisation,
 - c) die Verwaltung Agitation und Propaganda,
 - d) die Verwaltung Kader,
 - e) die Abteilung Jugend,
 - f) die Kulturpolitische Arbeit,
 - g) der Militärverlag,
 - h) das Armeemuseum,
 - i) das Militärgeschichtliche Institut,
 - j) das Militärarchiv.
5. Die Hauptverwaltung Zivilverteidigung. Ihr sind nachgeordnet die
- a) Hauptabteilung Feuerwehr/Katastrophenschutz.

- b) Hauptabteilung Bevölkerungsschutz,
- c) Hauptabteilung ZV-Einheiten,
- d) Hauptabteilung ZV-Formationen.

6. Zentrale Verwaltungen: Hierzu gehören die

- a) Verwaltung Rückwärtige Dienste mit den Abteilungen Bekleidung, Verpflegung, Betriebsstoff, Sanitätswesen,
- b) Verwaltung Planung und Koordinierung mit den Abteilungen Planung, Koordinierung (Wehrtechnik), Forschung und Entwicklung sowie Beschaffung.

E. Truppengliederung und Ausrüstung

I. Die Nationale Volksarmee (NVA)

Die NVA gliedert sich in drei (über die Militärbezirke geführte) Teilstreitkräfte:

- Landstreitkräfte,
- Luftstreitkräfte/Luftverteidigung,
- Volksmarine (Seestreitkräfte).

Sie sind wieder untergliedert in

- Verbände (Divisionen, Flottillen, Brigaden),
 - Truppenteile (Regimenter, Geschwader)
 - Einheiten (Staffeln, Bataillone, Kompanien, Züge und Gruppen)
- ferner in

- Waffengattungen,
- Spezialtruppen und
- Dienste sowie in die
- Wehrkommandos (43).

Darüber hinaus bestehen spezielle Dienststellen und Einrich-

tungen der NVA (44). Hierzu gehören u.a. das Militärgeschichtliche Institut, das Militärarchiv, die Armeesportvereinigung und das Armeemuseum, das Erich-Weinert-Ensemble. Geführt werden die Teilstreitkräfte von den Kommandos (Landstreitkräfte, Luftstreitkräfte/Luftverteidigung, Volksmarine) über die Militärbezirke. Die Landstreitkräfte bilden zwei Militärbezirke, die beiden anderen Teilstreitkräfte je einen Militärbezirk.

An der Spitze eines Verbandes und eines Truppenteils steht der Kommandeur. Er stützt sich bei militärischen Entscheidungen auf den Stab, in Fragen der politischen Erziehung auf eine Gruppe von Politoffizieren.

Verbänden und Truppenteilen werden Truppenfahnen sowie im Rahmen der Traditionspflege Ehrennamen verliehen.

Mit Ausnahme der Sowjetarmee ist in allen Armeen des WP, mithin auch in der NVA, die Division der größte operativ-taktische Verband. Die in einem Militärbezirk dislozierten Truppen und Dienste entsprechen einem Korps (45).

In den Landstreitkräften des WP gibt es -mit Ausnahme der Sowjetarmee- nur zwei Divisionstypen: die Panzerdivision und die Mot.-Schützendivision (46).

In allen Armeen des Warschauer Paktes ist eine Panzerdivision etwa 9.000 Mann stark, davon 900 Offiziere. Sie verfügt -ohne Aufklärungstruppen und Spezialdienste- über drei Panzerregimenter und über ein Regiment Mot.-Schützentruppen. Die Zahl der Kampfpanzer beträgt 320, die der Kraftfahrzeuge über 1.800 (47).

Eine Mot.-Schützendivision hat eine Stärke von fast 12.000 Mann (davon 1.000 Offiziere). Sie gliedert sich in drei Mot.-Schützenregimenter und ein Panzerregiment. Die Mot.-Schützendivision verfügt über 200 Kampf- und Jagdpanzer sowie über 580 weitere Panzer- und Kettenfahrzeuge und 2.050 Kraftfahrzeuge. (48).

über die Gesamtstärke der NVA (ohne Grenztruppen der DDR und ohne paramilitärische Verbände) hat die DDR keine Zahlen veröffentlicht. In den westlichen Abhandlungen finden sich unterschiedliche Angaben (49). Sie schwanken zwischen 145.000 Mann und 174.000 Mann (50). Die Bundesregierung hat Zahlen im DDR-Handbuch publiziert. Sie beziehen sich im wesentlichen auf die Angaben des Internationalen Instituts für Strategische Studien in London. Die vorliegende Arbeit folgt dem Stärkenachweis des IISS, das die Gesamtstärke der NVA mit 159.000 Mann (davon 92.000 Wehrpflichtige) beziffert (51).

1. Landstreitkräfte

Die Landstreitkräfte sind mit 107.000 Mann (davon 67.000 Wehrpflichtige) die stärkste Teilstreitkraft der NVA. Sie sind zusammengefaßt in operativ-taktische und taktische Verbände. Die Mot.-Schützentruppen bilden zusammen mit den Panzertruppen die Hauptstoßkraft. Sie werden geführt vom Kommando der Landstreitkräfte in Potsdam über die Militärbezirke III und V (52).

Insgesamt bestehen die Landstreitkräfte aus

- 2 Panzerdivisionen,
- 4 Mot.-Schützendivisionen,
- 2 SCUD-Raketen-Brigaden,
- 2 Artillerie-Regimentern,
- 2 Truppenluftabwehr-Regimentern,
- 1 Fallschirm-Bataillon,
- 2 Panzerabwehr-Bataillonen (53).

Die Landstreitkräfte verfügen weiter über die Spezialtruppen. Hierzu gehören Pioniertruppen, chemische Dienste und Nachrichtentruppen; ferner Einheiten der Rückwärtigen Dienste, des Kommandantendienstes und des Militärtopographischen Dienstes.

Die Landstreitkräfte sind in drei Militärbezirken disloziert (51).

Militärbezirk I (Ministerium für Nationale Verteidigung in Strausberg und Kommando der Landstreitkräfte in Potsdam):

- 1 Pionierregiment,
- 1 Nachrichtenregiment,
- 3 Reservistenausbildungsregimenter,
- 1 Eisenbahnpionierausbildungsregiment,
- Sicherstellungsgruppen der Baneinheiten.

Militärbezirk III (Leipzig):

- 4. Mot.-Schützendivision (Erfurt),
- 11. Mot.-Schützendivision (Halle),
- 7. Panzerdivision (Dresden).

Militärbezirk V (Neubrandenburg):

- 1. Mot.-Schützendivision (Potsdam),
- 8. Mot.-Schützendivision (Schwerin),
- 9. Panzerdivision (Eggesin in Vorpommern).

Ausrüstung der Landstreitkräfte:

Für die Ausrüstung der NVA im allgemeinen und für die der Landstreitkräfte im besonderen gelten auch die allgemeinen Hinweise, die zum Stärkenachweis der NVA gemacht wurden.

Die DDR veröffentlicht keine Angaben über die Zahl der Kampfpanzer oder der Werfer (56). Im Westen schwanken die Zahlenangaben für die Kampfpanzer der NVA zwischen 1.800 und 2.500 (57). Unter Berücksichtigung der eingelagerten etwa 600 T-34 umfaßt der sofort einsatzbereite Panzerpark der NVA etwa 1.900 mittlere Kampfpanzer.

Die vorliegende Arbeit legt im wesentlichen die Angaben des IISS zugrunde.

"Etwa 2.500 mittlere Kampfpanzer T-54/-55 (600 T-34 eingelagert); rund 120 leichte Kampfpanzer PT-76; 880 Spähpanzer der Typen BRDM-1/-2 und FUG-70; 1.500 Schützenpanzer BMP, BTR-50 P/-60; P/-152; 335 122-mm, 100 130-mm, 72 152-mm-Kanonen/Haubitzen; 250 82-mm und 120-mm Mörser; 108 Raketenwerfer der Typen BM-21 122-mm und RM-70 122-mm; 24 Boden/Boden-Raketenwerfer FROG-7 und 16 SCUDB; 120 100-mm-Panzerabwehrkanonen; Panzerabwehrlenkwaffen SAGGER und SNAPPER; 100 57-mm und 48 100-mm gezogene Fla-Kanonen; 105 ZSU-23-4 Fla-Kanonen auf Selbstfahrlafette; Fla-Raketen der Typen SA-4/-6/-7." (58).

a) Mot.-Schützentruppen

Sie bilden mir vier Divisionen die zahlenmäßig stärkste Waffengattung der Landstreitkräfte der NVA (59).

Jede Mot.-Schützendivision der NVA gliedert sich in folgende Kampfeinheiten:

- 1 Stabskompanie
- 3 Mot.-Schützen Regimenter
- 1 Panzer Regiment
- 1 Aufklärungsbataillon
- 1 Nachrichtenbataillon
- 1 Pionierbataillon
- 1 Chemische-Abwehr-Kompanie

- 1 Regulierer Kompanie
- 1 ArtInstr. Aufklärungsbatterie
- 1 Art Führungsbatterie
- 1 Art Regiment
- 1 Selbst-Werferbataillon
- 1 Truppenluftabwehr Regiment
- 1 Sanitätsbataillon
- 1 Bataillon Instandsetzungstruppen.

Ein Mot.-Schützenregiment der NVA hat folgende Gliederung:

- Regimentsstab mit Stabs- und Versorgungskompanie, Fla-Batterie, Pak-Kompanie, Granatwerferkompanie, Nachrichtenkompanie, Pionierkompanie, Instandsetzungskompanie, ABC-Zug, Panzeraufklärungszug;

- 3 Mot.-Schützenbataillone, 1 mittleres Panzerbataillon.

Ein Mot.-Schützenbataillon umfaßt neben drei Mot.-Schützenkompanien noch weitere Einheiten, die mit schweren MGs, Panzerabwehrlenkraketen (PALR), Nachrichtennitteln ausgerüstet sind bzw. Versorgungs- und Instandsetzungsaufgaben erfüllen.

Eine Mot.-Schützenkompanie besteht seit 1969 aus dem Kompanietrupp und drei Mot.-Schützengügen, diese wiederum haben je drei Mot.-Schützengruppen in ihrem Bestand. Den Kompanietrupp (mit Funker, Scharfschützen und Sanitäter) befehligt der Kompaniechef direkt.

Die Mot.-Schützengruppe ist die kleinste taktische Einheit. Ihre zahlenmäßige Stärke beträgt seit 1969 eine Gruppenführer und acht Mann. Sie hat folgende Zusammensetzung und Bewaffnung:

- Gruppenführer (MPi KM),
- MG-Schütze (IMG und Pistole),
- PanzerbüchSENSchütze (Panzerbüchse RPG-7 und Pistole),

- PanzerbüchSENSchütze 2 (MPi KM),
- MPi-Schütze (MG und Pistole),
- MG-Schütze (MG und Pistole),
- stellv. Gruppenführer (MPi KM).

Im Schützenpanzerwagen befinden sich der Fahrer (MPi KM) und Richtschütze (MPi).

Das Gefechtsfahrzeug der Mot.-Schützengruppe (derzeit i.d.R. ein SPW 60 PB) hat in einen Turm zwei Maschinengewehre (7,72-mm schweren MG und ein 14,5-mm überschweres MG). Die Feuerkraft einer Mot.-Schützengruppe beträgt (ohne das überschwere MG) 950 Schuß in der Minute. Mit der Umrüstung auf den Schützenpanzerwagen BMP verfügen die Mot.-Schützen als Gefechtsfahrzeug über eine Kombination von SPW und Panzer.

Zu den Panzerabwehrmitteln der Mot.-Schützen gehören:

- a) Panzerabwehrlenkraketen (auf dem Schützenpanzerwagen);
- b) Panzerbüchsen (2 PanzerbüchSENSchützen je Mot.-Schützengruppe);
- c) Panzernahbekämpfungsmittel in der Verteidigung (Brandkanister, Brandflaschen, Panzerhandgranaten, geballte Ladung).

Zur Ausrüstung eines Mot.-Schützen gehören Waffe (MPi-Kalashnikow mit Magazintasche und Seitengewehr), Stahlhelm und Seitengewehr.

Das Sturmgepäck I eines Mot.-Schützen der NVA umfaßt:

Zeltplane, Kochgeschirr, Feldflasche, Waschzeug, Rasierzeug, Kragenbinde, Socken, Fußlappen, Schuhputzzeug, Schreibzeug, Taschentuch, Kopfschützer, Nahzeug, Verbandspäckchen und E-Päckchen.

Zum Sturmgepäck II gehören:

Winteruniform, Pullover, Unterwäsche, Socken, Kragenbinde, Decke, Handtuch und Fußlappen. Das Sturmgepäck I muß neben

der Schützenausrüstung und dem Feldspaten von jedem NVA-Angehörigen im Einsatz getragen werden. Das Sturmgepäck II verbleibt dagegen im Gefechtswaren (60).

b) Panzertruppen

Die Waffengattung Panzertruppen bildet die Hauptstoßkraft der Landstreitkräfte (61).

Jede Panzerdivision der NVA gliedert sich in folgende Kampfeinheiten und Versorgungstruppen (62):

3 Panzer-Regimenter

- 1 Mot.-Schützenregiment
- 1 Kfz. Transportbataillon
- 1 Pionierbataillon
- 1 ChemKompanie
- 1 ArtFührungsbatterie
- 1 ArtRegiment
- 1 Selbst.ArtBatterie (Werfer)
- 1 Truppenflakabteilung
- 1 Verkehrsregulierer Kompanie
- 1 Fernmeldebataillon
- 1 Sanitätsbataillon
- 1 Transport- und Instandsetzungsbataillon
- 1 Stabskompanie beim Divisionsstab.

Ein Panzerregiment in Personalstärke von 120 Offizieren und 880 Mann gliedert sich in

3 Panzerbataillone

- 1 schwere Panzerkompanie
- 1 Pionierzug
- 1 Chem. Zug
- 1 Aufklärungskompanie

- 1 Fernmeldekompanie
- 1 Reguliererzug
- 1 Versorgungsbataillon
- 1 Stabszug.

Ein Panzerbataillon besteht aus:

- 3 Panzerkompanien
- 1 Stabszug
- 1 Fernmeldezug
- 1 Versorgungszug
- 1 Sanitätsgruppe (Medizinischer Dienst).

Eine Panzerkompanie verfügt über drei Panzerzüge und über eine Versorgungskompanie. Jeder Panzerzug (mitunter als Panzerkompanie bezeichnet) besteht aus drei Kampfpanzern: statt der Gruppen bei den Mot.-Schützen gibt es bei den Panzern die Panzerbesatzungen. Sie bestehen aus 4 Mann: dem Kommandanten, dem Fahrer, dem Richtschützen und dem Ladeschützen.

Die Panzertruppen der NVA sind -wie auch die Panzertruppen aller Staaten des Warschauer-Vertrages- mit mittleren Panzern sowjetischer Konstruktion ausgerüstet. Grundsätzlich befinden sich die allerneuesten Typen zuerst in den sowjetischen Verbänden.

c) Raketentruppen/Artillerie

In der NVA bilden -wie auch in den übrigen Armeen des Warschauer Paktes- die Artillerietruppen und die Raketeneinheiten eine Waffengattung (63).

Zu den Artilleriewaffen zählen in der NVA ferner die Panzerabwehrwaffen, die Selbstfahrlafetten, die Geschoßwerfer

(Salvengeschütze) und die Granatwerfer (64). Es handelt sich dabei ausschließlich um sowjetische Fabrikate. Die kleinste taktische Einheit ist die Artilleriebatterie.

d) Truppenluftabwehr (TLA)

Die Truppenluftabwehr ist in den Armeen des Warschauer Paktes eine Waffengattung der Landstreitkräfte, die aus Fliegerabwehrraketen- und Flakartillerieeinheiten sowie funktechnischen Truppen besteht. Ihre Aufgabe ist die Deckung der Gefechtshandlungen anderer Waffengattungen sowie wichtiger Objekte und Räume vor Angriffen des Luftgegners (65). Dabei wirken die Einheiten der Truppenluftabwehr mit Kräften der Luftverteidigung zusammen. Zur Ausrüstung gehören Fliegerabwehrselbstfahrlafetten, Fliegerabwehrgeschütze, Funkmeß- und Feuerleitgeräte sowie automatisierte Führungssysteme (66).

Bei den Flugabwehrgeschützen handelt es sich ausschließlich um sowjetische Fabrikate (67).

e) Fallschirmjäger

Die Fallschirmjäger bilden eine Waffengattung der Landstreitkräfte der NVA. Fachdienstlich sind sie dem Kommando Luftstreitkräfte/Luftverteidigung unterstellt.

Gegenwärtig bestehen in der NVA zwei Bataillone der Fallschirmjäger: das Bataillon Nr. 5 "Walter Sänger" in Prora auf Rügen und das Bataillon 40 in Cottbus.

Die Fallschirmjäger sind eine Spezialeinheit der NVA. Es werden ausschließlich Freiwillige genommen. Die normale Dienstzeit beträgt drei Jahre. Die Ausbildung erfolgt für den Einsatz als Jagdkommandos (Kommandounternehmen). Zum Ausbildungsprogramm gehören u.a.: Bergsteigen, Skilaufen, Schwimmen, Tauchen, 5.500-m-Lauf, Intervalltraining, Judo (gelber Gürtel ist Bedingung), Karate, Sprengeneinsätze. Im Rahmen der Einzelkämpferausbildung gehört auch das Überlebenstraining dazu.

f) Spezialtruppen

g) Pioniertruppen

Sie sollen die Kampfhandlungen der Teilstreitkräfte und Waffengattungen pioniertechnisch sicherstellen (68). Es gibt in der NVA

- allgemeine Pioniereinheiten (die auch als Sturmpioniere eingesetzt werden können; diese Einheiten werden Abteilung zur Sicherstellung der Bewegung -ASB- bezeichnet).
- Brückenbaupioniere,
- Stellungsbaupioniere,
- Straßenbaupioniere,
- Sperrpioniere,
- Pionieraufklärungseinheiten,
- Betoniereinheiten,
- Eisenbahnpioniere.

Seit 1978 werden in der NVA auch Ingenieurtechnische Truppen aufgestellt (69).

h) Nachrichtentruppen

Die Nachrichtentruppen zählen zu den Führungstruppen. Sie sind gegliedert in Nachrichtenregimenter, selbständige Nachrichtenbataillone und in die Nachrichteneinheiten der Truppenteile.

Die Nachrichtenverbindungen umfassen Nachrichtenzentralen, Funk-, Richtfunk-, Draht- und Kurierverbindungen. Zu den Nachrichtenmitteln gehören Kurzwellen- und Ultrakurzwelengeräte kleiner und mittlerer Reichweite für den Sprechfunk, Tastfunk und Funkfernschreibdienst. Für die drahtgebundene Nachrichtenübermittlung werden Feldfernschreiber und Fernvermittlungen verwendet. Richtfunkstrecken dienen zur Nachrichtenverbindung zwischen höheren Kommandostäben. Zu den Nachrichtenübertragungsmitteln gehören im einzelnen: KW- und UKW-Funkgeräte für Sprechfunk, Tastfunk und Funkschreibbetrieb, mehrkanalige UKW-DM-Richtfunkgeräte. Ferner existieren Trägerfrequenz- (TF-Geräte) und Wechselstromtelegraphengeräte (WT-Geräte), auf deren Mehrfachleitungen zahlreiche Fernsprech- und Fernschreibverbindungen abgewickelt werden können.

i) Spezialdienste

Zu den Spezialdiensten der Teilstreitkräfte gehören die Rückwärtigen Dienste, der Kommandantendienst und der militär-topographische Dienst und die Chemischen Dienste.

3. Luftstreitkräfte/Luftverteidigung (LSK/LV)

Die Luftstreitkräfte/Luftverteidigung (LSK/LV) bilden in allen Streitkräften des WP eine Teilstreitkraft (70).

Die Luftstreitkräfte gliedern sich in die Waffengattungen Jagdfliegerkräfte, Transportfliegerkräfte; die Luftverteidigung in die Waffengattungen Fla-Raketentruppen und Funktechnische Truppen (71). Ferner gibt es Spezialdienste der Luftstreitkräfte (72).

Die LSK der Armeen des WP verfügen nur über taktische Fliegerkräfte (Frontfliegerkräfte), die in Gliederung und Ausrüstung den sowjetischen Frontfliegerkräften entsprechen. Nur die Sowjetarmee verfügt neben taktischen Frontfliegerkräften über strategische Fernfliegerkräfte (73).

Die LSK/LV der NVA haben eine Personalstärke von 36.000 Mann. Sie verfügen über 335 Einsatzflugzeuge. Dem Kommando der LSK/LV (Militärbezirk II) in Stralsberg-Eggersdorf (Bezirk Frankfurt/Oder) unterstehen

- 2 Jagdfliegerdivisionen (Stabsitz in Neubrandenburg und Cottbus) mit
- 3 Jagdbomberstaffeln mit 35 MiG-17,
- 19 Abfangjäger-/Aufklärungsstaffeln mit 300 MiG-21,
- 1 Ausbildungsgeschwader (Bautzen),
- 1 Transportgeschwader (Dessau) - mit 4 Transportstaffeln 20 Il-14, 3 Tu-124, 8 Tu-134, An-2, An-14,
- 1 Hubschraubergeschwader (Brandenburg-Briest) - mit 4 Hubschrauberstaffeln mit 40 Mi-2/-4, 70 Mi-8,
- 5 Fliegerabwehr-Regimenter,
- 5 Fla-Raketenregiment,
- 1 Regiment Funktechnische Truppen (74).

Über je ein Hubschraubergeschwader verfügen die Volksmarine und die Grenztruppen der DDR. Eine Fliegerdivision besteht aus drei Fliegerregimentern, in der DDR als Geschwader bezeichnet, mit insgesamt 144 Kampfflugzeugen. Ein Geschwader besteht aus vier Staffeln zu je 12 Flugzeugen, die Staffeln aus 3 Ketten zu je vier Flugzeugen, eine Kette aus zwei Paaren zu je zwei Flugzeugen.

Es ist unverständlich, daß sich in den westlichen Darstellungen keine Angaben über die taktische Gliederung der Flugzeuggeschwader finden.

In den Luftstreitkräften der NVA werden derzeit folgende Flugzeugtypen eingesetzt

- der Jagdbomber MiG-17 (NATO-Bezeichnung FRESCO),
- der Allwetterjäger MiG-21 (NATO-Bezeichnung FISHBED),
- der Allwetterjäger und Jagdbomber MiG-23,
- der Jagdbomber MiG-27 (75),
- der leichte Bomber IL-28 (NATO-Bezeichnung EAGLE),
- der leichte Transporter AN-2 (NATO-Bezeichnung COLT),
- der leichte Transporter AN-14 (NATO-Bezeichnung CLOD),
- der leichte Transporter Il-14,
- der Kurzstreckentransporter Tu-124: (er wird auch in der Zivilluftfahrt eingesetzt),
- die Passagier- und Transportmaschine Tu-134 (sie wird auch in der Zivilluftfahrt eingesetzt),
- der Transporthubschrauber Mi-2,
- der Transporthubschrauber Mi-4,
- der Transporthubschrauber Mi-8,
- das Verbindungsflugzeug L-60,
- der Strahltrainer L-29 ("Delphin").

Einsatzform der taktischen LSK im Bereich des Warschauer Paktes sind: Interdiktio;n; unmittelbare Luftunterstützung;

Flankensicherung: Feuer auf Flächenziele und bewaffnete Aufklärung.

Hauptaufgabe der LSK/LV ist die Luftverteidigung. Sie ist seit 1962 ein Teil des Diensthabenden Systems (DHS).

Im Rahmen der Luftverteidigung (LV) werden die Jäger offensiv wie defensiv eingesetzt (so u.a. bei der Gefechtsfeldjagd und bei Geleitaufgaben). Die freie Jagd wird dagegen nur selten durchgeführt (76).

Im Rahmen der Einsatztaktik werden vornehmlich nicht Hochangriffe geübt, sondern fast ausschließlich Tiefflüge (im Flachland von 100 m über Grund, im Mittelgebirge 300 bis 500 m über Grund). Zur Koordinierung der taktischen Einsätze mit den Landstreitkräften werden i.d.R. einer Division bzw. einem Regiment der Landstreitkräfte eine bestimmte Zahl von Einsätzen für einen Tag zur Verfügung gestellt. Zur Abstimmung der Erd- und Luftangriffe mit den Erdtruppen sind den Landstreitkräften im Bereich einer Division vier und im Bereich eines Regiments zwei LSK-Verbindungsoffiziere zugeteilt.

Bei Interdiktioneinsätzen werden die Piloten von mobilen Leitstellen passiv übernommen oder in Korridoren (sie haben i.d.R. eine Breite von 20 - 30 km) geschoben.

Die gesamte Luftverteidigung der DDR ist in die Heimatluftverteidigung der UdSSR integriert.

"Die Kräfte der Luftverteidigung der DDR sind ein integrierter Bestandteil des Systems der Luftverteidigung der Warschauer Vertragsstaaten. Sie wirken mit der Luftverteidigung der in der DDR stationierten sowjetischen Streitkräfte, der CSSR und der Volksrepublik Polen in der ersten strategischen Staffel der Warschauer Vertragsstaaten zusammen." (77).

c) Fla-Raketentruppen

Sie dienen dem Raumschutz. Die LV verfügt über

- 5 Flugabwehr-Regimenter mit 120 57-mm und 100-mm Fla-Kanonen und
- 5 Fla-Raketen-Regimenter mit SA-2/-3 (78), die mit Raketen des Typs SAM-2, SAM-3, SAM-4 und SAM-7 ausgerüstet sind (79).

d) Funktechnische Truppen (FuTT)

Aufgabe der FuTT ist die Luftraumüberwachung, insbesondere die Ortung von gegnerischen Flugkörpern (80), ferner die funktechnische Gegenwirkung und die Funkmeßsicherstellung. Die Luftraumüberwachung erfolgt mit Hilfe von Funkmeßgeräten durch Funkmeßstationen (Radarstationen). Die Daten (Koordinaten) gehen von den Gefechtsgegenständen der FuTT an die Jägerleitstation bzw. an die zuständige Raketenleitstation.

Die FuTT sind ein Teil des Diensthabenden Systems. Die Gefechtsstände befinden sich entlang der "Staatsgrenze West". An der Küste Mecklenburgs und Vorpommerns obliegt die Luftraumüberwachung dagegen den Funktechnischen Einheiten der Volksmarine.

Im Rahmen des DHS unterhält die in der DDR stationierte sowjetische taktische Luftarmee eigene Funktechnische Truppen, die in der Regel in unmittelbarer Nähe der Gefechtsstände der FuTT der NVA stationiert sind. Zur Gefechtsbesatzung einer Gefechtsstation der FuTT der NVA gehört ständig ein Angehöriger der sowjetischen Truppen (81).

e) Spezialdienste der LSK/LV

Zu den Spezialdiensten der Teilstreitkraft LSK/LV gehören:

- die fliegertechnische Versorgung (mit dem Treibstoff- und Schmierdienst,
- der Flugplatzwartungsdienst,
- das Startkommando,
- der Fallschirmdienst,
- der Pionierdienst,
- der Medizinische Dienst,
- der Nachrichtendienst,
- der Meteorologische Dienst.

Die Wartung der Maschinen erfolgt durch die Fliegeringenieurdienst, der nicht zu den Spezialdiensten gerechnet wird (82).

3. Die Volksmarine

Die Seestreitkräfte der DDR -sie führen seit dem 3.11.1960 offiziell die Bezeichnung Volksmarine (83)- sind ein Glied der Vereinten Ostseeflotte, in der die Seestreitkräfte der UdSSR (Baltische Rotbannerflotte), Polens und der DDR integriert sind (84).

Geführt wird die Volksmarine vom Kommando der Volksmarine in Rostock. Alle fahrenden Einheiten, Einrichtungen und Dienste bilden den Militärbezirk IV. Die Gesamtstärke der Marine der DDR beträgt 16.000 Mann (davon 10.000 Wehrpflichtige).

Die Volksmarine besteht ausschließlich aus den Waffengattungen Überwasserseestreitkräfte, Küstenabwehr und See-

fliegerkräfte (85). Die Waffengattung: Marineinfanterie "ist noch nicht ausgewiesen, obwohl es anscheinend Vorberreitungen zur Aufstellung eines Marineinfanterieregiments gibt." (86).

Die Volksmarine verfügt aber nicht nur über zur See fahrende Flottenverbände. Zu ihr gehören auch Einheiten, Einrichtungen und Dienste, die ihre Aufgaben vom Land aus lösen. Dazu gehören die rückwärtigen Dienste, Pioniere, Hafendienste, Ausbildungs- und medizinische Einrichtungen.

Der Volksmarine ist fachdienstlich ferner die Grenzbrigade Küste unterstellt. Es gibt sechs Dienstlaufbahnen:

- Seemännische Laufbahn,
- Technische Laufbahn,
- Küstendienst,
- Medizinische Laufbahn,
- Verwaltungslaufbahn,
- Musikdienst.

Ferner gibt es 20 Sonderausbildungen (Navigation-, Elektro-Nautik, Signal, Artillerie, Waffenart, Art-Elektronik, Sperr, Torpedo, Funk, Fernmelde, Funkmeß, Hydroakustik, E-Meß, Mot.-Technik, E-Technik, Turbine, Kraftfahrer, Pionier, chem. Dienste, Taucher).

Die Überwasser-Seestreitkräfte gliedern sich in zwei Flottillen (87).

1. Flottille (Peenemünde) mit vier Abteilungen

- Minenleg- und Räumabteilung (MLR)
- U-Jagdabteilung
- Landungsschiffabteilung
- Hilfsschiffabteilung.

4. Flottille (Rostock-Varnemünde) mit vier Abteilungen
- Küstenschutzschiffabteilung
 - Minenleg- und Räumbabteilung
 - U-Boot-Jagd-Abteilung
 - Hilfsschiffabteilung.

6. Torpedoschnellbootbrigade in Dranske und Dänholm mit drei Abteilungen zu je drei Gruppen (88).

Dem Kommando der Volksmarine unterstehen ferner:

- die Grenzbrigade Küste (mit 8 Bootgruppen und 3.000 Soldaten im Grenzküstendienst).
- ein Nachrichtenregiment (auf Rügen),
- eine Baubelehrungsabteilung in Wolgast (sowie das Erprobungszentrum Wolgast),
- Versorgungseinheiten in Peenemünde, Rostock-Varnemünde und Saßnitz.

Die Kampfschiffe der Volksmarine werden in folgende Klassen eingeteilt:

Küstenschutzschiffe (Fregatten, Zerstörer), Schnellboote, U-Boot-Jäger, Räumbfahrzeuge und Landungsfahrzeuge. Hinzu kommen Hilfsschiffe wie Tanker, Schlepper, Rettungsschiffe, Feuerlöschboote, Taucherfahrzeuge und Torpedofangboote. Die Hauptkraft der schwimmenden Einheiten bilden die Schnellboote (89).

Zur Klasse der Räumbfahrzeuge gehören MLR-Schiffe und R-Boote. Hauptaufgabe der MLR-Schiffe ist das Minenlegen und -räumen. Sie können außerdem zur U-Boot-Bekämpfung eingesetzt werden. Ähnlich sind die Aufgaben der Minenräumboote (R-Boote), deren Einsatz jedoch auf küstennahe Seegebiete und Hafenanlagen beschränkt bleibt.

Der Schiffsorganisation liegt die Gefechtsrolle zugrunde.

Sie 1ert die Pfllichten der Seeoffiziere und Matrosen während eines Gefechts fest. Alle anderen Rollen bauen sich auf der Gefechtsrolle auf. Die Pfllichten der Besatzung in dem vom Gehilfen des Kommandanten geleiteten Wach- und Sicherheitsdienst sowie das Leben an Bord im allgemeinen sind in der Vorschrift des Kommandos der Volksmarine "Dienst an Bord" (DaB) festgelegt (90).

Die Volksmarine verfügt an schwimmenden Einheiten über
" 2 Fregatten (1 RIGA-, 1 KONI-Klasse),
12 große Wachboote der HAI-Klasse (U-Jagd),
15 Schnellboote der OSA-I-Klasse mit Schiff/Schiff-Rakete des Typs STYX,
48 Torpedoboote (18 SHERSHEN-, 30 LIBELLE-Klasse),
18 Küstenwachboote (Grenzkontrolle),
51 Küstenminensucher der KONDOR-I/II-Klasse,
9 Landungsschiffe der FROSCH-Klasse, 2 mittlere Landungsfahrzeuge der ROBBE-Klasse, 2 Landungsfahrzeuge der LABO-Klasse,
2 Schiffe zum Sammeln von A2/G2 - Informationen der KONDOR-Klasse,
1 Hubschrauberstaffel mit 8 Mi-4 und 5 Mi-8 Hubschraubern." (91)

II. Grenztruppen der DDR

Die Grenztruppen der DDR (92) sind "keine Teilstreitkraft der NVA" (93). Sie zählen aber zu den mobilen Kräften. Sie sind Truppe. Der Dienst in den Grenztruppen der DDR ist Wehrdienst.

"Da sie (gemeint sind die Grenztruppen der DDR) aber für den äußeren Schutz der DDR ihren Dienst versehen, werden sie vom Ministerium für Nationale Verteidigung geführt." (94). Die Grenztruppen -mit einer Gesamtstärke von 50.000 Mann- werden vielfach als ein besonderes Schutz- und Sicherheitsorgan bezeichnet.

"Als spezielles Schutz- und Sicherheitsorgan zur Gewährleistung der territorialen Integrität der DDR und der Unverletzlichkeit ihrer Staatsgrenzen bestehen die Grenztruppen der DDR. Sie wurden auf Beschluß des Nationalen Verteidigungsrates der DDR am 15.9.1961 gebildet und dem Minister für Nationale Verteidigung unterstellt.

Ihre Aufgaben bestehen darin, die Staatsgrenze ununterbrochen und zuverlässig zu sichern, deren Unverletzlichkeit durch entschlossenes Handeln zu wahren und im Schutzstreifen des Grenzgebietes Sicherheit und Ordnung durchzusetzen." (95).

Der Minister für Nationale Verteidigung führt die Grenztruppen über das Kommando der Grenztruppen in Pätz (Krs. Königswusterhausen). Ihm unterstehen das Grenzkommando Nord in Stendal, das Grenzkommando Süd in Erfurt, das Grenzkommando Mitte in Berlin (Ost) sowie die beiden selbständigen Grenzregimenter an der Grenze zur Volksrepublik Polen (Stabssitz Frankfurt/Oder) und zur CSSR (Stabssitz Pirna).

Die dem Kommando der Volksmarine unterstehenden Grenztruppen in Stärke von 3.000 Mann sind zur Grenzbrigade Küste zusammengefaßt.

Die Grenztruppen bestehen aus "verschiedenen Waffengattungen, Spezialtruppen und Diensten". (96). Neben den allgemeinen Dienstlaufbahnen der NVA gibt es für die Grenztruppen noch vier besondere Dienstlaufbahnen: Pioniere, Taucher, Diensthundeführer und Waffentechnischer Dienst.

Zur Grundausrüstung der "Grenzer" gehören die Schützenwaffen, mit denen auch die Mot.-Schützentruppen der NVA ausgerüstet sind (Maschinenkarabiner Kalaschnikow, LMG-Kalaschnikow, Panzerfaust RPG-7). Die Ausbildung erfolgt nach den Dienstvorschriften der Nationalen Volksarmee unter besonderer Berücksichtigung der militärischen Sicherung von Sperrgebieten.

Die in drei Grenzkommandos zusammengefaßten Grenztruppen der DDR sind in Grenzregimenter gegliedert. In jedem der drei Grenzkommandos sind jeweils 6 Grenzregimenter und je 2 Ausbildungsregimenter disloziert (97).

Ein Grenzregiment besteht aus drei Bataillonen (mit einer Gesamtstärke von je 408 Mann). Jedes Bataillon im Bereich der Grenzkommandos Nord und Süd hat vier Grenzkompanien bestehend aus drei Zügen. Jeder Zug umfaßt 18 Mann, jede Gruppe 9 Mann. Zu einer Grenzkompanie gehören ferner eine Hundestaffel und eine Einheit der Grenztruppenhelfer sowie Grenzvertrauensmänner. Eine Grenzkompanie sichert militärisch derzeit an der "Staatsgrenze West" einen Grenzschnitt von 4 bis 6 km. Das Grenzmeldenetz einer Grenzkompanie besteht aus Oberleitung mit 18 bis 20 Sprechstellen. Teilweise sind die Grenzposten auch mit Funkgeräten ausgerüstet (98).

Der Einsatz erfolgt als Grenzstreife (Postengang), als Kontrollstreife und Sicherungsstreife. Der normale Postengang wird in Abständen von der Kontrollstreife kontrolliert. Die Sicherungsstreife bzw. der Sicherungsposten ist zuständig für die Instandhaltung der Selbstschußanlagen am Metallgitterzaun.

Die dem Grenzkommando Mitte unterstehenden Grenzregimenter sind gegliedert in: Stab, Stabskompanie, 5 Grenzkompanien zu je vier Zügen mit je drei Gruppen, 1 Bootskom-

panie (soweit zu dem Abschnitt ein Wassergebiet gehört), je
r Nachrichten-, Transportversorgungs- und Pionierkompanie
und Artillerieeinheiten. Die Angehörigen der Grenztruppe,
die an den Grenzübergangsstellen (GüST) nach Berlin (West)
stationiert sind, sind in einem besonderen Regiment (GüST-
Regiment) zusammengefaßt. Es gliedert sich in 8 Kompanien.

Befugnisse der Grenztruppen im Rahmen des Grenzregimes sind
geregelt in der Grenzordnung (99).

In den §§ 50 und 56 der Grenzordnung sind die Maßnahmen
der Grenztruppen festgelegt, die diese zur Aufrechterhal-
tung der Sicherheit und Ordnung im Grenzbereich ergreifen
müssen.

Hierbei wurden einige Bestimmungen aus dem Polizeirecht,
andere aus den militärischen Wachvorschriften übernommen.
Nach der Grenzordnung haben die Grenztruppen der DDR folgen-
de Aufgaben zu erfüllen:

- die Paßkontrolle.
- die Zuführung (Sistierung zur Feststellung der Persona-
lien) gemäß § 52.
- Einziehung von Sachen (§ 53); d.h. Maßnahmen gegen Zu-
standsstörer.
- Durchsuchung von Personen innerhalb der Sperrzone und des
Schutzstreifens.
- Gewahrsamnahme von Personen.
- Anwendung von Hilfsmitteln.
- Schußwaffengebrauch.

Wird den Angehörigen der Grenztruppen bei der Ausübung
ihrer Befugnisse Widerstand entgegengesetzt oder werden
die von ihnen auf der Grundlage der Grenzordnung ange-
ordneten Maßnahmen, deren Durchführung unerläßlich ist,
behindert oder nicht befolgt, ist die körperliche Einwir-
kung zulässig, wenn andere Mittel nicht ausreichen, um

ernste Auswirkungen für die Sicherheit und Ordnung im Grenzgebiet zu verhindern. Die Anwendung von Hilfsmitteln ist nur gestattet zur Abwehr von Gewalttätigkeiten, Verhinderung von Fluchtversuchen oder wenn die körperliche Einwirkung nicht zum Erfolg führt.

Nach § 56 sind beim Vorliegen eines Fluchtversuchs körperliche Einwirkungen erlaubt. Zu ihnen gehört auch die Anwendung von Schußwaffen. Im Westen werden die geheimen Weisungen für den Schußwaffengebrauch der Grenztruppen der DDR als Schießbefehl (100) qualifiziert.

III. Gliederung und Ausrüstung der paramilitärischen Kräfte

1. VP-Bereitschaften

Die VP-Bereitschaften der DDR zählen zu den paramilitärischen Verbänden. Der Dienst in der Bereitschaftspolizei ist Wehersatzdienst. Die Musterung erfolgt durch die Wehrkreiskommandos der NVA. I.d.R. müssen sich Angehörige der VP-Bereitschaften auf drei Jahre verpflichten. Über den Dienst in der Bereitschaftspolizei wird seit 1970 in der Presse der DDR kaum berichtet. Das hängt u.a. mit dem Aufgabenbereich der Bereitschaftspolizei zusammen. Sie hat polizeiliche Aufgaben im geschlossenen Einsatz zu erfüllen und daneben einen militärischen Auftrag im Rahmen der Territorialverteidigung.

Oberste Behörde der 18.000 Mann umfassenden VP-Bereitschaften ist das Kommando der VP-Bereitschaften in Berlin (Ost). Es ist fachdienstlich dem Minister des Innern und Chef der Deutschen Volkspolizei unterstellt.

Eine kasernierte VP-Bereitschaft besteht gegenwärtig aus einem Bataillon mit 2 mot.-Einsatzkompanien, 1 Schützenpanzerkompanie, Granatwerferkompanie, 1 Stabskompanie mit 1 Aufklärungszug, 1 Pionierzug, 1 MG-Zug, 1 Versorgungszug, einem Zug der chemischen Abwehr und je einer Regulierer- und Versorgungsgruppe.

Die Bereitschaftspolizei ist mit Schützenpanzerwagen, Feldgeschützen, Granatwerfern, leichten Maschinengewehren und

auch mit Wasserwerfern ausgerüstet. Die Uniform ist grau-grün wie die der DVP.

Die Bereitschaften stehen i.d.R. in Bezirkshauptstädten in Garnison. In den Industriebezirken sind je zwei VP-Bereitschaften stationiert.

Die Garnisonen der VP-Bereitschaften:

- Nr. 1 "Erich Weinert" in Schwerin
- Nr. 2 "Hans Kahle" in Neubrandenburg
- Nr. 3 "Hans Marchwitza" in Potsdam
- Nr. 4 (Name unbekannt) in Magdeburg
- Nr. 5 "Arthur Hoffmann" in Leipzig
- Nr. 6 "Bernhard Koenen" in Halle
- Nr. 7 (Name unbekannt) in Erfurt
- Nr. 8 "Dr. Kurt Fischer" in Dresden
- Nr. 9 "Ernst Schneller" in Chemnitz (Karl-Marx-Stadt)
- Nr. 10 (Name unbekannt) in Rudolstadt-Cumbach
- Nr. 11 "Hermann Matern" in Magdeburg
- Nr. 12 "Georg Dimitroff" in Halle
- Nr. 13 "Magnus Poser" in Meiningen
- Nr. 14 "Otto Heckert" in Leipzig
- Nr. 15 (Name unbekannt) in Dresden
- Nr. 16 (Name unbekannt) in Cottbus
- Nr. 17 "Robert Uhrig" in Basdorf (nördlich von Berlin, Kreis Bernau)
- Nr. 18 "Heinrich Rau" in Basdorf
- Nr. 19 "Conrad Blenkle" in Basdorf
- Nr. 20 "Käthe Niederkirchner" in Potsdam (einige Züge in Rathenow-Nord)
- Nr. 21 "Hans Beimler" in Stralsund, ein Zug in Rostock.

2. Transportpolizei

Die Trapo gliedert sich in die nichtkasernierte und in die kasernierte Trapo. Die nichtkasernierte Trapo ist ein Dienstzweig der allgemeinen Deutschen Volkspolizei zum Schutz des Eisenbahn-, Schiffs- und Flugverkehrs (101). Bei den Reichsbahndirektionen, in den Hafenstädten und auf den Flugplätzen bestehen Abschnittskommandos (vielfach als Trapo-Abschnitte bezeichnet), in denen auch Kriminalpolizisten (der Trapo) tätig sind. Die in Berlin (West) auf dem Gelände der zur DDR gehörenden Deutschen Reichsbahn eingesetzten Angehörigen der Trapo führen die Bezeichnung Bahnpolizei.

Die Gesamtstärke der nichtkasernierten Trapo (und der Bahnpolizei) betrug am 1.3.1981 etwa 8.500 Mann. Es ist allerdings unverständlich, daß in westlichen Darstellungen zum Aufgabenbereich der Trapo nur die Deutsche Reichsbahn der DDR gerechnet wird.

Die kasernierte Trapo ist eine spezielle Sicherungstruppe des Militärtransportwesens. Der Einsatz erfolgt bei Militärtransporten auf der Eisenbahn sowie bei Transporten in Flugzeugen der (zivilen) Fluggesellschaft Interflug. Die 17 Einsatzkompanien haben je eine Stärke von 150 Mann. Die Gesamtstärke der Truppe liegt bei 3.000 Mann. Die Bewaffnung besteht aus Pistolen, Maschinenkarabinern und leichten Maschinengewehren. Der Dienst in den kasernierten Einheiten ist Wehrrersatzdienst. Die Ausbildung erfolgt nach den für die VP-Bereitschaften geltenden Vorschriften.

Die Spitze der beiden Zweige der Trapo bildet die Hauptabteilung Transportpolizei im Ministerium des Innern.

3. Wachregiment des Ministerriums für Staatssicherheit "Feliks Dzierzynski"

Das Wachregiment des Ministerriums für Staatssicherheit ist ein eigenständiges Organ der Landesverteidigung (102). Es trägt (seit dem 15.12.1967) den Namen Feliks Dzierzynski (103). Aufgebaut wurde der Verband, um entsprechend dem sowjetischen Vorbild-Regierungsobjekte zu schützen (104).

Der Dienst im Wachregiment ist Wehrrersatzdienst. Allerdings erfolgt die Musterung der Soldaten nicht durch die Wehrkommandos der NVA, sondern durch eigene Einrichtungen des MfS (105). An die politische Zuverlässigkeit der Angehörigen des Wachregiments werden hohe Anforderungen gestellt.

Im Westen wird vielfach die Vermutung geäußert, daß die Söhne höherer Kaderfunktionäre der SED Wehrrersatzdienst im Wachregiment ableisten.

Die westlichen Angaben über die Stärke des Wachregiments schwanken zwischen 4.000 und 6.000 Mann (106). Unklarheit besteht ferner darüber, ob Einheiten des Regiments in den 14 Bezirkshauptstädten stationiert sind.

Das Wachregiment des MfS ist militärisch gegliedert, und zwar in sechs Bataillone (vier Einsatzbataillone, ein schweres Bataillon und ein Ausbildungsbataillon). Zur Ausrüstung gehören leichte Kettenfahrzeuge, Schützenpanzerwagen, Granatwerfer und Panzerabwehrgeschütze.

4. Kampfgruppen der Arbeiterklasse

Die milizartig organisierten Kampfgruppen der Arbeiterklasse

(i.d.R. kurz als Kampfgruppen bezeichnet) sind paramilitärische Einheiten, die der SED unmittelbar unterstellt sind. Sie bilden ferner im Rahmen des (staatlichen) Systems der Landesverteidigung -zusammen mit den VP-Bereitschaften- die Territorialverteidigung. Zahlenmäßig sind die KG das stärkste bewaffnete Organ der DDR. Im größeren Rahmen wurden die KG am 13. August 1961 in Berlin und an der Demarkationslinie sowie im Herbst 1970 während des Großmanövers des WP "Waffenbrüderschaft" eingesetzt.

Es gab die KG bereits vor der offiziellen Gründung der NVA und vor der Souveränitätserklärung der UdSSR. Die Aufstellung dieser paramilitärischen Truppe konnte 1952/53 nicht ohne die Zustimmung der Sowjetischen Kontrollkommission erfolgen (107). Sie bildeten mithin ein Instrument der sowjetischen Außenpolitik sowie der Militärpolitik.

Im Gesetzblatt der DDR werden die KG von 1952 bis 1980 nur zweimal erwähnt (108). Die Befehls- und Kommandogewalt über die KG liegt beim Generalsekretär der SED und dem ihm in den Bezirken und Kreisen nachgeordneten Ersten Bezirks- und Kreissekretären der SED.

Die Festlegung der Ausbildungsrichtlinien, der Dienststellungsabzeichen, des Gelöbnisses, ferner die Ernennung der Offiziere der KG erfolgt nicht durch staatliche Organe, sondern vom ZK der SED über die Sektion KG der Abteilung Sicherheit beim ZK der SED (109).

In das System der Landesverteidigung sind die der Partei (SED) unterstehenden paramilitärischen Einheiten in der Weise eingebunden, daß der Generalsekretär der SED gleichzeitig Vorsitzender des Staatsrates und des Nationalen Verteidigungsrates ist. Die KG zählen nach dem Völkerrecht nicht zu den regulären Streitkräften, sondern zu den irregulären

Kräften, die allerdings im Konfliktfall den Kombattantenstatus erhalten können.

Die Kampfgruppen sind nach dem Produktions- und Territorialprinzip aufgebaut. Die personelle Basis bildet ausschließlich der Betrieb, allerdings nicht im Rahmen der wirtschaftlichen Kombinati'sstruktur, sondern auf der Ebene der territorialen Stadt- und Landkreise und der Bezirke. Die Grundeinheit ist die Hundertschaft. Sie ist in 3 Züge zu je 3 Gruppen gegliedert.

Die militärische Gliederung der KG entspricht dort, wo örtlich der Betrieb (LPG, VEB, VEG, PGH, Verwaltungsdienststelle) groß genug ist, eine Hundertschaft zu bilden, dem Betriebsschema. Das gilt nach der Zentralisierung der VEB und LPG für die Mehrzahl der volkseigenen Industriebetriebe und für die Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften. Kleinere Verwaltungsdienststellen, Schulen und Produktionsgenossenschaften des Handwerks bilden mit mehreren Dienststellen bzw. PGH eine Hundertschaft. Sie wird von einem Kommandeur befehligt. Er hat zwei Stellvertreter, und zwar den "Stellvertreter für Politische Arbeit" und den "Stellvertreter für 'llgemeines". Dem Kommandeur unmittelbar unterstellt sind ferner der Innendienstleiter und ein leitender Sanitäter. Zum Stab des Kommandeurs gehören ferner ein Sachbearbeiter, zwei Gehilfen und ein Melder.

Jede Hundertschaft hat drei Zugführer, drei stellvertretende Zugführer und neun Gruppenführer. Jede Hundertschaft verfügt ferner über einen Sanitätstrupp, dem vielfach auch Frauen angehören. Die Hundertschaften sind i.d.R. zu Bataillonen zusammengefaßt. Das normale KG-Bataillon besteht aus drei bis fünf Hundertschaften. Die seit 1950/59 aufgestellten Kampfgruppenbataillone der Bezirksreserve (auch als schwere Kampfgruppenbataillone bezeichnet) verfügen über einen Stabs-

zug (mit Aufklärungs-, Versorgungs-, Nachrichten- und Pioniergruppe), zwei motorisierte Hundertschaften und über eine dritte (schwere) Hundertschaft, die sich in einen Pakzug, einen SMG-Zug und einen Granatwerferzug untergliedert (110).

Die Zahlen über die Stärke der KG schwanken in den westlichen Darstellungen zwischen 300.000 und 500.000 (111). Auch die vorliegende Arbeit muß sich auf Schätzungen stützen, die allerdings mit Methoden der Wehrwissenschaften durchgeführt werden (112). Danach beträgt die Stärke der KG etwa 327.000 Mann, von denen 267.000 Mann jederzeit einsatzbereit sind. Die restlichen 60.000 Mann (in selbständige Hundertschaften gegliedert) sind für besondere Sicherungsaufgaben vorgesehen. Sie sollen im Verteidigungsfall im Rahmen ihrer Sicherungsaufgaben mit der Zivilverteidigung zusammenarbeiten. Im Vergleich zu den anderen Staaten der Ersten Strategischen Staffel verfügt die DDR über eine zahlenmäßig starke Territorialverteidigung (113), die zu dem -im Vergleich zu den anderen Staaten des WP- eine kontinuierliche Ausbildung erhält (114).

5. Zivilverteidigung

Die Zivilverteidigung der DDR ist in der DDR seit dem Verteidigungsgesetz vom 13. Oktober 1978 ein Bestandteil der Landesverteidigung (115). Der Minister für Nationale Verteidigung führt die ZV über eine Hauptverwaltung.

Der Chef der Hauptverwaltung (116) führt die Dienstbezeichnung Leiter der Zivilverteidigung der DDR (117).

Die HV gliedert sich in die Hauptabteilungen

- Bevölkerungsschutz (Warndienst, Schutzbau, Wetterdienst, Selbstschutz),
- (kasernierte) ZV-Einheiten,
- (staatliche) ZV-Einsatzverwaltungen,
- (freiwillige) ZV-Formationen.

Die besonderen ZV-Einsatzkräfte (Feuerwehr und DRK der DDR) bilden ebenfalls eine Hauptabteilung (Feuerwehr/Katastrophenschutz), die im Frieden fachdienstlich dem Minister des Innern unterstellt ist.

Den Hauptabteilungen sind in den Bezirken und Kreisen Abteilungen nachgeordnet, die territorial (auf der Ebene der Bezirke und Kreise) zu ZV-Stäben zusammengefaßt sind. Sie sind den Wehrkommandos zugeordnet. Nur die Abteilungen Feuerwehr/Katastrophenschutz unterstehen im Frieden fachdienstlich den Bezirksbehörden der Volkspolizei bzw. den Volkspolizeikreisämtern (118).

Organisatorisch ist die ZV im Rahmen der staatlichen Einsatzverwaltungen, der ZV-Formationen und der besonderen Einsatzkräfte nach dem Territorial- und Produktionsprinzip aufgebaut. Auf der territorialen Ebene sind die Vorsitzenden der örtlichen Räte, in den Betrieben die Werkdirektoren in Personalunion Leiter der Zivilverteidigung. Bei größeren Betrieben und Verwaltungen können hauptamtliche Beauftragte der ZV eingesetzt werden. Im Rahmen der ZV sind die Werkdirektoren den Leitern der ZV in den Kreisen und Bezirken unterstellt. Das gilt allerdings nicht für Betriebe, die für die NVA arbeiten. Von der Weisungsbefugnis eines Kreisratsvorsitzenden werden ebenso nicht Art und Umfang der Produktion erfaßt.

Die ZV-Einheiten sind kaserniert. Ihre Stärke umfaßt derzeit 15.000 Mann. In jedem der 14 Bezirke der DDR sowie in Ber-

lin (Ost) ist ein Bataillon in Stärke von 1.000 Mann disloziert. Nach der Dienstlaufbahnordnung vom 24.11.1977 (119) wird der Dienst in der Zivilverteidigung entsprechend § 25 des Wehrpflichtgesetzes als Ersatz für den aktiven Wehrdienst oder Reservistendienst anerkannt (§ 1 Abs. 1).

Ein ZV-Bataillon gliedert sich in einen

- Stabszug, der u.a. auch mit mobilen Führungsmitteln ausgerüstet ist. Er steht auch der Bezirkseinsatzleitung zur Verfügung.
- Nachrichten-Zug. Er verfügt u.a. auch über mobile Sirenen.
- Polittechnikzug. Er verfügt u.a. über Lautsprecherwagen und eine Druckereigruppe.
- Versorgungszug. Er verfügt über schweres Bergegerät.
- Sanitätsgruppe.
- Hydrotechnischen Zug. Er verfügt u.a. über Wasserfilterstationen und
- drei Kompanien (1 KCB-Aufklärungskompanie, 2 Kompanien der Spezialbehandlung).

Seit dem 1.1.1978 tragen die Angehörigen der ZV-Einheiten Uniformen. Die Waffenfarbe ist (erkenntlich an den Kragenspiegeln und Ärmelplatten) himbeerrot.

Die Angehörigen der kasernierten ZV-Einheiten sowie die Zivilangestellten der ZV unterliegen in Strafsachen der Rechtsprechung der Militärgerichte (120). Die Angehörigen der ZV leisten gemäß § 3 der Dienstlaufbahnordnung einen Dienst-eid (121).

Die ZV-Einheiten arbeiten eng zusammen mit den in ihrem Bereich befindlichen Spezialdiensten der mobilen Streitkräfte, so u.a. mit den Flugplatzfeuerwehren der Luftstreitkräfte/ Luftverteidigung, ferner mit der Volkspolizei und den Ordnungsgruppen der FDJ (122).

Die ZV-Einheiten sind eine besondere militärische Truppe der

Territorialverteidigung. Nach Ausbildung und Ausrüstung entsprechen sie weitgehend den Technischen Truppen bzw. den Spezialpioniereinheiten. Zugleich können sie auch Aufgaben im Katastrophenschutz wahrnehmen, wenn die besonderen Einsatzkräfte des Katastrophenschutzes nicht ausreichen. Darüber hinaus haben die ZV-Einheiten noch besondere Aufgaben im Rahmen der Militärpolitik zu erfüllen.

Mit dem Aufbau der kasernierten ZV-Einheiten stellt sich für die DDR das Problem der Wehrdienstverweigerung nicht mehr in der bisherigen Form (123). Zudem können über die ZV auch Gruppen und Schichten der DDR erreicht werden, die den bewaffneten Organen ablehnend gegenüberstehen.

6. Gesellschaft für Sport und Technik

Die Gesellschaft für Sport und Technik ist die Wehrorganisation der DDR zur vormilitärischen Ausbildung und Erziehung der Jugend beiderlei Geschlechts in der DDR. Sitz ist Neuenhagen bei Strausberg. Die GST erfüllt die ihr gestellten Aufgaben unter der direkten Anleitung des Ministeriums für Nationale Verteidigung in Strausberg. Sie gilt ferner als Massenorganisation. Allerdings ist die GST gegenüber den anderen Massenorganisationen nicht im Demokratischen Block und auch nicht in der Volkskammer vertreten (124).

Als Ausfluß der Militärhoheit unterhält die GST eine eigene Flugsicherung, sie führt die Ausbildung an Waffen und militärischem Gerät durch und unterhält Fahrschulen. Sie hat das Monopol zur Organisation und Ausübung des Wehrsports. Nach dem Statut sollte die Mitarbeit freiwillig sein. Seit der Einführung der Sozialistischen Wehrerziehung (125) be-

steht eine regelrechte Ausbildungsdienstpflicht. Sie bestand zunächst ohne jegliche gesetzliche Ermächtigungsgrundlage. Seit 1971 wird die Ausbildungsdienstpflicht auf Artikel 23 der Verfassung gestützt.

Die GST soll sechs Funktionen erfüllen, so die

- Durchführung der obligatorischen vormilitärischen Ausbildung aller Jugendlichen im Alter von 16 - 18 Jahren (militärische Grundausbildung für die Jungen; Ausbildung in der ZV für die Mädchen),
- Durchführung der obligatorischen Studentenausbildung,
- Durchführung der freiwilligen Laufbahnausbildung,
- Organisation des freiwilligen Wehrsports,
- Auslösung von Maßnahmen zur Stärkung der Wehrbereitschaft der gesamten Bevölkerung,
- Anleitung des Hochleistungssports in bestimmten Bereichen (die nicht von den Armeesportklubs bzw. von den Sportklubs der Sportvereinigung "Dynamo" abgedeckt werden).

Die GST gliedert sich in einen Zentralvorstand und 15 Bezirksverbände, entsprechend den Verwaltungsbezirken der DDR. Der Zentralvorstand ist für die Durchführung der Beschlüsse des Kongresses, des Obersten Organs der GST, verantwortlich. Er tagte von 1956 bis 1972 alle vier Jahre (1956 in Chemnitz, 1960 in Magdeburg, 1964 in Görlitz, 1968 in Ost-Berlin, 1972 in Schwerin). Seitdem alle fünf Jahre (1977 in Karl-Marx-Stadt).

Der Zentralvorstand bildet aus seinen Reihen das Sekretariat. Innerhalb der Bezirksverbände bildet die GST Kreisverbände, die sich ihrerseits in Grundorganisationen gliedern. Diese werden in den Volkseigenen Betrieben (VEB), Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften (LPG), in Schulen oder (gelegentlich) in Wohnbezirken gebildet.

Der freiwillige Wehrsport ist auf der Ebene der Kreisvorstände und der Grundorganisationen in Sektionen strukturiert. Für den GST-Leistungssport bestehen auf der Ebene der Bezirks GST-Klubs.

Es existieren die Wehrsportarten: Sportschießen, Militärischer Mehrkampf, Motorsport, Nachrichtensport, Segelflug- Motorflug, Fallschirmsport, Modellflug, Tauchsport, Seesport und Schiffsmodellsport (126).

Die Laufbahnausbildung in der GST umfaßt die Ausbildungsprofile

- Mot.-Schützen der NVA,
- Militärkraftfahrer der NVA,
- Fallschirmjäger der NVA,
- Tastfunker und Fernschreiber der NVA,
- Maritime Laufbahn der NVA,
- Taucher der NVA,
- Flugzeugführer-Ingenieur der NVA (127).

Zur vormilitärischen Ausbildung bestehen -angeleitet von den Grundorganisationen und den Kreisausbildungsstäben- in den Erweiterten Oberschulen (EOS), den Betriebsberufsschulen (BBS) und den Kommunalen Berufsschulen (KBS) Hundertschaften bzw. selbständige Züge. Eine Hundertschaft gliedert sich in Züge und Gruppen. Ausbilder sind u.a. Reservisten der NVA (128).

Während der Ausbildung tragen die Angehörigen Uniformen. Die Führer sind an Dienststellungskennzeichen (vielfach auch als Dienststellungszeichen bezeichnet) erkenntlich (129). Die Zahl der Mitglieder der GST wird in den westlichen Darstellungen zwischen 450.000 und 500.000 Mitglieder angegeben. Die Mitgliederzahl dürfte, da alle 16 - 18jährigen jungen Menschen sich einer allgemeinen vormilitärischen Ausbildung unterziehen müssen, erheblich über 500.000 liegen (130).

F. Der strukturelle Einfluß der SED in den bewaffneten Kräften und paramilitärischen Organisationen

I. Der strukturelle Einfluß der Sozialistischen Einheitspartei (SED) erstreckt sich auf alle gesellschaftlichen, politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Bereiche, insbesondere auch auf die bewaffneten Kräfte. Die Durchsetzung der marxistisch-leninistischen Ideologie und des Machtanspruchs der SED in den Streitkräften sowie in den paramilitärischen Organisationen erfolgt durch die Partei- und Politorgane. Sie umfassen die

- SED Parteiorganisation,
- FDJ-Organisation und
- Politorgane.

Die Führungsspitze der Partei- und Politorgane bildet die Polithauptverwaltung (131). Sie ist eine dem Minister für Nationale Verteidigung unterstellte, in der Praxis aber eine weitgehend verselbständigte Institution, die ihre Weisungen vom ZK der SED erhält. Die Politische Hauptverwaltung (PHV) hat die Stellung einer territorialen Bezirksparteileitung der SED und die Rechte einer Abteilung des ZK der SED. Der Chef der PHV ist Sekretär des SED-Parteibezirks NVA und Grenztruppen der DDR sowie in Personalunion Chef der Politorgane (132). Zentrales Arbeitsorgan ist das Sekretariat der PHV. Es leitet u.a. die nachgeordneten Abteilungen an und ist die Koordinationsstelle zum Hauptstab der NVA, zum ZK der SED sowie zum Zentralrat der FDJ (133).

Zu den Aufgaben der PHV gehören die:

- Anleitung und Kontrolle der Politischen Arbeit in der NVA (Politschulung, Gesellschaftliche Ausbildung, Gesellschaftliche Weiterbildung, Politische Massenarbeit, Politische

Arbeit im Gefecht) und der damit beauftragten Politorgane,
- Anleitung und Kontrolle der Parteiarbeit der SED und der Parteischulung (134),
- Anleitung und Kontrolle der Arbeit der FDJ-Organisation und der FDJ-Schulung,
- Anleitung der Kulturarbeit,
- Mitwirkung bei der Führung der kaderpolitischen Personalakten,
- Durchführung aller Maßnahmen im Rahmen der Traditionspflege in der NVA.

II. Die SED-Parteiorganisation in der NVA, in den Grenztruppen der DDR sowie in den (kasernierten) Einheiten der Zivilverteidigung hat folgende organisatorische Struktur:
- Parteigruppen in den Zügen,
- Parteigrundorganisationen in den selbständigen Kompanien, Bataillonen, Stäben und Lehreinrichtungen,
- Regimentsparteiorganisationen in den Truppenteilen (Regimentern),
- Parteikreise in den Divisionen und in den Militärbezirken.
Die Spitze bildet der Parteibezirk.

Die Parteileitungen von den Grundorganisationen aufwärts werden formell gewählt, bedürfen aber -nach dem Prinzip des Demokratischen Zentralismus- der Bestätigung durch die übergeordnete Parteileitung. Von den Grundorganisationen aufwärts gibt es auf der Ebene der Bataillone, Regimenter, Divisionen, Militärbezirke und der Parteibezirksleitung hauptamtliche SED-Parteisekretäre. Sie führen einen militärischen Rang und zählen zu den Partei- und Politikadern. Sie führen u.a. auch die Parteischulung anhand der Parteieinweisungen durch.

Zur Parteiorganisation gehören ferner die Parteikontroll-

kommissionen und (PKK) die Parteirevisionskommissionen (PRK). Der Leiter der PKK (135) ist dem Chef der Polithauptverwaltung und dem Leiter der Zentralen Parteikontrollkommission beim ZK der SED unterstellt. Der PKK nachgeordnet sind die PKK der Parteikreise.

Die PKK hat folgende Aufgaben zu erfüllen:

- Bearbeitung aller Parteiverfahren gegen Parteimitglieder in Kommandeursstellungen oder gleichen Dienststellungen sowie gegen Angehörige der Politorgane,
- Kontrolle der nachgeordneten PKK,
- Überwachung der Verwirklichung von Parteibeschlüssen,
- Kontrolle im Rahmen des Eingaben- und Beschwerderechts bei SED-Mitgliedern,
- Verhinderung von parteischädigendem Verhalten.

Die PKK kann Parteistrafen verhängen (Mißbilligung, Verwarnung, Rüge, strenge Rüge, Parteiausschluß).

Der Leiter der PRK (136) ist dem Chef der Polithauptverwaltung und dem Leiter der Zentralen Parteirevisionskommission beim ZK der SED unterstellt. Den PRK nachgeordnet sind die Revisionskommissionen in den Parteikreisen. Die PRK ist u.a. zuständig für die Finanzwirtschaft (u.a. für die Abführung der Mitgliederbeiträge).

III. Analog dem Organisationsschema der SED-Parteiorganisationen sind die FDJ-Organisationen in der NVA, in den Grenztruppen der DDR sowie in den (kasernierten) ZV-Einheiten strukturiert. In den Bataillonen und selbständigen Kompanien bestehen FDJ-Grundorganisationen, in den Regimentern FDJ-Regimentsorganisationen, in den Divisionen und Militärbezirken FDJ-Kreise. Die Spitze bildet der FDJ-Bezirk, der

die Rechte einer Bezirksleitung im Zentralrat der FDJ besitzt. Der FDJ-Parteibezirk ist zugleich ein Strang der Polithauptverwaltung. Zu den Aufgaben der FDJ-Sekretäre (die vom Bataillon aufwärts eingesetzt sind) gehören die Erhöhung der Gefechtsbereitschaft der Soldaten sowie die Anleitung der Freizeitgestaltung.

IV. Den dritten Strang der Polithauptverwaltung bilden die Politorgane. Sie werden nicht gewählt, sondern von der Polithauptverwaltung eingesetzt.

Der PHV nachgeordnet sind

- die Politverwaltungen in den Teilstreitkräften und Militärbezirken,

- die Politischen Abteilungen (Politabteilungen) in den Divisionen. Der Leiter einer Polit-Abteilung ist sogleich erster Sekretär der SED-Parteileitung.

- die Stellvertreter für politische Arbeit (Politstellvertreter) in den Regimentern, Bataillonen und Kompanien.

In den nicht selbständigen Kompanien der NVA übt seit 1960 der Kommandeur die Aufgabe des Polit-Stellvertreters aus.

Den Politstellvertretern unterstellt sind die Angehörigen der Polittechnik. In den Unterabteilungen der Politabteilungen der Division sind 15 Offiziere tätig. Dem Politstellvertreter eines Regimentskommandeurs stehen fünf weitere

Politoffiziere zur Verfügung. Der Politstellvertreter eines Bataillons wird von drei Politoffizieren unterstützt.

In der Volksmarine unterstehen der Politverwaltung die Politabteilungen, bei den Flotillen, Brigaden und bei der Grenzbrigade Küste.

Auf einem Kriegsschiff der Volksmarine ist ein Offizier für die Politarbeit verantwortlich.

V. Wie in der NVA, den Grenztruppen der DDR und den (kaser-
nierten) ZV-Einheiten sind die Partei- und Politorgane der
Deutschen Volkspolizei strukturiert.

In den Kampfgruppen der Arbeiterklasse gibt es weder Polit-
offiziere noch eine FDJ-Organisation. Die parteipolitische
Arbeit in den KG wird von einem Sekretär der Grundorganisa-
tion des jeweiligen volkseigenen Trägerbetriebs durchge-
führt. Er führt die Bezeichnung Stellvertreter für Politische
Arbeit.

In der Gesellschaft für Sport und Technik wird die wehr-
politische Arbeit von der FDJ und von Instruktoren des
GST-Kreisvorstandes durchgeführt. Im Rahmen der vormili-
tärischen Ausbildung erfolgt die staatspolitische Schulung
ferner durch die Lehrer der Erweiterten Oberschulen (bzw.
der Berufsschulen).

G. Militärische Ausbildung und politische Erziehung

In den bewaffneten Kräften und in den paramilitärischen
Organisationen der DDR bilden die militärische Ausbildung
und die politische Erziehung -seit 1979 auch als patriotische
und internationalistische Erziehung bezeichnet- eine Ein-
heit.

"In den Streitkräften der UdSSR und in den Armeen anderer
sozialistischer Staaten ist die Gefechtsausbildung eng
mit der politischen Ausbildung verbunden. Die militärische
Ausbildung und die politische Erziehung der Armeeangehörigen
bilden einen einheitlichen Prozeß, der das Ziel hat, die
Soldaten zu politisch-moralischer und psychischer Standhaftig-

keit, zu Mut, Gewandtheit und Tapferkeit im Gefecht zu erziehen." (137).

I. In der militärischen Ausbildung wird unterschieden zwischen der Ausbildung der Wehrpflichtigen, der Unteroffiziers-, Fähnrichs- und Offiziersausbildung.

1. Die Ausbildung der Wehrpflichtigen gliedert sich im Rahmen des 18 Monate umfassenden Grundwehrdienstes in die

- Grundausbildung (mit der Exerziers-, Schieß-, Taktik-, Schutz-, Pionier-, Sanitäts-, Innendienst- und Militärtopographieausbildung sowie der physischen Ausbildung),
- Gefechtsausbildung (mit der Einzel- und Einheitsausbildung, dem Gefechtsexerzieren, dem Gefechtsschießen und den Truppenübungen),
- Spezialausbildung.

Zeitlich gliedert sich die militärische Ausbildung in drei Ausbildungsabschnitte. Die Grundausbildung dauert i.d.R. vier Wochen. Danach werden die Rekruten in ihre Stammeinheiten eingegliedert. Im zweiten und dritten Halbjahr erhalten die Rekruten im Rahmen der Gefechtsausbildung eine intensive Einzelausbildung, an die sich die Einheitsausbildung anschließt. Nach jedem Ausbildungshalbjahr finden Feldlager und Manöver statt. Am Ende eines Ausbildungsabschnittes werden außerdem Härtetests durchgeführt.

"In der Gefechtsausbildung der Landstreitkräfte stehen aktive Angriffs- und Verteidigungshandlungen auf verschiedenen Kriegsschauplätzen im Mittelpunkt. Große Bedeutung wird dem Beherrschenlernen der strukturmäßigen Bewaffnung und Kampftechnik und der Methoden ihres Einsatzes im Gefecht sowie der Schieß- und Sportausbildung beigemessen.

Die Grundlage der Ausbildung aller Truppen ist die Geländeausbildung, deren Kernstück die Taktikausbildung ist. Die Taktikausbildung erfolgt zielgerichtet je nach der Zweckbestimmung der Waffengattung (der Spezialtruppe) und den von ihnen zu erfüllenden Aufgaben. Die mot. Schützen- und Panzertruppen lernen, Märsche über große Entfernungen auszuführen und das Gefecht aus der Bewegung aufzunehmen, die Kräfte und Mittel rasch für die Zerschlagung des Gegners zu konzentrieren, in hohem Tempo und in großer Tiefe anzugreifen, aktivierte, zerstörte und brennende Zonen zu überwinden sowie sich schnell zur Verteidigung einzurichten und befohlene Abschnitte (Räume, Streifen) zu halten. Die Panzertruppen werden außerdem im Führen wuchtiger und tiefer Schläge ausgebildet." (138).

Während die Grundausbildung für alle Teilstreitkräfte und Waffengattungen gleich ist, bestehen in der Gefechtsausbildung der Teilstreitkräfte Unterschiede (139).

Die Ausbildungsrichtlinien werden durch Befehl des Ministers für Nationale Verteidigung festgelegt. Geplant werden die Einzelheiten der Gefechtsausbildung von den Befehlshabern der Teilstreitkräfte. Die Kommandeure der Truppenteile wiederum legen die Ausbildung im einzelnen im Dienstplan fest.

"Die Kontrolle der Gefechts- und politischen Ausbildung nehmen alle direkten Vorgesetzten persönlich und über die Offiziere der Stäbe (Verwaltungen, Abteilungen) wahr. Der Stand der Gefechtsausbildung wird auf Anweisung des Verteidigungsministers und der Oberbefehlshaber der Teilstreitkräfte durch die direkten Vorgesetzten bzw. die Hauptinspektion des Verteidigungsministeriums überprüft (140)."

Über die Effektivität der Grundausbildung herrschen im Westen widersprüchliche Auffassungen. Joachim Nawrocki, Korrespondent der Wochenzeitung "Die Zeit" in Berlin (West),

stellt u.a. folgende Thesen auf: "Alles andere als martialisches" und "viel Gammeldienst und kein Kadavergehorsam" (141).

Thomas M. Forster wiederum stellt fest: "Von Anbeginn der Ausbildung an werden zeitlich, geistig und körperlich den Rekruten große Leistungen abgefordert. Das Ausbildungsspensum wird täglich in etwa acht Dienststunden absolviert. Innendienst wie Revierreinigen, Putz- und Flickstunden usw. zählen nicht mit." (142).

Bei der Beurteilung des Ausbildungsstandes muß zunächst festgehalten werden, daß die tägliche militärische Ausbildungszeit nach dem Dienstplan etwas kürzer ist als die der Soldaten der Gruppe der Sowjetischen Streitkräfte in Deutschland. Es ist zu berücksichtigen, daß alle Rekruten der NVA. zumindest eine vormilitärische Grundausbildung absolviert haben; ferner daß in der Gesamtausbildung auch die Polit-schulung enthalten ist.

Unter Würdigung dieser Tatsachen kann festgehalten werden, daß die Rekrutenausbildung in der NVA und in den Grenztruppen dem modernen Kriegsbild entspricht. Gesellschaftliche Entwicklungen wurden von der Führung in der Ausbildung bisher relativ spät erkannt und berücksichtigt.

2. Die im westlichen Schrifttum vielfach zu findende Behauptung, daß die Führung der NVA -zumindest zeitweise- der Unteroffiziersausbildung eine geringe Bedeutung (143) beige-

messen hat, ist unverständlich und auch nicht belegt. Allgemein gilt der Grundsatz, daß die Tüchtigkeit und Zuverlässigkeit der Unteroffiziere nicht unerheblich vom Berufsschulsystem abhängt. Im Gegensatz zu den anderen Staaten des WP hat die DDR an dem bewährten deutschen dualen Berufsschulsystem festgehalten.

I.d.R. muß jeder Unteroffiziersbewerber eine Facharbeiterausbildung vorweisen. Die militärische Ausbildung erfolgt zunächst an einer Unteroffiziersschule der Teilstreitkräfte oder der Grenztruppen der DDR. Je nach Fachrichtung dauert der Lehrgang 5 bis 10 Monate. Daran schließt sich ein zwei- bis dreijähriger Truppendienst in Unteroffiziersstellungen an. Die Unteroffiziere erhalten in Lehrgängen -die i.d.R. an einer Technischen Unteroffiziersschule stattfinden- eine Ausbildung in einer technischen Disziplin. Ihnen werden ferner allgemeine Erkenntnisse der Militärpädagogik und der Militärpsychologie vermittelt.

Am Ende des Lehrgangs erfolgt i.d.R. die Beförderung zum Unterfeldwebel/Obermaat.

3. Die Ausbildung der künftigen Fähnriche (144) erfolgt gemäß § 30 der Dienstlaufbahnordnung vom 23.7.1979 (145) auf drei unterschiedlichen Ausbildungswegen:

- Besuch eines Unteroffizierslehrganges, drei Jahre Dienst als Berufsunteroffizier und Absolvierung eines einjährigen Fähnrichslehrganges mit anschließender zweijähriger praktischer Ausbildung in einer Fähnrichdienststellung,
- Zwei Jahre Studium als Fähnrichschüler an einer militärischen Lehrereinrichtung,
- Drei Jahre Direktstudium als verpflichtet~~er~~er Fähnrichsbewerber an einer zivilen Fachschule, anschließend drei Monate

militärischer Lehrgang.

Fähnriche erhalten den zivilen Berufsabschluß eines Fachschulingenieurs.

4. Die Ausbildung der Offiziere der mobilen Kräfte der DDR erfolgt an den Offiziershochschulen (OHS) der Teilstreitkräfte sowie an der OHS der Grenztruppen der DDR; die Qualifizierung zum Stabsoffizier an der Militärakademie "Friedrich Engels" in Dresden. Offiziere, die für die Dienststellung eines Generals vorgesehen sind, erhalten eine Spezialausbildung an der sowjetischen Generalstabsakademie in Moskau.

Daneben bestehen zur Heran- und Weiterbildung von Offizieren Institute mit Hochschulcharakter und militärische Sektionen an zivilen Hochschulen der DDR.

Die Militärakademie "Friedrich Engels", die Militärpolitische Hochschule "Wilhelm Pieck", das Militärgeschichtliche Institut sowie die Militärmedizinische Sektion und die Sektionen an den zivilen Hochschulen verleihen akademische Grade (Akademische Grade der bewaffneten Organe der DDR). Das Promotionsrecht haben die Militärakademie, das Militärgeschichtliche Institut und die Sektionen der zivilen Hochschulen. Die Offiziershochschulen dagegen verleihen Berufsbezeichnungen.

Die Offiziersausbildung soll seit 1971 eine Einheit von praxisnahe^m Truppendienst und Wissenschaftlichkeit bilden (146).

a) Die Ausbildung an den vier Offiziershochschulen (OHS) umfaßt folgende Komplexe:

- Militärische Grundausbildung,
- Gesellschaftswissenschaftliche Ausbildung,

- Physische Ausbildung,
- Fremdsprachenausbildung (Russisch-Unterricht),
- Grundlagenausbildung (Militärpädagogik, Militärpsychologie, Militärsoziologie und Militärgeschichte),
- Spezialausbildung (147).

Am Ende des dritten (148) Ausbildungsjahres legen die Offiziersschüler die Hauptprüfung ab. Sie umfaßt eine schriftliche Hausarbeit mit einem gestellten Thema, ferner eine mündliche Prüfung im Pflichtfach Gesellschaftswissenschaft sowie in zwei weiteren (jeweils bestimmten) Ausbildungsfächern sowie in zwei fakultativen Ausbildungs- und Lehrbereichen. Mit dem Bestehen der Hauptprüfung wird der Offiziersschüler zum ersten Offiziersgrad (Leutnant) ernannt (149).

Gleichzeitig wird dem Absolventen eine zivile Berufsbezeichnung einer Fachhochschule verliehen. Offiziere des Rückwärtigen Dienstes führen die Berufsbezeichnung Hochschul-Ökonom, die Kommandeure von Mot.-Schützen-, Panzer-, Artillerieeinheiten und der Grenztruppen die Berufsbezeichnung Hochschul-Ingenieurökonom. Alle anderen Absolventen einer OHS führen die zivile Bezeichnung Hochschul-Ingenieur (150). Die Offiziershochschulen verleihen keine akademischen Grade.

Die Ernennung zum ersten Offiziersdienstgrad erfolgt im Rahmen eines Appells (auch als Verabschiedung zur Truppe bezeichnet), auf dem die (neuernannten) Offiziere ein Offiziersgelöbnis ablegen müssen. Abschließend werden ihnen die Mitgliedsbücher der SED überreicht (151).

Gegenwärtig werden vom Wissenschaftlichen Rat für Landesverteidigung neue Pläne vorgelegt, die eine Neugestaltung der militär-wissenschaftlichen Ausbildung der künftigen Offiziere vorsehen. Es scheint festzustehen, daß die Offiziersausbil-

derung an Hochschulen von 1983 an einheitlich vier Jahre dauern und jeder Offizier sein Studium mit einem akademischen Grad -Diplomingenieur oder Diplomökonom- beenden soll. Neu festgelegt wurde an den Offiziershochschulen für alle Ausbildungsrichtungen auch der Umfang der einzelnen Lehrgebiete. Danach sind 20 bis 45 Prozent der Ausbildungszeit für die militärische Ausbildung vorgesehen und rund 20 Prozent für das gesellschaftswissenschaftliche Studium (einschließlich Militärpädagogik und Militärpsychologie). Die übrige Ausbildungszeit der Offiziersstudenten ist -je nach Ausbildungsrichtung in verschiedener Prozenzhöhe- u.a. der ingenieurtechnischen, der mathematisch-naturwissenschaftlichen der Fremdsprachen-Ausbildung vorbehalten (152). "Mit erfolgreichem Abschluß des Studiums werden die Absolventen der Offiziershochschulen zum Leutnant ernannt, und sie erwerben in Abhängigkeit von der jeweiligen Ausbildungsrichtung u.a. die Qualifikation als Diplomingenieur eines Fachgebietes oder Diplomökonom. Damit besitzen sie alle Voraussetzungen für eine erfolgreiche Tätigkeit im Truppen- oder Flottendienst." (153).

b) Die Heran- und Weiterbildung von Fachoffizieren kann an einigen zivilen Hochschulen erfolgen, an denen eigene militärische Sektionen bestehen. Sie bestehen derzeit an der - Ernst-Moritz-Arndt-Universität in Greifswald für Offiziere des Medizinischen Dienstes (Sanitätsoffiziere), - Hochschule für Verkehr "Friedrich List" in Dresden für Offiziere des Militärverkehrswesens, - Technischen Universität in Dresden für Offiziere der Informationselektronik, - Friedrich-Schiller-Universität in Jena für Offiziere des Militärjustizdienstes.

Die Offiziershochschüler können an den militärischen Sektionen der zivilen Hochschulen einen akademischen Grad erwerben.

c) Die Ausbildung der Politoffiziere auf der Ebene eines Bataillons erfolgt an der Militärpolitischen Hochschule (MPH) "Wilhelm Pieck" in Berlin (Ost). Politoffiziere in den Divisionen, Militärbezirken und in der PHV erhalten eine Ausbildung auf der Militärakademie in Dresden. Die MPH verleiht den akademischen Grad eines Diplom Gesellschaftswissenschaftlers.

d) Zuständig für die Heran- und Weiterbildung der Militärhistoriker ist das Militärgeschichtliche Institut der DDR. Es verleiht den akademischen Grad eines Diplom Historikers (mit der Berufsbezeichnung Militärhistoriker). Das MGI hat ferner das Promotionsrecht.

e) Die Militärakademie "Friedrich Engels" in Dresden verfügt über fünf Sektionen (Landstreitkräfte und Territorialverteidigung; Luftstreitkräfte/Luftverteidigung; Seekriegsflotte; Grenztruppen; Ingenieurwissenschaften), die sich in 12 Fachrichtungen gliedern:

- Operative Kunst und Taktik (Theorie der Kriegskunst und der Ausbildung;
- Operativforschung (Theorie der Organisation der Streitkräfte);
- Artillerie (und Raketenwesen);

- Führung der politischen Arbeit;
- Truppenführung;
- Mechanisierung und Automatisierung der Truppenführung;
- Panzer- und Kfz-Technik;
- Netzplantechnik und EDV;
- Kybernetik;
- Militärpädagogik, Militärpsychologie und Militärgeschichte;
- Wehrsoziologie;
- Militärtheorie und Militärdoktrin (154).

Die Militärakademie verleiht die akademischen Grade eines Diplommilitärwissenschaftlers, eines Diplomgesellschaftswissenschaftlers und eines Diplomingenieurs. Die Akademie besitzt ferner das Promotionsrecht (155).

Im Direktstudium dauert die Ausbildung drei Jahre, im Zweig Ingenieurwissenschaften vier Jahre. Die Ausbildung, von Zeit zu Zeit durch Truppenkommandos unterbrochen, schließt mit einer Diplomprüfung ab. Bei ausgezeichneten Leistungen erhält der Offiziersschüler ein Sonderdiplom verliehen. In der Regel wird der Absolvent nach der bestandenen Diplomprüfung auch zum Oberstleutnant (Fregattenkapitän) befördert.

Beim Fernstudium erhöht sich die Studienzeit um jeweils ein Jahr. Im Durchschnitt absolvieren bisher jährlich 230 bis 240 Offiziere ein Fernstudium.

II. 1. Die Grundausbildung in den kasernierten Einheiten der VP-Bereitschaften, der Trapo sowie im Wachregiment des MfS erfolgt nach den Dienstvorschriften der NVA. In der Spezialausbildung ergeben sich dagegen Unterschiede. Das MfS unterhält nach westlichen Informationen in Golm bei Potsdam eine

Sonderschule. Ihre Rechtsstellung ist unbekannt.

Die Ausbildung der Offiziere der Bereitschaftspolizei erfolgt an der OHS der VP-Bereitschaften "Artur Becker" in Dresden. Ihr Status entspricht dem der Offiziershochschulen der NVA. Stabsoffiziere besuchen Lehrgänge an der Hochschule der Deutschen Volksschule in Berlin und anschließend an der Militärakademie "Friedrich Engels" in Dresden.

2. Die militärische Grundausbildung der Angehörigen des Wachregiments des MfS erfolgt nach den Richtlinien des MfNV. Die Spezialausbildung erfolgt nach besonderen Instruktionen. Einzelheiten sind bislang nicht publiziert worden. Die Offiziersausbildung erfolgt an einem Sonderinstitut in Potsdam-Golm. An der Hochschule der Deutschen Volkspolizei in Berlin gibt es eine eigene Sektion für die Ausbildung von Offizieren des Staatssicherheitsdienstes (156).

3. In den kasernierten ZV-Einheiten folgt auf die militärische Grundausbildung die Spezialausbildung in verschiedenen Profilen (Pionierausbildung, KCB-Abwehr). Die Heranbildung der Berufssoldaten der ZV kann auf verschiedenen Wegen erfolgen, und zwar:

- an Lehreinrichtungen der Nationalen Volksarmee, der Grenztruppen der Deutschen Demokratischen Republik bzw. anderer bewaffneter Organe verbunden mit einer spezialfachlichen Ausbildung auf dem Gebiet der Zivilverteidigung,
- an der zentralen Lehreinrichtung der Zivilverteidigung,
- in Dienststellungen der Unteroffiziere an zivilen Bildungseinrichtungen verbunden mit einer spezialfachlichen Ausbildung auf dem Gebiet der Zivilverteidigung (157).

Die Heranbildung der Berufsoffiziere der ZV erfolgt nach § 17 Abs. 2 der Dienstlaufbahnordnung.

Die Heranbildung der Berufsoffiziere der ZV erfolgt nach § 17 Abs. 2

- an der zentralen Lehrereinrichtung der Zivilverteidigung:
- an Offiziershochschulen der Nationalen Volksarmee, der Grenztruppen der Deutschen Demokratischen Republik bzw. anderer bewaffneter Organe verbunden mit einer spezialfachlichen Ausbildung auf dem Gebiet der Zivilverteidigung:
- an zivilen Hochschulen verbunden mit einer spezialfachlichen Ausbildung auf dem Gebiet der Zivilverteidigung.

Nach der bisherigen Praxis besuchen die Unteroffiziers- und Fähnrichsschüler zunächst die Technische Unteroffiziersschule "Erich Habersaath" in Prora (Rügen).

Qualifizierungslehrgänge erfolgen am Institut für Zivilverteidigung in Beeskow.

Die Mehrzahl der Offiziershochschüler der ZV erhält i.d.R. zunächst eine Ausbildung an der Offiziershochschule der Landstreitkräfte "Ernst Thälmann" - Sektion Chemische Dienste in Löbau. Einige Offiziersanwärter werden zu einem drei Jahre umfassenden Studium an die Technische Hochschule "Otto von Guericke" in Magdeburg abkommandiert (158).

Die Ausbildung und Schulung von Kommandeuren der ZV-Einheiten erfolgt in einem dreijährigen Studium am Institut für ZV in Beeskow.

Bedingt durch die komplexen und komplizierten Realitäten, mit denen sich eine moderne ZV konfrontiert sieht, nimmt das Institut der ZV in Beeskow eine Sonderstellung unter allen militärischen und polizeilichen Lehrereinrichtungen ein. Es ist eine eigene Offiziershochschule, zugleich dient sie der Qualifizierung von Berufssoldaten und schließlich zur Ausbildung und Schulung von zivilen Kadern der ZV.

4. Die Grundausbildung für jeden Angehörigen der Kampfgruppen

beträgt 132 Stunden. Sie sind auf 33 Ausbildungswochen verteilt. Als Ausbilder werden Angehörige der Abteilung Kampfgruppen der VP eingesetzt. Höhepunkte der Ausbildung sind:

- Gefechts- und Sicherungsübungen in geschlossenen Zügen,
- Feldlager der Kampfgruppen zum Abschluß eines Ausbildungsjahres,
- Übungen im Rahmen der Territorialverteidigung,
- Durchführung (der seit 1971 auf Kreis- und Bezirksebene veranstalteten Kampfgruppenspartakiaden,
- Teilnahme an wehrsportlichen Veranstaltungen der GST.

Bataillonskommandeure werden an der Zentralen Kampfgruppenschule (ZSfK) "Ernst Thälmann" in Schmerwitz (Bezirk Potsdam) ausgebildet. Der Stoff- und Unterrichtsplan der dreimonatigen Lehrgänge umfaßt: Politunterricht 20 Prozent, Topographie 10 Prozent, Geländetaktik 20 Prozent, Taktik des Straßen- und Häuserkampfes 20 Prozent. Hundertschaftskommandeure werden an einer der acht Bezirksausbildungsstätten der KG geschult.

5. Die obligatorische vormilitärische Grundausbildung im Rahmen des Schulunterrichts durch die Gesellschaft für Sport und Technik umfaßt im Jahr 85 Stunden; die freiwillige Laufbahnausbildung 90 Stunden.

Die Ordnungsübungen und die Geländeausbildung erfolgen nach den Vorschriften der Exerziersausbildung der NVA.

Zur Geländeausbildung gehören die Bereiche:

- Bewegen im Gelände,
- Beobachten und Melden,
- Verpflegen unter Einsatzbedingungen,
- Entfernungsschätzen und
- Bau von Deckungen.

Großes Gewicht wird auf die militärischen Ordnungsübungen gelegt (160).

III. Die politische Erziehung der Soldaten in der NVA, in den Grenztruppen der DDR sowie in den ZV-Einheiten wird offiziell als patriotische und internationalistische Erziehung und Ausbildung bezeichnet (161). Sie ist ein Teil der politischen Arbeit in den Streitkräften. Im Sinne der politisch-ideologischen Erziehung umfaßt sie die

- politische Massenarbeit in der NVA,
- Politschulung (162),
- Gesellschaftswissenschaftliche Ausbildung,
- gesellschaftswissenschaftliche Weiterbildung,
- kulturpolitische Arbeit und
- Traditionspflege in der NVA.

1. Der Politschulung müssen sich alle Soldaten und Soldaten auf Zeit unterziehen. Sie wird in der NVA, in den Grenztruppen der DDR und in den kasernierten ZV-Einheiten "an zwei zusammenhängenden Tagen im Monat (zu je 7 Stunden) unter Leitung der Politorgane durchgeführt. Die Themenpläne werden für 18 Monate erarbeitet, das heißt, für die Gesamtdauer des Grundwehrdienstes. Die neuesten Beschlüsse der SED und der Bruderparteien, politische und militärische Ereignisse sowie die konkreten Aufgaben und aktuellen Probleme des militärischen Lebens werden in Politinformationen und in täglichen politischen Gesprächen behandelt." (163).

Der Politunterricht soll u.a. ein reales Feindbild schaffen (164). Die Durchführung der Politschulung (wie auch der Gesellschaftlichen Weiterbildung) liegt in den Händen der Schulungsgruppenleiter, die sich wiederum einer laufenden Vorbereitung und Kontrolle ihrer Arbeit im Rahmen der Vor-schulung unterziehen müssen.

2. Die Politschulung der Offiziersschüler wird als Gesellschaftswissenschaftliche Ausbildung bezeichnet.

"Sie (die GWA) trägt dazu bei, ihr politisches Weltbild zu erweitern, ihre Klassenposition zu stärken und vermittelt ihnen die politisch-ideologische Grundlage für ihre Aufgabe als Offizier, Einfluß zu nehmen auf die Denk- und Verhaltensweise der Soldaten." (165).

3. Im Mittelpunkt der Gesellschaftlichen Weiterbildung der Berufssoldaten steht das Studium der Klassiker des Marxismus-Leninismus. Daneben werden auch Themen aus dem Bereich der Militärwissenschaft behandelt.

"Die Tätigkeit zur politisch-ideologischen Erziehung der Angehörigen der NVA wird differenziert gestaltet. In der gesellschaftswissenschaftlichen Weiterbildung der Offiziere, Fähnriche und Berufsunteroffiziere wird großer Wert auf das Studium der Werke der Klassiker des Marxismus-Leninismus, der Geschichte der internationalen und deutschen Arbeiterbewegung, der Beschlüsse der Parteitage und Tagungen des ZK der SED, der KPdSU und der anderen Bruderparteien gelegt. Einen wichtigen Platz in der gesellschaftswissenschaftlichen Weiterbildung nehmen Themen zu solchen Problemen ein, wie Theorie und Praxis der Militärpolitik der SED, die marxistisch-leninistische Lehre vom Krieg und von den Streitkräften, Militärpsychologie und -pädagogik, Geschichte der Kriegskunst." (166). Für alle Berufssoldaten, die Mitglieder der SED sind, ist ferner eine laufende Teilnahme an der Parteischulung zwingend. (167).

4. Die Politschulung für die Angehörigen der Baueinheiten (168) und der ZV-Formationen heißt offiziell staatspolitische Schulung. Sie kann als eine verkürzte Politschulung bezeichnet

werden. Die Durchführung liegt bei den Baueinheiten in den Händen der Politorgane der NVA. Zuständig für die staatspolitische Schulung der Angehörigen der ZV-Formationen ist die zuständige SED-Betriebsparteileitung.

5. Die Politschulung in den Kampfgruppen erfolgt in der Form der Politinformation. Die Themen werden den Politstellvertretern, i.d.R. Mitarbeiter der zuständigen SED-Bezirksparteiorganisation, in der Form von Parteieinweisungen im Zeitraum von vier Wochen mitgeteilt.

6. Im Rahmen der vormilitärischen Ausbildung müssen alle Schüler -neben der staatspolitischen Schulung- am wehrpatriotischen Unterricht teilnehmen. Mit der Durchführung sind die zuständigen FDJ-Kreisleitungen betraut. In den FDJ-Kreisleitungen bestehen besondere wehrpatriotische Einsatzstäbe. Sie sind für die Vorschulung der Schulungsgruppenleiter verantwortlich.

IV. 1. Die Traditionspflege (169) hat in allen bewaffneten Kräften und paramilitärischen Organisationen der DDR einen hohen Stellenwert. Unverständlich ist es deshalb, daß sich zu diesem Bereich noch keine umfassende Analyse findet. Die vorliegenden Abhandlungen (170) beschäftigen sich mit Teilaspekten. Allen Arbeiten ist gemeinsam, daß eine Differenzierung der Traditionspflege in der NVA nach den Teilstreitkräften nicht erfolgt (171). Unberücksichtigt bleibt ferner die Traditionspflege in den paramilitärischen Kräften. Überhöhungen und Verzerrungen ergeben sich aus der Tatsache, daß

nur bestimmte Traditionslinien untersucht werden (172). In allen genannten Arbeiten fehlt auch jeder Hinweis darüber, ob in der DDR Traditions- und Veteranenverbände bestehen (173).

2. Nach Karl Marx lastet die Tradition aller Geschlechter wie ein Alp auf den Gehirnen der Lebenden (174).

Für Lenin sind Traditionen des revolutionären Kampfes dagegen eine Garantie für die Entwicklung des sozialistischen Staates und seines Militärwesens (175). Nach der Geschichtsphilosophie des Marxismus-Leninismus entwickeln sich Traditionen aus den (allein ökonomisch bedingten) Klassenaussetzungen. Geprägt werden die Traditionen durch die geschichtsbildende Kraft der Volksmassen. Die Kampftraditionen sollen dabei beitragen, die soldatischen Tugenden zu entwickeln. Dabei steht nicht die Einzelpersonlichkeit, sondern das Kollektiv im Mittelpunkt. Die militärische Traditionspflege in der NVA soll verschiedene Funktionen (Erziehungs-, Sozialisations-, Vorbild-, Legitimations-, Identifikations-, Orientierungs-, Stabilisierungsfunktion) erfüllen.

"Traditionspflege ist ein Bestandteil der Führungstätigkeit der Kommandeure und Politorgane. Sie trägt zur politischen und militärischen Erziehung und Ausbildung der Streitkräfte bei. Dem dienen die Verleihung von Ehrennamen hervorragender geschichtlicher Persönlichkeiten an Truppenteile und Einheiten, militärische Zeremonielle, die Arbeit in den Traditionszimmern und in den Traditionszirkeln. Der Traditionspflege dienen militärhistorische Forschungen und Publikationen, Konferenzen und Ausstellungen. Die Kommandeure und Politorgane werden bei der Traditionspflege auch von ehrenamtlichen Kommissionen unterstützt." (176).

3. Militärische Traditionen finden ihren Ausdruck in mili-

tärischen Symbolen bzw. in Handlungen mit symbolischem Wert.

Hierzu zählen in der DDR u.a.

- die Vereidigung (Fahneneid, Gelöbniß),
- das Militärische Zeremoniell (Großer Wachaufzug, Großes Wecken, Großer Zapfenstreich, Ehrensäut und Ehrenposten),
- die Verleihung von Truppenfahnen,
- die Dienstflaggen,
- das Offiziersgelöbniß,
- die Verabschiedung zum Truppendienst,
- die Verleihung von Traditionsnamen,
- die Durchführung von Paraden,
- die Arbeit in Traditionszirkeln und
- der Schnitt von Uniformen.

4. Zuständig für die Traditionsbildung ist das Politbüro der SED. Es legt im Rahmen der Geschichtsbetrachtung die Traditionslinien fest. Die Ausfüllung des Traditionsbildes erfolgt durch das Militärgeschichtliche Institut der DDR sowie durch die Militärakademie "Friedrich Engels".

"In der NVA beruht die Traditionspflege auf den Beschlüssen des ZK der SED sowie den Forschungsergebnissen der marxistisch-leninistischen Geschichtswissenschaft. Sie ist durch Parteilichkeit und Wissenschaftlichkeit geprägt. Ziel der militärischen Traditionspflege ist es, zur Entwicklung des sozialistischen Bewußtseins der Armeeangehörigen beizutragen, sie zu sozialistischen Klassenkämpfern zu erziehen, die bereit sind, entsprechend dem Klassenauftrag der NVA ihre militärische Pflicht zu erfüllen." (177).

Die marxistisch-leninistische Ideologie schreibt einige Traditionsmuster vor, die für die Traditionsbildung in allen

Armeen des WP Geltung haben. Aus den "vorsozialistischen Gesellschaftsformationen" können Überlieferungen dann für die sozialistischen Streitkräfte übernommen werden, wenn sie revolutionär und fortschrittlich waren -oder der nationalen Befreiung dienten. In diesem Sinne zählen in allen WP-Armeen Bauernkriege, nationale Befreiungskriege, fortschrittliche Revolutionen und Massenstreiks zu den militärischen Traditionen.

Den höchsten Stellenwert sollen aber die sozialistischen Traditionen einnehmen.

5. Die Traditionsbildung in der DDR lief nicht nach einem genau festgelegten Plan ab. Seit 1952 sind verschiedene Etappen festzustellen.

Als Vorbild für die Kasernierte Volkspolizei diente die Sowjetarmee. Nach der im Juli 1952 eingeführten nationalen Geschichtsbetrachtung wurden in der Traditionsbildung nationale Elemente zugelassen. Sie bezog sich zunächst nur auf die "deutsch-russische Waffenbrüderschaft 1813-1815". Die Uniform der KVP wies dagegen kaum sichtbare Unterschiede zur Montur der sowjetischen Streitkräfte auf.

Ein tiefer Einschnitt in der Traditionspflege der NVA -und das gilt auch für alle osteuropäischen Armeen- erfolgte nach der Geheimrede Chruschtschows auf dem XX. Parteitag der KPSU (Februar 1956).

Fortan konnten bestimmte fortschrittliche nationale Traditionen der vorsozialistischen Gesellschaftsformationen in die Traditionspflege mit aufgenommen werden.

Die Uniformen der NVA wurden denen der Wehrmacht in Tuch und Schnitt nachgebildet. Am 1. März 1956 wurden Truppenteilen erstmals Truppenfahnen verliehen. Seit 1956/57 beschäftigte sich die Militärwissenschaft der DDR mit dem

Werk des preußischen Generals Carl von Clausewitz. Am 1. Mai 1961 wurden die Denkmäler der preußischen Generale Blücher, Gneisenau und Scharnhorst wieder aufgestellt, das 1946 gesprengte Denkmal zur Erinnerung an die Schlacht von Hagelberg neu errichtet und in Potsdam das Armeemuseum eröffnet. Seit 1962 wird in Ost-Berlin der Wachaufzug durchgeführt. Am 18. Oktober 1963 feierte die SED mit Paraden der NVA den 150. Jahrestag der Völkerschlacht. Das militärische Zeremoniell wurde 1966 in der DDR -wie auch in allen Armeen des WP- weiter ausgeformt.

Seit Ende der sechziger Jahre ist das Nationalkomitee "Freies Deutschland" im Traditionsbild der NVA aufgenommen worden. Seit 1978 finden nicht nur fortschrittliche nationale Prozesse in der Traditionsbildung Berücksichtigung, sondern auch fortschrittliche (Einzel)Persönlichkeiten der deutschen Geschichte.

"Zur "Vorgeschichte" der DDR gehört der Kampf aller fortschrittlichen Kräfte für eine menschenwürdige Gesellschaftsordnung, für einen humanistischen deutschen Staat. Die sozialistische Erbeaneignung geht auf die deutsche Geschichte bis zu ihren Anfängen zurück. Unsere DDR bewahrt z.B. das Erbe Waßthers von der Vogelweide, Luthers und der Reformation, des großen Deutschen Bauernkrieges von 1525, Müntzers und Huttens; die großen Leistungen Leibniz', Lessings und Herders; Kants, Fichtes, Hegels und Feuerbachs; der Gebrüder Grimm und von Humboldt; des deutschen Jakobinertums; der nationalen Befreiungsbewegung von 1806 - 1813; Steins, Arndts, Clausewitz', Scharnhorsts, Gneisenaus, Blüchers, Schills und Yorks. Bei uns lebt der Geist des Vormärz, Heines und Büchners, das Vermächtnis der Kämpfer der Revolution von 1948/49. Hier lebt das Werk R. Kochs, R. Virchows, A. Einsteins und M. Plancks.

In erster Linie aber ist unsere Republik Erbe, Tradition und Erfüllung des mehr als hundertjährigen Kampfes der revolutionären deutschen Arbeiterbewegung." (178).

In den offiziellen Darstellungen des Zentralinstituts für Geschichte der Akademie der Wissenschaften in Berlin (Ost) werden seit 1978 auch die historische Bedeutung Preußens und König Friedrichs II. differenzierter gesehen.

Die "sozialistischen Traditionen zeigten bisher keine Prägestkraft. Gesinnungen lassen sich wohl mit Gewalt für einen kurzen Zeitraum erzwingen, aber auf die Dauer nicht in der von der Führung gewollten Weise durchsetzen. Deshalb greift die SED auf bestimmte Traditionslinien der vorsozialistischen Gesellschaftsformationen zurück.

Es kann aber nicht übersehen werden, daß die sozialistischen Traditionen die erste Stelle in der Traditionspflege der NVA einnehmen. Es wurden auch neue Traditionen entwickelt, so: das Offiziersgelöbnis und die Verabschiedung zum Truppendienst.

Das öffentliche Traditionsbild und das der Masse der Bevölkerung ist verschieden.

6. Die Traditionspflege in den Streitkräften wurde seit 1966 durch mehrere Direktiven und Weisungen festgelegt, so durch die Traditions-Direktive des 10. Plenums des ZK der SED vom Februar 1966, durch die Weisungen der Abt. Sicherheit des ZK der SED und durch die Traditionspflegeordnungen des Ministers für Nationale Verteidigung vom 15.4.1969 und vom 5.1.1978. Nach der Traditionspflegeordnung vom Januar 1978 beruhen die Traditionen der NVA und der Grenztruppen der DDR auf folgenden Traditionslinien (179):

a) vorsozialistische nationale Traditionen

- Der Bauernkrieg 1524/25,
- Der Befreiungskrieg 1813/15 (unter besonderer Hervorhebung der preußischen Reformer),
- Die bürgerlich-demokratische Revolution 1848/49 (unter besonderer Herausstellung der Revolution in Berlin und Dresden sowie der badisch-pläzischen Revolutionsarmee),

b) sozialistische Traditionen

- Die Große sozialistische Oktoberrevolution 1917,
- Die Novemberrevolution 1918 (unter besonderer Hervorhebung der Kieler Matrosen, der Volksmarinedivision und des Roten Soldatenbundes sowie der Tätigkeit von Rosa Luxemburg und von Karl Liebknecht),
- Die Revolutionären Kämpfe 1920 - 1923 (unter Hervorhebung der Kämpfe der Roten Ruhrarmee im März 1920, der Aufstände der KPD in Mitteldeutschland (im März 1921) und in Hamburg (Oktober 1923),
- Der Rote Frontkämpferbund der KPD,
- Der Spanienkrieg 1936 - 1939,
- Der antifaschistische Widerstandskampf 1933 - 1945,
- Das Nationalkomitee "Freies Deutschland" 1943 - 1945,
- Der 13. August 1961,
- Die Klassen- und Waffenbrüderschaft mit der Sowjetarmee und den anderen Truppen des Warschauer Paktes.

Im Rahmen der Traditionspflegeordnung können einzelne Traditionslinien eine besondere Gewichtung erfahren. So haben in der Volksmarine der DDR beispielsweise die Traditionen der Roten Matrosen und der Volksmarinedivision einen höheren Stellenwert als bei der Zivilverteidigung.

Zu den Symbolen der NVA gehören die Truppenfahnen, die Dienstflagge der NVA und die Rote Fahne. An allen staatlichen Feiertagen wird beispielsweise in allen Standorten der NVA und der Grenztruppen der DDR neben der Dienstflagge der NVA auch die Rote Fahne (als Symbol der kommunistischen Revolution) gehißt.

Die Traditionspflegeordnung von 1978 befaßt sich am Rande auch mit den überzeitlichen militärischen Traditionen. Heldentum, Tapferkeit und Opferbereitschaft werden als hervorragende soldatische Tugenden den NVA-Soldaten im Politunterricht immer wieder dargestellt.

Als Beispiele gelten keine Soldaten oder Heldentaten der vorsozialistischen Zeit, sondern ausschließlich "sozialistische Soldatenpersönlichkeiten", insbesondere "Helden und Heldentaten der Sowjetarmee".

Der preußische Pionier Klinke, der sich am 18. April 1864 mit seinem Pulversack an einer Palisade der Düppeler Schanze in die Luft sprengte, um einen schnellen Einbruch der preußischen Truppen in die dänische Stellung zu ermöglichen, hat beispielsweise keinen Platz in der Traditionspflege der NVA.

7. In den paramilitärischen Verbänden beschränkt sich die Traditionspflege fast ausschließlich auf die sozialistischen Traditionen. Eine Durchsicht der Traditionsnamen der Kampfgruppen oder der VP-Bereitschaften bestätigt diese These. Das Wachregiment des MfS pflegt die Traditionen der russischen Tscheka.

In der ZV der DDR wird die Traditionspflege seit 1979 betrieben.

"Traditionspflege stärkt den Stolz und die Mitarbeit in der ZV und hilft so, neue Initiativen zu wecken." (180). Die Traditionspflege der kasernierten ZV-Einheiten ist ein Bestandteil der militärischen Traditionspflege. In den (freiwilligen) ZV-Formationen sollen Traditionen entwickelt werden, die sich auf die Prinzipien der Solidarität, der Kameradschaft und der Nächstenhilfe gründen.

8. Träger der Traditionspflege in der DDR sind die SED, die FDJ, die bewaffneten Kräfte und die paramilitärischen Organisationen. Im Gegensatz zu den anderen Armeen der Ersten Strategischen Staffel des WP gibt es in der DDR keinen Frontkämpferverband und auch keinen Offiziersverband (181). Aus der Publizistik im allgemeinen und der Wehrpublizistik im besonderen ist nicht ersichtlich, daß in der DDR Kameradschaftstreffen bzw. Kameradschaftsvereine von früheren KVP- oder NVA-Angehörigen bestehen (182). Warum die SED bisher keinen Soldatenverband ins Leben rief, läßt sich nur vermuten. Sicher spielen politische Rücksichtnahmen gegenüber anderen Staaten des WP eine nicht zu unterschätzende Rolle (183).

Vierter Teil

Die Einbettung der bewaffneten Kräfte und der paramilitärischen Organisationen in das Politische System der DDR

I. Die DDR-Forschung hat bisher keine, theoretischen Ansprüchen genügende Analyse des Politischen Systems der DDR erstellen können (1). Die Totalitarismustheorie, die Konvergenztheorie, die Interessengruppentheorie, die Bürokratiethorie und die Theorie vom staatsmonopolistischen Sozialismus (2) haben wichtige Strukturmerkmale der Staats- und Gesellschaftsordnung analysiert. Das Gesamtsystem bedarf noch einer umfassenden Darstellung und Theoriebildung.

"Ihre Aussagen über den Herrschaftscharakter in diesen Gesellschaften schwanken zwischen konzeptionellen Begriffen wie "privilegierte Kaste", "Usurpatorenbürokratie", "Technokratie", "Bonapartismus", "Bürokratischer Kollektivismus" und "neuer Klasse" ("rote Bourgeoisie", "Staatsbourgeoisie" etc.). All diesen Varianten ist gemeinsam, daß sie die Analyse der bestehenden Herrschaftsstruktur nach dem hervorstechendsten und dominanten Merkmal der neuen Ordnung ausrichten, dem Staat.

Weil sie aber die Existenzform des Staates und damit seiner Agenten -als Funktionsträger des staatlichen Eigentums- ökonomisch nicht vermitteln oder ableiten, sondern entweder als politische Erscheinung begreifen (Elite-, Kasten-, Schichttheoreme) oder aber mit Kategorien der Politischen Ökonomie des Kapitalismus zu fassen suchen (Theorem der Staatsbourgeoisie), bleibt die klassenanalytische Bestimmung unbefriedigend oder (in den Fällen, wo sie erfolgt)

willkürlich. Sie basiert nicht auf der Analyse der sozio-ökonomischen Existenzform der DDR und ihrer spezifisch daraus bestimmten politischen Struktur." (3).

Untersucht man die Gesamtstruktur des Politischen Systems der DDR mit den Methoden der strukturell-funktionalen Analyse, so können zahlreiche Merkmale der Staats- und Gesellschaftsordnung der DDR festgestellt werden.

Charakteristisch für das Gesellschaftssystem ist u.a. die

- Vergesellschaftung der Produktionsmittel,
- Kollektivierung der Landwirtschaft (4),
- Ablehnung eines Meinungspluralismus (5),
- Fiktion von der Einheit von Partei, Staat und Gesellschaft.

Das Herrschaftssystem der DDR basiert u.a. auf dem Grundsatz der

- Führung von Staat und Gesellschaft durch die marxistisch-leninistische Partei (Nebeneinander von Partei- und Staatsführung, wobei die Partei das übergreifende Moment bildet),
- Gewalteneinheit (6),
- Ablehnung der Inkompatibilität,
- Sozialistischen Gesetzmäßigkeit bei gleichzeitiger Parteilichkeit,
- Doppelten Unterstellung im Rahmen des Demokratischen Zentralismus (7),
- Persönlichen Einzeleleitung mit kollektiver Beratung.

Von den zahlreichen Subsystemen des Politischen Systems kommen dem ökonomischen System und dem System der Landesverteidigung eine besondere Bedeutung zu. Die Wehrverfassung und die Befehls- und Kommandogewalt bilden ein Element sowohl der Wehrstruktur als auch des Politischen Systems (8).

Die vorliegende Untersuchung konzentriert sich auf zwei Bereiche. Einmal auf die Stellung der Militärs (9) im Politischen System, Zum anderen auf die Rolle, welche die Waffenträger -insbesondere die Berufssoldaten- in der Staats- und Gesellschaftsordnung spielen.

Der Gegenstand der Untersuchung folgt dem Ansatz der Wehrsoziologie (10).

II.1. Die Militärpolitik der westlichen Demokratien geht vom Primat der Politik aus, d.h. von der civil control der Streitkräfte. Die zivile Suprematie beinhaltet die parlamentarische Kontrolle der Streitkräfte.

In der DDR liegt die Entscheidungsgewalt zu allen Fragen, welche die Streitkräfte betreffen, bei der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED), i.e.S. beim Politbüro der SED (11). Die Staatspartei verfügt über das Monopol der Macht. Die Militärpolitik basiert im einzelnen auf dem für einen längeren Zeitraum festgelegten Militärprogramm der SED sowie auf Direktiven und Instruktionen der Abteilung Sicherheit beim ZK der SED.

2. Welchen Einfluß die bewaffneten Kräfte im Politischen System ausüben, hat in westlichen Untersuchungen über das Militär der Sowjetunion seit 1956 einen hohen Stellenwert. "Der Bereich der öffentlich diskutierten Deutungen reicht von den niemals substantiierten, aber dennoch periodisch wiederkehrenden Erwartungen eines quasi-bonapartistischen

Umsturzes, der die angeblich entscheidungsunfähige "kollektive Führung" der Nachfolger Chruschtschews an der Spitze der Partei durch die Rußland nun einmal angemessene Alleinherrschaft eines "starken Mannes" ersetzen werden, bis zu den oft subtil begründeten Versuchen, die laufenden politischen Entscheidungen der sowjetischen Spitze "pluralistisch" als Resultate eines Gruppenkonflikts zwischen dem "militärisch-industriellen Komplex" und seinen Gegenspielern in Diplomatie und Wirtschaftsapparat, eines Tauziehens zwischen rüstungsorientierten "Falken" und konsum- und entspannungsorientierten "Tauben" in der Partei- und Staatsführung zu interpretieren." (12).

Borys Lewytzkyj (13) hat überzeugend dargelegt, daß die militärische Führung der UdSSR nicht als eine in sich geschlossene Interessengruppe begriffen werden kann.

Günther Wagenlehner kommt in seiner Studie über die Rolle des Militärs im sowjetischen Entscheidungsprozeß zu dem Schluß:

" Die Militärs in der Sowjetunion sind so mächtig, daß die politische Führung nicht gegen sie regieren kann. Aber die Militärs sind nicht imstande, etwa allein gegen Partei, Staatssicherheitsdienst, Staats- und Wirtschaftsverwaltung den Kurs zu bestimmen.

Für den klassischen Militärputsch fehlen in der Sowjetunion die Voraussetzungen. Allenfalls könnten die Militärs einer Gruppe im Politbüro behilflich sein. Diese Gruppe allerdings wäre mit Hilfe der Militärs stärker als die andere." (14).

3. Welchen Einfluß die Repräsentanten der Bewaffneten Kräfte und der Paramilitärischen Organisationen im Politischen

System der DDR besitzen, läßt sich u.a. daran absehen, in welcher Zahl und welchem militärisch-politischen Gewicht sie in den Führungsgremien der SED vertreten sind. In dem auf dem X. Parteitag der SED gewählten Politbüro sind von den 17 Vollmitgliedern zwei Angehörige der Bewaffneten Organe, und zwar der Minister für Nationale Verteidigung und der Minister für Staatssicherheit. Der Generalsekretär der SED ist zugleich Chef der paramilitärischen Kampfgruppen und in seiner Eigenschaft als Vorsitzender des Staatsrates und des Nationalen Verteidigungsrates zugleich Oberster Befehlshaber aller Streitkräfte der DDR. Er trägt allerdings keine Uniform und führt keinen militärischen Dienstrang (15). Im Politbüro ist das Militär derzeit von der Zahl der Mitglieder her nicht stärker vertreten als Ende der 70er Jahre.

a) Die Zahl der Vertreter der Nationalen Volksarmee unter den Mitgliedern und Kandidaten des Zentralkomitees der SED hat sich dagegen von vier auf acht verdoppelt.

Bisher waren im ZK vertreten: Armeegeneral Heinz Hoffmann (ZK-Mitglied seit 1952, Politbüromitglied seit 1973); Generaloberst Heinz Kessler, Chef der Politischen Hauptverwaltung der NVA (ZK-Mitglied seit 1950); Generaloberst Horst Stechbarth, Chef der Landstreitkräfte (ZK-Mitglied seit 1976) und Generalleutnant Horst Brünner, stellvertretender Chef der Polithauptverwaltung (ZK-Kandidat seit 1976).

Neu wurden jetzt in dieses Gremium aufgenommen: als Vollmitglied (ohne vorherige Kandidatenzeit) Generaloberst Fritz Streletz, Chef des Hauptstabes der NVA, Sekretär des Nationalen Verteidigungsrates und Stellvertreter des Oberkommandierenden des Warschauer Paktes, sowie als Kandidaten Gene-

ralleutnant Klaus-Dieter Baumgarten, Chef der Grenztruppen; Admiral Wilhelm Ehm, Chef der Volksmarine; Generaloberst Wolfgang Reinhold, Chef der Luftstreitkräfte/Luftverteidigung.

Von den Stellvertretern des Verteidigungsministers sind somit drei ZK-Mitglieder (Keßler, Stechbarth, Streletz) und drei ZK-Kandidaten (Baumgarten, Ehm, Reinhold). Lediglich die Minister-Stellvertreter Generaloberst Werner Fleissner, Chef für Bewaffnung und Technik; Generalleutnant Joachim Goldbach, Chef des Hauptinspektorats sowie Generalmajor Neidhardt, Chef der Verwaltung Rückwärtige Dienste, gehören dem ZK nicht an. Das gilt ferner für den Leiter der Zivilverteidigung der DDR, Generalleutnant Fritz Peter. Neben den aktiven Militärs ist ferner Admiral a.D. Waldemar Verner Vollmitglied des ZK (16).

b) Aus dem Ministerium des Innern, dessen Führungsspitze aus sieben Offizieren im Generalsrang besteht, rückte der Erste Stellvertreter des Militärs, Generalleutnant Rudolf Riss, als Kandidat neu in das Zentralkomitee ein. Bisher waren aus diesem Ressort bereits im ZK vertreten: Minister des Innern Generaloberst Friedrich Dickel (ZK-Mitglied seit 1967) und Generalleutnant Werner Reuther (ZK-Kandidat seit 1976).

c) Vom Ministerium für Staatssicherheit sind auf dem X. Parteitag der SED zwei Generale neu ins ZK aufgenommen worden: Generalmajor Horst Felber wurde anstelle des ausgeschiedenen Generalmajors Gerhard Heidenreich ZK-Mitglied, den er bereits bei den Parteiwahlen im Frühjahr als 1. Sekretär der Kreisleitung der SED im Staatssicherheitsministerium abgelöst hatte. ZK-Kandidat wurde außerdem Generalleutnant

Rudolf Mittig. Im ZK vertreten waren aus diesem Ressort bereits Minister Erich Mielke (ZK-Mitglied seit 1950, Politbüromitglied seit 1976) sowie sein 1. Stellvertreter Generaloberst Bruno Beater (ZK-Mitglied seit 1973).

d) In jeder der 15 SED-Bezirksleitungen in der DDR sind drei Offiziere kraft ihres Amtes geborene Mitglieder dieser Parteiorganisation. Es sind jeweils der Chef des Wehrbezirkskommandos, der Chef der Bezirksverwaltung des Ministeriums für Staatssicherheit und der Chef der Bezirksbehörde der Deutschen Volkspolizei (in Ost-Berlin der Polizeipräsident). Diese Offiziere sind, bis auf zwei, Vollmitglieder der SED-Bezirksleitungen. Die beiden Chefs der Wehrbezirkskommandos in Berlin (Ost) und Leipzig sind Kandidaten der Bezirksleitung.

Neben diesen Offizieren, die aufgrund ihrer Funktion Mitglieder der SED-Bezirksparteiorganisationen sind, gibt es in einigen Bezirksleitungen der SED weitere Offiziere der bewaffneten Kräfte. In der SED-Bezirksleitung Potsdam wurde Horst Stechbarth (Stellvertreter des Ministers für Nationale Verteidigung und Chef der Landstreitkräfte) als Mitglied bestätigt. In Rostock gehört der Bezirksleitung Vizeadmiral Wilhelm Ehm an (Stellvertreter des Ministers für Nationale Verteidigung und Chef der Volksmarine). Zahlreiche Offiziere der bewaffneten Kräfte sind weiter in verschiedenen Abteilungen des ZK der SED, insbesondere in der Abteilung Sicherheit eingesetzt (die von Generaloberst Scheibe geleitet wird), ferner in der Abteilung Sicherheit des Zentralrates der Freien Deutschen Jugend (die von Oberst Pitschel geleitet wird) sowie in der (dem Minister für Nationale Verteidigung nachgeordneten) Massenorganisation Gesellschaft für Sport und Technik. In den Gremien der übrigen Parteien und Massen-

organisationen der DDR finden sich keine aktiven Offiziere der NVA. Lediglich im Hauptvorstand der NDPD sind einige Reserveoffiziere vertreten.

e) Die marxistisch-leninistische Staatslehre lehnt das Prinzip der Inkompatibilität ab. Angehörige der bewaffneten Kräfte sowie der paramilitärischen Verbände der DDR können Mandatsträger sein. Nach der bisherigen Praxis sind in der Volkskammer und in den Bezirkstagen vornehmlich Generale und Stabsoffiziere der bewaffneten Organe vertreten. In den Kreis- und Gemeindetagen dominieren Angehörige der Volkspolizei gegenüber den Angehörigen der NVA; in den Grenzkreisen wieder die Angehörigen der Grenztruppen der DDR (17). Allerdings gibt es keine parlamentarische Kontrolle der Streitkräfte der DDR, die in etwa dem westlichen Demokratieverständnis entspricht. Die Volkskammer tritt im Jahr nur wenige Male zusammen. Selbst die Kontrolle des Verteidigungshaushalts ist nur beschränkt möglich. Die Kampfgruppen sind sogar jeder gesetzlichen Regelung und jeder parlamentarischen Kontrolle entzogen.

f) Im System der Staatsorgane sind die Streitkräfte ferner vertreten im Ministerrat, im Nationalen Verteidigungsrat (18), im Obersten Gericht und beim Generalstaatsanwalt. Die Streitkräfte sind in der staatlichen Plankommission ebenso vertreten wie im staatlichen Fernsehen und im Rundfunk. Im Erziehungswesen wird ein Teil des Unterrichts von den Vorstellungen der Armeeführung bestimmt.

g) Die militärische Führung der DDR hat seit der Gründung des Militärgeschichtlichen Instituts im Jahre 1959 laufend Einfluß auf die Geschichtswissenschaft der DDR genommen.

Im Rahmen der Militärgeschichtspropaganda bestehen seit 1979/80 an den Sektionen Geschichte der Universitäten Militärgeschichtliche Abteilungen.

Allerdings ist für die Koordinierung aller militärgeschichtlichen Arbeiten, die über das vom rein Militärischen hinausgehen nicht das Militärgeschichtliche Institut der DDR zuständig, sondern das Zentralinstitut für Geschichte der Akademie der Wissenschaften (19).

h) Der Einfluß der Militärs erfaßt auch die Bereiche der Kultur.

"Im Leben jeder sozialistischen Armee spielt die Kunst in ihren mannigfaltigen Formen eine bedeutende Rolle, und auch das bildkünstlerische Schaffen hat im vielseitigen System der kulturellen Bildungsarbeit seinen festen und wichtigen Platz. Die Erziehung sozialistischen Bewußtseins der Armeeangehörigen bedingt, auch das Fühlen, die Erlebniswelt des Soldaten zu bilden und zu formen.

So erhielt die Kunst der sozialistischen Armee eine ganz neue Funktion und neue Wirkungsmöglichkeiten, wie sie ihr in den reaktionären imperialistischen Klassenarmeen nicht zuteil werden können. Zugleich gibt die Armee in unserem sozialistischen Land dem praktischen Kunstschaffen viele Anregungen und Anstöße, auf mehrerlei Wegen. Zum einen ist es der Charakter der Armee selbst, der viele bildende Künstler zu neuen Bildideen inspiriert. Zum anderen entwickelt die Nationale Volksarmee bewußt und zielstrebig auch die aktive, selbstschöpferische Arbeit der Soldaten, als Laienkünstler in Klubs, Zirkeln, Arbeitsgemeinschaften, in denen schon viele interessante und sehenswerte Arbeiten entstanden." (20).

Künstler, die im Sinne der Armeeführung sich um die kulturelle

Bildungsarbeit in der NVA verdient gemacht haben, erhalten eine besondere Förderung, u.a. durch die Verleihung des Theodor-Körner-Preises.

i) Die militärische Führung der DDR übt einen bestimmenden Einfluß auf den Leistungssport aus. Die führenden Sportklubs unterstehen der Nationalen Volksarmee (Armeesportklubs), der Gesellschaft für Sport und Technik (GST-Klubs) sowie (gemeinsam) dem Ministerium des Innern und dem Ministerium für Staatssicherheit (Sportklubs der Sportvereinigung Dynamo).

k) Der Einfluß der Streitkräfte in der DDR im Politischen System muß ferner auch unter dem Aspekt gesehen werden, daß es in der DDR keine Organisationen zur Erforschung von Kriegsursachen und Konfliktstrukturen gibt. Es werden keine Einrichtungen zugelassen, die sich mit der Gewaltlosigkeit in der Politik und mit der Kriegsdienstverweigerung befassen. Der Pazifismus wird offiziell als eine für die sozialistische Gesellschaft "schädliche Ideologie" verurteilt. Zwischen der Armeeführung und den christlichen Kirchen bestehen keine Kontakte.

III. 1. Die Streitkräfte der DDR sind in allen Führungsgremien von Partei, Staat und Wirtschaft vertreten. Ihr Einfluß ist in den letzten 25 Jahren laufend gewachsen. Ein Prozeß, der sich auch in den anderen Staaten des Warschauer Paktes nachweisen läßt. Hatten in der Ära Stalin in der UdSSR (und in den anderen osteuropäischen Staaten) die Polizei- und Sicherheitsorgane eine herausragende Stellung im Politischen System, so ging ihre Dominanz seit 1956 zurück.

Seitdem wurden die Streitkräfte zu einem bedeutenden Machtfaktor im Herrschaftssystem. Begünstigt wurde dieser Prozeß nicht zuletzt durch Entwicklungen in der Wehrtechnik. Allerdings ist zu berücksichtigen, daß der Hauptstab der NVA (er entspricht dem Generalstab in den anderen Armeen des WP) keinen Sonderstatus besitzt. Er ist ein Teil des nach Prinzip des Einheitsministeriums strukturierten Ministeriums für Nationale Verteidigung.

Dennoch gibt es Eigenständigkeiten im Militärwesen der DDR. So bestehen beispielsweise Militärgerichte, die von Militärpersonen begangene Straftaten aburteilen.

2. Joachim Nawrocki stellt an den Anfang seiner Darstellungen den Satz:

"Der Militarismus ist in der DDR allumfassend und wird weiter ausgebaut." (21). Diese Behauptung findet sich in Abwandlungen in zahlreichen westlichen Arbeiten vertreten (22). Allerdings werden die Begriffe Militarismus, Militarisierung und Militär-Industrie-Komplex nicht einheitlich gebraucht (23). Zu den charakteristischen Merkmalen des Militarismus gehören

- die Überschätzung und Übersteigerung des Militarischen,
- die Dominanz des Militarischen in der Politik und Wirtschaft,
- die Durchdringung der Gesellschaft mit militärischen Formen,
- die militärische oder paramilitärische Organisation und Ausbildung der Bevölkerung,
- die Bejahung eines übersteigerten Soldatentums durch breite Bevölkerungskreise,

- das Vorhandensein eines Militär-Industrie-Komplexes, der wiederum entscheidend auf einer mächtigen Rüstungsindustrie eines Staates basiert.

Die laufende militärische und paramilitärische Ausbildung der Einwohner sowie die allseitige Durchdringung der Gesellschaft mit militärischen Formen werden vielfach unter dem Begriff Militarisierung zusammengefaßt. Sie ist nach dem Verständnis der Politikwissenschaft bei einer Monopolisierung, Zentralisierung und Konzentration der Macht gegeben.

Legt man diese Merkmale für die Beurteilung der Frage zugrunde, ob es in der DDR einen allumfassenden Militarismus gibt, so muß festgestellt werden, daß einige dieser genannten Kriterien im Politischen System der DDR nicht zu finden sind. So gibt es beispielsweise in der DDR keine mächtige Rüstungsindustrie, mithin auch keinen Militär-Industrie-Komplex. Trotz des erheblichen und ständig gewachsenen Einflusses des Militärs in den Führungsgremien der Partei und des Staates kann man das Herrschaftssystem nicht als Militärdiktatur bezeichnen.

"Zur Relevanz der Führungskader der NVA als spezifischem Teil der Herrschaftsstruktur der DDR läßt sich sagen, daß sie längst nicht über die politische Präsenz verfügen, die die Militärbefehlshaber in den obersten Rängen des sowjetischen Herrschaftssystems innehaben. Neben der wirksamen Einbindung des DDR-Militärapparates in die Warschauer-Vertrags-Organisation (WVO) fehlt ein wichtiger Bündnispartner; eine potente Rüstungsindustrie. Die militärischen Kader der NVA sind privilegierte Teilnehmer der Herrschaft; diese ist sowohl an externe Bedingungen (Bedrohung aus dem Westen) als auch an die Entwicklung der internen Klassenauseinandersetzungen gebunden.

Aus der doppelten Überlagerung und Bindung der militärischen

Führungsgruppe, nämlich an die politischen Instanzen (d.h. an die jeweilige fungierende hegemoniale Fraktion) im eigenen Staatsbereich und an die WVO (d.h. besonders an die Allianzführungsmacht UdSSR), kann von einer Verselbständigung dieser Gruppe in der DDR kaum gesprochen werden.

Ihr Einflußbereich auf die Bestimmung des innenpolitischen Klimas (zunehmende Repression gegen politisch oppositionelle Zirkel) oder auf die Außenpolitik (Stellungnahmen gegen die Entspannung) kann nur mit einer entsprechenden Haltung der politischen, staatlichen und parteilichen Instanzen einhergehen.

Autonome oder initiative Wirkungen auf die politische Praxis der DDR sind von den Militärs nicht zu erwarten. Diese Aussage betrifft allerdings nicht die Rolle der gesamten militärischen Macht innerhalb der Gesellschaft. In ihrer Funktion als Integrations- und Vereinheitlichungsinstrument gewinnt die NVA für die Loyalitätsfixierung der Bevölkerung nach dem Ende der staatlichen Konstitutionsphase (nach Auffassung des Autors in den frühen sechziger Jahren zu datieren) erheblich an Bedeutung. Sie wirkt ideologisch -durch die allgemeine Wehrpflicht- an die Bevölkerung und fördert herrschaftliche Interessen, weil sie Aktivitäten der Basis auf äußere Feindbilder ablenkt." (24).

Eine Militarisierung der Gesellschaft ist dagegen bereits im Politischen System (mit der Monopolisierung und Konzentration der Macht) angelegt. Seit 1952 ist in der DDR eine ständig fortschreitende Militarisierung der Gesellschaft zu konstatieren. Sie zeigt sich u.a. in der obligatorischen vormilitärischen Ausbildung der Jugend in den Klassen 11 und 12 der EOS sowie in den Berufsschulen durch die Gesellschaft für Sport und Technik, ferner durch die Ausbildung im Rahmen der

Kampfgruppen und in der Zivilverteidigung. Selbst das Vokabular der SED ist an der militärischen Sprache orientiert. Der Prozeß der Militarisierung in der DDR wird auch als ein Element der gesamten Erziehung angesehen (25). Die Sozialistische Wehrerziehung bildet -wie u.a. auch die Politschulung- einen Bestandteil der Erziehung der Menschen nach der Ideologie des Marxismus-Leninismus (26). Sie soll zu einer Totalidentifizierung des einzelnen mit dem sozialistischen Gesellschaftssystem führen.

Die von der SED betriebene Militarisierung der Gesellschaft ist ein Prozeß, der seit 1952 zu verfolgen ist. Es lassen sich verschiedene Phasen feststellen. Kulminationspunkte bildeten u.a. die Einführung der sozialistischen Wehrerziehung und des Wehrunterrichts. Das Ausmaß der Militarisierung sollte nicht unterschätzt werden. Zahlreiche Autoren, die vom Begriff der Eigengesetzlichkeit ausgehen, meinen, daß die Militarisierung zwangsläufig zu einer Herrschaft des Militärs führen wird.

Es sollte allerdings berücksichtigt werden, daß die Bevölkerung der DDR die Maßnahmen der SED zur Militarisierung als für den Augenblick unausweichlich hinnimmt, diese aber innerlich nicht bejaht. Unter diesen Gegebenheiten braucht sich -trotz vielleicht noch stärkerer Anstrengungen der SED im Bereich der SWE- die Gesamtstruktur des Politischen Systems nicht unausweichlich zu ändern.

Der Einfluß der Militärs im Politischen System ist beträchtlich. Dennoch bilden die Generale und Stabsoffiziere noch keine Interessengruppe. Sie haben keinen eigenen Soldatenverband. Die Militärs bilden auch keine lobby und auch keine pressure group.

IV. 1. Die Stellung des Soldaten im Politischen System der DDR ist festgelegt in der Verfassung, im Verteidigungsgesetz und im Wehrpflichtgesetz; für die Angehörigen der Kampfgruppen in Instruktionen des ZK der SED.

Die Soldaten der NVA besitzen die gleichen Grundrechte, die allen Bürgern der DDR in der sozialistischen Verfassung garantiert sind. Das betrifft u.a. das Recht zu wählen und gewählt zu werden (Art. 22 Abs. 1 und 2). Auf Grund von Art. 21 Abs. 1 und 2 steht den Soldaten auch ein Eingaben- und Beschwerderecht zu. Es ist im einzelnen geregelt in der Dienstvorschrift (DV) 010/o/003.

"Einige Besonderheiten ergeben sich für Armeeangehörige aus dem Charakter des militärischen Dienstes und beziehen sich zum Beispiel darauf, daß der Armeeangehörige dort seine Wehrpflicht zu leisten hat, wohin er einberufen wird, oder daß er nach festgelegten Zeiten Ausgang erhält und sich bestimmten Festlegungen der militärischen Disziplin unterzuordnen hat. Die Rechte der Angehörigen der NVA entsprechen dem Charakter des Wehrdienstes. Dazu gehören das Recht auf Besoldung sowie auf kostenlose Gewährung von Unterkunft, Verpflegung, Bekleidung und medizinischer Betreuung. Des weiteren hat der NVA-Angehörige das Recht auf kulturelle Betreuung, auf Urlaub und das Recht auf Eingaben und Beschwerden entsprechend den für die NVA geltenden Bestimmungen.

Die Rechte wie die Pflichten der Armeeangehörigen werden in den Rechtsvorschriften und militärischen Bestimmungen über den Wehrdienst geregelt. Einige der wichtigsten dieser Rechtsvorschriften bzw. militärischen Bestimmungen sind das Wehrpflichtgesetz, die Wehrdienstordnung, die Dienstlaufbahnordnung und die Dienstvorschriften." (27)

Die Urlaubsregelung der DV 010/0/007 beruft sich auf Art. 34 Abs. 1 der Verfassung; die medizinische Betreuung der Soldaten wird auf Art. 35 Abs. 1 gestützt. Allerdings stehen alle Grundrechte unter Verfassungsvorbehalt (28). Die Soldaten der NVA haben keinen Rechtsanspruch zur Überprüfung von Beschwerden. Auch gibt es keine Institution, die in etwa der des Wehrbeauftragten in der Bundesrepublik entspricht.

2. Das Militär ist in der DDR nicht ein "Staat im Staate", der Soldatenberuf auch nicht ein Stand sui generis (29). Eine Analyse der Stellung der Berufssoldaten in der DDR -entsprechend den Erkenntnissen der Soziologie und der Wehrsoziologie- läßt erkennen, daß an die Berufsrolle (30) des Offiziers nicht nur fachliche, sondern auch besonders strenge politische Forderungen gestellt werden. In die Nomenklatur wird nur aufgenommen, wer auch den politischen Vorstellungen der SED entspricht. Die Gesinnung spielt eine entscheidende Rolle. An die Berufsrolleninhaber werden von der Partei- und Staatsführung höhere Anforderungen gestellt als an die anderen Rolleninhaber (Wehrpflichtige). Das Erwartungsfeld der Parteiführung liegt zwischen der Totalidentifizierung (bei den Offizieren) bis zur Unterstützung (bei den Wehrpflichtigen bzw. bei den Angehörigen der ZV-Formationen). Die Identifikation der Soldaten mit der Staatspartei und mit dem Politischen System soll durch den Offizier und durch die Partei erfolgen. Der Offizier wird als Totalrolle gesehen, begriffen, die alle Dimensionen der Lebensführung durchdringt. Er soll im Sinne des Systems die Stabilisierung, Entlastung und Orientierung gewährleisten, aber keine Innovation zu kritischem Umgang anleiten. Von den Berufssoldaten

wird mithin die Totalidentifizierung mit der marxistisch-leninistischen Partei und ihrer Ideologie verlangt.

"In der NVA der DDR bedeutet Militärkarriere immer auch zugleich Parteikarriere. Das führt dazu, daß ein spezifischer Offizierstyp entsteht, der im wahrsten Sinne des Wortes auf die "Positionen der Partei" übergegangen ist." (31).

Dafür zählen die Berufsrolleninhaber zum Partei-Establishment. Es umfaßt ein Netz von persönlichen und wirtschaftlichen Verflechtungen mit dem Ziel, die Macht- und Besitzstruktur zu erhalten.

Den Offizieren gewährt die Partei- und Staatsführung besondere Privilegien. Ihnen wird u.a. ein hoher Lebensstandard gewährt. Schon die Offiziershochschüler sind materiell besser gestellt als zivile Studenten. Offiziere können beispielsweise in besonderen Läden der Militärischen Handelsorganisation einkaufen.

Es gibt für die Offiziere der bewaffneten Kräfte besondere Urlaubsheime. Stabsoffiziere erhalten neben der Besoldung noch Ehrengelder, die mit der Verleihung bestimmter Orden verbunden sind.

Nach den Lehren des Marxismus-Leninismus soll in der entwickelten sozialistischen Gesellschaft die soziale Annäherung aller Klassen und Schichten beendet sein. Berufssoldaten sollen mithin nicht gegenüber den Arbeitern privilegiert sein.

Allerdings muß heute von der SED offiziell zugegeben werden, daß es nach wie vor Unterschiede in der sozialistischen Gesellschaft gibt.

"Zugleich ist zu berücksichtigen, daß nicht nur bestimmte soziale Unterschiede in der sozialistischen Gesellschaft noch nicht überwunden werden können, weil die materiellen

Voraussetzungen dies nicht zulassen; spezifische soziale Unterschiede gehen auch notwendig aus den spezifischen objektiven Bedingungen der sozialistischen Gesellschaft selbst hervor: vor allem diejenigen, die zwangsläufig aus der Durchsetzung des Gesetzes der Verteilung nach der Leistung entspringen." (32).

Bei den Kampfgruppen, der GST und insbesondere bei den freiwilligen Formationen der ZV erzwingen mögliche innerbetriebliche Sanktionen und materielle Stimuli (Sonderrente für Angehörige der Kampfgruppen, schnelle Ablegung des Führerscheins bei der GST usw.) eine Mindestanpassung der Betroffenen. Damit kann aber keineswegs eine Übereinstimmung zwischen dem von der Staatspartei geformten Politischen System und dem Volksbild geschlossen werden (33).

Fünfter Teil

Die Einbettung der bewaffneten Kräfte und der paramilitärischen Organisationen der DDR in den Warschauer Pakt

I. Der "Vertrag über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand zwischen der Volksrepublik Albanien (1), der Volksrepublik Bulgarien, der Ungarischen Volksrepublik, der Deutschen Demokratischen Republik, der Volksrepublik Polen, der Rumänischen Volksrepublik (2), der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken und der Tschechoslowakischen Republik" (3) wurde am 14. Mai 1955 im Palais Radziwill, dem Sitz des polnischen Ministerrates, in Warschau unterzeichnet. Er trat nach der Hinterlegung der Ratifikationsurkunden bei der Regierung Polens, dem Depositarstaat, am 4. Juni 1955 in Kraft (4). Der Text wurde in vier Sprachen (Russisch, Polnisch, Tschechisch und Deutsch) angefertigt, die alle in gleicher Weise maßgebend sind (§ 11 Abs. 3 WV). "Staatsrechtlich ist dieses Bündnis in Art. 7 Abs. 2 der Verfassung geregelt. Danach pflegt die Nationale Volksarmee... im Interesse der Wahrung des Friedens und der Sicherheit des sozialistischen Staates enge Waffenbrüderschaft mit den Armeen der Sowjetunion und anderer sozialistischer Staaten." (5). Die DDR gehört nach eigener Darstellung "der Warschauer Vertragsorganisation seit ihrer Gründung am 14.5.1955 an." (6). Unverständlich sind die Darlegungen im DDR-Handbuch und die von Ernst Richert, nach denen die DDR erst am 28.1.1956 (bzw. am 28.6.1956) Mitglied der Allianz geworden ist (7). Eine Option für oder gegen die militärische Einbeziehung in den Ostblock hatte die Bevölkerung der DDR nicht.

II. Für die Bildung der militärischen Allianz waren für die UdSSR verschiedene Gründe ausschlaggebend. Sie geschah einmal (nach offiziellen sowjetischen Darlegungen) als Reaktion auf die Bildung des Nordatlantikpaktes, insbesondere durch die Einbeziehung der Bundesrepublik Deutschland in das westliche Verteidigungsbündnis (8). Zum anderen war für die "Sowjetunion im Frühjahr 1955 ein neuer Militärvertrag dringlich geworden. Einen Tag nach der Beendigung der Ostblock-Konferenz in Warschau wurde am 15. Mai 1955 in Wien der Staatsvertrag mit Österreich unterzeichnet. Er hätte die bisherige rechtliche Basis für die Stationierung sowjetischer Truppen in Ungarn und Rumänien aufgrund der Friedensverträge vom 10. Februar 1947 beseitigt und damit die Balkan-Flanke des sowjetischen Machtbereichs entblößt." (9).

Die Bildung des WP erfolgte ferner in einem engen Zusammenhang mit einer Neuorientierung der sowjetischen Militärpolitik, Militärstrategie und Militärtheorie. Sie war u.a. notwendig geworden durch die einschneidenden Veränderungen in der Wehrtechnik (10), die wiederum das Kriegsbild beeinflussten (11).

Schließlich war der WP von der UdSSR als ein weiteres Instrument zur politischen und militärischen Integration Osteuropas gedacht. Sie hatte auf wirtschaftlichem Gebiet bereits 1949 mit der Bildung des Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) begonnen. Nach dem Abschluß des Warschauer Vertrages wurde die wirtschaftliche Einbindung der osteuropäischen Staaten in den RGW verstärkt (12).

III. 1. Der gesamte Vertragstext umfaßt die Präambel und 11 Artikel. Er ist etwas kürzer als der Vertrag über die NATO, mit dem formell Ähnlichkeiten bestehen. Materiell weisen

beide Vertragswerke wesentliche Unterschiede auf. Das gilt schon für die Präambel und für Artikel 1 (13). Der Vertrag hat eine Geltungsdauer von 20 Jahren. Er verlängerte sich 1975 für alle Teilnehmerstaaten um weitere 10 Jahre (Art. 11), da ein Jahr vor Ablauf dieser Frist der polnischen Regierung keine Erklärung eines Signatarstaates über die Kündigung des WP vorlag.

Nach Artikel 4 erstreckt sich der WP territorial nur auf Europa (14). Dagegen legt der am 13.10.1975 abgeschlossene (bilaterale) Vertrag über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand zwischen der DDR und der UdSSR zum gegenseitigen Beistand fest, "daß im Falle eines bewaffneten Überfalls irgendeines Staates oder irgendeiner Staaten-Gruppe auf eines der beiden Länder das andere Land dies als einen Angriff auf sich selbst ansieht und dem Partner unverzüglich jeglichen Beistand, einschließlich des militärischen, leistet." (15).

Die Mitgliedstaaten des Warschauer Paktes gründen ihr Recht auf kollektive Verteidigung auf Artikel 51 der Charta der Vereinten Nationen. Danach kann das Recht auf Selbstverteidigung sowohl individuell (durch Selbsthilfe) als auch kollektiv (gemeinsam mit anderen Staaten) ausgeübt werden. Nach Artikel 51 bedarf es zur kollektiven Verteidigung gegen einen Angreifer keiner speziellen völkerrechtlichen Vereinbarung zwischen dem angegriffenen und dem ihm Hilfe leistenden Staat.

2. Der Warschauer Vertrag stellt eine Ergänzung und Weiterentwicklung zu den bilateralen Verträgen über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand dar, die die UdSSR mit den osteuropäischen Staaten zwischen 1943 und 1949 (16)

und die diese untereinander geschlossen hatten (17).
Gegenüber den bilateralen Verträgen sind im Warschauer Vertrag Bestimmungen enthalten, wie sie in jenen nicht fixiert waren, so über gemeinsame politische beratende Organe, ein Konsultativsystem, die Bildung Vereinter Streitkräfte und eines Vereinten Kommandos.

Die seit 1963 verlängerten, erneuerten bzw. neu geschlossenen bilateralen Freundschafts- und Beistandsverträge (18) enthalten im einzelnen die Formen der Hilfeleistung im Falle eines bewaffneten Angriffs auf einen oder mehrere Partner (19).

"Diese Verträge stellen gegenüber den früheren bilateralen Ostblockverträgen eine überaus starre Intensivierung des inneren Zusammenhalts, damit aber auch zugleich eine viel stärkere Abgrenzung nach außen dar und fallen damit kaum noch unter den herkömmlich viel loser gedachten Begriff der militärischen Allianz." (20).

Gegenüber der NATO unterscheidet sich das militärische Pakt-system des Ostblocks durch die Zweigleisigkeit von bilateralem und kollektivem Bündnissystem (21).

Zusammen mit dem Warschauer Vertrag bilden die bilateralen Verträge ein umfassendes System von Verpflichtungen der Streitkräfte der sozialistischen Staaten untereinander und gegenüber dem gesamten sozialistischen Block (22).

Die DDR stand bis zur Unterzeichnung des Warschauer Vertrages 1955 außerhalb des militärischen Bündnissystems. Die Sowjetunion hatte 1954, vertreten in der DDR durch die Sowjetische Kontrollkommission (SKK), die DDR zu einem souveränen Staatsgebilde erklärt (23). Am 20. September 1955 schloß sie den Vertrag über die Beziehungen zwischen der DDR und der UdSSR. Dem Vertrag fehlte jedoch eine gegenseitige Beistandsverpflichtung, wie sie die bestehenden bilateralen

Verträge zwischen der UdSSR und den übrigen sozialistischen Ländern enthielten. Die gegenseitige Beistandspflicht "für den Fall eines bewaffneten Überfalls irgendeines Staates oder einer Staatengruppe auf eine der vertragschließenden Seiten" in Europa wurde in Artikel 5 des Freundschaftsvertrages 1964 (24) festgelegt.

Der elf Jahre später zwischen der UdSSR und der DDR geschlossene Freundschafts- und Beistandsvertrag (25) legt in Artikel 8 fest, daß im Falle eines bewaffneten Überfalls irgendeines Staates oder einer Staatengruppe auf eines der beiden Länder das andere Land dies als einen Angriff auf sich selbst betrachtet und dem Partner unverzüglich jeglichen Beistand, einschließlich des militärischen, leistet und es in Ausübung des Rechts auf individuelle und kollektive Selbstverteidigung entsprechend Artikel 51 der Charta der Vereinten Nationen mit allen ihm zur Verfügung stehenden Mitteln unterstützt. Die Beistandsverpflichtungen sind zudem nicht ausdrücklich auf Europa -wie das der Beistands- und Freundschaftsvertrag von 1964 vorsah- beschränkt, sondern haben eine unbegrenzte geographische Gültigkeit (26). - Für die DDR war die volle Integration in das bilaterale Bündnisssystem 1972 durch den Vertrag mit Rumänien erfolgt (27).

3. In einem engen Zusammenhang mit dem Warschauer Pakt stehen die Truppenstationierungsabkommen, welche die UdSSR am 17. Dezember 1956 mit Polen, am 12. März 1957 mit der DDR (28), am 27. Mai 1957 mit Ungarn und am 16. Oktober 1968 mit der Tschechoslowakei vereinbarte. Bis auf den im April 1957 mit Rumänien geschlossenen Stationierungsvertrag (er wurde mit Abzug der sowjetischen Truppen aus Rumänien im Juni 1958 gegenstandslos) sind alle Verträge noch in Kraft. Sie basieren auf dem Warschauer Vertrag bzw. auf dem Potsdamer

Abkommen (mit der DDR).

Unter den Truppenverträgen nimmt der zwischen der UdSSR und der DDR 1957 abgeschlossene Stationierungsvertrag eine Sonderstellung ein. Artikel 18 enthält eine Sicherheitsklausel (29), die die 1964 und 1975 geschlossenen Beistands- und Freundschaftsverträge unberührt lassen.

Die Bedeutung, die der Gruppe der Sowjetischen Streitkräfte in Deutschland zukommt, wird in sowjetischen Publikationen ausdrücklich hervorgehoben.

"Die Gruppe der Sowjetischen Streitkräfte in Deutschland ist die Vorhut der Sowjetarmee. Sie steht den Hauptkräften des Imperialismus auf dem Kontinent unmittelbar gegenüber. Sie verteidigt zuverlässig die Interessen der Sowjetunion und schützt die friedliche Arbeit der Völker der sozialistischen Gemeinschaft. Die Angehörigen der GSSD erfüllen ihren schwierigen und ehrenvollen Auftrag als Vorausabteilung der sowjetischen Streitkräfte, die ihren verantwortungsvollen Dienst gemeinsam mit den Angehörigen der anderen Armeen des Warschauer Vertrages versehen" (30).

IV. Die Zusammenarbeit im WP soll nach den Prinzipien des sozialistischen Völkerrechts erfolgen,

"Die gegenseitigen Beziehungen zwischen den Armeen der sozialistischen Staaten gestalten sich auf der Grundlage des sozialistischen Internationalismus, echter Waffenbrüderschaft und Gleichberechtigung, der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten des anderen sowie der Achtung der nationalen Würde und der kämpferischen Tradition und der historischen Besonderheiten." (31). Hinzu kommt die unbedingte Anerkennung der Führungsrolle der KPSU und der Sowjetarmee durch die osteuropäischen Staaten und Armeen (32).

Den Kern des sozialistischen Völkerrechts bilden sieben Prinzipien, nach denen sich die gesamte Arbeit im RGW und im WP ausrichten soll. Es sind dies im einzelnen der Grundsatz der

- Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten eines anderen sozialistischen Bruderlandes;
- brüderlichen Hilfe bei der Festigung und Verteidigung der sozialistischen Errungenschaften;
- Pflicht der sozialistischen Staaten zur Stärkung der Einheit und Geschlossenheit des sozialistischen Weltsystems auf der Grundlage des Marxismus-Leninismus und des Sozialistischen Internationalismus;
- Pflicht der sozialistischen Staaten zum gemeinsamen Schutz der sozialistischen Errungenschaften und der Unabhängigkeit jedes einzelnen und aller sozialistischen Länder und zur "gemeinsamen Abwehr gegenüber direkter oder indirekter imperialistischer Aggressions- oder Interventionsakte";
- Pflicht der sozialistischen Staaten zur Friedenssicherung;
- Pflicht der sozialistischen Staaten zur Durchführung der Politik der Friedlichen Koexistenz;
- Pflicht der sozialistischen Staaten zur Solidarität mit den jungen Nationalstaaten (33).

Das Eingreifen der Sowjetarmee im Oktober 1956 in Ungarn und von 5 WP-Armeen im August 1968 in der CSSR wird mit dem Prinzip der sozialistischen brüderlichen Hilfe gerechtfertigt. Von der Sowjetunion wird bestritten, daß es sich bei diesen Handlungen um (nach dem Völkerrecht) verbotene Interventionen gehandelt habe (34). Als Begründung wird angegeben:

"Entsprechend diesem Grundsatz hat jeder sozialistische Staat und jedes Volk, das den Weg zum Sozialismus beschritten hat, das Recht auf Hilfe und Unterstützung durch jedes andere sozialistische Land und jeder sozialistische

Staat die Pflicht zur Hilfeleistung an jedes andere sozialistische Land. Der erste sozialistische Staat, die UdSSR, hat diese Solidaritätspflicht stets gewissenhaft erfüllt, gleichviel, ob es sich um die Zurückweisung der imperialistischen Aggressions- bzw. Interventionsakte in Ungarn (1956), in der CSSR (1968) oder um die USA-Aggression gegenüber der Demokratischen Republik Vietnam (1965 bis 1973) handelte. Eine solche Hilfe, die ein sozialistischer Staat oder -wie bei den Ereignissen in der CSSR- eine Gruppe sozialistischer Staaten einem anderen sozialistischen Staat im Interesse der Erhaltung des Sozialismus und des Friedens leistet, kann niemals eine "Einmischung" in dessen innere Angelegenheit oder in das Selbstbestimmungsrecht seines Volkes darstellen. Denn der Schutz des Sozialismus ist die Angelegenheit aller sozialistischen Staaten und die Entscheidung für den Sozialismus ein unwiderruflicher Akt demokratischer Selbstbestimmung. Ein auf Vernichtung der Selbstbestimmung gerichtetes Selbstbestimmungsrecht aber kann es nicht geben." (35).

Der Grundsatz der "brüderlichen Hilfe" der sozialistischen Staaten bildet u.a. die Grundlage der Breshnew-Doktrin.

V. 1. Zur Durchführung der politischen und militärischen Beratungen und zur Lösung der Aufgaben des Warschauer Paktes wurden politische und militärische Führungsorgane geschaffen, die ähnlich strukturiert sind wie die Organe des RGW. Sie wurden wiederholt umgebildet bzw. 1969 neue Organe geschaffen.

"Über den Aufbau, die Funktionen und die Arbeitsweise der politischen und militärischen Organe der Warschauer Allianz ist nur wenig bekannt." (36).

Hannelore Horn zählt beispielsweise den Politischen Beratenden Ausschuß, den Generalsekretär und das Vereinte Kommando zu den supranationalen Organen (37).

Ernst Richert wieder geht von einem supranationalen Generalstab aus (38). Hier ist Friedrich Berber und Jens Hacker zu folgen, die von einer multinationalen (bzw. multilateralen) Struktur des WP ausgehen. Supranationale Organe gibt es bisher weder im RGW. noch im WP (39).

2. Die politischen Führungsorgane des WP

a) Der Politische Beratende Ausschuß (40) des WP gilt als das höchste politische und militärische Führungsorgan des Bündnisses (Art. 6 WV), in dem alle Teilnehmerstaaten auf höchster Ebene vertreten sind. Er bildet gemäß Artikel 5 WV zur Durchführung seiner Beschlüsse politische und militärische Ausführungsorgane.

"Eine besonders wichtige Rolle spielt im Rahmen des Warschauer Vertrages der Politische Beratende Ausschuß. Dieses Organ wurde zur Durchführung von Konsultationen zu allen wichtigen Problemen geschaffen, die die allgemeinen Interessen der Mitgliedsländer des Vertrages betreffen. Er behandelt Fragen, die sich aus der Realisierung der Vertragsverpflichtungen ergeben. Außerdem wurde im Beschluß der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages über die Schaffung des Vereinten Kommandos dem Politischen Beratenden Ausschuß die Beschlußfassung zu allgemeinen Fragen übertragen, die sich auf die Festigung der Verteidigungsfähigkeit der verbündeten Staaten beziehen. Der Politische Beratende Ausschuß besitzt große Befugnisse zur Entscheidung politischer und militärischer Fragen, die die Organisation

des Warschauer Vertrages betreffen." (41).

Aus Darstellungen der DDR der 70er Jahre (42) sowie aus Äußerungen des sowjetischen Marschalls Jakubowski (43) ist ersichtlich, daß seit der Umstrukturierung der Führungsorgane des WP im März 1969 der Umfang der Tätigkeit des PBA erweitert worden ist. Seitdem ist der PBA auch das Organ der sowjetischen Außenpolitik zu Fragen der Abrüstung.

"Der Politische Beratende Ausschuß schenkt der Ausarbeitung von Vorschlägen für ein System der kollektiven Sicherheit in Europa, für die Rüstungskontrolle, zur Schaffung von kernwaffenfreien Zonen, zur Reduzierung der zahlenmäßigen Stärke der Streitkräfte, zur Auflösung ausländischer Militärstützpunkte auf fremden Territorien usw. große Aufmerksamkeit." (44).

Im Rahmen der Sicherheitspolitik des WP faßt der PBA Beschlüsse zu Grundsatzfragen.

"Er (gemeint ist der PBA) faßt Beschlüsse zu den Fragen der Verteidigung der Länder des Warschauer Vertrages, die dann der Tätigkeit des Komitees der Verteidigungsminister, des Vereinten Kommandos, des Militärrates, des Stabes, des Technischen Komitees und anderer Organe zugrunde gelegt werden." (45).

Die Anzahl der Vertreter ist im WP nicht festgelegt. Es heißt lediglich, daß jeder Teilnehmerstaat durch ein Mitglied der Regierung oder einen anderen Beauftragten vertreten sein soll. Seit der ersten Tagung des PBA im Januar 1956 hat sich die Praxis herausgebildet, daß die Teilnehmerstaaten repräsentative Delegationen unter Leitung des Regierungschefs oder einem seiner Stellvertreter entsenden.

"Seit 1960 finden die Tagungen des PBA auf höchster Ebene statt, d.h. unter der Leitung der Generalsekretäre bzw. der Ersten Sekretäre der Zentralkomitees der kommunistischen und

Arbeiterparteien sowie der Vorsitzenden der Ministerräte der Teilnehmerstaaten.

Eingeladen werden von Fall zu Fall die Außenminister, die Verteidigungsminister, der Oberbefehlshaber der Vereinten Streitkräfte, der Chef des Stabes und andere leitende Kader der Vereinten Streitkräfte..." "...Jedes Teilnehmerland hat eine Stimme. Die Delegationen können in ihrer Landessprache sprechen; eine einzige Konferenzsprache gibt es nicht. Den Vorsitz der Tagungen führen die Vertreter der einzelnen Ländern nach einem festgelegten System." (46)

An der Tagung des PBA 1980 in Warschau nahmen beispielsweise teil: die Generalsekretäre bzw. Ersten Sekretäre der marxistisch-leninistischen Parteien (als Leiter der Delegationen), die Vorsitzenden der Ministerräte, die Minister für Nationale Verteidigung, die Außenminister. Außer Ungarn hatten die anderen Staaten ferner noch einen Sekretär des Politbüros, die DDR zusätzlich den Sekretär der Abteilung Wirtschaft im ZK der SED entsandt (47).

Ferner nahmen teil: der Generalsekretär des PBA, der Oberkommandierende der Streitkräfte sowie der Chef des Stabes. Die Tagungen werden nach Bedarf abgehalten. Häufig fallen sie mit den Tagungen des RGW zusammen. Die einzelnen Sitzungen werden abwechselnd von den Generalsekretären bzw. Ersten Sekretären der kommunistischen und Arbeiterparteien geleitet. Die Formalitäten der Einberufung der Sitzungen wurden bisher nicht veröffentlicht.

Die Hauptform, in der sich die Tätigkeit des PBA nach außen dokumentiert, sind die in den Beratungen getroffenen kollektiven Beschlüsse in Form von Deklarationen, Feststellungen, Kommuniqués, Appellen und grundsätzlicher Erklärungen. Der PBA stützt sich hierbei auf die Beratungen und Empfehlungen der Komitees der Außen- und Verteidigungsminister. Die Er-

klärungen sind ihrer Rechtsnatur nach völkerrechtliche Vereinbarungen zwischen den Mitgliedstaaten des WP, aus denen die konkreten Verpflichtungen und Rechte abgeleitet werden. Sie treten mit dem Tag ihrer Unterzeichnung in Kraft.

"Die Erklärungen des Politischen Beratenden Ausschusses sind ihrem rechtlichen Charakter nach als völkerrechtliche Vereinbarungen zwischen den Mitgliedstaaten des Warschauer Vertrages zu betrachten, aus denen sich für diese völkerrechtliche Rechte und Pflichten ergeben. Zwar erwachsen die allgemeinen Verpflichtungen der Mitgliedstaaten aus dem Vertrag selbst, aber die jeweiligen konkreten völkerrechtlichen Verpflichtungen und Berechtigungen müssen aus den Erklärungen des Politischen Beratenden Ausschusses abgeleitet werden. Demzufolge verpflichten diese Vereinbarungen in Gestalt von Communiqués, Appellen, Erklärungen usw. die einzelnen Mitgliedstaaten des Vertrages zu einem bestimmten Handeln.

Die Erklärungen des Politischen Beratenden Ausschusses treten als völkerrechtliche Vereinbarungen zwischen den Mitgliedstaaten des Vertrages mit dem Tag ihrer Unterzeichnung in Kraft. Ihre unmittelbare rechtliche Wirkung wird nicht durch die mitunter erst später vorgenommene Veröffentlichung und ihre in der Regel erfolgende Bestätigung durch die zuständigen zentralen Organe der Warschauer Vertragsstaaten berührt." (48).

Es ist unverständlich, daß über die Rechtsqualität der Deklarationen und Beschlüsse im westlichen Schrifttum noch immer divergierende Ansichten zu finden sind. Das gilt auch für die Arbeitsweise und Organisation des PBA. Nach den vom Streitkräfteamt der Bundeswehr herausgegebenen Informationen für die Truppe (49) beispielsweise wird im Warschauer Pakt "die Politik in erster Linie auf den Tagungen des PBA und

auf den gemeinsamen Tagungen der Außenminister abgestimmt, die jeweils ein- bis zweimal jährlich stattfinden. Nach der Meinung von Forster (50) tagt der PBA dagegen nur selten (51). Folgt man Ernst Richert (52), so wird der PBA ausschließlich von den "Chefs der kommunistischen Staatsparteien der Teilnehmerstaaten" gebildet.

Unerklärlich ist, daß selbst das DDR-Handbuch (53) meint, Mitglieder des PBA seien nur die Regierungschefs der Teilnehmerstaaten (54).

Für Friedrich Ruge (55) "steht der Politische Beratende Ausschuß merkbar hinter dem Vereinten Kommando zurück."

b) Das Vereinigte Sekretariat ist das Arbeitsorgan des PBA. Von 1955 bis 1976 führte es die Bezeichnung Vereintes Sekretariat. Die Leitung lag bis 1969 in den Händen des Chefs des Stabes beim Oberkommandierenden. Seit März 1969 steht an der Spitze des Sekretariats ein Generalsekretär (er ist zugleich Stellvertretender Außenminister der UdSSR). Generalsekretär ist derzeit Nikolai Firjubin (56).

Das Vereinigte Sekretariat mit dem Generalsekretär an der Spitze bereitet die Tagungen des PBA vor und führt dessen laufende Geschäfte. Es ist praktisch das Exekutivorgan des Warschauer Paktes. Auf den einzelnen Gebieten sind Kommissionen tätig, u.a. die Ständige Kommission, die wiederum eng mit dem Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe zusammenarbeiten.

Friedrich Ruge (57) weist bereits 1972 darauf hin, daß ein sowjetischer Diplomat im Range eines stellvertretenden Außenministers das Amt des Generalsekretärs innehat. Unverständlich ist, wenn Thomas M. Forster (58) und auch das DDR-Handbuch (59) noch 1979 meinen, der Chef des Stabes beim Oberkommandierenden des Vereinten Kommandos (mithin ein Militär) sei in Personalunion Leiter des Vereinigten Sekretariats.

Die 1976 erfolgte Umbenennung des Vereinten Sekretariats in Vereinigtes Sekretariat wurde im westlichen Schrifttum bisher nur erwähnt, aber nicht kommentiert. Nach der sowjetischen Staatslehre wird unter dem Begriff "vereinigt" die Vorform einer supranationalen Institution verstanden. Das Vereinigte Sekretariat soll mithin eine gemeinsame Außenpolitik der WP-Staaten nicht nur festlegen, sondern auch durchsetzen. Alleingänge einzelner WP-Staaten zu bestimmten außenpolitischen Fragen sollen mithin künftig weitgehend ausgeschaltet werden.

c) Das Komitee der Minister für Auswärtige Angelegenheiten wurde 1976 auf der Bukarester Tagung des PBA ins Leben gerufen. Seine Funktionen müssen im Zusammenhang mit der Umbenennung des Vereinten Sekretariats in Vereinigtes Sekretariat gesehen werden, insbesondere auf die von der UdSSR geforderte straffe Koordinierung der Außenpolitik der WP-Staaten.

"Um das effektive Zusammenwirken bei der Festigung des Friedens in Europa und in der ganzen Welt fortzusetzen und auszubauen, wurde auf der Tagung des PBA im November 1976 beschlossen, ein Komitee der Außenminister und ein Vereinigtes Sekretariat zu bilden." (60). Es soll der laufenden Koordinierung der Außenpolitik der WP-Staaten dienen.

"Es handelt und entscheidet auf seinen Tagungen konkrete Fragen des abgestimmten Vorgehens der Staaten des Warschauer Vertrages zur Durchsetzung der vom Politischen Beratenden Ausschuss beschlossenen Generallinie der Außenpolitik." (61). Die bereits seit 1956 arbeitende ständige Kommission (62) dient dem Komitee (63) der Außenminister als Beratungsorgan. Arbeitsorgan des Komitees der Außenminister ist das vom Generalsekretär geleitete Vereinigte Sekretariat (64).

Die vorliegenden westlichen Darstellungen gehen auf die Tätigkeit des Komitees der Außenminister entweder überhaupt nicht oder nur mit wenigen Zeilen ein. Das DDR-Handbuch (65) spricht davon, daß die Kompetenzen des Komitees der Außenminister bisher nicht näher beschrieben worden sind.

3. Die militärischen Führungsorgane des WP

a) Das Komitee der Verteidigungsminister (66), das auf der Tagung des PBA in Budapest am 17.3.1969 gebildet wurde, gilt seitdem de jure als das oberste militärische Führungsgremium (67) des WP (bis 1969 waren die nichtsowjetischen Verteidigungsminister unmittelbar dem Oberkommandierenden des WP zugeordnet).

"Auf der Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses im März 1969 wurden außerdem die Rechte und Pflichten der militärischen Organe des Warschauer Vertrages festgelegt, auf deren Grundlage sie ihre Tätigkeit durchführen. Das Wirken der militärischen Organe der Koalition, das eng mit der Arbeit der nationalen militärischen Organe verbunden ist, umfaßt alle Richtungen des Zusammenwirkens der verbündeten Staaten im militärischen Bereich und berücksichtigt einen breiten Kreis von Fragen, die mit der Entwicklung und Vervollkommnung der Vereinten Streitkräfte sowie mit der Festigung der Landesverteidigung der Bruderstaaten in Zusammenhang stehen. Eine große Bedeutung hat die Tätigkeit des Komitees der Verteidigungsminister der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages. Auf seinen Sitzungen werden wichtige Fragen der Erhöhung der Verteidigungsfähigkeit der verbündeten Staaten, der Entwicklung und Vervollkommnung der Vereinten

Streitkräfte entschieden." (68).

Allerdings fanden schon vor 1969 gemeinsame Treffen der Verteidigungsminister der Teilnehmerstaaten des WP statt (69). Die nationalen Verteidigungsminister sind de jure nicht mehr -wie in zahlreichen westlichen Arbeiten behauptet wird- zugleich Stellvertreter des Oberkommandierenden, mithin ihm auch nicht unterstellt (70).

Der Vorsitz im Komitee wechselt im jährlichen Turnus unter den Verteidigungsministern (71). An den Tagungen nimmt der Oberkommandierende der Vereinten Streitkräfte teil. Über die Formalitäten der Einberufung wurden bisher keine Einzelheiten bekannt. Das Arbeitsorgan des Komitees ist der Stab der Vereinten Streitkräfte beim Oberkommandierenden (72).

b) Das Vereinte Kommando (mit dem Oberkommandierenden) der Streitkräfte des Warschauer Vertrages (73) wurde am 14. Mai 1955 gebildet. Es hat seinen Sitz in Moskau. Das Statut wurde vom PBA im Januar 1956 in Prag bestätigt. Auf der Sitzung des PBA beschlossen die Teilnehmerstaaten, daß die Stelle des Oberkommandierenden stets von einem sowjetischen General besetzt werden soll. Er ist von seiner Funktion her Stellvertreter des sowjetischen Verteidigungsministers, dadurch diesem unmittelbar verantwortlich.

Während 1976 das Vereinte Sekretariat in ein Vereinigtes Sekretariat umstrukturiert wurde, kam es bei den militärischen Führungsorganen nicht zu einer Umbenennung des Vereinten Kommandos. Folgt man der sowjetischen Staatslehre, so soll damit -zumindestens nach außen hin- angedeutet werden, daß es sich beim Vereinten Kommando de jure nicht um eine Vorform einer supranationalen Institution handelt, sondern um eine multinationale Einrichtung.

Das Vereinte Kommando führt "konsequent die Beschlüsse der kommunistischen und Arbeiterparteien der verbündeten

Länder zur Stärkung des Kampfbündnisses der Bruderarmeen, zur Erhöhung ihrer Kampffähigkeit und ständigen Gefechtsbereitschaft, zur Verteidigung der sozialistischen Errungenschaften und Vernichtung jedes Aggressors durch." (74). Stellvertreter des Oberkommandierenden im Vereinten Kommando waren zunächst die Verteidigungsminister der Signatarstaaten; seit der Tagung des PBA vom 17.3.1969 in Budapest wurden zu Stellvertretern des Oberkommandierenden die Stellvertreter der Verteidigungsminister bzw. die Chefs der Generalstäbe (Hauptstäbe) bestimmt. Ihnen kommt im Rahmen der Befehlsübermittlung und der Durchsetzung der Befehle und Weisungen des Vereinten Kommandos eine herausragende Bedeutung zu. Sind doch die Chefs der Generalstäbe (bzw. der Chef des Hauptstabes der NVA) in Personalunion Sekretäre der Nationalen Verteidigungsräte. Stellvertreter des Oberkommandierenden der Vereinten Streitkräfte sind ferner die Oberbefehlshaber der in Osteuropa stationierten sowjetischen Streitkräfte.

Im Vereinten Kommando sind ferner Stabsoffiziere aus allen Signatarstaaten tätig.

Die Zivilangestellten im Vereinten Kommando haben offiziell den Status von internationalen Beamten.

Nach Artikel 4 der Bekanntmachung über die Ratifikation vom 24. April 1973 über die Rechtsfähigkeit, die Privilegien und Immunitäten des Stabes und der anderen Führungsorgane der Vereinten Streitkräfte der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages (75) ist das Vereinte Kommando des WP Völkerrechtssubjekt. Seinen Mitgliedern werden die gleichen Privilegien zuerkannt wie Diplomaten.

Das Vereinte Kommando wiederum unterhält bei den Verteidigungsministerien der Signatarstaaten Verbindungsstellen ("Vertreter des Vereinten Kommandos"). Die Leiter der Verbindungsstäbe sind ausschließlich sowjetische Stabsoffiziere (76).

"Als Oberste Führungsinanz der im Warschauer Vertrag brüderlich verbundenen sozialistischen Armeen wurde das Vereinte O. geschaffen. Das O. erfüllt seine Aufgaben auf der Grundlage der Beschlüsse der politischen Führung des Staates -(Koalition) ." (77).

Die Führungsgliederung und Führungsorganisation des Vereinten Kommandos ist bisher in allen westlichen und östlichen Arbeiten über den WP nicht dargestellt worden. So ist beispielsweise unklar, ob die Vereinte Ostseeflotte ein selbstständiges Oberkommando bildet oder dem Vereinten Kommando als Kommando unterstellt ist.

Eine herausragende Stellung im Vereinten Kommando hat der Oberkommandierende. Er bestimmt die Ausbildungsrichtlinien in Form von Festlegungen, ordnet die Durchführung von Manövern, Stabs- und Kommandoübungen usw. an.

"Auch in den folgenden Jahren erhielt die Tschechoslowakische Volksarmee über das Vereinte Kommando der Streitkräfte des Warschauer Vertrages Dienstvorschriften, Handbücher und technische Dokumentationen." (78).

Der Oberkommandierende des Vereinten Kommandos kann beim Ausbruch weltpolitischer Spannungen -unter Einschaltung des Komitees der Verteidigungsminister- für die Gesamtstreitkräfte oder für Teilbereiche (z.B. für die Armeen der Ersten Strategischen Staffel) Maßnahmen zur erhöhten Gefechtsbereitschaft auslösen (79). Hierzu zählen für die mobilen Verbände (insbesondere der Ersten Strategischen Staffel) die Verhängung von Urlaubssperren, Einberufung der Reservisten der Kategorie I innerhalb von vier Stunden und die Leitung von Bereichen der zivilen Verwaltung unter kriegsmäßigen Bedingungen. Bei einer weiteren Verschärfung der internationalen Lage wird auf Weisung des Ober-

kommandieren von den Ministern für Nationale Verteidigung der Teilnehmerstaaten die Überprüfung der Reservisten und die Überprüfung der Landesverteidigung angeordnet. Für die Streitkräfte des WP waren beispielsweise vom 23. Oktober bis zum 12. November 1962 (Kubakrise) und im August 1968 "besondere Maßnahmen" des WP befohlen worden.

Oberkommandierender der Vereinten Streitkräfte war von Mai 1955 bis Juni 1967 Marschall der Sowjetunion A.A. Gretschko, von Juli 1967 bis November 1976 Marschall der Sowjetunion I.I. Jakubowski; seit Januar 1977 ist es Marschall der Sowjetunion V.G. Kulikow.

c) Der Stab (81) der Vereinten Streitkräfte mit dem Sitz in Moskau ist "das Führungsorgan des Oberkommandierenden der Vereinten Streitkräfte und seit 1969 zugleich Arbeitsorgan des Komitees der Verteidigungsminister". In ihm arbeiten Offiziere, Generale und Admirale als ständige Vertreter der General(Haupt)stäbe aller Armeen der Teilnehmerstaaten des WP (83).

"Der Chef des Stabes wird durch die Regierungen der Teilnehmerstaaten des Warschauer Paktes nach gegenseitiger Absprache aus den Streitkräften eines beliebigen Teilnehmerstaates ernannt... Der Chef des Stabes hat mehrere Stellvertreter, zu denen jeweils ein Vertreter jeder verbündeten Armee gehört." (84). Zu den Vertretern des Chefs des Stabes gehören neben den Chefs der Generalstäbe Polens, der CSSR, Ungarns, Rumäniens und Bulgariens sowie der Chefs des Hauptstabes der NVA (85) auch die Stabschefs der in Osteuropa stationierten sowjetischen Gruppen. Der Chef des Stabes ist stets ein sowjetischer General. Er ist zugleich Erster Stellvertreter des Oberkommandierenden des Vereinten Kommandos (86).

Von 1955 bis 1969 war der Chef des Stabes zugleich Leiter des Sekretariats des Politischen Beratenden Ausschusses. Seitdem erstreckt sich die Tätigkeit des Stabes der Vereinten Streitkräfte auf den militärischen Sektor. Dem Stab kommt bei der Ausbildung im Frieden wie auch im Verteidigungsfall eine zentrale Bedeutung zu. Er ist eine Schaltstelle, die Entscheidungen der sowjetischen militärischen Führung in alle Bereiche der Staaten des WP detailliert weitergibt.

"Der Stab der Vereinten Streitkräfte befaßt sich mit vielen Fragen des Lebens und der Tätigkeit der Truppen und Flotten. Er plant die perspektivischen und jährlichen gemeinsamen Maßnahmen, einschließlich jener der Operationen und Gefechtsausbildung..." "...Eine der wichtigsten Aufgaben des Stabes ist die Vorbereitung und Durchführung gemeinsamer Manöver, Übungen und Kriegsspiele verschiedenen Maßstabes -von operativen-strategischen bis zu Truppen- und Spezialübungen. Große Verantwortung obliegt ihm bei der Verbreitung und Sicherstellung der Sitzungen des Komitees der Verteidigungsminister und des Militärrates sowie bei der praktischen Verwirklichung der dort gefaßten Beschlüsse und Empfehlungen." (87).

Die Chefs der nationalen Generalstäbe (sowie der Chef des Hauptstabes der NVA) sind zugleich Sekretär des Nationalen Verteidigungsrates, d.h. sie leiten im nationalen Bereich den militärischen General(Haupt)stab und die zivil-militärische Einsatzleitung.

Die in westlichen Darstellungen zu findende Auffassung, daß es sich beim Stab des Vereinten Kommandos um einen supra-nationalen Generalstab (88) handelt, findet in der Arbeitsweise des Stabes keine Bestätigung.

d) Der Militärerrat der Vereinten Streitkräfte wurde als Beratungsorgan zur Führung der Vereinten Streitkräfte auf der Tagung in Budapest 1969 gebildet. Er tritt i.d.R. zweimal im Jahr unter dem Vorsitz des Oberkommandierenden der Vereinten Streitkräfte zusammen. Arbeitsorgan ist der Stab der Vereinten Streitkräfte.

"Westliche Militärexperten haben viel darüber spekuliert, welche Funktionen der im März 1969 beschlossene Militärerrat der Vereinten Streitkräfte übernehmen würde, da sich das Kommuniqué über die Budapester Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses vom 17. März 1969 darüber ausschwiegt." (89). Unverständlich ist, daß selbst das IISS in London davon ausgeht, daß über den Militärerrat "die Weisungen des Paktes in Friedenszeiten an die Streitkräfte der Mitgliedstaaten ergehen und auf dem die osteuropäischen Streitkräfte ihren jeweiligen Standpunkt dem Oberbefehlshaber des Paktes mitteilen." (90).

In der Sowjetarmee gibt es seit über 35 Jahren Militärräte. Sie sind Beratungsgremien, d.h. sie sollen Entscheidungshilfen bei der Erörterung von militärischen Grundsatzfragen liefern. Zugleich soll die Institution des Militärrates die Durchsetzung des Führungsprinzips der Einzelleitung mit kollektiver Beratung dokumentieren (91).

Zu den Aufgaben des Militärrates gehören u.a. die Ausarbeitung von Vorschlägen zur Koordinierung der militärischen Ausbildung und der patriotischen internationalistischen Erziehung in den Armeen des Warschauer Paktes sowie die Vorbereitung von Manövern (92).

"Obgleich die Tätigkeit beratenden Charakter trägt, werden die Empfehlungen des Militärrates in der Regel von allen verbündeten Armeen verwirklicht, denn sie werden kollektiv, unter Beachtung der Meinungen und Interessen aller verbündeten Armeen ausgearbeitet." (93).

Mitglieder des Militärrates sind die Stellvertreter des Oberkommandierenden, d.h. der Chef des Stabes sowie i.d.R. die Stabschefs der sowjetischen Gruppen in Osteuropa (94).

e) Das Technische Komitee der Vereinten Streitkräfte mit dem militärwissenschaftlich-technischen Rat wurde 1969 zur Intensivierung und weiteren Standardisierung der Rüstung und der Militärhilfe geschaffen (95).

"Neben den genannten Organen bestehen das Technische Komitee mit einem militärwissenschaftlich-technischen Rat sowie der Militärerrat des Vereinten Kommandos." (96).

Es handelt sich um ein Leitungsorgan, das eng mit dem Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe zusammenarbeitet.

"Neben dem Stab nimmt die Arbeit des Technischen Komitees der Vereinten Streitkräfte einen bedeutenden Platz ein.

Es löst in der Hauptsache Aufgaben, die mit der Entwicklung und Vervollkommnung der Bewaffnung und Technik sowie mit den koordinierten Anstrengungen der verbündeten Armeen auf den Gebieten der wissenschaftlichen Forschungsarbeit, der Konstruktion und Erprobung zusammenhängen... In den vergangenen Jahren wurde durch das Technische Komitee eine äußerst wertvolle Arbeit von großem ökonomischen Nutzen bei der koordinierten wissenschaftlichen Forschung, der Konstruktion und Erprobung, bei der Ausrüstung der verbündeten Armeen mit Waffen und Technik geleistet." (97). Der Chef des Technischen Komitees ist ein sowjetischer General.

f) Die Vereinten Streitkräfte werden in der militärischen Literatur der Sowjetunion als eine selbständige Institution des WP angesehen (98).

Wie über die Führungsorganisation des Vereinten Kommandos, so gibt es im Westen auch unterschiedliche Meinungen über die dem Oberkommandierenden unterstellten Verbände.

"Unter westlichen Militärexperten wird vornehmlich die Ansicht vertreten, daß Truppenteile der Vereinten Streitkräfte nur im Fall eines allgemeinen Krieges dem Oberkommando der Vereinten Streitkräfte unterstellt werden, während sie in Friedenszeiten dem jeweiligen nationalen Oberkommando unterstehen." (99).

Das IISS macht keine Angaben über die Bereitstellung von Truppenkontingenten im Frieden. Es wird lediglich auf den Kriegsfall verwiesen (100). Nach Friedrich Ruge (101) stehen im Frieden unter dem Vereinten Kommando:

"- alle sowjetischen Truppen in den europäischen Ostblockstaaten,

- starke Kontingente der europäischen Ostblockstaaten,

- sämtliche Streitkräfte der DDR,

- wahrscheinlich sowjetische Kräfte in Westrußland."

Diese Angaben beruhen in einigen Punkten nicht auf gesicherten Erkenntnissen, sondern auf Annahmen. Das gilt auch für die Ausführungen von Friedrich Wiener (102). Allerdings beschränkt er die Bereitstellung der Streitkräfte der DDR auf die NVA.

Aus Darstellungen der Sowjetarmee und der Polnischen Armee ist ersichtlich, daß jeder Staat dem Vereinten Kommando bestimmte Truppenkontingente bereitgestellt hat. Das gilt nicht nur für den Verteidigungsfall, sondern auch im Frieden. Umfang und Ausmaß der Bereitstellung werden vom PBA bestimmt. Für die Festlegungen sind verschiedene Kriterien (Wehrgeographische Fakten der Staaten des Warschauer Paktes) maßgebend, so u.a. die Bevölkerungszahl und die Wirtschaftskraft der einzelnen Mitgliedsstaaten.

"Zu den Vereinten Streitkräften gehören die Landstreitkräfte, die Truppen der Luftverteidigung, die Luftstreitkräfte und die Seekriegsflotten.

Jedes verbündete Land hat für die Vereinten Streitkräfte bestimmte Truppen- und Flottenkontingente bereitgestellt, die hervorragend ausgerüstet und ausgebildet sind. Ihre zahlenmäßige Stärke, ihre Zusammensetzung sowie die Organisation, die Ausrüstung und andere damit verbundene Fragen werden von der Regierung des jeweiligen Staates unter Berücksichtigung der Empfehlungen des Politischen Beratenden Ausschusses und des Oberkommandierenden der Vereinten Streitkräfte in Abhängigkeit von den ökonomischen und militärischen Möglichkeiten des Landes bestimmt. Die in den Vereinten Streitkräften integrierten Truppen und Seestreitkräfte bleiben zugleich den nationalen Verteidigungsministerien unterstellt. Ihr Leben und ihre Tätigkeit werden durch die in den Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages geltenden Gesetze, Bestimmungen und Vorschriften geregelt. Die Verteidigungsministerien der verbündeten Länder tragen die volle Verantwortung für den Zustand, die Ausrüstung, die Gefechtsbereitschaft, die militärische und politische Erziehung des Personalbestandes der Truppen und Flottenkräfte.

Dieser Leitsatz unterstreicht die Souveränität jedes Staates und die praktische Verwirklichung des Prinzips der Achtung und Unabhängigkeit jedes verbündeten Landes. Gleichzeitig haben das Vereinte Kommando, der Oberkommandierende der Vereinten Streitkräfte, der Stab und andere Organe, die mit bestimmten Vollmachten und Rechten ausgestattet sind, die Möglichkeit, ihre Funktionen zur Lösung der die Vereinten Streitkräfte betreffenden militärischen Fragen voll und ganz zu erfüllen." (103).

Ein hoher Bereitstellungsgrad muß aus den Veröffentlichungen der Militärpublizistik der UdSSR und Polens für die Streitkräfte der Ersten Strategischen Staffel geschlossen werden.

Die operativen Verbände der Streitkräfte Polens und der CSSR sind bereits im Frieden dem Vereinten Kommando bereitgestellt. Sie werden aber national (vom Minister für Nationale Verteidigung) geführt.

"Die operativen Truppen bilden ein quantitativ und qualitativ wichtiges Element der Vereinten Streitkräfte des Warschauer Vertrages, das für Handlungen an der äußeren Front vorgesehen ist." (104).

Folgt man den Darlegungen von I.I. Jakubowski, so waren im ersten Jahrzehnt des Bestehens der WVO die einzelnen Kontingente dem Vereinten Kommando unterstellt. Derzeit dagegen werden Kontingente der einzelnen Armeen des WP bereitgestellt (105).

Im Rahmen der Ersten Strategischen Staffel ist -anhand der Aussagen führender Militärs in der Militärpresse und im militärischen Schrifttum- davon auszugehen, daß die operativen Kräfte der CSSR, der DDR und Polens den Weisungen des Oberkommandierenden des WP unterliegen, die dieser im Frieden über die (nationalen) Minister für Nationale Verteidigung durchsetzt.

Die Armeen, die nicht in der Ersten Strategischen Staffel zusammengefaßt sind, dürften dem Vereinten Kommando im Frieden nur bestimmte Kontingente der operativen Verbände bereitgestellt haben. Es kann angenommen werden, daß hierfür vorwiegend ökonomische Gründe ausschlaggebend sind.

Ausschließlich national geführt werden im Frieden im Rahmen der Ersten Strategischen Staffel die territorialen Stäbe

der Streitkräfte und die Wehrverwaltung, insbesondere das Wehrrersatzwesen.

VI. Die Formen und Methoden der Zusammenarbeit der Teilnehmerstaaten des WP sind umfangreich. Sie erstrecken sich nicht nur auf den militärischen Bereich, ebenso dienen sie der wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Integration (106).

"Der Erfahrungsaustausch und die Treffen im Rahmen der Vereinten Streitkräfte bilden einen wichtigen Bestandteil der parteipolitischen Arbeit, auf denen Fragen der ideologischen Arbeit und der Erhöhung der Gefechtsbereitschaft beraten werden." (107).

Die Zusammenarbeit ist eine doppelte: Einmal bilateral zwischen der Sowjetarmee und der NVA bzw. den anderen nationalen Armeen, aber auch bilateral im Rahmen der Ersten Strategischen Staffel (NVA - CVA, NVA - Polnische Armee, CVA - Polnische Armee); zum anderen multilateral im Rahmen des Warschauer Paktes, wobei der Schwerpunkt aber auf der Zusammenarbeit zwischen der Sowjetarmee und einer nationalen Armee liegt.

"Am intensivsten arbeitet die Tschechoslowakische Volksarmee natürlich mit der Sowjetarmee zusammen, die der wichtigste Stützpfiler für die vereinten Armeen des Warschauer Vertrages ist." (108).

1. Die Hauptformen der ständigen Zusammenarbeit, insbesondere im Rahmen der Ersten Strategischen Staffel, sind
 - das Diensthabende System (Luftraumüberwachung, Luftverteidigung, Seeraumüberwachung)
 - die Standardisierung der Waffen,
 - die einheitliche Ausbildung durch gemeinsame Ausbildungs-

ziele (Durchführung von Kriegsspielen, Beratungen, Schulungen leitender Kader der einzelnen Armeen, die Ausarbeitung und Anwendung einheitlicher Unterlagen, die Ausstellung von Lehrmitteln, der Austausch von wissenschaftlicher und Ausbildungsliteratur),

- gemeinsame Manöver (Kommando-, Spezial- und Truppen- oder Flottenmanöver),

- zweiseitige Truppenübungen,

- Truppenübungen im Rahmen des Diensthabenden Systems und der Ersten Strategischen Staffel.

Neben der militärischen Zusammenarbeit entwickelte sich die Zusammenarbeit in der politisch-ideologischen Erziehung: so finden Treffen der Chefs der Polithauptverwaltungen und der Vorsitzenden der Wehrsportorganisationen statt.

Seit 1978 wird vom Vereinten Kommando eine weitgehende Einbeziehung der Paramilitärischen Kräfte in den WP angestrebt, mit dem Ziel, die kasernierten Bereitschaften und die Kampfgruppen (Volksmilizen) im Verteidigungsfall teilweise in die mobilen Streitkräfte einzureihen.

"Laut Wehrgesetz gehören das Nationale Sicherheitskorps und die Volksmilizen nicht zu den Streitkräften, können aber in außergewöhnlichen Lagen in die Streitkräfte eingereiht werden." (109).

Fortschritte im Rahmen der militärischen Integration lassen sich bei der Bewaffnung und Ausrüstung der Volksmilizen in den Staaten des Ostblocks feststellen, deren Streitkräfte zur Ersten Strategischen Staffel gehören.

So sind -im Gegensatz zu den mobilen Streitkräften- die Uniformen der Kampfgruppen der DDR, der ORMÖ in Polen und der Volksmiliz in der CSSR schon weitgehend einheitlich. Die Angehörigen der Kampfgruppen tragen eine steingraue Uniform, die Angehörigen der Volksmiliz einen graublaue Montur. Die Farbe der Montur der Angehörigen der ORMÖ wieder liegt zwischen steingrau und graublau.

Die Zusammenarbeit zwischen den Wehrorganisationen Polens, der CSSR und der DDR hat seit 1978 -so weit aus Berichten zu entnehmen- beträchtlich zugenommen.

Vom 16. bis 20.6.1980 fand in der DDR das Treffen der Vorsitzenden der Wehr- und Sportorganisationen der sozialistischen Länder statt, auf dem die Zusammenarbeit für den Zeitraum 1981 bis 1985 vereinbart wurde. Sie umfaßt u.a. regelmäßig stattfindende Konferenzen, Erfahrungsaustausch zu Fragen der wehrsportlichen Erziehung, die Arbeit der Presseorgane der Wehrsportorganisationen, die materiell-technische Sicherstellung sowie Wehrsportfestivals. Zwischen den Wehr- und Sportorganisationen der Staaten des WP sollen künftig durch bilaterale Vereinbarungen die Freundschafts- und Teilnehmerbeziehungen auf der Ebene der Bezirks- und Grundorganisationen gefördert werden (110).

2. Im Herbst 1961 begannen die Mitgliedstaaten des WP mit gemeinsamen Truppen, Flotten- und Kommandostabsübungen, ferner mit Übungen der Stäbe der Teilstreitkräfte, der Luftverteidigungskräfte, des Rückwärtigen Dienstes und der Nachrichtentruppen (eine erste gemeinsame Truppenübung von Truppen der UdSSR und Bulgarien hatte bereits im Juli/August 1958 stattgefunden). Hierbei werden vornehmlich auf Truppenübungsplätzen oder in Anlehnung an solche Manöverausschnitte durchgeführt, wie z.B. der Angriff aus der Bewegung, Bewegungsfechte, Luftlandungen, das Forcieren von Wasserhindernissen und Panzerangriffe.

Die großen Manöver des WP (111) verlaufen nach einem festen Reglement. Es soll zu einer gemeinsamen Traditionsbildung führen (Traditionen der Armeen des Warschauer Paktes).

VII. Die Entwicklung des Warschauer Paktes steht in unmittel-

barem Zusammenhang mit der Sicherheits-, Außen- und Militärpolitik der Supermacht Sowjetunion, die einmal beeinflusst wird von weltpolitischen Ereignissen, zum anderen von den grundlegenden Veränderungen im Militärwesen. Die historische Entwicklung des WP von 1955 bis 1981 weist drei Abschnitte auf.

1. die Periode von 1955 bis zum Dezember 1960. Sie ist u.a. gekennzeichnet durch die Ereignisse in Polen und Ungarn im Herbst 1956, ferner durch die Bemühungen Chruschtschows um eine militärische Integration des Ostblocks. Im Militärwesen erfolgte -zunächst in der Sowjetarmee- eine umfassende Umrüstung der Streitkräfte, die sich in den Armeen des WP bis 1960 erstreckte.

Die zentrale Rolle für die einheitliche Ausbildung aller Streitkräfte des WP und für die schnelle Standardisierung der Waffen kam -nach sowjetischen Vorstellungen- dem Vereinten Kommando mit dem Oberkommandierenden zu. Der Politische Beratende Ausschuß (PBA) spielte dagegen in diesem Zeitraum nur eine untergeordnete Rolle.

2. die Periode vom Dezember 1960 bis zum März 1969. Dieser Abschnitt wird im sowjetischen Militärwesen charakterisiert durch die Verabschiedung der neuen sowjetischen Militärdoktrin vom Dezember 1960. Sie bildete die Grundlage für die neue sowjetische Militärstrategie. Sie wurde maßgeblich vom sowjetischen Marschall Sokolowski entwickelt. Im Bereich des WP wurden die ersten Manöver des WP durchgeführt, das Diensthabende System der Luftverteidigung aufgebaut, ferner die operativen Verbände der NVA, der Polnischen Armee, der CVA und der sowjetischen Gruppen in der DDR, in Polen und der CSSR zur Ersten Strategischen Staffel zusammengefaßt.

Als Führungsspitze zur Organisation der Landesverteidigung wurde in allen Staaten des WP ein Nationaler Verteidigungsrat geschaffen.

Außenpolitisch fallen in diesen Zeitabschnitt der Bau der Mauer in Berlin, die Kuba-Krise sowie das (erste) Aufbegehren Rumäniens gegen bestimmte Maßnahmen der UdSSR und des WP (1963), die Verabschiedung eines neuen Wehrgesetzes in der UdSSR (1967) sowie der Einmarsch von fünf Armeen des WP in die CSSR (August 1968).

Seit 1960 ist eine Zunahme der Aktivitäten des PBA festzustellen. An den Tagungen, die in kürzeren Abständen als vordem stattfinden, nehmen nun regelmäßig die Generalsekretäre (Erste Sekretäre) der kommunistischen Parteien der Ostblockstaaten teil. Seit Mitte der 60er Jahre ist der PBA das Koordinierungszentrum für die Außenpolitik, Sicherheitspolitik und Militärpolitik des Ostblocks.

In dieser Periode wurden zwischen den einzelnen WP-Staaten bilaterale Verträge der zweiten Generation geschlossen.

3. die Periode vom März 1969 bis zum April 1981. Sie ist gekennzeichnet durch eine teilweise Neugliederung der militärischen und politischen Führungsorgane des WP. Das Vereinte Sekretariat wird zu einem Vereinigten Sekretariat zusammengefaßt. Die Leitung des Sekretariats geht vom Chef des Stabes beim Oberkommandierenden auf einen Generalsekretär über, mithin von einem sowjetischen General auf einen sowjetischen Diplomaten. Die Außenminister bilden das Komitee der Außenminister. Die Verteidigungsminister der Staaten des WP sind seit 1969 im Frieden nicht mehr dem Vereinten Kommando und dem Oberkommandierenden direkt unterstellt, sondern bilden das Komitee der Verteidigungsminister. Seit Abschluß der KSZE-Akte von Helsinki bemüht sich die Sowjetunion um eine straffe Koordinierung der Außenpolitik der Staaten des WP, insbesondere auch im Hinblick auf internationale Gespräche und Verhandlungen zu Fragen der Abrüstung.

Gleichzeitig wurde mit einer allmählichen Einbindung der

paramilitärischen Verbände der Staaten des WP in das militärische Gesamtsystem begonnen. Kennzeichnend ist ferner die Einführung der Sozialistischen Wehrerziehung in allen WP-Staaten, sowie die Unterstellung der Zivilverteidigung unter die Verteidigungsminister. In diesen Zeitraum fallen auch die Vorgänge in Polen (August 1980).

VIII. 1. Die Frage, ob in der militärischen Struktur des WP nicht Besonderheiten und Abweichungen vorkommen, hat im westlichen Schrifttum bisher keine umfassende Würdigung erfahren. Es wurden i.d.R. lediglich die Hegemonialrolle der UdSSR und die Minderstellung der NVA der DDR behandelt. Bei näherer Analyse muß festgestellt werden, daß in bestimmten Bereichen alle Staaten des WP -trotz weitgehend gleicher Grundstrukturen- doch in einigen Bereichen Abweichungen vom Grundmuster aufweisen.

Hierfür sind u.a. zahlreiche Wehrgeographische Fakten der Staaten des Warschauer Paktes maßgebend. Hinzu kommt ferner, daß die marxistisch-leninistische Ideologie nicht die nationalen Ausprägungen in der Gesellschaft, in der Lebensweise, im Lebensstil und in der Sprache verwischen konnte. Eine unterschiedliche Wirtschaftskraft, verbunden mit einem unterschiedlichen Lebensstandard, hat zu einem weiteren Spannungsverhältnis im Bereich des RGW geführt.

2. Die herausragende Sonderstellung im WP nimmt die UdSSR ein. Sie hat im WP nicht nur eine Führungsrolle, sondern sie ist Hegominalmacht. Alle entscheidenden Kommandoposten im Vereinigten Sekretariat (Generalsekretär), im Vereinten Kommando (Oberkommandierender und Chef des Stabes, Leiter des Militärrates, Chef des Technischen Komitees) sind von sowjetischen Offizieren besetzt. Die Sowjetarmee stellt

auch die Leiter der Verbindungsstäbe des Vereinten Kommandos zu den national geführten Kommandos. In allen Staaten des WP -bis auf Bulgarien und Rumänien- hat die UdSSR starke sowjetische Land- und Luftstreitkräfte stationiert. Die UdSSR besitzt als einziger Staat des WP atomare Waffen. Es gibt offiziell kein Mitspracherecht der osteuropäischen Staaten beim Einsatz von atomaren Waffen (112). Die Militärdoktrin, die Militärstrategie, die Taktik, die Truppenführung und die Militärtheorie sind für alle Armeen des Warschauer Paktes ausschließlich abhängig von der militärischen Konzeption der UdSSR.

Die Sowjetunion ist ferner für alle Staaten des WP der Hauptlieferant von Erdöl, Erdgas und Eisenerzen. Die Sowjetunion beansprucht auch offiziell eine "allumfassende Führungsrolle". Nationale Entwicklungen in den Armeen des WP sind nur im Gleichklang mit der Sowjetarmee möglich. Diese Abhängigkeit wird doppelt begründet; einmal mit der militärischen und wirtschaftlichen Stärke der UdSSR, zum anderen mit dem ideologischen Hinweis, die Sowjetunion sei das am weitesten entwickelte Land auf dem Wege zum Kommunismus. Der UdSSR steht mithin im Einklang mit den Gesetzmäßigkeiten der Geschichte die alleinige Führungsrolle im sozialistischen Lager zu.

"Die sozialistische militärische Integration bedingt in allen Bruderarmeen einheitliche Auffassungen über den politischen militärischen Charakter möglicher Kriege und über die Methoden der Koalitionskriegführung. Sie wurden von der sowjetischen Militärwissenschaft begründet und finden über die vom Politischen Beratenden Ausschuss bestätigten Grundsätze zur Organisation der Landesverteidigung Eingang in die einheitliche sozialistische Militärdoktrin. Auf ihrer Basis erläßt jeder Teilnehmerstaat die im Interesse der Ver-

teidigung liegenden Gesetze.

Bei der Ausarbeitung und Weiterentwicklung der einheitlichen Militärdoktrin der Warschauer Vertragsstaaten kommt der Sowjetunion die führende und richtungweisende Rolle zu." (113).

Jede hegemoniale Herrschaft enthält Formen des Imperialismus (114). Nach Friedrich Berber beruht Hegemonie auf machtmäßigen Momenten. Sie schafft ferner Homogenität aller Strukturbereiche (115).

Ein wichtiges Durchsetzungsmittel hegemonialer Bestrebungen ist "die darauf gestützte Behauptung der legitimen Möglichkeiten einer Intervention." (116). Im Gegensatz zu vielen westlichen Auffassungen hat der Völkerrechtler Friedrich Berber überzeugend dargelegt, daß die Hegemonie ein höchst labiles politisches System ist.

"Da die Hegemonie ein labiles politisches System ist, besteht bei ihr sowohl die Gefahr, daß die Führungsmacht die Selbständigkeit der geführten Staaten in stärkerer Weise antastet, so daß ein Übergang zu imperialen Formen eintritt, wie auch die Gefahr der Desintegration, der Erschlaffung der Hegemonie...". (117).

3. Eine Sonderstellung der Polnischen Armee im Rahmen des WP ist schon allein durch die Tatsache gegeben, daß Polen -nach der UdSSR- die stärkste Militärmacht des Ostblocks ist. Im Rahmen der Verteidigungsausgaben steht Polen -nach der DDR- allerdings erst auf dem dritten Platz. Polen zeichnet sich im Rahmen des WP noch durch zahlreiche Besonderheiten aus. Die Streitkräfte Polens heißen nicht -wie in der CSSR, der DDR, Ungarn und Bulgarien- "Volksarmee", sondern "Polnische Armee". Die im Westen gelegentlich ange-deutete Auffassung, Polen habe im Rahmen der Vereinten Ost-

seeflotte gegenüber der Volksmarine der DDR Minderrechte, ist unverständlich (118). - Im Rahmen des WP hat Polen Einheiten für die Friedenstruppe der Vereinten Nationen gestellt (119).

Die polnische Armeeführung hat es verstanden, seit 1969/70 eine umfassende Traditionsbildung für die Streitkräfte zu schaffen, die von allen Bevölkerungskreisen getragen wird. Aufschlußreich ist, daß der sowjetische Marschall Jakubowski in den siebziger Jahren auf die Besonderheiten der Polnischen Armee, insbesondere im Hinblick auf die Traditionspflege hinwies.

"Die Polnische Armee zeigt keine prinzipiellen Unterschiede gegenüber den Armeen der anderen Länder der sozialistischen Gemeinschaft. Es gibt nur einige Besonderheiten, die durch die historischen und nationalen Traditionen des polnischen Volkes und seiner bewaffneten Kräfte bedingt sind." (120).

4. Die CSSR hatte bis 1968 im Rahmen des WP die "Militärhilfe" in afrikanischen Staaten durchzuführen. Nach dem 21. August 1968 wurde diese Sonderrolle offensichtlich der NVA der DDR übertragen. Bei den Verteidigungslasten nimmt die CSSR die vierte Stelle im WP ein.

5. Ungarn konnte nach den Ereignissen vom Oktober/November 1956 zeitweise seine Verteidigungsausgaben einfrieren. Die geringeren Verteidigungslasten, verbunden mit einer Wirtschaftsreform, führten (im Vergleich zu anderen südosteuropäischen Staaten) zu einem Ansteigen des Lebensstandards.

6. Rumänien hat -gegenüber der DDR, Polen, der CSSR und Ungarn- keine sowjetischen Truppen auf seinem Territorium. Die Partei- und Staatsführung hat keine Manöver des WP mehr

auf ihrem Staatsgebiet zugelassen.

Die Große Nationalversammlung unterstrich bereits in einem Beschluß vom 22. August 1968, daß alle Verpflichtungen Rumäniens aus der Mitgliedschaft im Warschauer Vertrag ausdrücklich von ihr gebilligt werden müssen. Das Gesetz über die Organisation der Landesverteidigung der Sozialistischen Republik Rumänien vom 28. Dezember 1972, das in der Präambel die Grundsätze des sozialistischen Internationalismus und der Vertragstreue im Warschauer Vertrag hervorhebt, legt in Artikel 1 Abs. 2 fest, daß sich rumänische Soldaten im Frieden und im Krieg keinem fremden Kommando unterzuordnen haben, es sei denn, die Große Nationalversammlung habe zugestimmt.

Im Anschluß an die Tagung des PBA, im Mai 1980, wies die rumänische Führung auf die Tatsache hin, daß "jede nationale Armee nur unter dem Kommando der betreffenden Partei- und Staatsführung steht und nur auf Beschluß dieser Organe handeln kann, die allein dazu berechtigt sind, die Armeen in einer Aktion zu engagieren, welcher Art diese auch sein möge."

In diesem Zusammenhang sind die Ausführungen des rumänischen Partei- und Staatschefs Nikolai Ceaucescu bemerkenswert, der die steigenden Rüstungsausgaben innerhalb des Warschauer Vertrages und die schrumpfenden Ölreserven des Landes für die schwere Belastung der rumänischen Wirtschaft verantwortlich macht. Bereits auf dem Warschauer-Pakt-Gipfel im November 1978 in Moskau hatte sich Ceaucescu gegen eine Erhöhung der Militärausgaben gewandt. Er setzte sich vielmehr dafür ein, daß die Gelder für die Verbesserung des Lebensstandards in den Partnerländern genutzt werden sollten.

Bedingt durch wirtschaftliche Gegebenheiten ist die Wehrdienstdauer in Rumänien kürzer als in den anderen Staaten

des WP. Die Armee des Landes führt offiziell nicht mehr den Namen "Volksarmee", sondern "Streitkräfte der Republik Rumänien."

7. Bulgarien wiederum hat schon seit über 100 Jahren intensive Bindungen zu Rußland. Seit den sechziger Jahren werden in der Traditionspflege die nationalen Elemente besonders hervorgehoben.

8. Die Stellung der Bewaffneten Kräfte und der Paramilitärischen Organisationen der DDR im Warschauer Pakt wird im westlichen Schrifttum bisher nur aus einer verengten Sicht gesehen, und zwar unter dem Gesichtspunkt einer Minderberechtigung der DDR gegenüber den anderen Armeen des WP. Sie wird u.a. konstatiert in der schon im Frieden wirk-samen Unterstellung der NVA unter das Vereinte Kommando, in der Versagung eines Generalstabes für die NVA, in Bestimmungen des Truppenstationierungsvertrages von 1957 und schließlich in der Festlegung der Beistandspflichten (121). Analysiert man die Rolle, welche die Polnische Armee und die CVA im Rahmen der Vereinten Streitkräfte spielen, so sind derzeit die Argumente der Minderberechtigung der Streitkräfte der DDR in dieser Form längst nicht mehr gegeben. In den fünfziger Jahren mußte die DDR allerdings besondere politische Rücksichten auf Polen und auf die CSSR nehmen. Seit den Ereignissen des Jahres 1956 in Polen und Ungarn, insbesondere aber seit dem Einmarsch von fünf WP-Armeen in die CSSR (21.8.1968), sind diese Vorbehalte und Rücksichtnahmen weitgehend entfallen. Es ist nicht erkennbar, daß die NVA in den Führungsorganen des WP minderberechtigter ist als die übrigen osteuropäischen Armeen. Zur Frage, in welchem Ausmaß die NVA dem Vereinten Kommando

unterstellt ist, muß auf die Ausführungen von Armeegeneral Heinz Hoffmann verwiesen werden, die er im April 1971 vor der SED-Parteihochschule "Karl Marx" machte:

"Der Struktur nach setzt sich die Landesverteidigung aus mehreren Hauptbereichen zusammen:

1. den in die Vereinten Streitkräfte eingegliederten Verbänden und Truppenteilen der Nationalen Volksarmee und
2. den Grenztruppen.

Diese Kräfte, das zeigt schon ihre Zusammensetzung, sind vorgesehen, die Grenzen, die Hoheitsgewässer und den Luftraum der DDR sowie der verbündeten sozialistischen Staaten im engen Zusammenwirken mit der Sowjetunion und den anderen Bruderarmeen zu schützen. Bei einem militärischen Überfall auf die DDR oder anderen Formen imperialistischer Aggressionen haben sie diese zu zerschlagen und den Aggressor auf seinem eigenen Territorium zu vernichten." (122). Aus diesen Darlegungen sowie aus Darstellungen der Abt. Militärpolitik der Gesellschaft Urania (123) ist ersichtlich, daß die Grenztruppen der DDR im Frieden nicht dem Vereinten Kommando unterstellt sind. Stephan Tiedtke (124) weist in seiner Darstellung auf diesen Tatbestand hin, wobei er allerdings meint, daß die NVA in ihrer Gesamtheit in die Vereinten Streitkräfte einbezogen ist.

Aus der Analyse des militärischen Schrifttums der DDR, Polens, der CSSR und der UdSSR läßt sich unschwer feststellen, daß von den mobilen Kräften nur die operativen Verbände der NVA dem Vereinten Kommando unterstellt sind, nicht aber die territorialen Stäbe der NVA.

In offiziellen Darstellungen des Warschauer Paktes wird ferner seit 1969 die Bezeichnung Unterstellung nicht mehr verwandt, sondern der Begriff Bereitstellung (125).

Die DDR hat offiziell keinen Generalstab, sondern einen Hauptstab. Darin läßt sich keine Minderberechtigung der NVA erkennen. Im russischen Militärwesen wurde der Generalstab zeitweise als Hauptstab bezeichnet bzw. die Begriffe Hauptstab und Generalstab wurden synonym gebraucht.

Der Hauptstab der NVA unterscheidet sich nur vom Namen her von den Generalstäben der anderen WP-Armeen. Offensichtlich spielen für die Wahl der Bezeichnung Hauptstab psychologische und propagandistische Momente eine Rolle, wohl nicht zuletzt auch im Hinblick auf die Mitgliedstaaten der NATO (126). Der Truppenstationierungsvertrag von 1957 weist dagegen eine Minderberechtigung der DDR auf. Nach Artikel 18 kann der Oberbefehlshaber der Gruppe der Sowjetischen Streitkräfte in Deutschland nach seinem Ermessen den Ausnahmezustand verhängen. Ferner sind im Stationierungsvertrag sowjetische Truppenbewegungen außerhalb der Standorte nicht geregelt. Bei der Festlegung der Stärke und Dislozierung sowjetischer Truppen wird die DDR nur befragt, während es in den Verträgen mit Ungarn und Polen offensichtlich detaillierte Vereinbarungen darüber gibt. Zudem sind in der DDR mehr sowjetische Divisionen stationiert als in Polen, der CSSR und Ungarn zusammen. Offiziell hat die Sowjetunion dagegen am 11. Juli 1958 auf die Zahlung von Stationierungskosten durch die DDR verzichtet.

Nach dem DDR-Handbuch (127) zeigt die Analyse des Textes des Warschauer Vertrages eine entscheidende Benachteiligung der DDR. Während alle nichtdeutschen Fassungen festlegen, daß die Teilnehmerstaaten selbst Umfang und Zeitpunkt der von ihnen zu leistenden Hilfe (im Beistandsfall) bestimmen, heißt es in der deutschen Übersetzung, daß der von der DDR zugunsten der anderen Mitglieder zu leistende Beistand von diesen bestimmt (Art. 1, Abs. 3) wird. Nach der sozialistischen

Völkerrechtslehre sind bei multinationalen Verträgen grundsätzlich alle ausgefertigten Vertragstexte gleichberechtigt (128). Die DDR könnte sich mithin jederzeit auf den russischen Text berufen.

Analysiert man die Rolle der DDR nicht aus einer verengten Sicht, sondern ganzheitlich, so muß festgestellt werden, daß die NVA in Ausrüstung, Ausbildung und Bewaffnung nach der Sowjetarmee den zweiten Platz im WP einnimmt. Die DDR steht pro Kopf der Bevölkerung im Verteidigungshaushalt an zweiter Stelle im WP. Sie zahlt den höchsten Wehrsold. Im Rahmen der Verpflegung der Truppe nimmt die DDR (nicht zuletzt auch infolge ihrer Wirtschaftskraft) den ersten Platz im WP ein.

In der Ausbildung der paramilitärischen Verbände steht die DDR in Osteuropa an erster Stelle. Das gilt insbesondere auch für die Zivilverteidigung und für den Katastrophenschutz. Will man den sowjetischen Darstellungen folgen, so ist die NVA -im Rahmen der übrigen Armeen des WP- die erste sozialistische Armee.

"Im Unterschied zu den Bruderarmeen einer Reihe von Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages wurde die Nationale Volksarmee der DDR in einer Periode geschaffen, in der in der DDR das Fundament des Sozialismus errichtet wurde. Deshalb entwickelte sie sich von Anfang an als Armee sozialistischen Typs, als Armee der Diktatur des Proletariats, als bewaffnetes Organ des ersten Arbeiter- und Bauern-Staates in der Geschichte Deutschlands.

Die Nationale Volksarmee entstand und entwickelte sich auf der Grundlage der bewährten Leninschen Prinzipien des militärischen Aufbaus." (129).

Im Rahmen der militärgeschichtlichen Forschung steht die DDR im Warschauer Pakt an zweiter Stelle. Das gilt auch

für die Militärwissenschaft und für die Militärtheorie (130). Eine Schlechterstellung der DDR gegenüber den anderen WP-Staaten ist bei der Stationierung der Sowjetischen Truppen in der DDR festzustellen.

Allerdings ergeben sich in der Zusammenarbeit im WP und im RGW besondere politische, wirtschaftliche und militärorganisatorische Probleme nicht nur für die DDR, sondern auch für alle anderen Staaten des WP. Der Warschauer Pakt ist mithin kein monolithischer Block. Die "nationalen Besonderheiten" sollten aber nicht verabsolutiert werden. Die Analyse der politischen und militärischen Führungsorgane läßt erkennen, daß die UdSSR nicht nur die Führungsmacht im WP ist, sondern darüberhinaus eine hegemoniale Rolle ausübt.

Zusammenfassung:

I. Nach dem Zusammenbruch des Deutschen Reiches vom Mai 1945 gab es in Deutschland keine selbständigen Machtfaktoren. Alle Instrumente der Macht waren in den Händen der Besatzungsmächte. Weder in der nationalen Politik noch in der internationalen Politik konnte sich die deutsche Nation in Ermangelung einer gesamtstaatlichen Repräsentation unmittelbar zu Gehör bringen. Einzelpersonlichkeiten, die christlichen Kirchen, später auch die Parteien erhoben wohl ihre Stimme. An den Machtverhältnissen konnten sie nichts ändern. So unterschiedlich die Interessen der Siegermächte auch waren, einig waren sie sich jedoch darin, eine deutsche Hegemonialmacht in Europa zu zerstören.

Die Sowjetunion versuchte, ihren Machtbereich in Mittel- und Südosteuropa militärisch zu sichern und abzurunden.

Die von der SMAD im Bereich der SBZ nach 1945 aufgestellten bewaffneten Kräfte waren zunächst ein Instrument zur Durchführung der revolutionären Gewalt und der Sicherung der Herrschaft der SED. Bis in die Mitte der 50er Jahre waren die kasernierten Einheiten nicht in der Lage, operative Handlungen durchzuführen. Es gab -nach den Erkenntnissen der Militärgeschichte und der Wehrwissenschaften- keine Paulus-Armee. Sowohl die (seit 1946) aufgestellten Polizeitruppen als auch die (seit 1952) formierten paramilitärischen Kräfte waren aber im Nachkriegs-Deutschland -sieht man von

den Besatzungstruppen ab- ein ausschlaggebender Machtfaktor. Die Außenpolitik des Westens konnte diese Tatsache nicht unberücksichtigt lassen.

II. Die Wehrstruktur und das Wehrsystem der DDR entsprechen weitgehend dem sowjetischen Vorbild. Die DDR unterhält -gemessen an der Bevölkerung- mit die kleinste Streitmacht im Rahmen des Warschauer Paktes. Wie Ungarn, so verfügen die Landstreitkräfte der DDR über insgesamt 6 Divisionen (davon 4 Mot.-Schützendivisionen, 2 Panzerdivisionen). Durch die hohe Zahl von Zeitsoldaten, ferner durch eine stetige vor- und nachmilitärische Ausbildung verfügt die NVA über die erforderlichen technischen Kader und über eine große Zahl von einsatzfähigen Reservisten.

In der soldatischen Ausbildung, in der Gesamtausrüstung und bei den Verteidigungslasten nimmt die NVA nach der UdSSR den zweiten Platz im WP ein; in der Unteroffiziers- und Fähnrichsausbildung liegt die DDR an erster Stelle. Bei der Analyse der militärischen Ausbildung muß allerdings berücksichtigt werden, daß etwa ein Viertel der Gesamtausbildung auf die Politschulung entfällt.

Die paramilitärischen Organisationen der DDR haben -gegenüber den territorialen Kräften der anderen WP-Staaten- einen hohen Ausbildungsstand. Das gilt für die Kampfgruppen ebenso wie für die Zivilverteidigung. Die KG bilden zudem zahlenmäßig die größte Streitmacht der DDR. Darüberhinaus gibt es in der NVA eine große Zahl von Zivilbe-

schäftigten. Genaue Angaben hat die DDR bisher nicht veröffentlicht. Die Ausrüstung der bewaffneten Kräfte und der paramilitärischen Organisationen ist weitgehend standardisiert. Das militärische Großgerät liefert die UdSSR.

III. Der strukturelle Einfluß der SED erstreckt sich in den Streitkräften und in den paramilitärischen Kräften bis hinunter zu den Kompanien (bzw. den Hundertschaften). Die Traditionsbildung hat in den Streitkräften einen hohen Stellenwert. "Sozialistische Traditionen" zeigten allerdings keine Prägekraft. Die SED greift deshalb auf einige "vorsozialistische Traditionslinien" zurück. Die Traditionsbildung lief nicht nach einem genau festgelegten Plan ab. Seit 1952 hat die Traditionspflege in der NVA verschiedene Stationen durchlaufen. Die Kasernierte Volkspolizei war zunächst -wie die anderen Armeen des Ostblocks- eine Nachahmung der Sowjetarmee. Nach der im Juli 1952 eingeführten nationalen Geschichtsbetrachtung in der DDR wurden nationale Elemente zugelassen, sofern diese die sogenannte deutsch-russische Waffenbrüderschaft betrafen. Nach 1956 wurde die nationale Geschichtsbetrachtung auf fortschrittliche Persönlichkeiten der deutschen Geschichte erweitert; 1978 dann auf alle fortschrittlichen Elemente in der deutschen Geschichte.

IV. Das Politische System wird bestimmt durch das Machtmonopol der SED. Es gibt keine civil control der Streitkräfte, sondern nur eine Kontrolle durch die Staatspartei. Die Stellung der Nationalen Volksarmee im Herrschaftssystem

der DDR ist seit 1976 -zumindest gegenüber den bewaffneten Kräften des Ministeriums des Innern- stärker geworden. Ein Vorgang, der sich auch in einigen anderen Armeen des Warschauer Paktes beobachten läßt.

Die Militärs bilden in der DDR aber keine in sich geschlossene Interessenvertretung. Sie fühlen sich der Staatspartei verpflichtet.

Der Prozeß der Militarisierung hat praktisch alle Bereiche der Gesellschaft erfaßt.

Bei der Beurteilung der Auswirkungen dieser Maßnahmen muß allerdings berücksichtigt werden, daß die Bevölkerung der DDR die Maßnahmen im Rahmen der SWE als für den Augenblick unausweichlich hinnimmt, diese aber innerlich nicht bejaht. In diesem Zusammenhang muß ferner berücksichtigt werden, daß die Furcht der Bevölkerung vor den verschiedenen Polizei- und Sicherungsorganen längst nicht mehr so groß ist wie vor zehn oder zwanzig Jahren.

V. Der Warschauer Pakt ist mehr als eine Militärallianz. Er stellt den Rahmen für eine umfassende Zusammenarbeit der Signatarstaaten dar. Die Umgestaltungen der politischen und militärischen Führungsorgane 1969 und 1976 sollten die Integration beschleunigen und die militärische Schlagkraft stärken. Sie führten zu einer integrierten Führung, aber noch nicht zur Bildung supranationaler Organe.

Die Sowjetunion nimmt im Paktsystem eine Hegemonialrolle ein. Dennoch ist der WP kein monolithischer Block. Nicht nur nationale Tendenzen, sondern auch Fragen der Lebensweise, des Lebensstils und insbesondere des Lebensstandards führten und führen zu Spannungen im Warschauer Pakt. Eine Minderrechtsstellung der DDR im Rahmen des WP ist nicht festzustellen.

VI. Die Kampfkraft einer Truppe ist wesentlich abhängig von den Entwicklungen in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft. Der Kampfwert moderner Armeen wird bestimmt durch das Produkt der vier Faktoren: Ausrüstung, Ausbildung, Disziplin (Moral) und Truppenführung. Die Ausrüstung und Ausbildung der operativen und territorialen Kräfte der DDR ist den Erfordernissen des modernen Kriegsbildes angepaßt. Die Kampfführung beruht auf der Befehlstaktik, die nur wenig Initiative für die Kommandeure und Unteroffiziere zuläßt. Die Disziplin der Truppe ist schwer zu beurteilen. Sie hängt von verschiedenen Faktoren ab, so von der Lebensweise und Lebenseinstellung der Bevölkerung von der innerlichen Bejahung (oder Ablehnung) des Politischen Systems durch die Wehrpflichtigen sowie vom subjektiven Belastungsempfinden des einzelnen und vom inneren Zusammenhalt der Gruppe. Es ist aber festzustellen, daß die kommunistische Ideologie an Zugkraft in der Jugend verloren hat. Fragen des Lebensstandards beherrschen weitgehend das Denken der Menschen im Ostblock. Die Versuche der kommunistischen Parteien, die marxistisch-leninistische Ideologie in eine "Sozialistische Ethik" umzufunktionieren, zeigen derzeit keine Erfolge.

Anmerkungen

Vorbemerkung

(1) Alexis de Tocqueville hatte in seinem 1835 erschienenen Werk "De la démocratie en Amérique" wohl das Aufstreben der USA und Rußlands zu Weltmächten gesehen, dagegen nicht die Umwälzungen im Gefolge der Entwicklung der Atombombe. Marx, Engels und Lenin haben ebenfalls die vielfältigen Veränderungen, die allein schon durch Existenz atomarer Waffen hervorgerufen worden sind, nicht in ihren theoretischen Arbeiten berücksichtigt.

(2) vergl. hierzu Adelbert Weinstein in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, Frankfurt/Main vom 28.2.1981, S. 1:
"Der Philosoph hat die eingängige Formel geprägt. Karl Jaspers nannte die Atombombe ein grundsätzlich neues Ereignis: "Denn sie führt die Menschheit an die Möglichkeit ihrer totalen Vernichtung durch sich selbst."

(3) vergl. im Anhang das Stichwort: Wehrtechnikgeschichte.

(4) Es sei in diesem Zusammenhang -trotz der qualitativen Unterschiede- auf Begriffe wie teamwork, Arbeitskollektiv und Autorenkollektiv hingewiesen. In der Pädagogik, in der Psychologie, in der Politik und in der Politikwissenschaft hat die Gruppe heute einen ebenso dominierenden Platz erhalten wie in der Forschung, in der Therapie oder im Tourismus (Gruppenreisen). Auch in den Kirchen nimmt die Bedeutung

der Gruppenseelsorge gegenüber der Individualseelsorge zu. Zur Rolle der Gruppe im militärischen Bereich vergl. im Anhang die Stichworte: Kooperative Führung, Wehrpädagogik und Wehrpsychologie.

(5) vergl. hierzu Adelbert Weinstein in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, Frankfurt/Main vom 28.2.1981, S. 1: "Sicherheitspolitik im nuklearen Zeitalter kann sich deshalb nicht auf den Krücken ererbter strategischer Lehren fortbewegen. Sie hat sich an der Substanz der ungewöhnlichen Zerstörungswaffe zu orientieren. Das nukleare Element taugt nur indirekt zur militärischen Nutzung: als Instrument der Drohung. Atomstrategie ist Abschreckung. Ihr Ziel: die Erhaltung des Zustandes des Nicht-Krieges."

(6) vergl. hierzu im Anhang die Stichworte: Abrüstung, Kooperative Rüstungssteuerung, Massenvernichtungsmittel und Rüstungskontrolle.

(7) Stalins Tod (März 1953) und der XX. Parteitag (Februar 1956) bilden u.a. derartige Wendepunkte in der Entwicklung der UdSSR und der um sie gruppierten Staaten.

(8) vergl. hierzu im Anhang das Stichwort: Struktur.

(9) vergl. hierzu im Anhang das Stichwort: Politisches System.

(10) vergl. hierzu im Anhang das Stichwort: Warschauer Pakt.

(11) Hier stellt sich auch die Frage, warum an den Universitäten der Bundesrepublik Wehrwissenschaften und Militärges-

schichte nur an der Westfälischen Wilhelms-Universität in Münster gelehrt werden.

(12) Hier sind zu nennen:

- a) die Veröffentlichungen des Instituts für Strategische Studien in Internationale Strategische Studien in London.
- b) Friedrich Wiener, Die Armeen der Warschauer-Pakt-Staaten.
- c) Thomas M. Forster, Die NVA. Kernstück der Landesverteidigung der DDR.
- d) Peter Gosztony, Zur Geschichte europäischer Volksarmeen.
- e) Freimut Duve (Hrsg.), Die Nationale Volksarmee. Ein Anti-Weißbuch zum Militär der DDR.
- f) Joachim Nawrocki, Bewaffnete Organe in der DDR. Nationale Volksarmee und andere militärische und paramilitärische Verbände.
- g) Peter Jungermann, Die Wehrideologie der SED und das Leitbild der Nationalen Volksarmee vom sozialistischen deutschen Soldaten.
- h) Ullrich Rühmland, NVA in Stichworten.

Die Analysen des Internationalen Instituts für Strategische Studien beschränken sich auf Daten über den militärischen Kräftevergleich. Beschreibungen der Wehrtechnik stehen bei Friedrich Wiener im Vordergrund. Forster stellt daneben ausführlicher die Grenztruppen der DDR und das Grenzsperrsystem dar. Joachim Nawrocki beschreibt den Alltag der Soldaten der NVA und der Grenztruppen anhand von Befragungen von geflüchteten Soldaten der NVA. Peter Jungermann versucht, die Wehrideologie der SED anhand einer einzigen militärhistorischen Abhandlung der DDR aufzuzeigen.

Die unter der Leitung von Freimut Duve stehende Studiengruppe Militärpolitik behandelt nur einzelne Bereiche aus

dem Gesamtkomplex der bewaffneten Kräfte.

Die Studiengruppe arbeitet allerdings auch vielfach mit abgeleiteten Quellen und übernimmt unreflektiert Fakten, die vielleicht bis 1961/62 Gültigkeit hatten, aber schon nicht mehr 1976.

Die Behauptung von Burckhard M. Blanke (im Kapitel: NVA und Innere Sicherheit, S. 150), bei den VP-Bereitschaften handele es sich um politisch besonders zuverlässige Verbände, trifft schon seit Mitte der 60er Jahre in dieser Aussageform nicht mehr zu. Folgt man Blanke, so müßten beispielsweise die kasernierten Verbände des Ministeriums für Staatssicherheit (die zudem noch einem Sonderrekrutierungssystem unterliegen) oder die Fallschirmjäger der NVA im Sinne der DDR-Führung nicht jenen Grad der politischen Zuverlässigkeit haben wie die Angehörigen der VP-Bereitschaften. Derartige Thesen entsprechen nicht (mehr) den Realitäten.

In diesem Zusammenhang seien noch drei Publikationen genannt, deren Verfasser Stabsoffiziere der NATO (bzw. der Französischen Streitkräfte) waren:

Robert Close, Europa ohne Verteidigung.

Guy Doly, Wenn die Russen angreifen.

John Hackett, Der Dritte Weltkrieg, Hauptschauplatz Deutschland.

Diese drei Veröffentlichungen lösten in der Öffentlichkeit und unter den Experten einen Streit aus über die Frage, wieviel "Dichtung" in den Katastrophenschilderungen steckt. Es handelt sich nicht um wissenschaftliche Abhandlungen. Sie bewegen sich aber in den Randzonen der Wehrwissenschaften. Man sollte sie deshalb nicht pauschal als visionäre Schreckensgemälde abtun.

(13) Hans-Georg Gadamer, Lob der Theorie. Festvortrag vor Mitgliedern des Ordens Pour le mérite in Bonn, gedruckt in: Süddeutsche Zeitung, München Nr. 159, 12./13.7.1980, S. 137: "Nur das ist der Gegenstand der Wissenschaft, was die Bedingungen methodischer Erforschbarkeit erfüllt. Das bringt mit sich, daß es um die Wissenschaft Rand- und Grauzonen gibt, die den Bedingungen der Wissenschaftlichkeit nicht voll genügen und dabei trotzdem vielleicht nicht ohne Wahrheitswert sein können."

(14) In der Wehrpublizistik der Bundesrepublik überwiegen bisher Einzelabhandlungen über die bewaffneten Kräfte der DDR, vorwiegend über Teilbereiche der Nationalen Volksarmee und der Kampfgruppen in der DDR. Dabei kamen bisher vergleichsweise Betrachtungen mit anderen Armeen des Warschauer Paktes zu kurz.

(15) vergl. hierzu im Anhang die Stichworte: Militärische Termini und Militärische Terminologie.

(16) vergl. hierzu im Anhang die Stichworte: Militärwesen und Wehrwesen.

(17) vergl. hierzu im Anhang die Stichworte: Bundeswehr und Heeresstruktur.

(18) vergl. hierzu im Anhang das Stichwort: NATO.

(19) vergl. hierzu im Anhang die Stichworte: Geschichte, Gesellschaft, Militärgeschichte, Militärpolitik, Politik, Politikwissenschaft, Sozialwissenschaften und Wehrgeschichte.

(20) vergl. hierzu im Anhang das Stichwort: Struktur.

(21) vergl. hierzu im Anhang das Stichwort: DDR-Forschung.

(22) Allgemein ist festzustellen, daß die DDR kurz vor und nach der KSZE-Konferenz von Helsinki eine größere Anzahl von militär-politischen Publikationen veröffentlicht hat als etwa im Zeitraum von 1952 bis 1968 - vergl. hierzu auch im Anhang weitere Ausführungen unter den Stichworten: Militärpublizistik, Öffentlichkeitsarbeit und Wehrpublizistik.

(23) vergl. hierzu im Anhang das Stichwort: Rechtsbestimmungen der bewaffneten Kräfte.

(24) Zur Problematik von Aussagen von NVA-Flüchtlingsen hat Peter Jungermann ausführliche Darlegungen gemacht in: Die Wehrideologie der SED und das Leitbild der nationalen Volksarmee vom sozialistischen deutschen Soldaten, Stuttgart 1973, S. 27.

(25) Der Dekan der Philosophischen Fakultät der Westfälischen Wilhelms-Universität hat mit Schreiben vom 30.10.1980 genehmigt, daß Teile des lexikalischen Anhangs (Buchstabe A bis höchstens Buchstabe L) aus Gründen der Platzersparnis im Druck eingereicht werden können.

Die Herstellerfirma für Photosatzpapier hat im Verlauf des Druckes die Qualität des Photosatzpapiers (um Silberverbindungen einzusparen) geändert. Die geringen farblichen Abweichungen sind nur im Original der Arbeit sichtbar, dagegen nicht in den Kopien.

Erster Teil

(1) Es erscheint unverständlich, daß in den vorliegenden westlichen Abhandlungen der begrifflichen Abgrenzung zwischen den einzelnen Bewaffneten Kräften und den Paramilitärischen Verbänden nur wenig Aufmerksamkeit geschenkt wird.

(2) vergl. hierzu: Militärlexikon, Berlin (Ost) 1973, Stichwort: Bewaffnete Kräfte;

- IX. Parteitag der SED, Programm der SED, Berlin, S. 64 zit. nach: Staatsrecht der DDR, Berlin (Ost) 1978, S. 283;
- NVA in Stichworten, Bonn 1977, Stichwort: Bewaffnete Kräfte.

(3) Verwaltungsrecht, Lehrbuch, Berlin (Ost) 1979, S. 27.

(4) vergl. hierzu: Militärmedizin, Berlin (Ost) 1978, S. 44.

(5) Im Westen steht eine genaue Abgrenzung des Begriffs paramilitärische Verbände noch aus.

Das Institut für Internationale Strategische Studien in London (IISS) verstand in seinen Arbeiten unter den paramilitärischen Verbänden zunächst allgemein diejenigen militärischen Einheiten, die nicht dem Verteidigungsminister unterstanden und zugleich auch nicht Vollzugspolizeien waren. Inzwischen dient dem IISS offenbar der Stand der militärischen Ausrüstung als Charakteristikum für die paramilitärischen Verbände. Danach sind alle Kräfte, die nicht den operativen Kräften zugerechnet werden, paramilitärische Verbände. So werden zu den paramilitärischen Verbänden alle Truppen, Milizen und Truppenpolizeien gerechnet.

Dabei ist es gleichgültig, ob diese Verbände kaserniert oder nicht kaserniert sind und von wem sie geführt werden, die später als die Vollzugspolizeien ausgerüstet sind. Hierunter fallen -nach dem IISS- u.a. die Carabinieri in Italien, die staatlichen Gendarmerien in Frankreich und Belgien, die Zivilgarde in Spanien und die Nationalgarde in Griechenland. In der Bundesrepublik Deutschland werden die Bereitschaftspolizeien der Länder sowie der Bundesgrenzschutz -auf Grund ihrer rein vollzugspolizeilichen Ausrüstung- nicht (bzw. nicht mehr) zu den paramilitärischen Verbänden gerechnet.

Im Bereich des Warschauer Paktes werden vom IISS zu den paramilitärischen Verbänden die Grenztruppen, die Sicherheitstruppen (ohne Vollzugspolizei) und die Volksmilizen (Kampfgruppen) gerechnet. Allerdings sind in den Darstellungen des IISS auch einige Abweichungen von diesen Grundsätzen feststellbar.

So werden die Bautruppen Bulgariens den paramilitärischen Verbänden zugerechnet, die (unbewaffneten) Bautruppen der DDR dagegen den operativen Streitkräften. Die Luftverteidigung wird unter den Luftstreitkräften zusammengefaßt. Die Zivilverteidigung wird in den Darstellungen des IISS im Bereich des Warschauer Paktes nur für die UdSSR genannt (und hier zu den paramilitärischen Verbänden gerechnet), in den anderen Armeen dagegen überhaupt nicht erwähnt, obwohl der ZV in den Armeen des Warschauer Paktes der Rang einer Teilstreitkraft zugebilligt wird. Die Wehrorganisationen des WP zur vor- und nachmilitärischen Ausbildung werden ebenfalls nicht erwähnt. Das gilt ferner für die Zivilbeschäftigten. Ihre Zahl dürfte in vielen Armeen der Industriestaaten eine Stärke von einem Drittel der Friedenspräsenzstärke der operativen Kräfte ausmachen. Im Kriegsfall dürften in zahlreichen Staaten die Zivilbe-

schäftigten den Kombattantenstatus erhalten. Von den Zivilangestellten wird nicht nur ein großer Teil der Logistik abgewickelt, sondern die Wartung und Reparatur von Großkampfergerät der operativen Kräfte geschieht in zahlreichen Armeen, wenn auch in einem unterschiedlichen Umfang und Ausmaß, durch Zivilbeschäftigte.

(6) Obwohl die Bedeutung der Zivilbeschäftigten für die Einsatzbereitschaft der Streitkräfte ständig zunimmt, gibt es kaum Darstellungen zu diesem Bereich.

(7) vergl. Horst Kühne, Revolutionäre Militärpolitik 1936 - 1939. Militärpolitische Aspekte des national-revolutionären Krieges in Spanien, Berlin (Ost) 1969, SS. 173/174. Als Volksarmee bzw. Nationale Volksarmee werden hier -im Gegensatz zu den Interbrigadisten- die von der Volksfrontregierung aufgestellten regulären Streitkräfte bezeichnet. Zahlreiche weitere Bezeichnungen, die in der DDR gebraucht werden, finden sich erstmals im Zuge des Einsatzes der Interbrigadisten in Spanien sowie bei den Bemühungen um die Bildung von Volksfrontregierungen in westeuropäischen Ländern. So wurde von den deutschen Interbrigadisten ein Deutscher Freiheitssender betrieben; in Paris wurde 1937 unter Leitung der KPD die Organisation "Freie Deutsche Jugend" gegründet.-Alle Minister der drei Sicherheitsministerien der DDR (Hoffmann, Dickel und Mielke) waren u.a. Mitglieder der Internationalen Brigaden.

(8) So wurde beispielsweise im Aprilheft 1981 der angesehenen Zeitschrift "Europäische Wehrkunde" (SS. 162/163) laufend von der Polnischen Volksarmee -anstelle von Polnischer Armee- gesprochen.

(9) Einige wenige Ausnahmen gibt es von der Regel. So wird im rein militärischen Bereich von Wehrkommandos der NVA, vom Wehrdienst, vom Wehrrersatzdienst, vom Wehrdienstverhältnis, von der Wehrdienstordnung und von der Wehrsoziologie gesprochen.

(10) vergl. hierzu im Anhang die Stichworte: Geschichte, Kriegsgeschichte, Militärgeschichte, Militärgeschichtswissenschaft, Wehrgeschichte, Wehrtechnikgeschichte und Zeitgeschichte.

(11) vergl. Weißbücher der Bundesregierung zur Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland und zur Entwicklung der Bundeswehr 1971/72 und 1973/1974.

(12) Bundeswehr und Gesellschaft. Ein Wörterbuch (Hrsg. Ralf Zoll, Ekkehard Lippert, Tjarck Rössler), Opladen 1977, Stichwort: Wehrstruktur.

(13) Dieter Grosser, Politik als Gestaltung der öffentlichen Ordnung in: Politik im 20. Jahrhundert (Hrsg. Hans-Hermann Hartwich), Braunschweig 1977, S. 26.

(14) Peter W. Schulz, Die NVA und die Analyse des politischen Systems der DDR in: Die Nationale Volksarmee. Ein Anti-Weißbuch zum Militär in der DDR (Hrsg. Freimut Duve), Reinbek bei Hamburg 1976, S. 88.

(15) Ernst Richert (Evangelisches Staatslexikon, Stuttgart/Berlin (West) 1975, Stichwort: Warschauer Beistandsorganisation) nennt den WP Warschauer Beistands-Organisation (WBO).

Friedrich Berber (Lehrbuch des Völkerrechts, Band III., München 1977, S. 88) spricht vom Warschauer Pakt im Band II., S. 52 von dem Warschauer Sicherheitspakt.

(16) Zu den bekanntesten vorliegenden westlichen Darstellungen über den WP der letzten zehn Jahre gehören:

- Friedrich Berber, Lehrbuch des Völkerrechts. Band III. München 1977;

- DDR-Handbuch, Hrsg. Bundesministerium für innerdeutsche Fragen, Köln 1979, Stichwort: Warschauer Pakt;

- Thomas M. Forster, NVA. Kernstück der Landesverteidigung der DDR, Köln 1979;

- Jens Hacker, Die Vertragsorganisation des Warschauer Paktes und die Rolle der DDR in: Die Nationale Volksarmee der DDR im Rahmen des Warschauer Paktes. Reihe Bernard und Graefe aktuell, Band 11 - Hrsg. Arbeitskreis für Wehrforschung, München 1980, SS. 9 - 49;

- Ernst Richert in: Evangelisches Staatslexikon, Stuttgart/Berlin (West) 1975, Stichwort: Warschauer Pakt;

- Ullrich Rühmland, NVA in Stichworten, Bonn 1977, Stichwort: Warschauer Pakt;

- Friedrich Ruge, Frieden und Sicherheit in: Informationen zur Politischen Bildung, Bonn Nr. 150/72, SS. 1 - 36;

- Streitkräfte 1979/80. Die "Military Balance" des Internationalen Instituts für Strategische Studien, London. Reihe Bernard und Graefe aktuell. Band 13 - Hrsg. Arbeitskreis für Wehrforschung, München 1980, SS. 37/38.

Zu den im Bereich des WP erschienenen Veröffentlichungen sei an dieser Stelle vorwiegend auf die Arbeit von:

- I.I. Jakubowski, Die brüderlich verbundenen Völker und Armeen, deutsche Übersetzung, Berlin (Ost) 1977.

(17) vergl. hierzu im Anhang das Stichwort: Wehrgeographische Fakten der Staaten des Warschauer Paktes.

(18) Das philosophische Erbe W.I. Lenins und Probleme des modernen Krieges, deutsche Übersetzung, Berlin (Ost) 1974, S. 99.

(19) M.W. Sacharow, Die Streitkräfte der UdSSR, deutsche Übersetzung, Berlin (Ost) 1974, SS. 5/6.

(20) Das philosophische Erbe W.I. Lenins und Probleme des modernen Krieges, deutsche Übersetzung, Berlin (Ost) 1974, S. 103.

(21) Militärlexikon, Berlin (Ost) 1973, Stichwort: Krieg.

(22) Das philosophische Erbe W.I. Lenins und Probleme des modernen Krieges, deutsche Übersetzung, Berlin (Ost) 1974, S. 102.

vergl. auch Wolfgang Müller/Rudolf Oelschlägel, Streitkräfte im Klassenkampf unserer Zeit, Berlin (Ost) 1972.

"Die Erfüllung der historischen Mission der Arbeiterklasse erfordert darum die entschlossene Niederhaltung der gestürzten Ausbeuter. Sie müssen entwaffnet und, wenn sie um ihrer alten Privilegien willen das Land in einen Bürgerkrieg stürzen wollen, mit Hilfe der sozialistischen Streitkräfte gewaltsam niedergeworfen und unterdrückt werden. Eine wesentliche, wenn auch nicht die wichtigste Funktion der sozialistischen Armeen besteht also darin, als besondere Repressionsgewalt des von der Arbeiterklasse geführten werktätigen Volkes gegen eine kleine Minderheit gestürzter Ausbeuter tätig zu sein."

(23) Das philosophische Erbe W.I. Lenins und Probleme des modernen Krieges, Berlin (Ost) 1974, S. 101:

"Die Heranziehung von bürgerlichen Militärspezialisten wurde unter die Kontrolle von Staat und Partei gestellt."

(24) Das philosophische Erbe W.I. Lenins und Probleme des modernen Krieges, deutsche Übersetzung, Berlin (Ost) 1974, SS. 102/103.

(25) Das philosophische Erbe W.I. Lenins und Probleme des modernen Krieges, deutsche Übersetzung, Berlin (Ost) 1974, S. 101.

(26) Gerhard Förster, Kurzer Abriß der Militärgeschichte von den Anfängen der Geschichte des deutschen Volkes bis 1945, Berlin (Ost) 1974, S. 6:

"Die sozialistischen Streitkräfte der DDR sind letztlich das Ergebnis des im weltrevolutionären Prozeß eingetretenen opferreichen Ringens der Volksmassen um eine Armee zur Durchsetzung und zum Schutz des werktätigen Volkes. Die NVA verkörpert alle revolutionären, demokratischen und humanistischen Traditionen des Kampfes der deutschen Arbeiterklasse, der untrennbar mit der internationalen revolutionären Bewegung verbunden ist."

(27) vergl. hierzu: Militärlexikon, Berlin (Ost) 1973, Stichwort: Kampfgruppen der Arbeiterklasse; über die Volksmilizen der CSSR vergl. hierzu: Die Tschechoslowakische Volksarmee, deutsche Übersetzung, Berlin (Ost) 1979, S. 291:

"Bewaffnete Abteilungen der tschechoslowakischen Arbeiterklasse zur Verteidigung der sozialistischen Errungenschaften

und zum Schutz der Interessen des werktätigen Volkes. Sie entstanden in den Februartagen 1948, schützten Betriebe und wichtige Objekte und spielten eine besondere Rolle beim Februarsieg des tschechoslowakischen Volkes und bei der Sicherung des sozialistischen Aufbaus... Volksmilizabteilungen bestehen in den den Betrieben. Sie sind eine demokratische Form der Bewaffnung und militärische Ausbildung des Volkes. Sie führen Ausbildungs- und Ordnungsdienst durch. Ihre Uniform ist graublau."

(28) Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik - Dokumente/Kommentar - Bd. 1, Berlin (Ost) 1969, SS. 305/306.

(29) zitiert nach Willmann/Eyermann, Mensch, Mut und Mach, (Bildband), Berlin (Ost) 1971, S. 8.

(30) I.I. Jakubowski, Die brüderlich verbundenen Völker und Armeen, deutsche Übersetzung, Berlin (Ost) 1977, S. 259.

(31) Wolfgang Müller/Rudolf Oelschlägel, Streitkräfte und Klassenkampf unserer Zeit, Berlin (Ost) 1972, S. 27.
vergl. hierzu auch: Rolf Leuschner, Wehrdienst. Warum? Wann? Wo? Wie?, Berlin (Ost) 1974, S. 20:

"Durch ihre friedenserhaltende Mission tragen sie nicht nur zur Stärkung des sozialistischen Weltsystems bei, sondern schaffen auch günstige Bedingungen für die Befreiungsbewegung der Völker."

(32) Alwin Loose/Lothar Glaß, Wehrmoral und Soldatenethos im Sozialismus, Berlin (Ost) 1975, S. 105.

(33) Ein umfangreiches Schrifttum zum "Feindbild" und zur "Erziehung zum Haß" ist abgedruckt bei Thomas M. Forster, Die NVA. Kernstück der Landesverteidigung der DDR, Köln 1979, S. 83 Anm. 29.

Zweiter Teil

(1) Peter Gosztony gliedert z.B. (in seiner Darstellung: Zur Geschichte der europäischen Volksarmeen, Bonn-Bad Godesberg, 1976, SS. 10/11) die militärhistorischen Entwicklungen in Polen, der CSSR, Ungarn, Rumänien und Bulgarien nach 1945 in vier Etappen.

(2) Militärpolitik für Sozialismus und Frieden, Berlin (Ost) SS. 3/4. Es werden folgende Etappen unterschieden:

- Der Vereinigungsparteitag der SED zur Rolle der Gewalt und die Sicherheitspolitik der marxistisch-leninistischen Partei (1946).

- Organisierung des bewaffneten Schutzes der Arbeiter- und Bauernmacht an der Seite der Sowjetarmee (1949 bis 1955).

- Aufbau des militärischen Schutzes der DDR innerhalb der sozialistischen Verteidigungscoalition (1955/56 bis 1961).

- Ausbau des militärischen Schutzes der DDR im erstarken- den kollektiven Verteidigungsbündnis der Warschauer Staaten (1961 bis 1971).

- Vervollkommnung des militärischen Schutzes der DDR im Prozeß der weiteren Vereinheitlichung der Verteidigungs- organisation des Warschauer Vertrages (seit 1971).

(3) vergl. hierzu: Militärpolitik für Sozialismus und Frieden, Berlin (Ost) 1976, S. 8.

Nach Lenin ist die Machtfrage die Grundfrage der sozialistischen Revolution und des sozialistischen Aufbaus, die Lösung der Machtfrage aber entscheidend die Lösung der Militärfrage verlangt.'

(4) Die offizielle Bezeichnung für die Streitkräfte der UdSSR lautete bis zum März 1946 Rote Armee, danach Sowjetarmee. Die Volkskommissariate für Verteidigung und für die Seekriegsflotte wurden am 25.2.1946 zu einem Volkskommissariat für die Streitkräfte zusammengefaßt, das kurz darauf in Ministerium für die Streitkräfte umbenannt wurde. Seit 1953 führt es die Bezeichnung Ministerium der Verteidigung der UdSSR. Das staatliche Verteidigungskomitee war am 4.9.1945 aufgelöst worden. 1945/46 wurde die Zahl der Militärbezirke von 33 auf 21 reduziert. Gleichzeitig wurden Luftverteidigungsbezirke gebildet. Die Streitkräfte der UdSSR in der SBZ, Österreich, Polen, Ungarn und Rumänien wurden 1945 in Gruppen der Sowjetischen Streitkräfte zusammengefaßt. Aus der Tschechoslowakei und aus Bulgarien wurden die Verbände der Roten Armee (bis auf die Berater) bis Ende 1945 abgezogen. Im Juli 1946 hatte die Rote Armee 12 Millionen unter Waffen. Davon wurden bis Ende 1948 etwa 3,8 Millionen Mann demobilisiert.

(5) Der sowjetische Angriff gegen die Mitte Deutschlands erfolgte zwischen dem 16. und 22. April 1945 durch drei Fronten (Heeresgruppen). Die 1. Weißrussische Front unter dem Befehl von Marschall Shukow hatte eine Gefechtslinie, die sich von Eberswalde bis südlich Frankfurt/Oder erstreckte. Die 1. Bjelorussische-Front trat am 16. April von den bereits Anfang Februar 1945 ausgebauten Oderbrückenköpfen Küstrin-Kietz und Görlitz gegen die von der

9. deutschen Armee gehaltene Verteidigungsstellung (Hardenbergstellung) an. Am 19.4. gelang den Sowjets der entscheidende Durchbruch. Mit den Schwerpunkten Wriezen und Müncheberg stießen die Sowjets nach Berlin vor.

An die 1. Weißrussische Front schloß sich von Fürstenberg/Oder bis Görlitz in Niederschlesien die 1. Ukrainische Front unter Marschall Konjew an. Diese Heeresgruppe konnte am 16./17. 4.1945 zwischen Guben und Forst in der Niederlausitz die schwachen Linien der 4. deutschen Panzerarmee durchbrechen und zu schnellen und tiefen Panzerstößen ausholen. Am 25. April trafen sich Verbände der 1. Ukrainischen Front bei Torgau an der Elbe mit amerikanischen Truppen. Am gleichen Tag vereinigten sich bei Nauen im Osthavelland Verbände der 1. Weißrussischen und der 1. Ukrainischen Front. Damit war die Reichshauptstadt eingeschlossen. Am 24. April 1945 hatten Truppen der 1. Ukrainischen Front ferner Potsdam, Brandenburg/Havel und Golzow/Zauche erreicht. Im gleichen Zeitraum wurden Verbände der 9. deutschen Armee zwischen Frankfurt/Oder, Lübben, Lübbenau, Teupitz, Halbe und Märkisch-Buchholz eingeschlossen. Teile der 1. Ukrainischen Front mußten am 27./28. April im Raum Wiesenburg, Belzig, Brück, Treuenbrietzen, Golzow, Kloster Lehnin bis kurz vor Ferch am Schwielochsee und Halbe vor der 12. deutschen Armee (unter General Wenck) zurückweichen. Am 28. April gelang es der 9. deutschen Armee bei Halbe, für Stunden den sowjetischen Einschließungsring zu durchbrechen. Etwa 30.000 Mann der 9. Armee konnten bei Beelitz von der 12. Armee aufgenommen werden. Etwa 22.000 deutsche Soldaten fielen zwischen Halbe und Märkisch Buchholz (sie fanden auf dem zunächst von der Ev. Kirche angelegten Soldatenfriedhof bei Halbe ihre letzte Ruhestätte); etwa 70.000 Mann gingen in sowjetische Gefangenschaft.

Allerdings kam es zwischen der 1. Ukrainischen Front und der 1. Weißrussischen Front auch zu zahlreichen Friktionen (so u.a. in Brandenburg-Görden). Die 1. Ukrainische Front wurde in den ersten Maitagen 1945 aus dem Kampfraum Berlin und Brandenburg völlig gelöst und in einigen Teilen Sachsens (Dresden) und in der Tschechoslowakei eingesetzt. Die dritte sowjetische Heeresgruppe, die in die "Berliner Operation" am 22.4.1945 eingriff, war die 2. Weißrussische Front unter Marschall Rokossowski. Ihr Gefechtsbereich erstreckte sich von Eberswalde bis Stettin. Am 26. April wurden die schwachen Linien der 3. deutschen Panzerarmee bei der uckermärkischen Tabakstadt Schwedt/Oder und Gartz durchbrochen. Von der uckermärkischen Hauptstadt Prenzlau aus stießen die sowjetischen Truppen in Richtung Vorpommern, Mecklenburg, Prignitz und Ruppin vor. Im Gegensatz zur 1. Weißrussischen Front und zur 1. Ukrainischen Front verfügte die 2. Weißrussische Front in der Mehrzahl über starke Kavallerieverbände. Im Frühjahr 1946 wurden die Verbände der 2. Weißrussischen Front abgezogen und durch Einheiten der 1. Weißrussischen Front ersetzt. Jeder sowjetischen Heeresgruppe war Ende April 1945 eine Gruppe der Beauftragten des ZK der KPD zugeordnet.

(6) z.B. in Brandenburg/Havel. Hier trug die vom sowjetischen Militärkommandanten eingesetzte Stadtwacht (später Stadtpolizei genannt) zunächst Zivil, dann feldgraue Uniformteile mit schwarz-weiß-roter Armbinde.

(7) Siegfried Schulze, Die Bildung der Landes- und Provinzialverwaltungen, ihre Tätigkeit zur Herausbildung der antifaschistisch-demokratischen Staatlichkeit -am Beispiel der Provinzialverwaltung Mark Brandenburg 1945 bis

Frühjahr 1946 in: Revolutionärer Prozeß und Staatsentstehung, Berlin (Ost) 1976, S. 79.

(8) vergl. Stefan Doernberg. Die Geburt eines neuen Deutschland, Berlin (Ost) 1959, S. 170.

(9) Max Opitz, Die Schritte im Aufbau der Deutschen Volkspolizei in Dresden, in: Wir sind die Kraft, Berlin (Ost) 1959, SS. 293-301.

(10) Autorenkollektiv des Militärgeschichtlichen Instituts der DDR, Militärpolitik für Sozialismus und Frieden, Berlin (Ost) 1976, S. 18.

(11) Hilde Benjamin, Zur Geschichte der Rechtspflege der DDR 1945 - 1949, Berlin (Ost) 1976, Anmerkung 4 zu Abschnitt 1, SS. 323/324.

(12) Die Gemeindeordnungen wurden von den Ländern der SBZ 1947 in Kraft gesetzt; für die Mark Brandenburg z.B. veröffentlicht im Gesetz- und Verordnungsblatt für Brandenburg 1947 II, S. 307.

(13) DDR, Werden und Wachsen, Berlin (Ost) 1974, S. 44.

(14) Günter Milde, Unsere Nationale Volksarmee, Berlin (Ost) 1976, S. 11.

(15) Klassenkampf, Tradition, Sozialismus, Berlin (Ost) 1974, S. 530.

(16) Eine endgültige Entscheidung dürfte Stalin im Herbst 1947 gefällt haben, und zwar unmittelbar nach der Beendigung der bis zum September 1947 erbittert geführten Partisanenkämpfe in einigen Teilen Polens. Nach der Gleichschaltung Polens, des volkreichsten osteuropäischen Landes im Machtbereich der UdSSR, erfolgte 1947 die endgültige Machtergreifung der Kommunisten in Rumänien (Abdankung König Michaels), in Bulgarien und in Ungarn, und zwar mit entscheidender Hilfe der neu aufgestellten Polizei- und Sicherheitstruppen. Die CSSR -ebenfalls wie Polen ein Siegerstaat des Zweiten Weltkrieges- wurde am 20.2. 1948 mit Unterstützung der Sicherheitstruppen und der von der KPTsch aufgestellten Volksmiliz gleichgeschaltet. Im April 1948 erfolgten die ersten Behinderungen im Interzonenverkehr von und nach Berlin durch die Sowjets. In diesem Zusammenhang sei ferner auf die 1947 erfolgte Bildung der Kominform und auf den Abschluß der Friedensverträge zwischen den Alliierten und Bulgarien, Rumänien und Ungarn (und dem damit verbundenen Abzug der westlichen Mitglieder der Kontrollkommissionen) hingewiesen; ferner auf den beginnenden Konflikt zwischen Tito und Stalin. Die Londoner Außenministerkonferenz vom 25. November bis zum 15. Dezember 1947 machte offenbar, daß für die nächste Zukunft in der Deutschlandfrage keine Einigung zwischen den drei westlichen Alliierten einerseits und der Sowjetunion andererseits zu erzielen war. Auf die sowjetische Haltung in der Deutschlandfrage hatten zuvor bereits die Ministerpräsidentenkonferenz von München (5. Juni 1947) und die Konferenz zwischen dem Berliner Bürgermeister Ferdinand Friedensburg und dem Ministerpräsidenten von Thüringen im mecklenburgischen Ahrenshoop (Juli 1947) sowie

die gesamtdeutsche Konferenz der Parteien und Ministerpräsidenten in Berlin-Wannsee (8./9. November 1947) hingewiesen. Als Reaktion auf die sowjetische Haltung war im Juni 1947 der Marshall-Plan verkündet worden. Auf Weisung Stalins rief die SED am 26.11.1947 (einen Tag nach der Eröffnung der Londoner Außenministerkonferenz) zur Bildung eines Deutschen Volkskongresses auf. Er wurde am 6.12.1947 eröffnet. Ziel der sowjetischen Außenpolitik war es offensichtlich, mit Hilfe dieser volksfrontähnlichen Organisation in den drei westlichen Besatzungszonen Fuß zu fassen. Der Volkskongreß sollte in den westlichen Zonen wie ein Magnet wirken. Mit diesen Aktionen hoffte die sowjetische Außenpolitik u.a., einen schnellen Abzug der amerikanischen Truppen aus Europa erwirken zu können.

(17) vergl. Erich W. Gniffke, Jahre mit Ulbricht, Köln 1966, S. 262. Danach wurde das damalige Zentralsekretariat der SED im Frühherbst 1947 durch Walter Ulbricht unterrichtet, daß die SMAD die Aufstellung einer Polizeitruppe vorbereitete. Bemerkenswert erscheint die Tatsache, daß Wolfgang Leonhard (Die Revolution entläßt ihre Kinder, Köln/Berlin (West) 1955), der in der Bundesrepublik vielfach als wichtige Primärquelle für die Zeit von 1945 bis 1947 gilt, keine Hinweise über die VP in der SBZ/DDR macht. Seine politischen Darlegungen bedürfen im Hinblick auf die DDR-Forschung in mancher Hinsicht einer kritischen Überprüfung. So berichtet er beispielsweise von zwei Gruppen von KPD-Funktionären, die Ende April 1945 von Moskau in den Bereich der späteren SBZ eingeflogen wurden. Tatsächlich waren es drei Gruppen.

(18) Militärpolitik für Sozialismus und Frieden, Berlin (Ost) 1976, S. 17.

(19) DDR, Werden und Wachsen, Berlin (Ost) 1974, S. 44.

(20) Militärpolitik für Sozialismus und Frieden, Berlin (Ost) 1976, S. 19:

"So wurden Ausschüsse zum Schutz des Volkseigentums bei der Deutschen Wirtschaftskommission (DWK) und der Zentralen Kontrollkommission gebildet, die sich auf Volkskontrollausschüsse in den Betrieben, Gemeinden, Städten und Kreisen stützten; es wurde eine einheitliche zentrale Polizeiverwaltung geschaffen und Bereitschaften der Volkspolizei aufgebaut. Zudem wurde die Grenze zu den westlichen Besatzungszonen verstärkt gesichert."

(21) Geschichte der Freien Deutschen Jugend, Chronik. Berlin (Ost) 1978, S. 50:

"Oktober (1948) Beginn der feierlichen Übergabe von Waffen an die Bereitschaften der VP durch Arbeiter der volkseigenen Betriebe in Brandenburg (Havel), Lutherstadt Wittenberg, Zwickau und anderen Orten. Damit wird die Verbundenheit zwischen Arbeitern und diesem neuen, zum Schutz der revolutionären Errungenschaften geschaffenen bewaffneten Organ demonstriert."

(22) Klassenkampf, Tradition, Sozialismus, Berlin (Ost) 1974, S. 559.

(23) Sport und Technik, Berlin (Ost) Nr. 3/79, S. 7.

(24) vergl. Klassenkampf, Tradition, Sozialismus, Berlin (Ost) 1974, SS. 587/588:

"Auf Initiative der SED schuf die Volkskammer zum Schutz

der revolutionären Errungenschaften gegen die Anschläge der imperialistischen Reaktionen, der entmachteten Monopolkapitalisten und Großgrundbesitzer und ihrer Gefolgsleute das Ministerium des Innern, das Oberste Gericht, die Oberste Staatsanwaltschaft und das Ministerium für Staatssicherheit. Die Zentrale Kommission für Staatliche Kontrolle wurde dem Ministerpräsidenten unterstellt. Die deutsche Volkspolizei wurde als zentralgeleitetes bewaffnetes Organ integrierender Bestandteil der Staatsmacht. Die Ausbildung der Schutz- und Sicherheitsorgane wurde verbessert. Erhöhte Aufgaben erwuchsen der Grenzpolizei, der an der Seite der Sowjetarmee die Sicherung und Kontrolle der Staatsgrenze der DDR oblag."

(25) vergl. hierzu Militärpolitik für Sozialismus und Frieden, Berlin (Ost) 1976, S. 25:

"Deshalb wurde auf Initiative der Parteiführung der SED im Prozeß der Errichtung der zentralen Staatsmacht in den Volkspolizeibereitschaften und -schulen der im Oktober 1949 gebildeten Hauptverwaltung für Ausbildung (HVA) und der im Juni 1950 geschaffenen Seepolizei mit der Heranbildung von Kadern für Polizeiformationen zum bewaffneten Schutz der DDR begonnen. Die Partei berief bewährte Arbeiterfunktionäre in leitende Dienststellungen. Zu ihnen gehörten die Generalinspektoren Heinz Hoffmann, Heinz Kessler und Waldemar Verner sowie der Chefinspekteur der VP Rudolf Dölling." - Wilhelm Zaisser wird in den offiziellen Darstellungen der DDR nicht erwähnt.

(26) vergl. Günter Milde, Unsere Nationale Volksarmee, Berlin (Ost) 1977, SS. 10/11:

"Nach der Gründung der DDR ergab sich die Notwendigkeit, den bewaffneten Schutz der revolutionären Errungenschaften zu organisieren. Diese verantwortungsvolle Aufgabe übernahm die Deutsche Volkspolizei. In ihr wurden Bereitschaften der Hauptverwaltung für Ausbildung geschaffen."

(27) vergl. hierzu Militärpolitik für Sozialismus und Frieden, Berlin (Ost) 1976, S. 26:

"Erfolgreich entwickelten sich auch die Grenzpolizei, die nach der Staatsgründung größere Aufgaben zur Überwachung und Kontrolle der Staatsgrenze der DDR an der Seite sowjetischer Truppen übernahm, sowie das Ministerium für Staatssicherheit, das im Februar 1950 zum Schutz der Arbeiter- und Bauernmacht vor Anschlägen der imperialistischen Geheimdienste, reaktionärer Agenten- und Terrororganisationen gebildet worden war."

(28) Memorandum des Bundeskanzlers Adenauer über die Sicherung des Bundesgebietes nach innen und außen vom 29.8.1950, abgedruckt in: Sicherheitspolitik der Bundesrepublik Deutschland, Dokumentation 1945 - 1977, Teil I, Herausgegeben und eingeleitet von Klaus von Schubert, Schriftenreihe der Bundeszentrale für Politische Bildung, Band 116 I, Bonn 1977, SS. 79 - 83.

(29) Adenauer wies in dem Memorandum darauf hin, daß die Einzelheiten durch "unseren Nachrichtendienst" erfaßt sind. Dabei handelte es sich nicht um den von General Gehlen geleiteten Nachrichtendienst, der damals noch nicht der Bundesregierung unterstand, sondern um einen Nachrichtendienst, der im Mai 1950 gegründeten "Zentrale für Heimatdienst".

Sie wurde im Oktober 1950 aufgelöst. Die Arbeiten wurden vom Amt Blank (s.d.) weitergeführt.

(30) Thomas M. Forster, Die Nationale Volksarmee, Kernstück der Landesverteidigung der DDR, Köln 1979, S. 27 gibt die Gesamtstärke der Bereitschaften der VP mit 70.000, die der Grenzpolizei mit 18.000, die der Transportpolizei mit 11.500 und die der Wachverbände mit 5.000 Mann an. Allerdings macht Thomas M. Forster keine Angaben über die Herkunft seiner Zahlen. In der Darstellung von 1966/67, S. 34 gibt Forster die Gesamtstärke der KVP folgendermaßen an "rund 60.000 Mann, der Grenzpolizei 16.800, der Transportpolizei 11.000." Es fehlt in der Auflage von 1979 ein Hinweis, weshalb der Autor die Gesamtstärke der Kasernierten Bereitschaften 1979 um 10.000 Mann höher ansetzt, als 1966/67.

(31) Insgesamt überreichte 1952 die UdSSR den Westmächten vier Noten zur Deutschlandfrage (sie datieren vom 10.3. 1952; 9.4.1952; 24.5.1952; 13.8.1952),

(32) Es ist nicht die Aufgabe der Darstellung eine Analyse der Deutschlandnoten der UdSSR vom Frühjahr 1952 zugeben. Der Hinweis von Thomas M. Forster (Die NVA. Kernstück der Landesverteidigung der DDR, Köln 1979, S. 29), daß die Note in der DDR nicht mehr erwähnt wird, ist unzutreffend. Vergl. hierzu: Klassenkampf. Tradition. Sozialismus, Berlin (Ost) 1974, SS. 607/608:

"Im März 1952 unterbreitete die Regierung der UdSSR den Entwurf für einen Friedensvertrag mit Deutschland, der die Chance bot, den Imperialismus zurückzudrängen und in abseh-

barer Zeit die staatliche Spaltung Deutschlands zu überwinden. Der Friedensvertrag sah die Herstellung der staatlichen Einheit Deutschlands auf demokratischer Grundlage, die Festlegung der deutschen Grenzen entsprechend den Potsdamer Beschlüssen, die Entwicklung einer Friedenswirtschaft, die Gewährleistung demokratischer Rechte des Volkes und das Verbot antidemokratischer Organisationen vor. Deutschland sollte verpflichtet werden, sich an keinerlei Militärbündnissen zu beteiligen, die gegen einen Staat gerichtet sind, der Mitglied der Antihitlerkoalition war. Es sollte das Recht erhalten, nationale Verteidigungsstreitkräfte aufzubauen. Über die ökonomische und soziale Struktur Deutschlands sollte das deutsche Volk selbst entscheiden.

Die DDR, die volksdemokratischen Staaten und die demokratischen Kräfte in zahlreichen kapitalistischen Ländern unterstützten die sowjetische Friedensinitiative."

Aufschlußreich ist ferner die Darstellung in: Geschichte der SED. Abriß, Berlin (Ost) 1978, S. 264. Hier wird hervorgehoben, daß die sowjetischen Noten auf die Bitte der SED hin von der UdSSR an die Westmächte abgegeben wurden.

(33) vergl. Geschichte der Freien Deutschen Jugend, Berlin (Ost) 1975, S. 91.

In der Militärgeschichte der DDR findet sich auch die Ansicht, daß der Name Kasernierte Volkspolizei (KVP) erst seit der Zweiten Parteikonferenz der SED (im Juli 1952) eingeführt wurde.

In den westlichen Darstellungen werden vielfach die (1948 gebildeten) kasernierten Bereitschaften als kasernierte Volkspolizei bezeichnet.

(34) vergl. hierzu: Sport und Technik, Berlin (Ost) Nr. 3/79, S. 7.

(35) vergl. hierzu: Klassenkampf, Tradition, Sozialismus, Berlin (Ost) 1974, SS. 614/615:

"Im Sommer 1952 wurden die Bereitschaften der Volkspolizei in die Kasernierte Volkspolizei umgewandelt. Die KVP stellte nach Zielsetzung und Zusammensetzung eine bewaffnete Formation der Arbeiterklasse und ein wichtiges Instrument der Diktatur des Proletariats dar. Ihre Hauptaufgabe war der Schutz der Arbeiter- und Bauernmacht und des sozialistischen Aufbaus gegen konterrevolutionäre Kräfte, Agenten und Diversanten. 80 Prozent der Offiziere entstammten der Arbeiterklasse und der werktätigen Bauernschaft. Zahlreiche Anfangsschwierigkeiten bei der Ausbildung und Erziehung der Kader sowie bei der Bewaffnung und Ausrüstung konnten durch die Hilfe der Sowjetarmee überwunden und gemindert werden. Die Entwicklung der Kampfkraft der KVP war vor allem das Ergebnis ihrer politischen Führung durch die SED, die von den Parteiorganisationen und den im Sommer 1952 gebildeten Politorganen verwirklicht wurde.

Die Aufstellung der KVP war von wichtigen Maßnahmen zur Entwicklung der Wehrbereitschaft der Arbeiterklasse und der gesamten Bevölkerung der DDR begleitet. Anfangs verstand nur ein kleiner Teil der Bürger die Notwendigkeit der Schaffung bewaffneter Kräfte... Die 10. Tagung des ZK der SED im November 1952 eröffnete eine breite Kampagne zur Klärung ideologischer Fragen der Landesverteidigung, insbesondere des Zusammenhangs zwischen den eigenen Verteidigungsanstrengungen, der Stärkung des sozialistischen Weltsystems und der Erhaltung des Friedens. Große Bedeutung maß die SED die Aufklärungsarbeit unter der Jugend bei.

Die Gewinnung klassenbewußter junger Arbeiter für den Dienst in der KVP bildete für Jahre einen Schwerpunkt der politisch-ideologischen Tätigkeit von SED und FDJ. Auf Empfehlung der SED beschloß der Ministerrat im August 1952 die Gründung der Gesellschaft für Sport und Technik (GST). Er entsprach damit dem Ersuchen des IV. Parlaments der FDJ, der Jugend die Vorbereitung auf den Waffendienst zu ermöglichen."

(36) vergl. hierzu: Oberstleutnant Ing. Erwin Allmendinger, Stege, Brücken, Pontons in: Sport und Technik, Berlin (Ost) Heft 5/80, S. 10:

"Von Anfang an half die Sowjetunion unserer Republik bei der Stärkung der Verteidigungskraft. Bereits die Kaser- nierte Volkspolizei - das bewaffnete Schutzorgan der Arbeiterklasse der DDR zu Beginn der fünfziger Jahre - wurde mit den bewährten sowjetischen Pontonparks der Typen LPB und SPB ausgerüstet."

(37) vergl. hierzu: Militärpolitik für Sozialismus und Frieden, Berlin (Ost) 1976, S. 31:

"Große Verdienste bei der Entwicklung der KVP erwarben sich Generalleutnant Heinz Hoffmann, Stellvertreter des Ministers des Innern und Chef der KVP, Generalmajor Rudolf Dölling, Chef der Politischen Verwaltung, Generalleutnant Vincenz Müller, Chef des Stabes, Vizeadmiral Waldemar Ver- ner, Chef der VP-See, Generalmajor Heinz Kessler, Chef der Verwaltung der Aeroklubs. Dank der Sicherung der führenden Rolle der Partei entwickelte sich die KVP erfolgreich zu einem einsatzbereiten bewaffneten Schutzorgan der poli- tischen Herrschaft der Arbeiterklasse."

Auch in dieser Darstellung fehlt der Name Wilhelm Zaisser.

(38) Erst seit 1967/68 wird in Publikationen des Militär-geschichtlichen Instituts der DDR ausführlich auf Einzelheiten der Aufstellung der KVP im Frühsommer 1952 eingegangen.

(39) Sport und Technik, Berlin (Ost) Nr. 3/79, S. 7.
vergl. dazu ferner: Geschichte der Freien Deutschen Jugend, Chronik, Berlin (Ost) 1978, S. 94.

"Auf Antrag eines Initiativkomitees erläßt der Minister-rat der DDR die Verordnung über die Bildung der GST. Er entspricht damit einer Bitte des IV. Parlaments der FDJ (27.-30. Mai) an die Regierung der DDR, die Jugend bei der Schaffung von Entwicklungen zu unterstützen, die es ihr ermöglichen, sich auf die Verteidigung der Heimat vorzubereiten."

(40) Militärpolitik für Sozialismus und Frieden, Berlin (Ost) 1976, S. 30.

(41) In einer offiziellen Darstellung der SED heißt es dazu in: Klassenkampf, Tradition, Sozialismus, Berlin (Ost) 1974, S. 265:

"Getreu ihrer internationalistischen Pflicht halfen die in der DDR stationierten sowjetischen Truppen, den konter-revolutionären Putsch niederzuschlagen. Durch ihr entschlossenes Auftreten durchkreuzten sie die Absicht des Imperialismus, blutige Auseinandersetzungen zu provozieren und diese zum Anlaß für eine militärische Intervention zu benutzen. Die Angehörigen der Sicherheits- und Schutzorgane der DDR traten den Provokationen gemeinsam mit klassenbe-

wußten Arbeitern und anderen Werktätigen standhaft entgegen und sorgten mit dafür, daß ihrem Wüten Einhalt geboten wurde."

(42) Unmittelbar vor dem 17. Juni 1953 hatte der Generaloberst A.A. Gretschko (der spätere sowjetische Verteidigungsminister und Militärtheoretiker) das Oberkommando der GSSD übernommen. Sein Stabschef war S.M. Schtemenko. Unmittelbar nach dem 17. Juni 1953 wurde der Chef des Militärrates der GSSD, A.W. Karainjukow, durch P.J. Jefimow ersetzt.

(43) vergl. hierzu: J.F. Iwanowski, Auf Gefechtsposten. Ein Buch über die Gruppe der Sowjetischen Streitkräfte in Deutschland, deutsche Übersetzung. Berlin (Ost) 1977. S. 78.

(44) vergl. hierzu: Stefan Brant/Klaus Bölling, Der Aufstand. Vorgeschichte, Geschichte und Deutung des 17. Juni 1953, SS. 257 - 266.

(45) Es erscheint unverständlich, daß sich die Zeitgeschichte (s.d.) bisher kaum mit den Ereignissen am 17. Juni 1953 befaßt hat. Schließlich ist in der Bundesrepublik Deutschland der 17. Juni 1953 zwar kein Nationalfeiertag, wohl aber ein Gedenktag. Bei den vorliegenden Darstellungen handelt es sich um publizistische Abhandlungen, die sich nicht als wissenschaftliche Arbeiten verstehen. Es fällt auf, daß in allen Publikationen Hinweise darüber fehlen, in welchen Händen die Kommandogewalt über die GSBD lag. Genannt werden vielfach nur der sowjetische Stadtkommandant von Berlin (Ost), Generalmajor Dibrowa, ferner der Chef des Stabes der GSBD, Generalmajor Iwanow. Oberbefehlshaber der GSBD

war in den entscheidenden Stunden des 17. Juni 1953 der spätere Verteidigungsminister der UdSSR, Marschall Gretscho. Er hatte den Oberbefehl erst kurz zuvor von W.I. Tschuikow übernommen. Stabschef der GSBD war Generalmajor Schtemenko. Er hatte schon 1952 Generalmajor Iwanow abgelöst (vergl. hierzu u.a. auch: I.F. Iwanowski, Auf Gefechtsposten, deutsche Übersetzung, Berlin (Ost) 1977).

(46) Wilhelm Zaisser wurde nach der Erschießung Berias von seinem Posten als Chef des Staatssicherheitsdienstes abgelöst. Seitdem wird der Name von Wilhelm Zaisser in der Politischen Geschichte (s.d.) und in der Militärgeschichte (s.d.) der DDR nicht mehr genannt.

(47) Auch im Zweiten Weltkrieg hatte die Sowjetarmee grundsätzlich die (von Kommunisten) in der UdSSR aufgestellten osteuropäischen Freiwilligenverbände im Verband der sowjetischen Truppen eingesetzt. Dieses Prinzip gilt -nach allen bisherigen Erkenntnissen- auch für die Einsatzführung der osteuropäischen Armeen im Rahmen des Warschauer Paktes.

(48) Nach Thomas M. Forster (Die NVA, Kernstück der Landesverteidigung der DDR, Köln 1979, S. 29) wurden nach dem 17. Juni 1953 12.000 Angehörige der VP entlassen. Forster macht keine Angaben über die Herkunft seiner Zahl.

(49) Ulrich Albrecht (Zum Militär in der DDR, Anstelle einer Einleitung in: Die Nationale Volksarmee, Ein Anti-Weißbuch zum Militär in der DDR; Hrsg. Freimut Duve, Reinbek bei Hamburg 1976, S. 13) vertritt die Ansicht, daß die verlangsamte Aufrüstung der KVP-Luft ausschließlich

eine Folge des 17. Juni 1953 ist. Die wehrtechnischen Probleme werden von ihm nicht berücksichtigt.

(50) Militärpolitik für Sozialismus und Frieden, Berlin (Ost) 1976, SS. 32/33:

"Die Kontinuität der Initiativen der SED zur Verteidigung der DDR fand ihren Ausdruck in dem auf dem IV. Parteitag der SED im März/April 1954 beschlossenen neuen Parteistatut. Erstmals in der Geschichte der deutschen Arbeiterklasse wurde in einem Statut den Mitgliedern die Aufgabe gestellt, "die Werktätigen zur allseitigen aktiven Verteidigung der Heimat, des Staates der Arbeiter und Bauern, gegen alle aggressiven Aktionen ihrer Feinde" zu erziehen und zu organisieren."

(51) vergl. hierzu: Militärpolitik für Sozialismus und Frieden, Berlin (Ost) 1976, SS. 32/33.

(52) Militärpolitik für Sozialismus und Frieden, Berlin (Ost) 1976, S. 42.

(53) GBl. I, S. 232.

(54) vergl. hierzu Hartwig Lüers, Das Polizeirecht in der DDR. Aufgaben, Befugnisse der Deutschen Volkspolizei, Köln 1974.

Die von Lüers aufgestellte These, daß von 1945 bis 1968 in der DDR die landesrechtlichen Polizeigesetze weiterbestanden, ist unzutreffend. Hierfür gibt es auch im Schrifttum der DDR keinen Hinweis. Lüers berücksichtigt nicht, daß die

Polizei der SBZ/DDR die gesellschaftspolitischen Veränderungen vollziehen und sichern sollte.

(55) Allerdings sollten die nationalen Tendenzen in der Traditionspflege auch nicht überhöht dargestellt werden. Grundsätzliche Positionen der Traditionspflege (s.d.) haben sich nach der Geschichtsideologie (s.d.) des Marxismus-Leninismus auszurichten.

(56) Die Partei- und Staatsführung Rumäniens kam z.B. 1961 einer Aufforderung des RGW nicht nach, auf den Aufbau einer eigenen Schwerindustrie zu verzichten.

(57) In der DDR Gedenktag für Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht. An diesem Tage finden seit 1958 Aufmärsche der paramilitärischen Kampfgruppen statt.

(58) vergl. hierzu: Militärpolitik für Sozialismus und Frieden, Berlin (Ost) 1976, S. 28:

"Solange die BRD nicht in das Militärpaktsystem der imperialistischen Mächte einbezogen war und keine formierte Armee besaß, hielt es die SED in Übereinstimmung mit der KPdSU und den anderen marxistischen Bruderparteien für möglich, unter diesen Bedingungen keine regulären Streitkräfte der DDR zu schaffen. Auf diese Weise wurde der Kampf der revolutionären Arbeiterbewegungen und vieler anderer patriotischer Kräfte in der BRD gegen die Aufrüstung unterstützt."

(59) vergl. hierzu: Klassenkampf, Tradition, Sozialismus, Berlin (Ost) 1974, SS. 643/644:

"Im Januar 1956 beschloß die Volkskammer die Bildung der Nationalen Volksarmee. Willi Stoph wurde Minister für Nationale Verteidigung. Der Schutz des sozialistischen Vaterlandes und der Errungenschaften der Werktätigen entsprach den Gesetzmäßigkeiten der sozialistischen Revolution und des sozialistischen Aufbaus... Die NVA dient in enger Waffenbrüderschaft mit der Sowjetarmee und den anderen Armeen der sozialistischen Verteidigungscoalition den Lebensinteressen des Volkes, dem Schutz des Sozialismus und der Sicherung des Friedens an der Westgrenze des sozialistischen Weltsystems. Das wichtigste Kaderreservoir der Nationalen Volksarmee war die kasernierte Volkspolizei. Große Hilfe beim Aufbau der NVA leisteten die sowjetischen Berater, die Erfahrungen der Sowjetarmee und Erkenntnisse der sowjetischen Militärwissenschaft vermittelten. Bei der Schaffung der NVA wandte die DDR das Prinzip der Freiwilligkeit an. Mit der Bildung der NVA wurde die Landesverteidigung der DDR auf- und ausgebaut.

Die führende Rolle der SED war von entscheidender Bedeutung für die Bildung und Festigung der NVA. Die SED schuf rechtzeitig die notwendigen militärpolitischen und ideologischen Voraussetzungen für die Aufstellung von Streitkräften der DDR. Auf der 24. und 25. Tagung des ZK im Jahre 1955 hatte sie die Aufgabe gestellt, den sozialistischen Patriotismus und den proletarischen Internationalismus so zu entwickeln, daß sie sich in bewußter Aktion für den Schutz der DDR und der gesamten sozialistischen Staatengemeinschaft umsetzen."

vergl. ferner: Wilhelm Koenen, Das ganze Deutschland soll es sein, Berlin (Ost) 1958, S. 297:

"Getreu den Verpflichtungen, die sich aus dem Warschauer Vertrag ergaben, beschloß die Volkskammer der Deutschen

Demokratischen Republik am 18. Januar 1956 die Aufstellung nationaler Streitkräfte... Vor der Nationalen Front stand die Aufgabe, die Notwendigkeit der Verteidigungsbereitschaft der Deutschen Demokratischen Republik durch den Aufbau der Nationalen Volksarmee und zugleich den Charakter als Verteidigerin des Friedens allen Bürgern der Deutschen Demokratischen Republik verständlich zu machen."

vergl. hierzu auch: Militärpolitik für Sozialismus und Frieden, Berlin (Ost) 1976, S. 31:

"Große Verdienste bei der Entwicklung der KVP erwarben sich Generalleutnant Heinz Hoffmann, Stellvertreter des Ministers des Innern und Chef der KVP, Generalmajor Rudolf Dölling, Chef der Politischen Verwaltung, Generalleutnant Vincenz Müller, Chef des Stabes, Vizeadmiral Waldemar Verner, Chef der VP-See, Generalmajor Heinz Kessler, Chef der Verwaltung des Aeroklubs. Dank der Sicherung der führenden Rolle der Partei entwickelte sich die KVP erfolgreich zu einem einsatzbereiten, bewaffneten Schutzorgan der politischen Herrschaft der Arbeiterklasse."

(6o) vergl. hierzu: Militärpolitik für Sozialismus und Frieden, Berlin (Ost) 1976, S. 28:

"Solange die BRD noch nicht in das Militärpaktsystem der imperialistischen Mächte einbezogen war und keine formierte Armee besaß, hielt es die SED in Übereinstimmung mit der KPdSU und den anderen ~~marxistischen~~ Bruderparteien für möglich, unter diesen Bedingungen keine regulären Streitkräfte der DDR zu schaffen. Auf diese Weise wurde der Kampf der revolutionären Arbeiterbewegung und vieler anderer patriotischer Kräfte in der BRD gegen die Aufrüstung unterstützt." - Auf S. 43 heißt es:

"Es zeigte sich, wie notwendig und vorausschauend solche Maßnahmen wie der Aufbau kasernierter Polizeitruppen und eigener Offiziersschulen in den vergangenen Jahren gewesen war. Dank der weitsichtigen Politik der Partei vermochte die BRD auch keinen zeitweiligen Gewinn daraus zu ziehen, daß sie beim Aufbau der Bundeswehr auf Hunderttausende kriegserfahrener ehemaliger Offiziere und Unteroffiziere der Hitlerwehrmacht zurückgreifen konnte."

(61) vergl. hierzu: Günter Milde, Unsere Nationale Volksarmee, Berlin (Ost) 1976, S. 12:

"Die Aufstellung der ersten Truppenteile erfolgte am 1. März 1956. Seitdem wird in der DDR der 1. März als Tag der Nationalen Volksarmee feierlich begangen."

(62) vergl. hierzu: Sport und Technik, Nr. 3/79, S. 7.

(63) vergl. hierzu: Militärpolitik für Sozialismus und Frieden, Berlin (Ost) 1976, SS. 45/46:

"Von den 26 Generalen, die mit der Aufstellung und Führung der NVA beauftragt waren, gehörten 18 vor 1933 der Arbeiterbewegung an, 17 hatten am antifaschistischen Widerstand teilgenommen, davon 9 in Spanien und 5 in der Bewegung "Freies Deutschland"... Generalleutnant Heinz Hoffmann, Vizeadmiral Waldemar Verner, Generalmajor Rudolf Dölling und Generalmajor Heinz Kessler bereiteten sich zu dieser Zeit durch ein Studium in der Sowjetunion auf die Übernahme leitender Funktionen vor."

(64) Die Aufgabe des Projekts Glowé auf Rügen durch die Baltische-Rotbannerflotte wurde in westlichen Darstellungen noch nicht ausführlich behandelt. Es bleibt festzuhalten,

daß die sowjetischen Seestreitkräfte offiziell keine Stützpunkte an der Ostseeküste Polens und der DDR unterhalten. Im Gegensatz dazu sind in der DDR starke Land- und Luftstreitkräfte der Sowjetarmee stationiert.

(65) vergl. hierzu: Vorwärts zu weiteren großen Taten zu Ehren eurer roten Flagge! Rede des Ministers für Nationale Verteidigung, Armeegeneral Heinz Hoffmann, anlaßlich der Verleihung des Namens "Volksmarine" an die Seestreitkräfte der Nationalen Volksarmee in: Unsere Volksmarine, Berlin (Ost) 1961, SS. 9 - 17.

(66) Geschichte der Freien Deutschen Jugend, Chronik, Berlin (Ost) 1978, SS. 180/181.

(67) Konew hatt kurz zuvor den Oberbefehl der GSSD von Armeegeneral I.I. Jakubowski übernommen. Nach Beendigung der Operationen am 13.8.1961 wurde Jakubowski der Oberbefehl übertragen.

(68) vergl. hierzu: Neue Berliner Illustrierte, 2. Februar-Ausgabe, 1968.

(69) Zum Einsatz der GSSD und der bewaffneten Kräfte der DDR am 13.8.1961 gibt es im Westen keine umfassenden Analysen.

(70) vergl. hierzu: Sport und Technik, Nr. 3/79, S. 7:
"Kampfgruppen und Einheiten der NVA nehmen mit aktiver Unterstützung sowjetischer Truppen die Staatsgrenze der DDR

unter feste Kontrolle und durchkreuzen damit eine vom Imperialismus seit 1960 intensiv vorbereitete Aktion gegen die DDR." -

ferner: I.F. Iwanowski, Auf Gefechtsposten. Ein Buch über die Gruppe der Sowjetischen Streitkräfte in Deutschland, deutsche Übersetzung, Berlin (Ost) 1977, SS. 80/81:

"Am 12. August 1961 beschloß der Ministerrat der DDR, an der Grenze zu Westberlin eine Kontrolle einzuführen, wie sie an den Grenzen jedes souveränen Staates üblich ist. Diese Maßnahmen wurden im Einvernehmen und auf Vorschlag der Regierungen der Mitgliedsländer des Warschauer Vertrages durchgeführt..."

Die Ereignisse während der "Berlin-Krise" 1961 demonstrierten die Einheit und Geschlossenheit der Länder der sozialistischen Gemeinschaft und ihrer Armeen, das hohe Niveau der politischen, moralischen und psychologischen Vorbereitung der Armeeangehörigen, die ständige Gefechtsbereitschaft der Verbände und Truppenteile der GSSD, die politische Reife und die Bereitschaft, ihre patriotische und internationalistische Pflicht in Ehren zu erfüllen."

(71) vergl. hierzu: Sport und Technik, Nr. 3/79, S. 7:

"Der Zentralrat der FDJ forderte im Aufgebot "Das Vaterland ruft! - Schützt die sozialistische Republik!" alle männlichen Jugendlichen zwischen 18 und 23 Jahren zum Ehrendienst in der NVA auf. 253.061 Jugendliche melden sich freiwillig zum Dienst in den bewaffneten Kräften."

(72) vergl. Sport und Technik, Nr. 3/79, S. 7:

"Die Abgeordneten der Volkskammer beschließen das "Gesetz zur Verteidigung der DDR". In ihm sind alle prinzipiellen Aufgaben zum Schutz des Sozialismus und Friedens wie im Ver-

teidigungszustand verankert." -

ferner: Klassenkampf, Tradition, Sozialismus, Berlin (Ost) 1974, S. 688:

"Das Zentralkomitee der SED und die Regierung der DDR leiteten Maßnahmen ein, um die DDR militärisch weiter zu stärken. Die Volkskammer verabschiedete im September 1961 das Verteidigungsgesetz und im Januar 1962 das Gesetz über die allgemeine Wehrpflicht. Der Ministerrat, der Staatsrat und der Nationale Verteidigungsrat beschlossen, die Ausrüstung der NVA zu modernisieren, die Gefechtsbereitschaft zu erhöhen und die bewaffneten Kräfte sowie die Bevölkerung der DDR auf die Abwehr imperialistischer Provokationen vorzubereiten. Die Rolle der Parteiorganisationen in den bewaffneten Organen wurde weiter erhöht. Im Aufgebot der FDJ zur Stärkung der Landesverteidigung der DDR erklärten sich fast 300.000 Jugendliche bereit, den Ehrendienst in den bewaffneten Organen aufzunehmen. Angesichts der ständigen Provokationen, die von imperialistischen Kreisen und rechten sozialdemokratischen Führern der BRD und Westberlins ausgelöst wurden, baute die DDR ihre Grenzsicherungsanlagen aus."

(73) Im Schrifttum der DDR finden sich bisher keine Hinweise darüber, daß die SED bewußt die Verkündung der allgemeinen Wehrpflicht in der DDR auf den Geburtstag des großen Preußenkönigs legte. Andererseits spielen Gedenktage in der DDR eine nicht zu unterschätzende Rolle. So hätten sich als Termin für die Verkündung der Wehrpflicht der 15. Januar (Gedenktag für Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht) bzw. der 18. Januar (Umbenennung der KVP in NVA) angeboten.

(74) GB1. I Nr. 1 S. 2.

(75) Seit 1964 zählen ferner zum Wehrrersatzdienst der Dienst in den Baueinheiten der NVA.

(76) In der Sowjetunion, der CSSR, in Ungarn, in Polen und in Bulgarien beträgt die Dauer des Grundwehrdienstes in den Landstreitkräften 24 Monate. In Rumänien beträgt die Wehrdienstdauer 16 Monate. Allerdings muß berücksichtigt werden, daß in der DDR der Anteil der Zeitsoldaten höher ist als in den anderen Armeen des WP.

(77) GB1. II Nr. 7, S. 49:

GB1. II Nr. 7, S. 52.

(78) vergl. hierzu: Wolfgang Müller/Rudolf Oelschlägel. Streitkräfte im Klassenkampf unserer Zeit, Berlin (Ost) 1972, SS. 73/74:

"Seit 1962 steht die Entwicklung der NVA voll im Zeichen der Revolution im Militärwesen... Diesem Zweck diente die Eingliederung neuer Waffengattungen - vor allem der Raketen-truppen der Landstreitkräfte - und die Ausrüstung aller Teilstreitkräfte und Waffengattungen mit neuen Typen sowjetischer Waffen und Geräte.

Die Landstreitkräfte der NVA wurden mit modernen Panzern und schwimmbfähigen Schützenpanzerwagen ausgerüstet."

(79) Sie umfaßt die operativen Kräfte Polens, der CSSR und der DDR; ferner die in diesen Ländern stationierten sowjetischen Truppen.

(80) vergl. hierzu: Klassenkampf, Tradition, Sozialismus, Berlin (Ost) 1974, S. 706:

"Gemäß den Beschlüssen der Staaten des Warschauer Vertrages trafen die Führer der SED und die Regierung der DDR Maßnahmen, um die Verteidigungskraft der DDR zu erhöhen. Im November 1963 bestätigte das Zentralkomitee der SED die Instruktion für die Arbeit der Parteiorganisation der SED in der NVA. Der Nationale Verteidigungsrat der DDR beschloß im November 1963 Maßnahmen zur Verbesserung im Bereich des Kommandos der Grenztruppen und der Stadtkommandantur in Berlin... Es wurde eine neue Grenzordnung erlassen. Die politische und militärische Ausbildung der Grenztruppen wurde bedeutend verbessert und der Schutz der Staatsgrenze verstärkt."

(81) vergl. hierzu: Geschichte der Polnischen Armee, deutsche Übersetzung, Berlin (Ost) 1978.

(82) Die Tschechoslowakische Volksarmee, deutsche Übersetzung, Berlin (Ost) 1979, S. 190. - Bemerkenswert ist dabei der Hinweis, daß ein auslösendes Moment der "internationalistischen Hilfe" die Auflösung der Sicherheits- und Wehrabteilung beim ZK der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei durch Alexander Dubcek war.

(83) vergl. hierzu: Zeittafel zur Militärgeschichte der Deutschen Demokratischen Republik 1969 bis 1977, Berlin (Ost) 1979, S. 18.

(84) Die ZV bildet im MfNV eine eigene Hauptverwaltung.

(85) Die Bataillons- und Hundertschaftskommandeure werden weiterhin von der HAK der VP angeleitet. Die Unterführer-ausbildung wurde dagegen im Zeitraum von 1971 bis 1980 in einem ständig wachsenden Umfang von der NVA (im Rahmen von Patenschaftsverträgen) durchgeführt.

(86) Zeittafel zur Militärgeschichte der Deutschen Demokratischen Republik 1969 bis 1977, Berlin (Ost) 1979, SS. 99/100.

(87) vergl. hierzu: R.L. Giles, Die NVA aus der Sicht eines britischen Offiziers in: Die Nationale Volksarmee der DDR im Rahmen des Warschauer Paktes. Reihe Bernard und Graefe aktuell. Band 11 - Hrsg. Arbeitskreis für Wehrforschung, München 1980, SS. 152 - 160.

Dritter Teil

(1) Verfassung der DDR vom 6.4.1968 (GBI. I Nr. 8 S. 199) i.d.F. des Gesetzes zur Ergänzung und Änderung der Verfassung vom 7.10.1974 (GBI. I Nr. 47 S. 425).

(2) Verfassung der DDR - Dokumente/Kommentar, 2. Auflage, Berlin (Ost) 1969. Der im Staatsverlag erschienene Verfassungskommentar ist einer der wenigen Kommentare überhaupt, die in der DDR veröffentlicht wurden. An Gesetzen wurden u.a. kommentiert das Familiengesetz vom 20.12.1965 (GBI. I/66 S. 1). Herausgeber des Kommentars ist das Ministerium für Justiz, Staatsverlag der DDR, 4. Auflage, Berlin (Ost) 1973; das Landeskultugesetz vom 14.5.1970 (GBI. I S. 67), erschienen im Staatsverlag der DDR, Berlin (Ost) 1973; das Gesetz über die örtlichen Volksvertretungen und ihre Organe in der DDR vom 12.7.1953 (GBI. I S. 313) erschienen im Staatsverlag der DDR, Berlin (Ost) 1975.

(3) vergl. hierzu: Staatsrecht. Lehrbuch, Berlin (Ost) 1978, SS. 144/145:

"Auf der Grundlage der Verfassung beschloß die Volkskammer am 18.1.1956 das Gesetz über die Schaffung der Nationalen Volksarmee und des Ministeriums für Nationale Verteidigung (GBI. I S. 81). Dieses Gesetz ist die staatsrechtliche Geburtsurkunde der Streitkräfte des ersten sozialistischen deutschen Staates.

Um den Schutz der Arbeiter- und Bauern-Macht noch wirksamer zu organisieren und zu leiten, beschloß die Volkskammer am 10.2.1960 das Gesetz über die Bildung des Nationalen Verteidigungsrates der DDR (GBI. I S. 89).

Am 13.8.1961 wurden durch die militärische Sicherung der Staatsgrenze der DDR die unmittelbaren Angriffspläne der westdeutschen Revanchisten gegen die DDR durchkreuzt.

Am 20.9.1961 beschloß die Volkskammer das Gesetz zur Verteidigung der DDR -Verteidigungsgesetz- (GBI. I S. 175).

Mit diesem Gesetz wurde die entscheidende rechtliche Grundlage für alle staatlichen, militärischen, ökonomischen und anderen Maßnahmen zur Stärkung der Verteidigungskraft der DDR geschaffen. In § 1 Abs. 2 und 3 des Verteidigungsgesetzes sind die Grundlagen der Verteidigung staatsrechtlich eindeutig fixiert.

In dieser Rechtsnorm kommt in prägnanter Form die Militärpolitik der SED und des sozialistischen Staates zum Ausdruck. In ihr zeigt sich die grundlegende Übereinstimmung von Politik, Landesverteidigung und Recht. Das Verteidigungsgesetz enthält auch den internationalistischen Aspekt der Landesverteidigung. Die DDR ist als souveräner Staat gleichberechtigtes Mitglied des Warschauer Vertrages, und die Nationale Volksarmee ist ein Teil der Vereinten Streitkräfte der Staaten des sozialistischen Verteidigungsbündnisses.

In Wahrnehmung der vollen Souveränitätsrechte und entsprechend den gewachsenen Erfordernissen einer modernen Landesverteidigung beschloß die Volkskammer am 24.1.1962 das Gesetz über die allgemeine Wehrpflicht -Wehrpflichtgesetz- (GBI. I S. 2). Verbunden mit dem auch weiterhin geltenden Freiwilligenprinzip wurde damit ein politisch, militärisch und ökonomisch notwendiges und zweckmäßiges System der Auffüllung der Nationalen Volksarmee geschaffen. Durch die planmäßige und kontinuierliche Ergänzung der Streitkräfte und die systematische militärische Ausbildung der wehrpflichtigen Bürger sind im Interesse

einer wirksamen Landesverteidigung sowohl für die Armee als auch für die Volkswirtschaft günstigere Bedingungen gegeben.

Weitere grundlegende staatsrechtliche Regelungen auf dem Gebiet der Landesverteidigung fixiert die Verfassung der DDR vom 6.4.1968. Das betrifft neben den Artikeln 7 und 8 insbesondere den Artikel 23, der festlegt, daß der "Schutz des Friedens und des sozialistischen Vaterlandes und seiner Errungenschaften... Recht und Ehrenpflicht der Bürger der Deutschen Demokratischen Republik (ist)", und daß "jeder Bürger... zum Dienst und zu Leistungen für die Verteidigung der Deutschen Demokratischen Republik entsprechend den Gesetzen verpflichtet (ist)".

Mit dem Gesetz zur Ergänzung und Änderung der Verfassung der DDR vom 7.10.1974 (GBI. I S. 425) wurden diese verfassungsrechtlichen Regelungen, insbesondere die Art. 7 und 8, präzisiert und weiterentwickelt."

(4) Nachfolgend der Text der wehrverfassungsrechtlichen Artikel der Verfassung der DDR vom 7.10.1974

Artikel 7

1) Die Staatsorgane gewährleisten die territoriale Integrität der Deutschen Demokratischen Republik und die Unverletzlichkeit ihrer Staatsgrenzen einschließlich ihres Luftraumes und ihrer Territorialgewässer sowie den Schutz und die Nutzung ihres Festlandssockels.

2) Die Deutsche Demokratische Republik organisiert die Landesverteidigung sowie den Schutz der sozialistischen Ordnung und des friedlichen Lebens der Bürger. Die Nationale Volksarmee und die anderen Organe der Landesverteidigung schützen die sozialistischen Errungenschaften des Volkes gegen alle Angriffe von außen. Die Nationale Volks-

armee pflegt im Interesse der Wahrung des Friedens und der Sicherung des sozialistischen Staates enge Waffenbrüderschaft mit den Armeen der Sowjetunion und anderer sozialistischer Staaten.

Artikel 8

2) Die Deutsche Demokratische Republik wird niemals einen Eroberungskrieg unternehmen oder ihre Streitkräfte gegen die Freiheit eines anderen Volkes einsetzen.

Artikel 23

1) Der Schutz des Friedens und des sozialistischen Vaterlandes und seiner Errungenschaften ist Recht und Ehrenpflicht der Bürger der Deutschen Demokratischen Republik. Jeder Bürger ist zum Dienst und zu Leistungen für die Verteidigung der Deutschen Demokratischen Republik entsprechend den Gesetzen verpflichtet.

2) Kein Bürger darf an kriegerischen Handlungen und ihren Vorbereitungen teilnehmen, die der Unterdrückung eines Volkes dienen.

Artikel 49

3) Die Volkskammer gewährleistet die Verwirklichung ihrer Gesetze und Beschlüsse. Sie bestimmt die Grundsätze der Tätigkeit des Staatsrates, des Ministerrates, des Nationalen Verteidigungsrates, des Obersten Gerichts und des Generalstaatsanwalts.

Artikel 50

Die Volkskammer wählt den Vorsitzenden und die Mitglieder des Staatsrates, den Vorsitzenden und die Mitglieder des Ministerrates, den Vorsitzenden des Nationalen Verteidigungsrates, den Präsidenten und die Richter des Obersten Gerichts und den Generalstaatsanwalt. Sie können jederzeit von der Volkskammer abberufen werden.

Artikel 52

Die Volkskammer beschließt über den Verteidigungszustand der Deutschen Demokratischen Republik. Im Dringlichkeitsfalle ist der Staatsrat berechtigt, den Verteidigungszustand zu beschließen. Der Vorsitzende verkündet den Verteidigungszustand. •

Artikel 71

2) Der Staatsrat legt die militärischen Dienstgrade, die diplomatischen Ränge und andere spezielle Titel fest.

Artikel 73

1) Der Staatsrat faßt grundsätzliche Beschlüsse zu Fragen der Verteidigung und Sicherheit des Landes. Er organisiert die Landesverteidigung mit Hilfe des Nationalen Verteidigungsrates.

2) Der Staatsrat beruft die Mitglieder des Nationalen Verteidigungsrates. Der Nationale Verteidigungsrat ist der Volkskammer und dem Staatsrat für seine Tätigkeit verantwortlich.

Artikel 74

1) Der Staatsrat nimmt im Auftrage der Volkskammer die ständige Aufsicht über die Verfassungsmäßigkeit und Gesetzlichkeit der Tätigkeit des Obersten Gerichts und des Generalstaatsanwalts wahr.

2) Der Staatsrat übt das Amnestie- und Begnadigungsrecht aus.

Artikel 75

Der Staatsrat stiftet staatliche Orden, Auszeichnungen und Ehrentitel, die von seinem Vorsitzenden verliehen werden.

Artikel 76

1) Der Ministerrat ist als Organ der Volkskammer die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik. Er leitet

im Auftrage der Volkskammer die einheitliche Durchführung der Staatspolitik und organisiert die Erfüllung der politischen, ökonomischen, kulturellen und sozialen sowie der ihm übertragenen Verteidigungsaufgaben. Für seine Tätigkeit ist er der Volkskammer verantwortlich und rechenschaftspflichtig.

3) Der Ministerrat leitet die Durchführung der Außenpolitik der Deutschen Demokratischen Republik entsprechend den Grundsätzen dieser Verfassung. Er vertieft die allseitige Zusammenarbeit mit der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken und den anderen sozialistischen Staaten und gewährleistet den aktiven Beitrag der Deutschen Demokratischen Republik zur Stärkung der sozialistischen Staatengemeinschaft.

Artikel 92, Satz 2

In Militärstrafsachen üben das Oberste Gericht, die Militärobergerichte und die Militärgerichte die Rechtsprechung aus.

Artikel 98

2) Dem Generalstaatsanwalt unterstehen die Staatsanwälte der Bezirke und Kreise sowie die Militärstaatsanwälte.

(5) Verfassung der DDR, Dokumente/Kommentar, Band i, Berlin (Ost) 1969, S. 226.

(6) Der Verfassungskommentar sieht in Artikel 5 Abs. 3 lediglich jede Absage der DDR an eine Notstandsverfassung und an ein Notstandsparlament, da die DDR "durch die Beseitigung des Klassenantagonismus zwischen Ausgebeuteten und Ausbeutern keinen "inneren" Notstand zu befürchten hat, sind ihr "präventive" Notstandsgesetze und die Degra-

dierung der Verfassung zur Fassade verfassungsfeindlicher Willkür fremd." (vergl. Verfassung der DDR, Dokumente/Kommentar, Band 1, Berlin (Ost) 1969, S. 286).

(7) Der Verfassungskommentar erwähnt in der Erläuterung zur Artikel 7 (S. 305) als Instrument der Landesverteidigung ausdrücklich die Kampfgruppen der NVA.

(8) vergl. hierzu: Verwaltungsrecht. Lehrbuch, Berlin (Ost) 1978, SS. 282/283:

"Gemäß Art. 7 Abs. 2 der Verfassung organisiert die DDR die Landesverteidigung sowie den Schutz der sozialistischen Ordnung und des friedlichen Lebens der Bürger. Auf der Grundlage dieser Verfassungsbestimmung wird in Art. 73 Abs. 1 geregelt, daß der Staatsrat grundsätzliche Beschlüsse zu Fragen der Verteidigung und der Sicherheit des Landes faßt und daß er mit Hilfe des Nationalen Verteidigungsrates, der der Volkskammer und dem Staatsrat für seine Tätigkeit verantwortlich ist, die Landesverteidigung organisiert. Im Rahmen der einheitlichen Durchführung der Staatspolitik organisiert der Ministerrat die Erfüllung der ihm übertragenden Verteidigungsaufgaben (Art. 76 Abs. 1). Im Gesetz über den Ministerrat (§ 6) werden ihm dazu konkrete Aufgaben übertragen.

Zur Sicherung und zur Verteidigung der sozialistischen Gesellschafts- und Staatsordnung wurden auf gesetzlicher Grundlage die entsprechenden Schutz- und Sicherheitsorgane des sozialistischen Staates geschaffen. Im Programm der SED ist festgelegt: "Die Nationale Volksarmee, die Grenztruppen der DDR, die Organe des Ministeriums des Innern und des Ministeriums für Staatssicherheit und die

Kräfte der Zivilverteidigung sowie die Kampfgruppen der Arbeiterklasse haben die Pflicht, stets eine hohe Kampfkraft und Gefechts- und Einsatzbereitschaft zum Schutz des Sozialismus und des Friedens sowie zur Gewährleistung der territorialen Integrität, der Unverletzlichkeit der Staatsgrenzen und der staatlichen Sicherheit der Deutschen Demokratischen Republik unter allen Bedingungen zu sichern."

(9) Staatsrecht der DDR. Lehrbuch, Berlin (Ost) 1978, S. 143.

(10) vergl. hierzu: Handwörterbuch des DDR-Rechts, Stichwort: Volkskammer.

(11) Nach Artikel 61 der Verfassung der DDR beraten die Ausschüsse Gesetzesvorlagen, kontrollieren aber zugleich deren Durchführung. Nach Artikel 65 der Verfassung i.V.m. §§ 28-33 der Geschäftsordnung der Volkskammer besitzt der Ausschuß die Gesetzesinitiative, hat aber dieses Recht nur selten ausgeübt. Der Ausschuß für Nationale Verteidigung zählt 12 Mitglieder. Den Vorsitz führt Paul Verner, (SED), Sekretär des Ausschusses ist Generalleutnant Wiesner. Weitere Mitglieder des Ausschusses für Nationale Verteidigung sind u.a.: Dr. Gerlach (LDPD), Friedrich Kind (CDU), Dr. Homann (NDPD) und Hans Rietz (DBD).

Der Ausschuß für Nationale Verteidigung war am 10.2.1960 als Ständiger Ausschuß der Volkskammer gebildet und am 9.3.1960 konstituiert worden. Für kurze Zeit (in den Monaten März bis Dezember 1964) führte er die Bezeichnung Verteidigungsausschuß der Volkskammer.

(12) Beschluß des Staatsrates der DDR über den Dienst in den bewaffneten Organen und die militärischen Dienstgrade

vom 10.2.1973 (GBI. I S. 233).

(13) Sekretär des NVR ist derzeit Generaloberst Fritz Streletz.

(14) In der DDR ist der Ministerrat (ähnlich wie in der UdSSR) nach Artikel 76 der Verf. i.V.m. § 1 des Gesetzes über den Ministerrat ein Organ der Volkskammer, das unter der Führung der marxistisch-leninistischen Partei der Arbeiterklasse die Regierung der DDR ausübt. Der Ministerrat arbeitet die Grundsätze der Innen- und Außenpolitik aus und leitet im Rahmen der Staatsverwaltung die Staatsorgane an. Er organisiert ferner die ihm übertragenen Verteidigungsaufgaben. Der Ministerrat besteht aus dem Vorsitzenden, seinen Stellvertretern und den Ministern. Der Ministerrat tagt einmal in der Woche. Wichtige Gremien für zentrale Entscheidungen sind das Präsidium und das Büro beim Ministerrat, das auch als Koordinationsstelle für alle Ministerien gilt.

Nach Art. 79 Abs. 1 der Verfassung hat der Ministerrat auch legislative Befugnisse, in dem er Verordnungen erlassen kann. Der Ministerrat basiert auf den Grundsätzen des demokratischen Zentralismus, in seiner Arbeit hat er die Einheit von Beschlußfassung, Organisation der Durchführung und Kontrolle verwirklichen.

Hervorgegangen ist der Ministerrat aus den Zentralverwaltungen und aus der Deutschen Wirtschaftskommission. Die am 7.10.1949 gebildeten Exekutivorgane wurden zunächst als "Provisorische Regierung" bezeichnet, dann als Regierung. Im Rahmen der Verwaltungsreform, die eine grundlegende Umwandlung des Staatsaufbaus beinhaltete, wurde im Juli 1952 die Bezeichnung Ministerrat eingeführt.

- vergl. hierzu auch: Handwörterbuch des DDR-Rechts, Stichwort: Ministerrat.

(15) Gesetz über den Ministerrat der DDR vom 16.10.1972 (GBI. I Nr. 16, S. 253).

(16) Verwaltungsrecht. Lehrbuch, Berlin (Ost) 1978, SS. 622 f.

(17) vergl. hierzu: Handwörterbuch des DDR-Rechts, Stichworte: Ministerium und Ministerrat.

(18) Das Militärkollegium des Obersten Gerichts der DDR besteht seit der Wahl durch die Volkskammer am 1.11.1976 aus folgenden Mitgliedern: Generalmajor Dr. Günter Sarge (Vorsitzender und zugleich einer der Vizepräsidenten des O G der DDR), Oberst Dr. Lothar Baier, Oberst Lothar Pennedorf, Oberst Fritz Nagel, Oberstleutnant Hans-Joachim Arndt, Oberstleutnant Karl-Heinz Knoche, Oberstleutnant Thomas Müller. - Beim Militärkollegium werden Militärstrafsenate gebildet, die in der Besetzung mit einem Militäroberrichter und zwei -richtern verhandeln und entscheiden.

(19) Bekanntmachung über das Abkommen zwischen der Regierung der DDR und der Regierung der UdSSR über Fragen, die mit der zeitweiligen Stationierung sowjetischer Streitkräfte auf dem Territorium der DDR zusammenhängen (GBI. I S. 237), Bkm. vom 9.5.1957 (GBI. I, S. 285).

(20) GBI. II S. 237.

(21) Bekanntmachung über die Ratifikation des Vertrages über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen

Beistand zwischen der DDR und der UdSSR vom 20.5.1955 (GBI. I S. 38.); Gesetz über den Vertrag vom 12.6.1964 über Freundschaft, gegenseitigen Beistand und Zusammenarbeit zwischen der DDR und der UdSSR vom 24.9.1964 (GBI. I, S. 131).

(22) Burckhard M. Blanke (NVA und Innere Sicherheit in: Die Nationale Volksarmee. Ein Antiweißbuch zum Militär in der DDR, Reinbek 1976, S. 149) geht davon aus, daß die Kommission für Nationale Sicherheit Leitungstätigkeiten ausübe, insbesondere bei der Führung der Kampfgruppen. Dieser Auffassung ist nicht zu folgen, da Kommissionen in allen Staaten des WP i.d.R. nur beratende Funktionen ausüben.

(23) I.I. Jakubowski, Die brüderlich verbundenen Völker und Armeen, deutsche Übersetzung, Berlin (Ost) 1977, S. 259.

(24) derzeit Armeegeneral Heinz Hoffmann. Erster Stellvertreter des Ministers ist Generaloberst Fritz Streletz. Stellvertreter des Ministers sind: Generaloberst Heinz Keßler (Chef der Polithauptverwaltung); Generaloberst Horst Stechbarth (Chef der Landstreitkräfte); Admiral Wilhelm Ehm (Chef der Volksmarine); Generaloberst Wolfgang Reinhold (Chef der Luftstreitkräfte/Luftverteidigung); Generaloberst Werner Fleißner (Chef der Verwaltung Bewaffnung und Technik); Generalleutnant Joachim Goldbach (Hauptinspekteur der NVA); Generalleutnant Wolfgang Neidhardt (Chef der Verwaltung Rückwärtige Dienste); Generalleutnant Klaus-Dieter Baumgarten (Chef der Grenztruppen der DDR). Der Chef der Zivilverteidigung, Generalleutnant Fritz Peter, wird den Stellvertretern des Ministers zugeordnet.

(25) Verwaltungsrecht. Lehrbuch, Berlin (Ost) 1978, S. 283.

(26) derzeit Generaloberst Friedrich Dickel. Erster Stellvertreter ist Generalleutnant Rudolf Riß. Stellvertretende Minister sind Generalmajor Günter Giel (Feuerwehr), Generalmajor Ernst Marterer (Verkehrspolizei), Generalleutnant Werner Reuther (Schutzpolizei), Generalleutnant Willi Seiffert (VP-Bereitschaften) und Generalleutnant Karl-Heinz Wagner (Chef des Hauptstabes).

(27) derzeit Armeegeneral Erich Mielke. Erster Stellvertreter des Ministers ist derzeit Generaloberst Bruno Beater. Stellvertreter des Ministers sind: Generalleutnant Markus Wolf und Generalleutnant Rudolf Mittig.

(28) Gesetz über die allgemeine Wehrpflicht (Wehrpflichtgesetz) vom 24.1.1962 (GBI. S. 2) i.d.F. vom 11.6.1968 (GBI. I S. 242).

(29) Die obligatorische Wehrdienstdauer beträgt in allen WP-Armeen 24 Monate. Eine Ausnahme bilden nur Rumänien (16 Monate) und die DDR (18 Monate).

(30) Vermutlich dürfte für die Entscheidung der DDR auch die Tatsache von Bedeutung gewesen sein, daß die Wehrdienstdauer in der Bundesrepublik nur 15 Monate beträgt.

(31) Von der Gesamtstärke der NVA in Höhe von 159.000 Mann beträgt die Zahl der Berufs- und Zeitsoldaten etwa 70.000 Mann.

(32) Der Wehrdienst ohne Waffe, d.h. der Dienst der "Schau-

felsoldaten" der DDR, wurde 1978/79 neu organisiert. Die Angehörigen der Baueinheiten werden nicht mehr in selbständigen Pioniereinheiten eingesetzt, sondern in 10 bis 15 Mann umfassende Sicherstellungsgruppen an Offiziereinrichtungen des Militärbezirks I.

Die Baueinheiten dürften in Zukunft aufgelöst werden. Seitdem die Zivilverteidigung der DDR dem Minister für Nationale Verteidigung unterstellt wurde und der Dienst in den kasernierten ZV-Einheiten als Wehersatzdienst gilt, stellt sich für die DDR das Problem praktisch nicht mehr. Wer den Wehrdienst verweigert, kann eben zum Dienst in den kasernierten Einheiten der ZV herangezogen werden.

(33) vergl. hierzu: NVA in Stichworten, Bonn 1977, Stichwort: Kampfgruppen.

(34) In Polen und in Ungarn, in denen die Kollektivierung der Landwirtschaft bzw. des Handwerks noch nicht beendet ist, sind diese Reservistenkollektive -vielleicht auch als Reservistenklubs bezeichnet- den vormilitärischen Gesellschaften zugeordnet.

(35) In Polen erfolgt die Anleitung der Reservistenkollektive durch die Militärstäbe, in der UdSSR durch die Kreis-kommissariate.

(36) vergl. hierzu: - Thomas M. Forster, Die NVA, Kernstück der Landesverteidigung der DDR, Köln 1979, SS. 136/137:

- Ullrich Rühmland, NVA in Stichworten, Bonn 1977, Stichwort: Kampfgruppen;

- Friedrich Wiener, Die Armeen der Warschauer-Pakt-Staaten, München 1974, S. 54.

(37) Die Politischen Verwaltungen und die SED-Parteiorganisationen leiten und kontrollieren die politische Arbeit; sie überwachen die Durchführung von Dienstanweisungen und Befehlen etc. Sie haben ferner Mitwirkungsrechte in Personalangelegenheiten.

(38) Das MfS unterhält ferner das Friedrich-Wolf-Theater. Die Sportler bilden zusammen mit dem Ministerium des Innern die Sportvereinigung Dynamo, dessen Präsident Generaloberst Mielke ist.

(39) Schätzungen zufolge beläuft sich die Personalstärke des Staatssicherheitsdienstes (ohne Wachregiment) auf insgesamt 17.000 Offiziere und Zivilangestellte. Davon entfallen auf die Bezirksverwaltungen unterschiedlich jeweils 200 bis 250. Die Personalstärke der Kreisdienststellen schwankt jeweils zwischen 15 und 25 hauptamtlichen Mitarbeitern, die sich in ihrer Arbeit auf geheime Informanten schützen.

Im MfS in Berlin sind 1.500 Offiziere und Unteroffiziere beschäftigt (und weitere 1.600 Zivilbeschäftigte). Die hauptamtlichen Mitarbeiter tragen Zivil, führen aber militärische Dienstgrade.

(40) vergl. hierzu: NVA in Stichworten, Bonn 1977, Stichwort: Ministerium für Nationale Verteidigung.

(41) Es ist unverständlich, daß das DDR-Handbuch das Hauptinspektorat nicht einmal erwähnt.

(42) vergl. hierzu: Thomas M. Forster, NVA. Kernstück der Landesverteidigung der DDR, Köln 1979, SS. 136/137.

(43) vergl. hierzu: Staatsrecht der DDR. Lehrbuch, Berlin (Ost) 1978, S. 283. Danach sind die Wehrkommandos ein Teil der einheitlichen Militärorganisation, "die zahlreiche Aufgaben der NVA in den jeweiligen Territorien erfüllen, z.B. auf den Gebieten der Musterung und Einberufung sowie der sozialistischen Wehrerziehung. Sie lösen ihre Aufgaben in enger Zusammenarbeit mit den örtlichen Staatsorganen, Betrieben und Einrichtungen."

(44) Die Sowjetarmee verfügt als einzige Armee des WP über fünf Teilstreitkräfte (Landstreitkräfte, Luftstreitkräfte, Luftverteidigungsstreitkräfte, Seestreitkräfte, Strategische Raketentruppen). Die Landstreitkräfte bestehen aus den Waffengattungen: Mot.-Schützen, Panzertruppen, Luftlandetruppen, Artillerie/Raketentruppen, Truppenluftabwehr.

Die Luftstreitkräfte umfassen die Fernluftwaffe, d.h. die strategische Luftflotte, Frontfliegerkräfte (taktische Luftwaffe) und die Transportfliegerkräfte.

Die Luftverteidigung besteht aus den Waffengattungen Jagdfliegerkräfte, Fla-Raketentruppen, Funktechnische Truppen. Die Seestreitkräfte gliedern sich in die Überwasserstreitkräfte, Unterwasserstreitkräfte, Marinefliegerkräfte, Marineinfanterie, Küstenverteidigung. Die Teilstreitkräfte verfügen über zahlreiche Spezialtruppen. Im Gegensatz zur Sowjetarmee verfügen die Polnische Armee, die NVA der DDR, die Bulgarische Volksarmee und die Rumänischen Streitkräfte über drei Teilstreitkräfte (Landstreitkräfte, Luftstreitkräfte/Luftverteidigung, Seestreitkräfte). Über die Waffengattung Luftlandetruppen verfügen nur die Polnische Armee (1 Luftlandedivision) und die CVA (1 Luftlandebrigade).

Die NVA der DDR hat zwei Fallschirmjägerbataillone. Die Volksmarine der DDR besitzt keine Unterwasserstreitkräfte. Allerdings verfügen die Polnische Seekriegsflotte und die Seestreitkräfte Bulgariens und Rumäniens nur über einige wenige Unterseeboote.

Die CVA und die Ungarische Volksarmee haben nur zwei Teilstreitkräfte (Landstreitkräfte und Luftstreitkräfte/Luftverteidigung). Die Flußstreitkräfte wurden in der CSSR der Grenzwache zugeordnet, in Ungarn den Pionieren.

Die Streitkräfte des Warschauer Paktes -mit Ausnahme der UdSSR- sind im Frieden in Divisionen, Regimenter, Bataillone gegliedert. Die Militärbezirke sind im Verteidigungsfall Kommandos von Korps.

(45) Die Sowjetarmee ist im Frieden in Gruppen, Militärbezirke, Divisionen, Regimenter, Bataillone, Züge und Gruppen gegliedert. Die Gruppen -so die GSSD, die Nordgruppe, die Gruppe Südwest- entsprechen Heeresgruppen.

(46) In der Praxis handelt es sich nicht um reine Divisionstypen. So gehören zum Verband einer Mot.-Schützendivision auch ein Panzertruppenteil, zum Verband einer Panzerdivision auch ein Mot.-Schützentruppenteil.

Die Sowjetarmee verfügt neben den Panzer- und Mot.-Schützendivisionen noch über Gebirgs-, Luftlande- und Marineinfanteriedivisionen, die Polnische Armee über je eine Luftlande- und Marineinfanteriedivision. Die Gebirgs-, Luftlande- und Marineinfanteriedivisionen werden zum Heer gerechnet.

(47) vergl. Friedrich Wiener, Die Armeen der Warschauer-Pakt-Staaten, München 1974, S. 68.

(48) vergl. Friedrich Wiener, Die Armeen der Warschauer-Pakt-Staaten, München 1974, SS. 67/68.

(49) vergl. hierzu: Ulrich Albrecht, Die NVA in Zahlen in: Die Nationale Volksarmee. Ein Anti-Weißbuch zum Militär in der DDR (Hrsg. Freimut Duve), Reinbek bei Hamburg 1976, SS. 56 - 61.

(50) Die Zahlen über den Stärkenachweis der NVA schwanken in westlichen Abhandlungen.

Thomas M. Forster (NVA. Kernstück der Landesverteidigung der DDR, Köln 1979, SS. 139 bis 141) kommt auf 174.000 Mann (davon 120.000 Mann Landstreitkräfte).

Das Internationale Institut für Strategische Studien in London (Streitkräfte 1979/80. Reihe Bernard und Graefe aktuell. Band 13 - Hrsg. Arbeitskreis für Wehrforschung - Stuttgart 1980, SS. 42/43) nennt als Gesamtstärke 159.000 Mann (davon 107.000 Mann Landstreitkräfte).

Das DDR-Handbuch (Hrsg. Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen, Köln 1979) verwendet offensichtlich das Zahlenmaterial des IISS; lediglich bei den Landstreitkräften werden 2.000 Mann weniger angegeben als bei der Studie des IISS. Friedrich Wiener (Die Armeen der Warschauer-Pakt-Staaten, München 1974, S. 25) gibt 145.000 Mann an (davon 95.000 der Landstreitkräfte).

In den Publikationen werden keine Hinweise über die Herkunft der Quellen gemacht.

(51) Streitkräfte 1979/80. Die "Military Balance" Instituts für Strategische Studien in London. Reihe Bernard und Graefe aktuell. Band 13 - Hrsg. Arbeitskreis für Wehrforschung - München 1980, SS. 42/43.

(52) vergl. hierzu: Thomas M. Forster, Die NVA. Kernstück der Landesverteidigung der DDR, Köln 1979, S. 139.

(53) Das IISS (Streitkräfte 1979/80. Die Military Balance des Internationalen Instituts für Strategische Studien, London - Hrsg. Arbeitskreis für Wehrforschung -, München 1980, S. 42) spricht von einem Luftlandebataillon. Es handelt sich dabei um ein Fallschirmjägerbataillon. In den Armeen des WP haben die Fallschirmjäger andere Aufgaben zu erfüllen als die Luftlandetruppen.

Weiter spricht die "Military Balance" von zwei Fla-Artillerie-Regimentern. Die offizielle Bezeichnung in der DDR heißt aber Truppenluftabwehr.

(54) vergl. hierzu: Thomas M. Forster, Die NVA. Kernstück der Landesverteidigung der DDR, Köln 1979, SS. 139/140; ferner: NVA in Stichworten, Bonn 1977, Stichworte: Mot.-Schützentruppen und Panzertruppen.

(55) Streitkräfte 1979/80. Die "Military Balance" des Internationalen Instituts für Strategische Studien in London - Hrsg. Arbeitskreis für Wehrforschung -, München 1980, S. 42.

(56) Zur Problematik vergl. Ulrich Albrecht, Die NVA in Zahlen in: Die Nationale Volksarmee. Ein Anti-Weißbuch zum Militär in der DDR, Hrsg. Freimut Duve, Reinbek bei Hamburg 1977, SS. 56 - 73.

(57) Friedrich Wiener (Die Armeen der Warschauer-Pakt-Staaten, München 1974, S. 25) gibt 1.800 Kampfpanzer an.

Das Internationale Institut für Strategische Studien in London (Streitkräfte 1979/80 die "Military Balance"; Reihe Bernard und Graefe aktuell. Band 13 - Hrsg. Arbeitskreis für Wehrforschung -, München 1980, S. 42) spricht von 2.500 Kampfpanzern, schränkt aber diese Zahl mit dem Hinweis ein, daß davon 600 T-34 eingelagert sein.

Während die zwei Panzerdivisionen über 2.500 (bzw. 1.900) Kampfpanzer verfügen, gibt das IISS dagegen für die fünf Panzerdivisionen Polens 3.400 Panzer an. Auch für die fünf Panzerdivisionen der CSSR werden 3.400 Panzer genannt. Da die Struktur der Divisionen in der Ersten Strategischen Staffel des WP gleich ist, dürfte die Zahl der Kampfpanzer der DDR zwischen 1.800 und 1.900 liegen.

(58) Streitkräfte 1979/80. Die "Military Balance" des Internationalen Instituts für Strategische Studien in London. Reihe Bernard und Graefe aktuell. Band 13 - Hrsg. Arbeitskreis für Wehrforschung -, München 1980, S. 42.

(59) vergl. hierzu: NVA in Stichworten, Bonn 1977, Stichwort: Mot.-Schützentruppen.

(60) vergl. hierzu: NVA in Stichworten, Bonn 1977, Stichwort: Mot.-Schützentruppen.

(61) vergl. hierzu: NVA in Stichworten, Bonn 1977, Stichwort: Panzertruppen.

(62) vergl. hierzu: Friedrich Wiener, Die Armeen der Warschauer-Pakt-Staaten, München 1974, S. 70.

(63) Nur die Strategischen Raketentruppen der Sowjetarmee bilden eine eigene Teilstreitkraft.

(64) Technische Angaben über die in der NVA eingesetzten Kanonen, Kanonenhaubitzen, Granatwerfer, Panzerabwehr- lenkraketen und Raketen siehe im Anhang, Stichworte: Artillerie, Raketen, Raketentruppen/Artillerie.

(65) vergl. hierzu: Günter Milde, Unsere Nationale Volks- armee, Berlin (Ost) 1976, SS. 50/51.

(66) Technische Angaben über die in der NVA eingesetzten Waffen der Truppenluftabwehr siehe im Anhang, Stichworte: Artillerie/Raketentruppen/Artillerie.

(67) Er ist unverständlich, daß in den westlichen Darstel- lungen die Waffengattung Truppenluftabwehr nicht abgehandelt wird.

(68) vergl. hierzu: Günter Milde, Unsere Nationale Volks- armee, Berlin (Ost) 1976, SS. 54/55.

(69) Sie entsprechen in der Struktur den Technischen Trup- pen der Wehrmacht. In den Luftstreitkräften, in der Volks- marine und in den Grenztruppen bestehen im Rahmen der Spe- zialdienste Pioniereinheiten für den Bau von Flugzeughal- len, Splitterboxen, Bunkern, etc.

(70) In der Sowjetarmee bilden die Luftstreitkräfte und die Luftverteidigung je eine Teilstreitkraft.

(71) In allen bisherigen westlichen Darstellungen wird die Teilstreitkraft LSK/LV der NVA nur in wenigen Zeilen abge- handelt. Die Waffengattungen werden nicht genannt.

Thomas M. Forster (NVA. Kernstück der Landesverteidigung der DDR, Köln 1979, S. 140) erwähnt lediglich 1 Nachrichten

regiment (Fernmelderegiment). Die Bezeichnung ist ungenau, da es sich um einen Truppenteil der Funktechnischen Truppen handelt.

(72) In allen vorliegenden westlichen Darstellungen werden die die Spezialdienste nicht genannt.

(73) Die LSK der Sowjetarmee bestehen aus den: Fernfliegerkräften (Strategische Fliegerkräfte), Frontfliegerkräften (taktische Fliegerkräfte), Transportfliegerkräften, Seefliegerkräften.

Über Fernfliegerkräfte verfügt im Rahmen des Warschauer Militärpakt es nur die Sowjetunion. Die sowjetischen Fernfliegerkräfte gliedern sich in mehrere Luftarmeen. Derzeit verfügt die sowjetische Fernluftwaffe über etwa 200 Strategische Bomber (Aktionsradius bis 7.000 km) und über 750 mittlere Bomber. Alle Maschinen der Fernfliegerkräfte sind Atomwaffenträger und eignen sich auch zum Einsatz von biologischen und chemischen Kampfmitteln.

Die Frontfliegerkräfte sind in Front-Luftarmeen gegliedert, von denen die sowjetischen LSK 11 unterhalten. Die Luftarmeen sind den Oberkommandierenden der zuständigen Fronten der Landstreitkräfte bzw. der Militärbezirke oder Gruppen unterstellt. Eine Luftarmee besteht aus mehreren Fliegerkorps mit 2 bis 3 Fliegerdivisionen.

(74) Zu den Angaben vergl. Streitkräfte 1979/80. Die "Military Balance" des Internationalen Instituts für Strategische Studien in London. Reihe Bernard und Graefe aktuell, Band 13 - Hrsg. Arbeitskreis für Wehrforschung-, München 1980, S. 43. Dem Hinweis des IISS auf zwei Fallschirmjägerbataillone kann nicht gefolgt werden. Die beiden Fallschirmjägerbataillone

der NVA unterstehen den Landstreitkräften. Über Luftlande-einheiten (die im WP den LSK zugeordnet sind) verfügt die DDR bislang noch nicht. Im Gegensatz zum IISS gibt Thomas M. Forster (NVA. Kernstück der Landesverteidigung der DDR, Köln 1979, SS. 260-263) an, daß die LSK auch über Flugzeuge der Typen MiG-23, MiG-27 und MiG-24 verfügen.

(75) Nach Angaben von Thomas M. Forster (NVA. Kernstück der Landesverteidigung der DDR, Köln 1979, SS. 260-266) sollen die Flugzeuge vom Typ MiG-23 und MiG-27 seit 1978 bei den LSK der NVA im Einsatz sein. Das IISS hat diese Nachricht bisher nicht bestätigt.

(76) In den westlichen Darstellungen fehlen genaue Angaben über die taktischen Einsatzformen der LSK.

(77) Willmann/Eyermann, Mensch, Mut und Mach, Berlin (Ost) 1971, S. 206.

(78) Die Abkürzung SAM steht für Surface to Air Missile), d.h. es handelt sich um Boden-Luft-Raketen. Die ersten SAM-Raten (gelegentlich auch als SA-Raketen bezeichnet) wurden 1956 zur Luftverteidigung Moskaus aufgestellt (SAM-1). Standardwaffe der Luftverteidigung im WP ist die SAM- -Rakete (NATO-Code: GUIDELINE). Diese Rakete ist bis zu 24 km Höhe wirksam. Die SAM-3 (NATO-Code: GOA) erreicht eine Höhe von 27 km, die SAM-5 (NATO-Code: GAMMON) und die SAM-6 (NATO-Code: GAIN-FuL) erreichen 30 km Höhe. Die SAM-7 (NATO-Code: STREFA) wirkt bis zu 1,2 km Höhe. Die LV der DDR erhielt 1962 SAM-2- Raketen: 1967 SAM-3-Raketen; 1975 Raketen vom Typ SAM-4 und vom Typ SAM-9.

(79) vergl. hierzu: NVA in Stichworten, Bonn 1977, Stichwort: Raketen.

(80) vergl. hierzu: Günter Milde, Unsere Nationale Volksarmee, Berlin (Ost) 1976, SS. 76/77.

(82) Bis auf NVA in Stichworten, Bonn 1977, enthalten andere westliche Abhandlungen kaum Einzelheiten über die Waffengattung FuTt.

(82) Auch über die Spezialdienste fehlen in den westlichen Darstellungen ausführliche Abhandlungen.

(83) Beschluß des Nationalen Verteidigungsrates vom 19.10.1960 aus Anlaß des 42. Jahrestages des Kieler Matrosenaufstandes.

(84) Während die Sowjetarmee starke Verbände der Landstreitkräfte und der Luftstreitkräfte in den Staaten der Ersten Strategischen Staffel stationiert hat, unterhält die Baltische Rotbannerflotte offiziell keine Flottenbasen in Polen und in der DDR.

(85) Bei Seefliegerkräften handelt es sich bisher um ein Hubschraubergeschwader mit einer U-Jagd-Staffel.

(86) Peter Joachim Lapp, 30 Jahre Seestreitkräfte der DDR in: Nationale Volksarmee der DDR im Rahmen des Warschauer Paktes. Hrsg. Arbeitskreis für Wehrforschung, München 1980, S. 150.

(87) Flottillen werden in den Seestreitkräften anderer

Staaten auch als Geschwader, Division oder Eskadra bezeichnet. Sie werden i.d. R. in Abteilungen untergliedert. Vielfach werden zwei bis drei Abteilungen zu einer Brigade zusammengefaßt.

(88) Thomas M. Forster (NVA. Kernstück der Landesverteidigung der DDR, Köln 1979, S. 141) bezeichnet die TS-Brigade als 6. Flottille. Als Stabssitz und Stützpunkt gibt er Bug an. Einen Ort Bug gibt es nicht. Das Internationale Institut für Strategische Studien in London ("Die Military Balance") gibt keine Gliederung der Volksmarine in Flottillen und Brigaden an. Als Marinestützpunkt wird Dranske-Bug genannt. Es gibt in der DDR, und zwar auf Rügen, den kleinen Hafen Dranske in der Landschaft Bug, aber auch keinen Ort Dranske-Bug.

(89) Die Schiffsklassen der Schnellboote unterteilen sich in die Unterklassen Raketenschnellboote (RS-Boote), Torpedo-Schnellboote (TS-Boote) und Leichte Torpedoschnellboote (LTS-Boote). Der Einsatz der RSB erfolgt in Verbindung mit Torpedobooten.

(90) Jedes Kriegsschiff ist in 5 Gefechtsabschnitte (GA) eingeteilt, geführt von Kommandeuren der Gefechtsabschnitte:

- a) GA-I-Navigation
- b) GA-II-Fahrzeug- und Feuerleitung
- c) GA-III-Sperrtorpedo- und Minenlegen (bzw. Wasserbomben)
- d) GA-IV-Funier
- e) GA-V-Maschinisten und Elektrik.

Bei den Küstenschutzbooten (KSS) sind die Gefechtsabschnitte nochmals unterteilt in Gefechtszüge (GZ), geführt von einem Zug-Kommandeur, und weiter in Gefechtsstationen (GS).

Nicht zu den Gefechtsabschnitten gehört das Seemannische Kommando. Es ist dem Oberbootsmann unterstellt. Das Bootskommando verwaltet die Anker- und Verholvorrichtungen.

(91) Streitkräfte 1979/80. Die "Military Balance" des Internationalen Instituts für Strategische Studien in London, - Hrsg. Arbeitskreis für Wehrlorschung-, München 1980, SS. 42/43.

Peter Joachim Lapp (30 Jahre Seestreitkräfte der DDR in: Die Nationale Volksarmee der DDR im Rahmen des Warschauer Paktes, München 1980, S. 148) macht folgende Angaben:

"An größeren Schiffen und Booten sind vorhanden:

- die bereits erwähnten 2 Flugkörperfregatten;
- die ebenfalls schon erwähnten Raketenschnellboote der "Osa"-Klasse, insgesamt 15 Einheiten;
- 52 Minensuch- und Räumschiffe (MSR) der "Kondor"-Klasse, gebaut in der DDR, gewissermaßen der Standardtyp der Volksmarine;
- 12 größere Landungsschiffe der "Frosch"-Klasse;
- 14 U-Boot-Jäger der "Hai"-Klasse;
- und 18 Torpedo-Schnellboote der "Shershen"-Klasse.

Außerdem verfügt die Volksmarine seit 1976 über ein Schulschiff von 2.000 tons, die "Wilhelm Pieck", die in Polen gebaut wurde.

Zur U-Boot-Bekämpfung, Seeaufklärung und für Transportaufgaben sowie ausdrücklich auch zum Absetzen von "Marineinfanteristen" bei Landungsunternehmen unterhält die Volksmarine eigene Hubschrauberkräfte.

Die Piloten dieser Hubschrauber sind Marineoffiziere, sie fliegen die sowjetischen Muster Mi 4 und Mi 8. Die Turbinenhubschrauber des Typs Mi 8 bilden eine U-Jagd-Staffel.

Dieser Bestand an Großgerät läßt die militärische Hauptaufgabe der Volksmarine erkennen: Schutz des Küstenvorfelds der DDR."

Lapp stützt sich auf die Angaben in: Meyers Flottentaschenbuch (1979/81), München 1978, S. 66 ff.

(92) Grenztruppen kannte bereits die Zarenarmee. Die "Strashniki"-Grenzer waren eine vom Militär ausgebildete Truppe, die im Frieden dem Finanzminister unterstand, im Krieg dagegen dem Generalstab. Sowjetische Grenztruppen hatten im Frühjahr 1946 teilweise die Sicherung der Demarkationslinie übernommen.

(93) Günter Milde, Unsere Nationale Volksarmee, Berlin (Ost) 1976, S. 101.

(94) Günter Milde, Unsere Nationale Volksarmee, Berlin (Ost) 1976, S. 101.

(95) Staatsrecht der DDR. Lehrbuch, Berlin (Ost) 1978, S. 283.

(96) Günter Milde, Unsere Nationale Volksarmee, Berlin (Ost) 1976, S. 101.

(97) Thomas M. Forster, Die NVA. Kernstück der Landesverteidigung der DDR, Köln 1979, S. 149/150.

(98) vergl. hierzu: NVA in Stichworten, Bonn 1977, Stichwort: Grenztruppen der DDR.

(99) vgl. Anordnung über die Ordnung in den Grenzgebieten

und Territorialgewässern der DDR -Grenzordnung- vom 15.6. 1972, GB1. II S. 483, die auf der Verordnung zum Schutze der Staatsgrenze der DDR vom 19.3.1964, GB1. II S. 255 basiert.

(100) Der Name Schießbefehl taucht in der neueren deutschen Geschichte auf, und zwar am 27.2.1933. An diesem Tag erteilte Hermann Göring der Polizei des Freistaates Preußen sowie den etwa 300.000 Hilfspolizisten den Befehl, sofort und rücksichtslos von der Schußwaffe Gebrauch zu machen, sobald Anzeichen kommunistischer Aktionen zu erkennen waren. - vergl. Dieter Blumenwitz, Dokumentation in: Politische Studien, München 1981, SS. 305 - 312.

(101) Reichsbahndirektionen bestehen in Berlin (Ost), Dresden, Erfurt, Halle, Magdeburg, Greifswald und Schwerin. Jeder Direktion sind Reichsbahnämter nachgeordnet.

(102) In Berlin (Ost) gibt es neben dem Wachregiment des Ministeriums für Staatssicherheit noch ein Wachregiment der NVA. Es trägt den Namen "Friedrich Engels".

(103) Den Traditionsnamen führt das Regiment in Erinnerung an den ersten Chef der Geheimpolizei in der Sowjetunion, der Tscheka.

(104) Das Wachregiment spielt eine besondere Rolle im deutsch-deutschen Verhältnis. Eine Ehrenformation zieht auf, wenn beispielsweise der Ständige Vertreter der Bundesrepublik Deutschland in der DDR dem Staatsrat sein Beglaubigungsschreiben überreicht. Im allgemeinen diplomatischen Zeremoniell (so weit es nicht das deutsch-deutsche Verhältnis berührt) tritt das Wachregiment der NVA "Friedrich Engels" auf.

(105) Es ist unverständlich, daß in den bisherigen westlichen Abhandlungen davon ausgegangen wird, daß für das Wachregiment des MfS auch die Wehrkreiskommandos der NVA zuständig sind.

(106) Das DDR-Handbuch (Hrsg. vom Ministerium für innerdeutsche Beziehungen, Köln 1979, Stichwort: Ministerium für Staatssicherheit) gibt die Zahl von 4.000 Mann an. Thomas M. Forster (NVA, Kernstück der Landesverteidigung der DDR, Köln 1979, SS. 174/175) beziffert die Gesamtstärke mit 6.000 Mann.

(107) In den bisherigen Abhandlungen fehlen Hinweise auf die Rechtslage bei der Aufstellung der Kampfgruppen.

(108) So bei der Stiftung von Auszeichnungen und bei der Festlegung einer staatlichen Kampfgruppenrente, vergl. hierzu im Anhang das Stichwort: Rechtsbestimmungen der bewaffneten Organe.

(109) Sektionsleiter KG der Abt. Sicherheit des ZK der SED ist derzeit Generalmajor Max Leube.

(110) vergl. hierzu: NVA in Stichworten, Bonn 1977, Stichwort: Kampfgruppen.

(111) Das IISS in London (Streitkräfte 1979/80, Reihe Bernard und Graefe aktuell, Band 13 - Hrsg. Arbeitskreis für Wehrforschung-, München 1980, S. 43) gibt die Stärke der KG der DDR mit 500.000 Mann an. Für Polen und die CSSR lauten die Stärkenachweise für die ORMO und für die Volksmiliz 350.000 Mann und 120.000 Mann.

Thomas M. Forster (NVA. Kernstück der Landesverteidigung der DDR, Köln 1979, S. 177) nennt die Zahl von "etwa 400.000 Kämpfern". Auf S. 179 heißt es: "Mit den nach Hunderttausenden zählenden Kampfgruppen der Arbeiter und Angestellten...".

Joachim Nawrocki (Bewaffnete Organe in der DDR, Berlin (West) 1979, S. 155) schreibt: "Die Zahl der Kampfgruppenmitglieder wird auf 350.000 bis 400.000 geschätzt."

Friedrich Wiener (Die Armeen der Warschauer-Pakt-Staaten, München 1974, S. 25) zählt "400.000 Mann Betriebskampfgruppen zur Territorialverteidigung."

Bei Burckhard M. Blanke (NVA und Innere Sicherheit in: Die Nationale Volksarmee. Ein Anti-Weißbuch zum Militär in der DDR - Hrsg. Freimut Duve, Reinbek bei Hamburg 1976, S. 149) heißt es:

"In den Kampfgruppen, die über die Abteilung K im Ministerium des Innern und die dem Ministerium nachgeordneten Volkspolizeibehörden sowie die SED-Bezirks- und Kreisleitungen von der "Abteilung Sicherheit beim Zentralkomitee" und der "Kommission für nationale Sicherheit" des Politbüros geführt werden, sind ca. 350.000 "Kämpfer" organisiert. ... Die Ausbildung der Hundertschafts- und Zugführer erfolgt in der zentralen Kampfgruppenschule "Ernst Thälmann" in Schmerwitz, die Ausbildung der Offiziere an der Lehranstalt "Hans Beimler" in Watrin."

Im DDR-Handbuch (Hrsg. vom Ministerium für innerdeutsche Beziehungen, Köln 1979, S. 179.

"Den K. gehören ca. 400.000 Kämpfer an"... .."die Ausbildung der Offiziere an der Lehranstalt "Hans Beimler" in Watrin."

Unverständlich erscheint es, daß das DDR-Handbuch (das unter wissenschaftlicher Leitung geschrieben wurde) allein im

Stichwort Kampfgruppen zahllose Ungenauigkeiten enthält, die dann in der einen oder anderen Form bei anderen Autoren wiederzufinden sind.

So gibt es in der DDR keinen Ort Watrin. Die Schule führt auch nicht den Namen "Hans Baimler" (sondern "Hans Beimler"). Es wird im DDR-Handbuch vom Londoner Institute for Strategic Studies gesprochen (es heißt aber: International Institute for Strategic Studies). Die Kampfgruppen werden auch nicht über die "Kommission für nationale Sicherheit" geführt (wie Burckhard M. Blanke im "Anti-Weißbuch zum Militär in der DDR" meint), sondern vom ZK der SED. Die Kommission für nationale Sicherheit ist kein Leitungsorgan, sondern nur ein Beratungsgremium.

Für die Ausbildung ist die Hauptabteilung Kampfgruppen (nicht Abteilung K) im MdI zuständig. Es würde zu weit führen, um auf alle Ungenauigkeiten hinzuweisen. Sie sind sicher darauf zurückzuführen, daß die DDR den Bereich der bewaffneten Organe mit größter Geheimhaltung umgibt. Es muß aber auch die Frage gestellt werden, ob in den genannten Analysen nicht die Erkenntnisse und Methoden der Militärgeschichte und der Wehrwissenschaften (bzw. die Methoden der Militärwissenschaft) unberücksichtigt geblieben sind.

(112) Nach der Bevölkerungsstatistik wohnen in den 219 Stadt- und Landkreisen der DDR etwa 15,7 Millionen Menschen; in Berlin (Ost) etwa 1,1 Millionen Menschen. Im Durchschnitt leben mithin in einem Kreis etwa 71.000 Menschen. Wie frühere Erkenntnisse und Maßnahmen der Militärverwaltung (und des Wehrrersatzwesens) in Preußen zeigten, kann in einem Kreis von 70.000 Einwohnern in etwa 1 Bataillon zur Territorialverteidigung aufgestellt werden. Rechnet man die Stärke eines Bataillons nicht mit 800 Mann, sondern nach

dem Stärkenachweis des WP (im Sinne eines selbständigen Bataillons) mit 1.000 Mann, so ergeben sich für die 219 Stadt- und Landkreise der DDR insgesamt 219 (leichte) Bataillone mit etwa 225.000 Mann. Hinzu kommen in den 14 Bezirken der DDR noch je ein (schweres) Bataillon mit zusammen 17.000 Mann. Für Berlin (Ost) ergeben sich 17 leichte und 6 schwere Bataillone mit zusammen 25.000 Mann. Zu diesen 262.000 Mann müssen noch selbständige Hundertschaften (sie werden in den Ministerien, Bezirksverwaltungen, SED-Leitungen, bei der Reichsbahn und bei der Post gebildet) mit einer Gesamtstärke von 60.000 Mann hinzugerechnet werden. So ergibt sich ein Stärkenachweis von 327.000 Mann KG, von denen 267.000 sofort im Rahmen der Territorialverteidigung eingesetzt werden können, etwa 60.000 im Rahmen der speziellen Objektsicherung sowie auch im Rahmen der Zivilverteidigung.

(113) Nach den Angaben des IISS (Streitkräfte 1979/80. Reihe Bernard und Graefe aktuell. Band 13 - Hrsg. Arbeitskreis für Wehrforschung-, München 1980, SS. 40 - 45) beträgt in Polen (bei 35,3 Millionen Einwohnern) die Stärke der Volksmiliz 350.000 Mann; in der CSSR (bei 15,2 Millionen Einwohnern) 120.000 Mann.

(114) Dieser Tatbestand sollte bei den MBFR-Verhandlungen nicht unberücksichtigt bleiben.

(115) GBl. I Nr. 35, S. 377.

(116) derzeit Generalleutnant Fritz Peter.

(117) vergl. hierzu: Verwaltungsrecht. Lehrbuch, Berlin (Ost) 1979, SS. 640/641 und Staatsrecht der DDR. Lehrbuch,

Berlin (Ost) 1978, SS. 287/288. Die Bezeichnung Hauptverwaltung Zivilverteidigung taucht offiziell in der DDR im Gesetzblatt der DDR vom 26.3.1981 (Teil I Nr. 9 S. 104). Im Beschluß zur Änderung der Ordnung über die Verleihung der "Medaille für selbstlosen Einsatz bei der Bekämpfung von Katastrophen" vom 17. März 1981 heißt in § 4 Abs.3

"(2) Die Vorschläge sind bei der Hauptverwaltung Zivilverteidigung der Deutschen Demokratischen Republik einzureichen.

(3) Die Entscheidung über die Vorschläge trifft der Minister für Nationale Verteidigung."

(118) vergl. hierzu: NVA in Stichworten, Bonn 1977; Stichwort: Zivilverteidigung.

(119) GB1. I Nr. 34, S. 365.

(120) Militärgerichtsordnung vom 27.9.1974, GB1. I Nr. 52 S. 481 i.d.F. der AO vom 28.6.1979, GB1. I Nr. 18, S. 155.

(121) Die Eidesformel lautet:

"Ich schwöre:

Der Deutschen Demokratischen Republik, meinem Vaterland, allzeit treu zu dienen und sie auf Befehl der Arbeiter- und Bauern-Regierung gegen jeden Feind zu schützen.

Ich schwöre:

An der Seite der Nationalen Volksarmee und der anderen bewaffneten Organe der Deutschen Demokratischen Republik sowie fest verbunden mit den Armeen und den Organen der Zivilverteidigung der Sowjetunion und der anderen verbündeten sozialistischen Länder jederzeit bereit zu sein, den Sozialismus auch unter Einsatz meines Lebens gegen alle Feinde zu verteidigen.

Ich schwöre:

Ein ehrlicher, tapferer, disziplinierter und wachsamer Angehöriger der Zivilverteidigung zu sein, den Vorgesetzten unbedingten Gehorsam zu leisten, die Befehle und anderen Weisungen mit aller Entschlossenheit zu erfüllen und die dienstlichen und staatlichen Geheimnisse immer streng zu wahren.

Ich schwöre:

Die spezialfachlichen Kenntnisse gewissenhaft zu erfüllen und immer und überall die Ehre unserer Republik und der Zivilverteidigung zu wahren.

Sollte ich jemals diesen meinen feierlichen Diensteid verletzen, so möge mich die harte Strafe der Gesetze unserer Republik und die Verachtung des werktätigen Volkes treffen."

(122) Im westlichen Schrifttum werden die Fragen der Zivilverteidigung nur gestreift.

Thomas M. Forster (NVA, Kernstück der Landesverteidigung der DDR, Köln 1979, SS. 176/177) widmet der ZV nicht einmal zwei Seiten.

Im DDR-Handbuch (Hrsg. vom Bundesministerium für innerdeutsche Fragen, Köln 1979, S. 1.219) nimmt die ZV eine Spalte ein. Das Verteidigungsgesetz von 1978 wurde nicht berücksichtigt. Eine ausführliche wissenschaftliche Analyse über die ZV wäre bei der Bedeutung der Materie dringend zu wünschen.

(123) Der Wehersatzdienst in den Baueinheiten ist obsolet geworden. Folgerichtig wurden seit 1977/78 die noch bestehenden Baueinheiten in Sicherungsgruppen gegliedert, deren Angehörige in Offizierseinrichtungen der NVA im Militärbezirk I Dienst tun.

(124) Rechtsgrundlagen für die Arbeit der GST:

- Verordnung vom 7.8.1952 über die Bildung der Gesellschaft für Sport und Technik (GBI. S. 712).
- Verordnung vom 12. April 1956 zur Änderung der Verordnung über die Bildung der GST (GBI. I S. 343).
- Beschluß vom 27.5.1964 über das Statut der GST (GBI. II S. 553).
- Verordnung über die Gesellschaft für Sport und Technik vom 10.9.1968 (GBI. II Nr. 97).

(125) Die SWE im vormilitärischen Bereich umfaßt:

1. Militärisch orientierte Geländespiele im Kindergarten. (In diesen Bereich gehören auch die wehrpolitischen Publikationen aus dem Kinderbuchverlag der DDR).
2. Die Wehrspiele der Kinderorganisation "Junge Pioniere". Den Höhepunkt der Ausbildung bildet jährlich das unter der Leitung von Offizieren der NVA durchgeführte "Manöver Schneeflocke". (Es ist dem Wehrspiel "Sarnitz" in der UdSSR nachgebildet). - Eine spezialisierte Ausbildung erhalten die "Jungen Brandschutzhelfer" für den Einsatz in der Feuerwehr und die "Jungen Sanitäter" für den Einsatz im Deutschen Roten Kreuz der DDR. Besondere Ausbildungsprogramme befassen sich ferner mit den Fragen der ZV.
3. Im Rahmen des Schul-, Berufsschul- und Hochschulunterrichts:
 - a) die Hans-Beimler-Wettkämpfe der FDJ,
 - b) den Wehrunterricht von der 9. Klasse der Polytechnischen Oberschule an,
 - c) die allgemeine und obligatorische vormilitärische Grundausbildung im Rahmen des Schul- und Berufsschulunterrichts durch die vormilitärische Gesellschaft für Sport und Technik,
 - d) die besondere (freiwillige) Laufbahnausbildung der GST,

e) die obligatorische militärische Studentenausbildung an den Hoch- und Fachschulen,

f) die Ausbildung der Studentinnen im Rahmen der Zivilverteidigung,

g) die Ausbildung der Rotkreuzjugend im Rahmen der Zivilverteidigung.

(126) Günter Milde, Unsere Nationale Volksarmee, Berlin (Ost) 1976, S. 142.

(127) Günter Milde, Unsere Nationale Volksarmee, Berlin (Ost) 1976, SS. 144/145.

(128) Günter Milde, Unsere Nationale Volksarmee, Berlin (Ost) 1976, S. 140.

(129) In den westlichen Darstellungen fehlen jegliche Hinweise auf die Führungsstruktur der allgemeinen vormilitärischen Ausbildung.

(130) Die derzeitigen 3 Ausbildungsjahrgänge 1963 bis 1965 umfassen über 860.000 Menschen. Rechnet man nur die Jungen, so kommt man schon auf die Zahl 400.000. Hinzu kommen die Studenten (im Rahmen der militärischen Studentenausbildung) und die Mitglieder der Wehrsportdisziplinen.

(131) Die Polithauptverwaltung (PHV) wurde durch Parteistruktur vom 21.5.1957 zunächst als Politische Verwaltung der Kasernierten Volkspolizei geschaffen, im Oktober 1961 zur PHV erweitert.

Chef der PHV war bis zum 15.8.1959 Generalmajor Rudolf Dölling, von Juni 1960 bis Dezember 1978 Admiral Waldemar Verner, seit Januar 1979 Generaloberst Heinz Keßler.

In allen Armeen des WP besteht -nach dem Vorbild der Sowjetarmee- die Institution der PHV. In den Streitkräften Rumäniens wurde der PHV 1964 aufgelöst und durch den Obersten Politischen Rat der Streitkräfte ersetzt. Dazu heißt es bei I.I. Jakubowski (Die Kampfgemeinschaft der brüderlich verbundenen Völker und Armeen, deutsche Übersetzung, Berlin (Ost) 1977, S. 279):

"Im Jahre 1964 wurde anstelle der Politischen Hauptverwaltung der Armee der Oberste Politische Rat der Streitkräfte geschaffen. Es gibt Politische Räte in den Armeen, in den Waffengattungen und Verbänden sowie Parteikomitees in den Truppenteilen und Lehranstalten. An der Spitze der Politischen Räte stehen Sekretäre, die gleichzeitig Stellvertreter der jeweiligen Kommandeure sind. So sind die Sekretäre der Parteikomitees zugleich Stellvertreter der Regimentskommandeure, der Leiter der Lehranstalten usw. Die Mitglieder des Obersten Politischen Rates sind ferner Stellvertreter und der Büros, der Sekretär des Rates und seine Stellvertreter werden vom Zentralkomitee der Rumänischen Kommunistischen Partei eingesetzt. Zum Obersten Politischen Rat gehören die Vertreter der Haupt- und Zentralverwaltungen des Ministeriums für Streitkräfte, die Chefs der Teilstreitkräfte, Kommandeure von Verbänden sowie Kommandeure und Politarbeiter aus der Truppe. Parteigrundorganisationen werden in Bataillonen und Organisationen des Kommunistischen Jugendverbandes in den Kompanien geschaffen."

(132) vergl. hierzu: I.I. Jakubowski, Die Kampfgemeinschaft der brüderlich verbundenen Völker und Armeen, deutsche Übersetzung, Berlin (Ost) 1977, S. 262;

"Das höchste Parteiorgan der NVA ist die Politische Hauptverwaltung. In den Teilstreitkräften und Militärbezirken gibt es Politverwaltungen, in den Verbänden und Truppenteilen Politabteilungen und in den Einheiten der NVA sind Stellvertreter der Kommandeure für politische Arbeit tätig."

(133) Seit 1960 führen das Sekretariat der Polithauptverwaltung und das Kollegium des Ministeriums für Nationale Verteidigung Tagungen mit Kommandeuren, Stabs- und Politoffizieren der NVA durch.

(134) vergl. hierzu: I.I. Jakubowski, Die Kampfgemeinschaft der brüderlich verbundenen Völker und Armeen, deutsche Übersetzung, Berlin (Ost) 1977, S. 245:

"Sie (die parteipolitische Arbeit) ist auf die Aufrechterhaltung eines hohen moralisch-politischen Geistes der Truppen und auf die Erhöhung der Gefechtsbereitschaft gerichtet."

(135) Leiter der PKK der NVA ist derzeit Generalmajor Martin Pahnke.

(136) Leiter der PRK ist derzeit Oberst Wolfgang Conrad.

(137) I.G. Pawlowski in: Sowjetische Militärenzyklopädie, deutsche Ausgabe, Auswahl. Heft 4, Berlin (Ost) 1978, S. 33.

(138) I.G. Pawlowski in: Sowjetische Militärenzyklopädie, deutsche Ausgabe, Auswahl. Heft 4, Berlin (Ost) 1978, S. 35.

(139) vergl. hierzu: I.G. Pawlowski in: Sowjetische Militärenzyklopädie, deutsche Ausgabe. Auswahl, Heft 4, Berlin (Ost) 1978, SS. 37 - 40.

(140) I.G. Pawlowski in: Sowjetische Militärenzyklopädie, deutsche Ausgabe. Auswahl. Heft 4, Berlin (Ost) 1978, S. 38.

(141) Joachim Nawrocki, Bewaffnete Organe in der DDR, Berlin (West) 1979, SS. 72 - 74.

(142) Thomas M. Forster, NVA. Kernstück der Landesverteidigung der DDR, Köln 1979, S. 318.

(143) Thomas M. Forster, (NVA. Kernstück der Landesverteidigung der DDR, Köln 1979, SS. 327/328) schränkt diese Behauptung etwas ein, und zwar auf den Zeitraum bis 1965.

(144) Am 3.1.1974 wurden die ersten Fähnriche der NVA vorgestellt. - Durch Beschluß des Staatsrates über den Dienst in den bewaffneten Organen und die militärischen Dienstgrade vom 23.7.1979 (GBI. I Nr. 23 vom 10.8.1979, S. 223) wurden neben dem bestehenden Dienstgrad Fähnrich noch die Dienstgrade Oberfähnrich, Stabsfähnrich und Fähnrichschüler geschaffen.

(145) GBI. I Nr. 23, SS. 223/224.

(146) Am 25.2.1971 wurden die bisherigen Offiziersschulen zu Offiziershochschulen erhoben.

(147) Sie umfaßt z.B. für Kommandeure der Grenztruppen der DDR

- Schießausbildung,
- Grenzdienstausbildung,
- militärtechnische Ausbildung,
- Schutzausbildung,
- Pionierausbildung.

(148) Bei Flugzeugführern und Seeoffizieren dauert die Ausbildung an der OHS vier Jahre.

(149) Es handelt sich dabei nicht -wie vielfach im westlichen Schrifttum behauptet wird- um den zivilen Abschluß einer Hochschule, sondern um den einer Fachhochschule.

(150) Ein Hochschulökonom soll im technologischen Bereich für die Wirtschaftlichkeit sorgen.

(151) Es fällt auf, daß im westlichen Schrifttum, die Verabschiedung zum Truppendienst nicht erwähnt wird.

(152) Eine Voraussetzung für die Zulassung zum Studium ist auch nach 1983 das Abitur an einer Erweiterten Oberschule oder der Facharbeiterabschluß mit Abitur. Bewerber mit Abschluß der 10. Klasse und eines Facharbeiterabschlusses können in einem einjährigen Vorbereitungslehrgang das Abitur an einer Offiziershochschule nachholen.

Gegenwärtig dauert das Studium an einer Offiziershochschule drei Jahre, nur für spezielle Ausbildungsrichtungen -wie Flugzeugführer, See- und Schiffsmaschinenoffiziere- sind vier Jahre nötig.

Gegenüber den anderen DDR-Studenten werden Offiziersstudenten finanziell vom Staat besser unterstützt. Sie erhalten: im ersten Studienjahr monatlich 300 Mark, im zweiten 350 Mark, im dritten 400 Mark und im vierten Studienjahr monatlich 500 Mark; jeweils einschließlich kostenloser Verpflegung, Bekleidung, Unterkunft und medizinischer Betreuung.

(153) Hans-Georg Hahn in: Lausitzer Rundschau, Cottbus-Land, 6.5.1981.

(154) vergl. hierzu: NVA in Stichworten, Bonn 1977, Stichwort: Militärakademie "Friedrich Engels".

(155) vergl. hierzu: Handwörterbuch des DDR-Rechts, Stichwort: Hochschulrecht.

(156) Es fehlen Nachrichten über die Ausbildungsprofile der Sektion des MfS an der Polizeihochschule in Berlin (Ost).

(157) vergl. § 16 der Dienstlaufbahnordnung vom 24.11.1977 - GB1. I Nr. 34, S. 365.

(158) Die TH hat ein Institut für Brandbekämpfung, das u.a. auch mit der Feuerweherschule "Hermann Matern" in Heyrothsberge zusammenarbeitet.

(159) Das Institut für Zivilverteidigung wurde 1976 als Fachschule des MdI - ZV gegründet. Am 23.6.1979 wurde die Fachschule in ein Institut mit Hochschulstatus umgewandelt.

(160) Hierzu zählen: Grundstellung. Wendungen. Bewegungen, Halten, Blickwendungen, Ausrichten, Richtungsänderungen, Marschgesang.

(161) vergl. hierzu Kulturpolitisches Wörterbuch, Berlin (Ost) 1978, SS. 550/551:

" Für die Arbeiterklasse ist ihr jeweiliges Vaterland der Kampfboden für die Erfüllung ihrer historischen Mission. Mit dem Sieg der sozialistischen Revolution und der Errichtung der sozialistischen Gesellschaft wird diese zum Objekt des nationalen Stolzes und zum wahren Vaterland

aller Werktätigen; es bildet sich der sozialistische Patriotismus heraus, untrennbar mit dem proletarischen Internationalismus verbunden. Mit der Entstehung der sozialistischen Staatengemeinschaft erweitert sich das Vaterland der Werktätigen. Der sozialistische Patriotismus äußert sich in der Ergebenheit und Treue nicht nur zur engeren Heimat, sondern auch zum gesamten sozialistischen Weltssystem, im Stolz auf dessen Errungenschaften und Überlegenheit über den Kapitalismus sowie in der Solidarität mit dem Kampf der Werktätigen aller Länder gegen den Imperialismus."

- Im westlichen Schrifttum wird vielfach das Problem der politischen Erziehung breit abgehandelt. Man vermißt aber Einzelheiten, so u.a. Angaben über die für die Politischulung vorgesehene Stundenzahl, über die Politinformationen etc.

(162) vergl. hierzu I.I. Jakubowski, Die Kampfgemeinschaft der brüderlich verbundenen Völker und Armeen, deutsche Übersetzung, Berlin (Ost) 1977, S. 235:

"Die parteipolitische Arbeit wird in allen verbündeten Armeen von den Politorganen, das heißt Organen der marxistisch-leninistischen Parteien in den Streitkräften, geleitet. Die Struktur der Politorgane und Parteiorganisationen sowie ihre Arbeitsmethoden haben viel Gemeinsames. Die Hauptsache besteht darin, daß das Ziel und die Aufgaben der Politorgane und Parteiorganisationen einheitlich sind: Verwirklichung der Politik der Parteien zur Verteidigungsfähigkeit ihrer Länder, Sicherung einer hohen Wachsamkeit, Erhöhung der politischen Bewußtheit der Armeeangehörigen."

(163) I.I. Jakubowski, Die Kampfgemeinschaft der brüderlich verbundenen Völker und Armeen, deutsche Übersetzung, Berlin (Ost) 1977, S. 263.

(164) Der "Feind" der NVA, das ist in erster Linie die Bundesrepublik Deutschland. Die Organe der Bundesrepublik, vor allem die Bundeswehr, werden in den für die NVA und für die Grenztruppen bestimmten Publikationen negativ dargestellt.

(165) Arsenal, Band 2, Berlin (Ost) 1978, S. 120.

(166) I.I. Jakubowski, Die Kampfgemeinschaft der brüderlich verbundenen Völker und Armeen, deutsche Übersetzung, Berlin (Ost) 1977, S. 263.

(167) vergl. hierzu: Rolf Leuschner, Wehrdienst, Warum? Wann? Wo? Wie? 125 Antworten, Berlin (Ost) 1974, S. 75:
"Die Aktivität jeder Parteiorganisation wird vor allem durch das Niveau ihrer Mitglieder bestimmt. Deshalb gehört das Studium der marxistisch-leninistischen Theorie, der Geschichte der Partei, ihrer Politik und Praxis des Kampfes und der Parteibeschlüsse der SED zu den wichtigsten Parteipflichten. Dadurch und mit Hilfe von Kritik und Selbstkritik entwickeln die Grundorganisationen solche Eigenschaften ihrer Mitglieder wie ideologische Überzeugungen, leninistische Schaffenskraft und Zielstrebigkeit, Prinzipienfestigkeit und Verantwortungsbewußtsein sowie Unversöhnlichkeit gegenüber Mängeln. Die wachsenden Aufgaben der Landesverteidigung stellen immer höhere Anforderungen. Die Erziehung durch die Partei gewährleistet, daß unsere Soldaten klassenbewußt und standhaft den ihnen übertragenen Klassenauftrag erfüllen."

(168) § 6 Ziff. a der Anordnung des Nationalen Verteidigungsrates über die Aufstellung von Baueinheiten im Bereich des

Ministeriums für Nationale Verteidigung vom 16.9.1964 -
GBI. I Nr. 11 S. 129.

(169) Unter Tradition wird allgemein die mündliche oder schriftliche Überlieferung von Lehren, Rechten und Bräuchen verstanden. Das Traditionsbild enthält Linien, Momente der Kontinuität. Der Mensch als geschichtliches Wesen ist an Überlieferungen gebunden. Es wird unterschieden zwischen dem Akt des Überlieferns und dem Traditionsinhalt. Im Militärwesen wird vielfach unterschieden zwischen überzeitlichen (hierzu zählen u.a. die Soldatentugenden: Tapferkeit, Opferbereitschaft, Heldentum, Gehorsam, Pflichterfüllung) und zeitgebundenen Traditionen, deren Strukturen zwar einen hohen Grad der Beständigkeit aufweisen, aber dennoch (das gilt insbesondere für die Traditionsinhalte) dem gesellschaftlichen Wandel unterworfen sind. Zahlreiche militärische Traditionsformen wurden vielfach übernommen (z.B. die Marineuniform). Traditionen sind in letzter Konsequenz nicht rational erfassbar, sondern werden auch stark von emotionalen Elementen bestimmt.

Die modernen Entwicklungen in Wissenschaft und Technik ließen Überlieferungen in eine Krise geraten. Sie wurde in Deutschland verstärkt durch die Traditionsbrüche von 1918, 1933 und 1945. Aber auch das moderne Kriegsbild (das keine Unterscheidung von Front und Heimat mehr kennt) hat bestimmte militärische Traditionsinhalte obsolet werden lassen.

(170) Hierzu zählen:

- Wilfried von Bredow, Die Last der Traditionen. Zielvorstellungen, Inhalte und Methoden der Traditionspflege in den Streitkräften der Bundesrepublik Deutschland und der DDR in: Deutsche Studien, Lüneburg Nr. 72/80, SS. 366 - 377.

- Alexander Fischer, Militärische Tradition in der DDR in: Die Nationale Volksarmee der DDR im Rahmen des Warschauer Paktes. Reihe Bernard und Graefe aktuell, Band 11 - Hrsg. Arbeitskreis für Wehrforschung, München 1980, SS. 96-111.
- Brenko P. Ahnsteiner, Nationale Tradition in sozialistischen Armeen, Bonn-Bad Godesberg 1974.
- Thomas M. Forster, Die NVA. Kernstück der Landesverteidigung der DDR, Köln 1979, SS. 284- 300.
- Peter Gosztony, Zur Geschichte der europäischen Volksarmeen, Bonn-Bad Godesberg 1976.
- Werner Hahlweg, Tradition und Historisches Bewußtsein in: Deutsche Studien, Lüneburg Nr. 72/80, SS. 318 - 326.
- Peter Jungermann, Die Wehrideologie der SED und das Leitbild der Nationalen Volksarmee vom sozialistischen deutschen Soldaten, Stuttgart - Degerloch 1973.
- Hans-Jürgen Rautenberg, Zum inneren Gefüge der NVA in: Die Nationale Volksarmee der DDR im Rahmen des Warschauer Paktes. Reihe Bernard und Graefe aktuell. Band 11 - Hrsg. Arbeitskreis für Wehrforschung, München 1980, SS. 91-93.
- Ullrich Rühmland, NVA in Stichworten, Bonn 1977, Stichworte: Traditionsnamen, Traditionspflege in der NVA, Traditionszimmer, Traditionszirkel.

Werner Hahlweg macht grundlegende geschichtsphilosophische Ausführungen über "Tradition und Historisches Bewußtsein". Eine Zusammenstellung der einzelnen Traditionsbereiche in der NVA gibt Thomas M. Forster. Brenko konzentriert sich auf den Teilbereich der nationalen Traditionen in den Armeen des WP. Peter Jungermann überhöht die Rolle des Nationalkomitees "Freies Deutschland" in der Traditionsbildung der NVA. Schon eine flüchtige Durchsicht der Traditionsnamen der Truppenteile der NVA läßt erkennen, wie schwach ausgebildet die Traditionslinie NKFD ist. Jungermanns Darlegungen

befassen sich vornehmlich mit einer in der DDR erschienenen Dissertation.

Der Verfasser, Hajo Herbell, war zwar Offizier der NVA. Seine Dissertation wurde aber bezeichnenderweise nicht dem (offiziellen) Militärgeschichtlichen Institut der DDR vorgelegt, sondern der (zivilen) Karl-Marx-Universität in Leipzig.

Das Militärgeschichtliche Institut hat im vergangenen Jahrzehnt die Arbeit von Herbell nur gelegentlich erwähnt.

Alexander Fischers Darstellung folgt in wesentlichen Punkten der Dissertation von Peter Jungermann (die sich mit der Dissertation von Herbell auseinandersetzt). Vergleichende Hinweise auf die Traditionsbildung und die Traditionspflege in den anderen osteuropäischen Armeen fehlen in beiden Arbeiten.

Aufschlußreich erscheint Hans-Jürgen Rautenbergs Bemerkung (S. 92): "den~~n~~ geflüchtete NVA-Soldaten berichteten, daß es immer noch Möglichkeiten gibt, an westliche Schriften über den 2. Weltkrieg heranzukommen. Rommel ist auch drüben ein Held."

(171) In den Seestreitkräften der DDR, in der "Volksmarine", werden keine preußischen oder nationalen Traditionen gepflegt, sondern die der Roten Matrosen und die der Volksmarinedivision.

(172) Peter Jungermann und Alexander Fischer stellen beispielsweise die nationale Geschichtsbetrachtung vom Juli 1952 für die weitere Aufstellung der KVP heraus. Unberücksichtigt bleibt in beiden Darstellungen, daß die KVP damals -und noch Jahre danach- Uniformen trug, die sich kaum von denen der Sowjetarmee unterscheiden.

(173) Die Angehörigen des NKFD bilden beispielsweise keine Vereinigung.

(174) zitiert nach Edgar Doehler/Rudolf Frankenberg, Militärische Traditionen in der DDR und in der NVA, Berlin (Ost) 1979, S. 11.

(175) vergl. hierzu: M.W. Sacharow, Die Streitkräfte der UdSSR, deutsche Übersetzung, Berlin (Ost) 1974, S. 5:

"Die Begründer des wissenschaftlichen Kommunismus Karl Marx und Friedrich Engels gingen davon aus, daß die Sozialistische Revolution gleichzeitig in allen oder in den meisten entwickelten kapitalistischen Ländern siegen würde. Unter diesen Bedingungen fiel für die sozialistische Gesellschaft die Notwendigkeit einer ständigen Armee weg. Daher haben Karl Marx und Friedrich Engels nur sehr allgemeine Thesen über den militärischen Schutz der siegreichen proletarischen Revolution formuliert und in diesem Zusammenhang die Idee von der allgemeinen Volksbewaffnung in Gestalt der Volksmiliz entwickelt.

Vor der Kommunistischen Partei stand daher die Aufgabe, schöpferisch Prinzipien der Militärorganisation des siegreichen Proletariats unter den neuen Bedingungen auszuarbeiten und den praktischen Aufbau seiner bewaffneten Kräfte zu leiten. Als W.I. Lenin die Theorie von der sozialistischen Revolution entwickelte, begründete er im Zusammenhang mit der genialen Schlußfolgerung des Sieges des Sozialismus zunächst nur in einigen oder sogar in einem einzigen Land die Idee von Verteidigung des sozialistischen Vaterlandes."

(176) Zeittafel zur Militärgeschichte der Deutschen Demokratischen Republik 1969 bis 1977, Berlin (Ost) 1979, SS. 15/16.

(177) Militärlexikon, Berlin (Ost) 1973, Stichwort: militärische Traditionspflege.

(178) Fred Dumke in: "National-Zeitung", Berlin (Ost) Nr. 141, 18.6.1979, S. 3.

(179) vergl. hierzu: Günter Milde, Unsere Nationale Volksarmee, Berlin (Ost) 1976, SS. 14 - 29.

(180) Burkhard Wilke in: National-Zeitung, Berlin (Ost) 19.12.1979.

(181) Zu den Mitgliedern der am 11.1.1958 gegründeten Arbeitsgemeinschaft ehemaliger Offiziere zählen nur frühere Offiziere des NKFD.

(182) Im Gegensatz zur DDR gibt es in Polen mehrere Frontkämpfer- und Partisanenvereinigungen.

(183) Wiederholt mußte die SED in der nationalen Traditionspflege Rücksichten auf Polen und die CSSR nehmen. Es sei nur an die Hussiten-Diskussion in den 50er Jahren erinnert.

Vierter Teil:

(1) vergl. Peter W. Schulze, Die NVA und die Analyse des politischen Systems der DDR in: Die Nationale Volksarmee. Ein Anti-Weißbuch zum Militär in der DDR (Hrsg. Freimut Duve), Reinbek bei Hamburg 1976, SS. 88 - 99.

(2) vergl. Burckhard M. Blanke, Zum Verhältnis Militär - Partei - Gesellschaft in der DDR in: Die Nationale Volksarmee der DDR. Reihe Bernard und Graefe aktuell, Band 11 - Hrsg. vom Arbeitskreis für Wehrforschung, München 1980, SS. 212 - 214.

(3) Peter W. Schulze, Die NVA und die Analyse des politischen Systems der DDR in: Die Nationale Volksarmee. Ein Anti-Weißbuch zum Militär in der DDR (Hrsg. Freimut Duve), Reinbek beim Hamburg 1976, S. 93.

(4) Die Vergesellschaftung der Produktionsmittel ist in allen Staaten des WP durchgesetzt worden. Die Landwirtschaft ist -bis auf Polen- in allen Staaten des Ostblocks kollektiviert.

(5) Nur in Polen gibt es mehrere Gewerkschafts- und Jugendverbände.

(6) vergl. Handwörterbuch des DDR-Rechts, Stichworte: Gewalteneinheit und Gewaltenteilung.

(7) vergl. Handwörterbuch des DDR-Rechts, Stichwort: Demokratischer Zentralismus und Doppelte Unterstellung.

(8) vergl. dazu ausführlich im Dritten Teil die Abhandlungen über die Wehrverfassung sowie über die Befehls- und Kommandogewalt.

(9) Unter dem Begriff "Militärs" werden die führenden Vertreter der bewaffneten Kräfte verstanden, insbesondere die Dienstgradgruppe der Generale.

(10) vergl. im Ersten Teil die Abhandlungen über den Auftrag der bewaffneten Kräfte und der paramilitarischen Organisationen.

(11) Die Zusammensetzung des Politbüros der SED nach dem X. Parteitag

	Geburtsjahr	Funktion (seit)	im Politb. seit
Honecker, Erich	1912	Generalsekretär (1971) Vorsitzender des Staates (1976)	1958
Axen, Hermann	1916	ZK-Sekretär-Internationale Verbindungen (1965)	1970
Dohlus, Horst	1925	ZK-Sekretär Parteiorgane (1973)	1980
Felfe, Werner	1928	ZK-Sekretär Landwirtschaft (1981)	1976
Hager, Kurt	1912	ZK-Sekretär Kultur, Wirtschaft (1955)	1963
Hermann, Joachim	1928	ZK-Sekretär Agitation, Propaganda (1978)	1978
Hoffmann, Heinz	1910	Verteidigungsminister (1960)	1973
Krolikowski, Werner	1928	Erster stellv. Ministerpräsident (1976)	1971
Mielke, Erich	1907	Minister für Staatssicherheit (1957)	1976

Mittag, Günter	1926	ZK-Sekretär Wirtschaft (1976)	1966
Mückenberger, Erich	1910	Vors. der Zentralen Parteikontrollkommission (1971)	1954
Naumann, Konrad	1928	1. Sekretär Bezirksleitung Berlin (1971)	1976
Neumann, Alfred	1909	Erster stellv. Ministerpräsident (1968)	1958
Sindermann, Horst	1915	Volkskammerpräsident (1976)	1967
Stoph, Willi	1914	Ministerpräsident (1976)	1953
Tisch, Harry	1927	Vorsitzender des GDGB (1975)	1975
Verner, Paul	1911	ZK-Sekretär Sicherheit (1971)	1963

Kandidaten

Jarowsky, Werner	1927	ZK-Sekretär Handel und Versorgung (1963)	1963
Kleiber, Günther	1931	Stellv. Ministerpräsident (1971)	1967
Krenz, Egon	1937	Vorsitzender der FDJ (1974)	1976
Lange, Ingeburg	1927	ZK-Sekretär Frauen (1973)	1973
Müller, Margarete	1931	Leiter einer Agrar-Industrie-Vereinigung (1976)	1963
Schabowski, Günter	1929	Chefredakteur "Neues Deutschland" (1978)	1981
Schürer, Gerhard	1921	Vorsitzender der Staatlichen Plankommission (1965)	1973
Walde, Werner	1926	1. Sekretär der Bezirksleitung Cottbus (1969)	1976

(12) Richard Löwenthal. Vorwort zu Borys Lewytzkyj. Die Marschälle und die Politik. Eine Untersuchung über den Stellenwert des Militärs innerhalb des sowjetischen Systems seit dem Sturz Chruschtschew, Köln 1971, S. 7.

(13) Borys Lewytkyj, Die Marschälle und die Politik. Eine Untersuchung über den Stellenwert des Militärs innerhalb des sowjetischen Systems seit dem Sturz Chruschtschews, Köln 1971.

(14) Günther Wagenlehner, Die Rolle des Militärs im sowjetischen Entscheidungsprozeß in: Gruppeninteressen und Entscheidungsprozeß in der Sowjetunion (Hrsg. Boris Meissner/ Georg Brunner), Köln 1975, SS. 79 - 90.

(15) Das gilt auch für alle Staaten des WP mit Ausnahme der UdSSR und von Polen. In der UdSSR tritt Generalsekretär Breschnew gelegentlich in der Uniform eines Marschalls der Sowjetunion auf. In Polen ist der Minister für Nationale Verteidigung zugleich Ministerpräsident.

(16) Waldemar Verner war zwanzig Jahre lang Chef der Polit-hauptverwaltung. 1978 wurde er aus gesundheitlichen Gründen in den Ruhestand versetzt. Derzeit ist der Generalsekretär des Komitees für europäische Sicherheit.

(17) Sekretär des Ausschusses für Nationale Verteidigung ist beispielsweise Generalleutnant Wiesner. Er ist zugleich Kommandeur der Militärakademie "Friedrich Engels" in Dresden.

(18) Sekretär des NVR ist Generaloberst Streletz.

(19) Hier folgt die DDR weitgehend dem sowjetischen Vorbild.

(20) Arsenal 1, Berlin (Ost) 1976, S. 209.

(21) Joachim Nawrocki, Bewaffnete Organe in der DDR, Berlin (West) 1979, S. 11.

(22) vergl. u.a. Jürgen Hartwig/Albert Wimmel, Wehrerziehung und vormilitärische Ausbildung der Kinder und der Jugend in der DDR, Stuttgart-Degerloch 1979.

(23) vergl. hierzu:

- Wolf-Ulrich Jorke, Zur Militarismusproblematik in Gerhard Ritters Werk, Staatskunst und Kriegshandwerk und
- Wolfgang R. Vogt, Zivilmilitärische Konflikte in der demokratischen Industriegesellschaft. Eine soziologische Konzeptualisierung des "Theorems der Inkompatibilität, beide Darstellungen erschienen in: Streitkräfte im gesellschaftlichen Wandel. Sozialwissenschaftliche Analysen zum Selbst- und Umweltverständnis moderner Streitkräfte (Hrsg. Karl-Ernst Schulz), Bonn 1980.
- Wolfgang Sauer in: Staat und Politik (Hrsg. Ernst Fraenkel und Karl Dietrich Bracher), Frankfurt/Main 1957, Stichwort: Militarismus.

(24) Peter W. Schulze, Die NVA und die Analyse des politischen Systems der DDR in: Die Nationale Volksarmee. Ein Anti-Weißbuch zum Militär in der DDR (Hrsg. Freimut Duve), Reinbek bei Hamburg, 1976, SS. 98/99.

(25) vergl. hierzu im Ersten Teil die Ausführungen über die Funktion der Streitkräfte in der DDR.

(26) Diese Einschätzung der Streitkräfte des Leninismus deckt sich nicht mit der Theorie des Marxismus. Marx und Engels

gingen davon aus, daß mit der Entwicklung des Kommunismus das Militär ebenso absterben werde wie der Staat.

(27) Rolf Leuschner, Wehrdienst, Warum? Wann? Wo? Wie? 125 Antworten, Berlin (Ost) 1974, S. 143.

(28) Eine gerichtliche Überprüfung der in der Verfassung fixierten Rechte durch ein Gericht gibt es nicht.

(29) Die Angehörigen des MfS bilden allerdings eine "Organisation besonderer Art".

(30) Im Gegensatz zu einer Vereinigung ist das Militärwesen eine Institution, d.h. die Mitgliedschaft ist nicht erworben, sondern zugeschrieben. Mit anderen sozialen Organisationen hat das Militärwesen gemeinsam, daß es bewußt auf spezifische Zwecke und Ziele orientiert ist. Unter organisationssoziologischen Gesichtspunkten läßt sich das Militär in der Soziologie strukturell beschreiben als ein soziales Ganzes mit bestimmtem Personenkreis und interner Differenzierung der Rollen. Der innere Zusammenhalt der Soldatengemeinschaft wird i.d.R. mitunter als inneres Gefüge bezeichnet. Charakteristisch für die Struktur ist ferner das Prinzip von Befehl und Gehorsam sowie die Professionalisierung des militärischen Führers (sie setzte in der Neuzeit mit der Heeresreform der Oranier ein). Es gibt die Berufsrolle (Berufssoldaten) und die Wehrpflichtrolle. Die Rollenaufteilung stellt den Berufssoldaten in den Mittelpunkt.

Weitere Strukturmerkmale im Rahmen der Militärsoziologie ist die Verwendung rationaler Mittel (Militärgerichte und Verwaltung) zur Erreichung von Organisationszielen, sowie

die von ethischen Gehalten. Viele Wehrpflichtige sehen in der modernen Armee eine Art Dienstleistungsunternehmen, das u.a. auch der beruflichen Fortbildung dient. Konflikte entstehen im Verständnis der Soziologie im allgemeinen und der Wehrsoziologie im besonderen, wenn Positionsinhaber nicht rollengerecht handeln.

Im Militärwesen der Staaten des WP gibt es neben der militärischen Berufsrolle und der Rolle der Soldaten auf Zeit noch eine dritte Rolle, die mit der Freizeitrolle (wenn auch ungenau) umschrieben werden kann.

Sie wird von den Angehörigen der Kampfgruppen, der GST und der ZV-Formationen ausgeübt.

(31) Burckhard M. Blanke, Zum Verhältnis Militär - Partei - Gesellschaft in der DDR in: Die Nationale Volksarmee der DDR im Rahmen des Warschauer Paktes. Reihe Bernard und Graefe aktuell. Band 11 - Hrsg. Arbeitskreis für Wehrforschung, München 1980, S. 212.

(32) Wörterbuch der marxistisch-leninistischen Soziologie, Berlin (Ost) 1977, SS. 595/596.

(33) Die Spitzenstellung im Sozialprestige der DDR nimmt beispielsweise der Arzt ein. Dann folgen der private Handwerker, der Künstler, der Professor, der Ingenieur. Staatsfunktionäre und Berufssoldaten nehmen mithin nicht die Stellung in der Gesellschaft ein, wie sie von der SED angestrebt wird.

Fünfter Teil

(1) Albanien stellte 1962 seine Mitarbeit in der Organisation des WP ein; am 13.9.1968 trat das Land aus der WVO aus.

(2) Seit dem 21.8.1965 Sozialistische Republik Rumänien.

(3) Seit dem 11.7.1960 Tschechoslowakische Sozialistische Republik.

(4) Bekanntmachung vom 21.5.1955 über die Ratifikation des Vertrages der DDR S. 381; Bekanntmachung vom 4.6.1955 über das Inkrafttreten des Vertrages (GBI. I S. 392).

(5) vergl. Staatsrecht der DDR. Lehrbuch, Berlin (Ost) 1978, S. 146 - Art. 7 Abs. 2 steht in Verbindung mit Art. 6 Abs. 2 der Verfassung:

"Die Deutsche Demokratische Republik ist für immer und unwiderruflich mit der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken verbündet. Das enge und brüderliche Bündnis mit ihr garantiert dem Volk der Deutschen Demokratischen Republik das weitere Voranschreiten auf dem Wege des Sozialismus und des Friedens.

Die Deutsche Demokratische Republik ist untrennbarer Bestandteil der sozialistischen Staatengemeinschaft."

(6) Staatsrecht der DDR. Lehrbuch, Berlin (Ost) 1978, S. 148.

(7) Im DDR-Handbuch (Hrsg. vom Ministerium für innerdeutsche Beziehungen unter wissenschaftlicher Leitung von Peter

Christian Ludz und unter Mitwirkung von Johannes Kuppe), Köln 1979, Stichwort: Warschauer Pakt, wird als Beitrittsdatum der 26.1.1956 genannt. Ernst Richert (Evangelisches Staatslexikon, Stuttgart/Berlin (West) 1975, Stichwort: Warschauer Beistandsorganisation) gibt als Datum an: 28.6.1956.

Völkerrechtlich ist zwischen der Mitgliedschaft der DDR im WP und der Einbeziehung der NVA in das Bündnis zu unterscheiden. Die Einbeziehung der operativen Kräfte wurde am 28.1.1956 von der DDR beantragt. Sie war 1958 abgeschlossen.

(8) I.I. Jakubowski, Die brüderlich verbundenen Völker und Armeen, deutsche Übersetzung, Berlin (Ost) 1977, S. 123.

-J.F. Iwanowski, Auf Gefecht - Ein Buch über die Sowjetischen Streitkräfte in Deutschland, deutsche Übersetzung, Berlin (Ost) 1977, S. 79.

- Günter Milde, Waffen, die dem Frieden dienen. - Zum 25.

Jahrestag des Warschauer Vertrages in: Neue Berliner Illustrierte 2. Mai-Ausgabe 1980:

"Schon bald nach Zerschlagung des Faschismus, wobei die Sowjetunion die Hauptlast des Krieges getragen hatte, formierten sich die herrschenden Kreise der imperialistischen Staaten, geführt von den USA, zur offenen Feindschaft gegen die UdSSR und das sich herausbildende Lager des Sozialismus, der Demokratie und des Friedens. Der kalte Krieg hatte begonnen. Bereits 1949 (!) erfolgte die Gründung der North Atlantic Treaty Organization -der NATO- als wichtigstes militärisches Instrument zur Durchsetzung der außenpolitischen Doktrin des Westens, des "roll back" - des "Zurückrollens des Kommunismus"-. Eine weitere Verschärfung der Lage brachte 1954 der Abschluß der Pariser Verträge. Damit war die BRD in das Kriegsbündnis einbezogen."

(9) Jens Hacker, Die Vertragsorganisation des Warschauer Paktes und die Rolle der DDR in: Die Nationale Volksarmee der DDR im Rahmen des Warschauer Paktes. Reihe Bernard und Graefe aktuell. Band 13 - Hrsg. Arbeitskreis für Wehrforschung, München 1980, S. 11.

(10) vergl. hierzu im Anhang das Stichwort: Wehrtechnikgeschichte.

(11) Es erscheint unverständlich, daß in den bisherigen Darstellungen die Veränderungen im Militärwesen und ihre Auswirkungen auf die sowjetische Außen- und Militärpolitik nicht berücksichtigt worden sind.

(12) vergl. hierzu: DDR - Werden und Wachsen, Berlin (Ost) 1974, SS. 275/276.

(13) vergl. hierzu: Friedrich Ruge, Frieden und Sicherheit in: Informationen zur Politischen Bildung, Bonn Nr. 150/72 SS. 19/20.

(14) Nachfolgend die Präambel und die vier für diese Arbeit bedeutsamen Artikel des Warschauer Vertragswerkes vom 15. Mai 1955 in deutscher Übersetzung:

Präambel:

Die Vertragsschließenden Parteien haben beschlossen, unter erneuter Bekundung ihres Strebens nach Schaffung eines auf der Teilnahme aller europäischen Staaten, unabhängig von ihrer gesellschaftlichen und staatlichen Ordnung, beruhenden Systems der kollektiven Sicherheit in Europa, das ermöglichen würde, ihre Anstrengungen im Interesse der Sicherung des Friedens in Europa zu vereinigen, unter gleichzeitiger Berücksichtigung der Lage, die in Europa durch die

Ratifizierung der Pariser Verträge entstanden ist, welche die Bildung neuer militärischer Gruppierungen in Gestalt der "Westeuropäischen Union" unter Teilnahme eines remilitarisierten Westdeutschland und dessen Einbeziehung in den Nordatlantikpakt vorsehen, wodurch sich die Gefahr eines neuen Krieges erhöht und eine Bedrohung der nationalen Sicherheit der friedliebenden Staaten entsteht, in der Überzeugung, daß unter diesen Bedingungen die friedliebenden Staaten Europas zur Gewährleistung ihrer Sicherheit und im Interesse der Aufrechterhaltung des Friedens in Europa notwendige Maßnahmen ergreifen müssen, geleitet von den Zielen und Grundsätzen der Vereinten Nationen, im Interesse der weiteren Festigung und Entwicklung der Freundschaft, der Zusammenarbeit und des gegenseitigen Beistandes in Übereinstimmung mit den Grundsätzen der Achtung der Unabhängigkeit und der Souveränität der Staaten sowie der Nichteinmischung in ihre inneren Angelegenheiten, diesen Vertrag der Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand zu schließen.

Artikel 1:

Die Vertragsschließenden Parteien verpflichten sich in Übereinstimmung mit der Satzung der Organisation der Vereinten Nationen, sich in ihren internationalen Beziehungen der Drohung mit Gewalt oder ihrer Anwendung zu enthalten und ihre internationalen Streitfragen mit friedlichen Mitteln so zu lösen, daß der Weltfriede und die Sicherheit nicht gefährdet werden.

Artikel 4:

Im Falle eines bewaffneten Überfalls in Europa auf einen oder mehrere Teilnehmerstaaten des Vertrages seitens irgendeines oder einer Gruppe von Staaten wird jeder Teilnehmerstaat des Vertrages in Verwirklichung des Rechts auf

individuelle oder kollektive Selbstverteidigung in Übereinstimmung mit Artikel 51 der Satzung der Organisation der Vereinten Nationen dem Staat oder den Staaten, die einem solchen Überfall ausgesetzt sind mit den anderen Teilnehmerstaaten des Vertrages mit allen Mitteln, die ihnen erforderlich scheinen, einschließlich der Anwendung von militärischer Gewalt, erweisen. Die Teilnehmerstaaten des Vertrages werden sich unverzüglich über gemeinsame Maßnahmen beraten, die zum Zwecke der Wiederherstellung und Aufrechterhaltung des Weltfriedens und der Sicherheit zu ergreifen sind.

Artikel 5:

Die vertragsschließenden Parteien kamen überein, ein Vereinigtes Kommando derjenigen ihrer Streitkräfte zu schaffen, die nach Vereinbarung zwischen den Parteien diesem auf Grund gemeinsam festgelegter Grundsätze handelnden Kommando zur Verfügung gestellt werden. Sie werden auch andere vereinbarte Maßnahmen ergreifen, die zur Stärkung ihrer Wehrfähigkeit notwendig sind, um die friedliche Arbeit ihrer Völker zu beschützen, die Unantastbarkeit ihrer Grenzen und Territorien zu garantieren und den Schutz gegen eine mögliche Aggression zu gewährleisten.

Artikel 6:

Zur Durchführung der in diesem Vertrag vorgesehenen Beratungen zwischen den Teilnehmerstaaten des Vertrages und zur Erörterung von Fragen, die im Zusammenhang mit der Verwirklichung dieses Vertrages entstehen, wird ein Politischer Beratender Ausschuß gebildet, in den jeder Teilnehmerstaat des Vertrages ein Regierungsmitglied oder einen anderen besonders ernannten Vertreter delegiert.

Der Ausschuß kann, wenn es erforderlich ist, Hilfsorgane schaffen.

(15) Zeittafel zur Militärgeschichte der Deutschen Demokratischen Republik, Berlin (Ost) 1979, SS. 199/200.

(16) Vertrag der UdSSR mit der Tschechoslowakei vom 12.12.1943; mit Jugoslawien vom 11.4.1945; mit Polen vom 21.4.1945; mit Rumänien vom 4.2.1948; mit Ungarn vom 18.2.1948. Beistandspakte schloß die UdSSR ferner mit Finnland am 6.4.1948, der Monogolei am 27.2.1949 und China am 14.2.1950. - Ausführlich dazu: Friedrich Berber, Lehrbuch des Völkerrechts, III. Band, München 1977, SS. 171/172.

(17) Die meisten dieser Verträge bezogen sich ausdrücklich auf Beistandsleistungen im Falle der Verwicklung in Feindseligkeiten mit Deutschland oder mit einem mit Deutschland verbündeten Staat.

(18) Vertrag der UdSSR mit der CSSR vom November 1963; mit Polen vom 8.4.1965; mit Bulgarien vom 14.5.1967; mit Ungarn vom 7.9.1967; mit der CSSR vom 6.5.1970; mit Rumänien vom 7.7.1970 (jeweils mit einer Laufzeit von 20 Jahren).

(19) Derzeit bestehen insgesamt 26 Bündnisverträge zwischen den sozialistischen Ländern.

(20) Friedrich Berber, Lehrbuch des Völkerrechts, Band III, München 1977, SS. 172/173.

(21) vergl. hierzu: Friedrich Berber, Lehrbuch des Völkerrechts, III. Band, München 1977, SS. 168 - 173.

- Friedrich Ruge, Frieden und Sicherheit in: Informationen zur Politischen Bildung, Bonn Nr. 150/72, S. 19;

"Damit war schon vor Gründung der Bundesrepublik der ganze Ostblock mit Ausnahme der DDR durch ein Netz von Verträgen zusammengefaßt. Der Warschauer Pakt brachte nun dieses Werk zusammen und ergänzte es in einigen wesentlichen Punkten."

(22) Das sowjetische Regierungsblatt Iswestija beschrieb in seiner Ausgabe vom 18.5.1968 die bilateralen Verträge als Ergänzungen zum Warschauer Vertrag und als "einen organischen Bestandteil des gesamten Vertragssystems, das die sozialistischen Staaten Europas vereinigt."

(23) Am 25.3.1954 erfolgte die Anerkennung der DDR als souveräner Staat; am 5.8.1954 wurden die von den sowjetischen Besatzungsorganen erlassenen Rechtsvorschriften für die DDR für aufgehoben erklärt. Am 25.1.1955 erklärte die UdSSR den Kriegszustand mit Deutschland für beendet.

(24) Vertrag über Freundschaft, gegenseitigen Beistand und Zusammenarbeit zwischen der DDR und der UdSSR vom 12.6.1964 (GBI. I S. 131).

(25) Vertrag über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand zwischen der DDR und der UdSSR vom 7.10.1975 (GBI. I S. 237).

(26) Das gleiche gilt für die Beistandsverträge zwischen der Sowjetunion und Bulgarien von 1967, mit Ungarn von 1967, mit der Tschechoslowakei von 1970 und mit Rumänien ebenfalls von 1970.

(27) Verträge über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand wurden geschlossen zwischen der DDR und

Polen am 15.3.1967 und am 28.5.1977; mit der Tschechoslowakei am 17.3.1967 und am 3.10.1977; mit Ungarn am 28.5.1967 und am 24.3.1977; mit Bulgarien am 7.9.1967 und am 14.9.1977; mit Rumänien am 12.5.1972. Die 1977 geschlossenen Verträge haben alle eine Laufzeit von 25 Jahren.

(28) Bekanntmachung vom 9.5.1957 über das Inkrafttreten des Abkommens zwischen den Regierungen der DDR und der UdSSR über Fragen, die mit der zeitweiligen Stationierung sowjetischer Streitkräfte auf dem Territorium der DDR zusammenhängen (GBI. I S. 285),

(29) Artikel 18 lautet: Im Falle einer Bedrohung der auf dem Gebiet der Deutschen Demokratischen Republik stationierten sowjetischen Streitkräfte kann das Oberkommando der sowjetischen Truppen in der DDR nach angemessener Beratung mit der Regierung der DDR und unter Berücksichtigung der Lage sowie der von den Regierungsorganen der DDR getroffenen Maßnahmen die geeigneten Maßnahmen zur Beseitigung treffen.

(30) I.F. Iwanowski, Auf Gefechtsposten. Ein Buch über die Gruppe der Sowjetischen Streitkräfte in Deutschland, deutsche Übersetzung, Berlin (Ost) 1977, S. 11.

(31) I.I. Jakubowski, Sowjetische Militärenzyklopädie, deutsche Übersetzung, Berlin (Ost) 1979, Auswahlheft 7, S. 104.

(32) vergl. hierzu: I.I. Jakubowski, Die Kampfgemeinschaft der brüderlich verbundenen Völker und Armeen, deutsche Übersetzung, Berlin (Ost) 1977, SS. 32/33.

(33) vergl. hierzu: Lehrbuch des Völkerrechts, Band I, Berlin (Ost) 1973, SS. 196/197.

(34) vergl. hierzu: Friedrich Berber, Lehrbuch des Völkerrechts, Band I, München 1975, S. 191.

(35) Lehrbuch des Völkerrechts, Band I, Berlin (Ost) 1973, S. 197.

(36) Jens Hacker, Die Vertragsorganisation des Warschauer Paktes und die Rolle der DDR in: Die Nationale Volksarmee der DDR im Rahmen des Warschauer Paktes. Reihe Bernard und Graefe aktuell, Band 11 - Hrsg. Arbeitskreis für Wehrforschung, München 1980, S. 28.

(37) Hannelore Horn, Außenpolitik und internationale Beziehungen in: Politik im 20. Jahrhundert, Hrsg. Hans-Hermann Hartwich, Braunschweig 1977, S. 433.

(38) Ernst Richert, Evangelisches Soziallexikon, Stuttgart/Berlin (West) 1975, Stichwort: Warschauer Beistandsorganisation.

(39) Friedrich Berber, Lehrbuch des Völkerrechts, III. Band, München 1977, SS. 280-282.

- Jens Hacker, Die Vertragsorganisation des Warschauer Paktes und die Rolle der DDR in: Die Nationale Volksarmee der DDR im Rahmen des Warschauer Paktes. Reihe Bernard und Graefe aktuell, Band 11 - Hrsg. Arbeitskreis für Wehrforschung München 1980, S. 36:

"Festzuhalten gilt vor allem, daß die militärische Führungsstruktur des Warschauer Paktes nach wie vor nicht

supranational ausgestaltet ist."

(40) Das Institut für Strategische Studien in London spricht in: Streitkräfte 1979/80. Die "Military Balance". Reihe Bernard und Graefe aktuell, Band 13 - Hrsg. Arbeitskreis für Wehrforschung, München 1980, S. 37) unverständlicher-
weise vom politischen Konsultativ-Komitee.

(41) I.I. Jakubowski, Die Kampfgemeinschaft der brüderlich verbundenen Völker und Armeen, deutsche Übersetzung, Berlin (Ost) 1977, SS. 138/139.

(42) vergl. hierzu: Lehrbuch des Völkerrechts, Band I, Berlin (Ost) 1973, SS. 130/131.

(43) I.I. Jakubowski, Die Kampfgemeinschaft der brüderlich verbundenen Völker und Armeen, deutsche Übersetzung, Berlin (Ost), SS. 138/139.

(44) I.I. Jakubowski, Die Kampfgemeinschaft der brüderlich verbundenen Völker und Armeen, deutsche Übersetzung, Berlin (Ost) 1977, S. 197.

(45) I.I. Jakubowski, Die Kampfgemeinschaft der brüderlich verbundenen Völker und Armeen, deutsche Übersetzung, Berlin (Ost) 1977, S. 196.

(46) I.I. Jakubowski, Die Kampfgemeinschaft der brüderlich verbundenen Völker und Armeen, deutsche Übersetzung, Berlin (Ost) 1977, S. 139.

(47) Die Generalsekretäre bzw. Ersten Sekretäre sind zu-

gleich Vorsitzende der Nationalen Verteidigungsräte. Die Vorsitzenden der Ministerräte, die Verteidigungs- und Außenminister gehören jeweils dem ZK bzw. dem Politbüro an.

(48) Lehrbuch des Völkerrechts, Band I, Berlin (Ost) 1973, S. 133.

(49) Informationen für die Truppe, Hrsg. Streitkräfteamt der Bundeswehr, Bonn Heft 11/74, S. 20 f.

(50) Thomas M. Forster, Die NVA. Kernstück der Landesverteidigung der DDR, Köln 1979, S. 88.

(51) Allerdings ist zu berücksichtigen, daß seit 1971 auf zweiseitigen bzw. auf den "Krim-Treffen" der Generalsekretäre (bzw. Ersten Sekretäre) eine Koordinierung der politischen und militärischen Grundsatzentscheidungen erfolgt.

(52) Evangelisches Staatslexikon, Stuttgart/Berlin (West) 1975, Stichwort: Warschauer-Beistands-Organisation.

(53) DDR-Handbuch, Wissenschaftliche Leitung P.C. Ludz unter Mitwirkung von I. Kuppe. Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen, Köln 1979, Stichwort: Warschauer Pakt-

(54) Man braucht nur einmal die Kommuniqués der Tagungen zu lesen um festzustellen, welche Delegationen hieran teilnehmen.

Tagungen des PBA fanden statt 1956 (Prag), 1958 (Moskau), 1960 (Moskau), 1961 (Moskau), 1963 (Moskau), 1965 (Warschau), 1966 (Bukarest), 1968 (Sofia), 1969 (Budapest), 1970 (Moskau), 1970 (Berlin), 1972 (Prag), 1974 (Warschau), 1976 (Bukarest),

1979 (Moskau) sowie am 14. Mai 1980, zum 25jährigen Gründungstag des Warschauer Paktes, in Warschau. Rumänien blieb mehreren Konferenzen zur Abstimmung der Außenpolitik fern.

(55) Friedrich Ruge, Frieden und Sicherheit in: Informationen zur Politischen Bildung, Bonn Nr. 150/72.

(56) vergl. Berliner Zeitung, Berlin (Ost) vom 15.5.1980, S. 1.

(57) Friedrich Ruge, Frieden und Sicherheit in: Informationen zur Politischen Bildung, Bonn Nr. 150/72.

(58) Thomas M. Forster, Die NVA. Kernstück der Landesverteidigung der DDR, Köln 1979, S.

(59) DDR-Handbuch (Hrsg. Bundesministerium für innerdeutsche Fragen), Köln 1979, Stichwort: Warschauer Pakt.

(60) Wörterbuch der Außenpolitik und des Völkerrechts, Berlin (Ost) 1980, S. 616.

(61) K. Gerbet, Die Organe des Warschauer Vertrages in: Militärwesen 2/80, Berlin (Ost), S. 93.

(62) In der Staats- und Verwaltungslehre der DDR haben Kommissionen beratenden Charakter (so u.a. die Kommission für Nationale Sicherheit beim Politbüro der SED; die Kommissionen der Bezirks- und Kreisvertretungen; die Kommissionen des RGW). Keineswegs haben Kommissionen -wie vielfach im Westen dargestellt wird- leitende Funktionen.

(63) Der Begriff Komitee wird in der Staats- und Verwaltungslehre der DDR verschieden gebraucht. Im Rahmen der multinationalen Organisationen RGW und WP wird unter einem Komitee ein Leitungsorgan verstanden, das sich aus den zuständigen nationalen Ressortchefs zusammensetzt. Sie dienen der Zusammenarbeit auf zentralen Gebieten der Wirtschafts-, Außen- und Militärpolitik. Im Bereich des RGW bestehen derzeit drei Komitees (für Planungstechnik, wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit und auf dem Gebiet der materiell-technischen Versorgung).

Im Rahmen des WP bestehen ebenfalls drei Komitees (Komitee der Außenminister, Komitee der Verteidigungsminister und Technisches Komitee). Arbeitsorgan des Komitees der Außenminister ist das Vereinigte Sekretariat. Das Arbeitsorgan des Komitees der Verteidigungsminister und des Technischen Komitees ist der Stab beim Oberkommandierenden des Vereinigten Kommandos.

(64) Tagungen der Außenminister des WP finden alljährlich statt, so 1977 in Moskau, 1978 in Sofia, 1979 in Budapest und in Berlin (Ost), 1980 in Warschau.

(65) DDR-Handbuch (Hrsg. Bundesministerium für innerdeutsche Fragen, Köln 1979, Stichwort: Warschauer Pakt).

(66) Zum Begriff Komitee in der Staats- und Verwaltungslehre der DDR, vergl. Anm. 63.

(67) Die Darstellungen aus dem Ostblock weisen seit 1979 folgende Rangfolge der militärischen Führungsorgane des WP auf

- Komitee der Verteidigungsminister,

- Vereintes Kommando mit dem Oberkommandierenden,
- Militärtrat der Vereinten Streitkräfte,
- Stab der Vereinten Streitkräfte,
- Technisches Komitee.

(68) I.I. Jakubowski, Die Kampfgemeinschaft der brüderlich verbundenen Völker und Armeen, deutsche Übersetzung, Berlin (Ost) 1977, SS. 197/198.

(69) Jens Hacker (Die Vertragsorganisation des Warschauer Paktes und die Rolle der DDR in: Die Nationale Volksarmee der DDR im Rahmen des Warschauer Paktes. Reihe Bernard und Graefe aktuell. Band 11 - Hrsg. Arbeitskreis für Wehrforschung München 1980, S. 34) bemerkt zutreffend, daß westliche Arbeiten aus den siebziger Jahren das Komitee der Verteidigungsminister nicht -oder nur kurz und ungenau- erwähnen. Das gilt auch für die 1972 von Friedrich Ruge publizierte Arbeit (Frieden und Sicherheit in: Informationen zur Politischen Bildung, Bonn Nr. 150/72). Das Komitee der Verteidigungsminister wird von Ruge nicht erwähnt. In einem Schaubild ist -ohne nähere Erklärung- von einem Ausschuß der Verteidigungsminister die Rede. Für Ruge ist 1972 das beherrschende Organ des WP das Vereinte Oberkommando.

- Hannelore Horn, Außenpolitik und internationale Beziehungen in: Politik im 20. Jahrhundert (Hrsg. Hans-Hermann Hartwich), Braunschweig 1977, S. 433) erwähnt ebenfalls das Komitee der Verteidigungsminister nicht.

- Das Internationale Institut für Strategische Studien in London (Streitkräfte 1979/80. Die "Military Balance", London Reihe Bernard und Graefe aktuell. Band 13 - Hrsg. Arbeitskreis für Wehrforschung München 1980, S. 38) spricht von einem "Rat der Verteidigungsminister".

- Das Handbuch der DDR (Hrsg. Ministerium für innerdeutsche Beziehungen, Bonn 1979, Stichwort: Warschauer Pakt) nennt das Komitee der Verteidigungsminister erst nach dem Vereinigten Oberkommando.

(70) Unverständlich ist die Behauptung im DDR-Handbuch (Hrsg. Bundesministerium für innerdeutsche Fragen, Köln 1979, Stichwort: Warschauer Pakt), daß die nationalen Verteidigungsminister auch nach 1969 noch Stellvertreter des Oberkommandierenden sind.

(71) Tagungen des Komitees der Verteidigungsminister fanden 1969 (Moskau), 1970 (Sofia), 1971 (Budapest), 1972 (Berlin), 1973 (Warschau), 1974 (Bukarest), 1975 (Moskau), 1975 (Prag), 1976 (Sofia), 1977 (Budapest), 1978 (Berlin), 1979 (Warschau) und 1980 (Warschau) statt.

(72) Ein Hinweis über das so wichtige Arbeitsorgan des Komitees der Verteidigungsminister fehlt in allen vorliegenden westlichen Analysen.

(73) In westlichen Darstellungen werden u.a. auch die Bezeichnungen Vereintes Oberkommando, Oberkommando und Vereinigtes Kommando verwandt.

- Jens Hacker (Die Vertragsorganisation des Warschauer Paktes und die Rolle der DDR in: Die Nationale Volksarmee der DDR im Rahmen des Warschauer Paktes. Reihe Bernard und Graefe aktuell. Band 11 - Hrsg- Arbeitskreis für Wehrforschung - München 1980, S. 30) gebraucht sowohl die Bezeichnungen Vereintes Kommando als auch Oberkommando der Vereinten Streitkräfte.

- Friedrich Bérber (Lehrbuch des Völkerrechts, III. Band,

München 1977, S. 282) spricht vom "Obersten Kommando der Vereinigten Streitkräfte".

- Das IISS in London (Streitkräfte 1979/80. Die "Military Balance", London, Reihe Bernard und Graefe aktuell. Band 13 - Hrsg. Arbeitskreis für Wehrforschung - München 1980, S. 38) spricht vom Vereinigten Kommando.

- Ernst Richert (Evangelisches Staatslexikon, Stuttgart/Berlin (West) 1975, Stichwort: Warschauer Beistands-Organisation) gebraucht "Vereintes Oberkommando". Ebenso:

- Friedrich Wiener (Die Armeen des Warschauer Paktes, München 1974, S. 14).

- DDR-Handbuch (Hrsg. Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen, Köln 1979, Stichwort: Warschauer Pakt) und

- Thomas M. Forster (Die NVA. Kernstück der Landesverteidigung der DDR, Köln 1979, S. 90).

(74) I.I. Jakubowski, Die Kampfgemeinschaft der brüderlich verbundenen Völker und Armeen, deutsche Übersetzung, Berlin (Ost) 1977, SS. 199/120.

(75) GBl. II S. 61.

(76) Leiter der Verbindungsstelle beim Minister für Nationale Verteidigung der DDR ist derzeit Generaloberst Michail Tankajew.

(77) Deutsches Militärlexikon, Berlin (Ost) 1962, Stichwort: Oberkommando.

(78) Die Tschechoslowakische Volksarmee, deutsche Übersetzung, Berlin (Ost) 1979, S. 197.

(79) Es erscheint unverständlich, daß die bisherigen westlichen Analysen auf die Befugnisse des Oberkommandierenden des WP im Krisenfall nicht eingehen.

(80) Wenn auch die Führungsorganisation des Vereinten Kommandos nicht veröffentlicht wurde, so legt die bisherige sowjetische Führungspraxis die Vermutung nahe, daß dem Oberkommandierenden des WP folgende Kommandos unterstehen, die von Oberbefehlshabern geführt werden.

- Das Kommando der Vereinten Ostseeflotte: Sie wird befehligt vom Oberbefehlshaber (Befehlshaber) der Baltischen-Rot-Banner-Flotte. Die Befehlshaber der Polnischen Seekriegsflotte und der Volksmarine sind im Kriegsfall dem Oberbefehlshaber unterstellt.

- Das Kommando der Vereinten Schwarzmeerflotte: Sie wird befehligt vom Oberbefehlshaber (Befehlshaber) der sowjetischen Schwarzmeer-Flotte. Diesem Kommando sind im Kriegsfall auch die Seestreitkräfte Bulgariens und Rumäniens unterstellt.

- Das Kommando der Ersten Strategischen Staffel: Es umfaßt den Bereich Mitteleuropa. Das Kommando wird im Frieden in Personalunion vom Oberkommandierenden des WP direkt geführt. Dem Kommando sind nachgeordnet die Oberbefehlshaber der Sowjetischen Streitkräfte in der DDR (Gruppe der Sowjetischen Streitkräfte in Deutschland), in Polen (Gruppe Nord) und in der CSSR (Gruppe Zentral); ferner die nationalen operativen Kräfte Polens, der CSSR und der DDR. Den Oberbefehl über diese Kräfte dürften im Kriegsfall -wie auch schon im Frieden und bei Manövern- die nationalen Verteidigungsminister führen. Die Truppenführung der operativen Verbände dürfte über die Befehlshaber der Militärbezirke erfolgen. Im Kriegsfall dürfte dem Oberbefehlshaber der GSSD

eine besondere Rolle zukommen.

- Das Kommando der Luftverteidigung der Ersten Strategischen Staffel. Es wird in Personalunion vom Chef der sowjetischen Heimatluftverteidigung geführt. Ihm sind schon im Frieden im Rahmen des Diensthabenden Systems die in Polen, der CSSR und in der DDR stationierten sowjetischen taktischen Fliegerkräfte unterstellt; ferner die Luftverteidigungskräfte Polens, der CSSR und der DDR.

- Das Kommando Donau: Es umfaßt den Bereich Südosteuropa. Nach der sowjetischen Führungspraxis dürfte das Kommando in Personalunion vom Oberbefehlshaber der sowjetischen Streitkräfte in Ungarn geleitet werden. Im Kriegsfall sind die Verteidigungsminister Ungarns, Rumäniens und Bulgariens Oberbefehlshaber ihrer nationalen operativen Streitkräfte.

- Das Kommando der Luftverteidigung Donau: Befehlshaber dürfte der Chef des sowjetischen Luftverteidigungsbezirks Ukraine-Krim sein.

Es sei nochmals betont, daß es sich bei den Angaben über die dem Oberkommandierenden des WP unterstellten Kommandos nicht um gesicherte Erkenntnisse handelt, sondern um Aussagen, die auf Grund der bisherigen Führungsstruktur der Sowjetarmee (mit allem Vorbehalt) gemacht werden.

(81) Das IISS spricht vom "Militär-Stab" (Streitkräfte 1979/80. Die "Military Balance", London, Reihe Bernard und Graefe aktuell, Band 13 - Hrsg. Arbeitskreis für Wehrforschung - München 1980, S. 38).

(82) I.I.Jakubowski, Die Kampfgemeinschaft der brüderlich verbundenen Völker und Armeen, deutsche Übersetzung, Berlin (Ost) 1977, S. 202.

(83) Tagungen des Stabes der Vereinten Streitkräfte fanden u.a. 1969 (Moskau), 1971 (Budapest) und 1975 (Berlin) statt.

(84) I. I. Jakubowski, Die Kampfgemeinschaft der brüderlich verbundenen Völker und Armeen, deutsche Übersetzung, Berlin (Ost) 1977, S. 202.

(85) Nach Jens Hacker (Die Vertragsorganisation des Warschauer Paktes und die Rolle der DDR in: Die Nationale Volksarmee der DDR im Rahmen des Warschauer Paktes. Reihe Bernard und Graefe aktuell. Band 11 - Hrsg. Arbeitskreis für Wehrforschung, München 1980, S. 31) ist der Hauptstab der NVA zugleich Befehlsstelle für die Landstreitkräfte der NVA. Diese Aussage trifft nicht zu. Seit 1972 besteht ein Kommando der Landstreitkräfte der NVA.

(86) Chef des Stabes des Vereinten Kommandos waren die sowjetischen Armeegenerale A.I. Antonow (von Mai 1955 bis Oktober 1962), P.I. Batow (von Oktober 1962 bis November 1966), M.I. Kasakow (von November 1965 bis April 1968), S.M. Schtemenko (von August 1968 bis April 1976). Seit Oktober 1976 ist A.I. Gribkow Chef des Stabes.

(87) I.I. Jakubowski, Die Kampfgemeinschaft der brüderlich verbundenen Völker und Armeen, deutsche Übersetzung, Berlin (Ost) 1977, SS. 202/203.

(88) Diese Auffassung wird u.a. von Ernst Richert (Evangelisches Staatslexikon, Stuttgart/Berlin (West) 1975, Stichwort: Warschauer Beistandsorganisation) vertreten.

(89) Jens Hacker, Die Verteidigungsorganisation des Warschauer Paktes und die Rolle der DDR in: Die Nationale Volksarmee der DDR im Rahmen des Warschauer Paktes. Reihe Bernard und Graefe aktuell. Band 11 - Hrsg. Arbeitskreis für Wehrforschung, München 1980, S. 35.

(90) Streitkräfte 1979/80. Die "Military Balance" des Internationalen Instituts für Strategische Studien, London, Reihe Bernard und Graefe aktuell. Band 13 - Hrsg. Arbeitskreis für Wehrforschung, München 1980, S. 38.

(91) Dieses Prinzip wird sowohl in der Militärliteratur des Ostblocks als auch in der Verwaltungslehre der DDR seit Jahren eingehend abgehandelt.

(92) Tagungen des Militärrates fanden statt 1969 (Moskau), 1970 (Budapest), 1970 (Varna), 1971 (Berlin), 1972 (Bukarest), 1972 (Minsk), 1973 (Sofia), 1973 (Prag), 1974 (Budapest), 1974 (Berlin), 1975 (Warschau), 1975 (Bukarest), 1976 (Kiew), 1977 (Prag), 1977 (Sofia), 1978 (Budapest), 1978 (Berlin), 1979 (Warschau), und vom 20. bis 23. Mai 1980 in Moskau.

(93) I.I. Jakubowski, Die Kampfgemeinschaft der brüderlich verbundenen Völker und Armeen, deutsche Übersetzung, Berlin (Ost) 1977, S. 201.

(94) I.I. Jakubowski, Die Kampfgemeinschaft der brüderlich verbundenen Völker und Armeen, deutsche Übersetzung, Berlin (Ost) 1977, S. 201.

(95) Westliche Publikationen erwähnen das Technische Komitee i.d.R. überhaupt nicht.

- Thomas M. Forster (Die NVA. Kernstück der Landesverteidigung der DDR, Köln 1979, S. 90) spricht unter Verweis auf Michael Csizmas (Tatsachen und Meinungen, Der Warschauer Pakt, Bern 1972, S. 25) von einem Komitee für Standardisierung der Militärtechnik. Über die Aufgaben und die Zusammensetzung dieses rüstungswirtschaftlichen Leitungsorgans des WP werden keine Angaben gemacht.

(96) Wörterbuch der Außenpolitik und des Völkerrechts, Berlin (Ost) 1980, SS. 616/617.

(97) I.I.Jakubowski, Die Kampfgemeinschaft der brüderlich verbundenen Völker und Armeen, deutsche Übersetzung, Berlin (Ost) 1977, SS. 203/204.

(98) vergl. hierzu: S.M. Schtemenko, Stichwort: Warschauer Vertrag, in: Sowjetische Militärenzyklopädie, deutsche Übersetzung, Auswahl Heft 7, Berlin 1979, S. 112. Er behandelt die Vereinten Streitkräfte als eine selbständige Einrichtung des WP.

(99) Jens Hacker, Die Vertragsorganisation des Warschauer Paktes und die Rolle der DDR in: Die Nationale Volksarmee der DDR im Rahmen des Warschauer Paktes. Reihe Bernard und Graefe aktuell, Band 11 - Hrsg. Arbeitskreis für Wehrforschung, München 1980, S. 30.

(100) Streitkräfte 1979/80, Die "Military Balance", London. Reihe Bernard und Graefe aktuell. Band 13 - Hrsg. Arbeitskreis für Wehrforschung, München 1980, S. 38.

(1o1) Friedrich Ruge, Frieden und Sicherheit in: Informationen zur Politischen Bildung, Bonn Nr. 15o/72, S. 2o.

(1o2) Friedrich Wiener, Die Armeen der Warschauer-Pakt-Staaten, München 1974, S. 16/17.

(1o3) I.I. Jakubowski, Die Kampfgemeinschaft der brüderlich verbundenen Völker und Armeen, deutsche Übersetzung, Berlin (Ost) 1977, SS. 236/237.

(1o4) Die Geschichte der Polnischen Armee, deutsche Übersetzung, Berlin (Ost) 1977, S. 241.

(1o5) vergl. I.I. Jakubowski, Die Kampfgemeinschaft der brüderlich verbundenen Völker und Armeen, deutsche Übersetzung, Berlin (Ost) 1977, S. 14o und SS. 236/237.

(1o6) vergl. Kleines Politisches Wörterbuch, Berlin (Ost) 1978, S. 944, Stichwort: Warschauer Vertrag.

(1o7) Die Geschichte der Polnischen Armee, deutsche Übersetzung, Berlin (Ost) 1977, SS. 264 - 267.

(1o8) Die Tschechoslowakische Volksarmee, deutsche Übersetzung, Berlin (Ost) 1979, S. 239.

(1o9) Die Tschechoslowakische Volksarmee, deutsche Übersetzung, Berlin (Ost) 1979, S. 19o.

(11o) Sport und Technik, Berlin (Ost) Heft 7/8o, S. 3.

(111) vergl. hierzu im Anhang das Stichwort: Warschauer Pakt. Hier sind die größeren Truppenübungen und Manöver des WP aufgeführt.

(112) Auch besteht kein Gremium, das in etwa mit der Nuklearen Planungsgruppe der NATO vergleichbar wäre.

(113) Wolfgang Müller/Rudolf Oelschlägel, Streitkräfte im Klassenkampf unserer Zeit in: Serie Politik und Landesverteidigung, Berlin (Ost) 1972, SS. 88/89.

(114) Friedrich Berber, Lehrbuch des Völkerrechts, Band III, München 1977, S. 154.

(115) vergl. hierzu: Friedrich Berber, Lehrbuch des Völkerrechts, Band III, München 1977, SS. 154 - 159.

(116) Friedrich Berber, Lehrbuch des Völkerrechts, III. Band, München 1977, S. 158.

(117) Friedrich Berber, Lehrbuch des Völkerrechts, III. Band, München 1977, S. 159.

(118) Joachim Georg Görlich (Nach dem "Polnischen August": Die sowjetische "Gruppe Nord" und Polens Volksarmee in: Europäische Wehrkunde, München Nr. 4/81, SS. 162/163) behauptet zwar, die Streitkräfte Polens führen den Namen "Volksarmee", aber er belegt diese Auffassung nicht. Auch die von ihm vertretene These, daß die sowjetische "Baltische Rotbannerflotte" in Polen feste Stützpunkte besitzt, stimmt nicht mit den Erkenntnissen überein.

(119) Die Stärke betrug 1974 über 800 Mann.

(120) I.I. Jakubowski, Die Kampfgemeinschaft der brüderlich verbundenen Völker und Armeen, deutsche Übersetzung, Berlin (Ost) 1977, S. 266.

(121) Im DDR-Handbuch (Hrsg. Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen, Köln 1979, Stichwort: Warschauer Pakt) heißt es u.a.:

"Als einzige Armee ist die NVA voll in die Vereinten Streitkräfte integriert. Sie besitzt keinen Generalstab."

(122) National-Zeitung, Berlin (Ost) vom 14.4.1971.

(123) vergl. hierzu: Militärmedizin. Lehrbuch, Berlin (Ost) 1978, S. 44 und NVA in Stichworten, Bonn 1977, Stichwort: Urania.

(124) Stephan Tiedtke, Die Stellung der DDR im Warschauer Pakt in: Die Nationale Volksarmee. Ein Anti-Weißbuch zum Militär in der DDR, Reinbek bei Hamburg 1976, SS. 42 - 55.

(125) vergl. hierzu: auch Anm. 105.

(126) vergl. hierzu im Anhang die Stichworte: Krieg, Militär und Wehr.

(127) DDR-Handbuch (Hrsg. Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen, Köln 1979, Stichwort: Warschauer Pakt).

(128) vergl. hierzu: Stephan Tiedtke, Die Stellung der DDR in der Warschauer-Vertrags-Organisation in: Die Nationale Volksarmee. Ein Anti-Weißbuch zum Militär in der DDR, Hrsg. Freimut Duve, Reinbek bei Hamburg 1976, SS. 51 - 54.

(129) I.I. Jakubowski, Die Kampfgemeinschaft der brüderlich verbundenen Völker und Armeen, deutsche Übersetzung, Berlin (Ost) 1977, S. 258.

- vergl. hierzu auch: Das philosophische Erbe W.I. Lenins und die Probleme des modernen Krieges, deutsche Übersetzung, Berlin (Ost) 1974, S. 103:

"Die Nationale Volksarmee der DDR entstand zu einer Zeit, als im Lande die sozialistische Revolution bereits gesiegt hatte. Sie war daher von Anfang an eine Armee sozialistischen Typs."

(130) Diese Sonderstellung der DDR wird vornehmlich ideologisch begründet. Marx und Engels -beide waren deutscher Nationalität- gelten im Ostblock als die Begründer der sozialistischen Militärtheorie.

Lebenslauf

Mein Name ist Hans Ullrich Hermann Rühmland, der Rufname (kurz) Ullrich.

Geboren wurde ich in Golzow/Zauche, und zwar am 22. Mai 1928. Mein Geburtsort liegt im heutigen Kreis Brandenburg. Ich habe keine Geschwister.

Mein Vater war Lehrer, zuerst in Golzow, ab 1941 in Brandenburg/Havel. Er kam 1945 in sowjetische Gefangenschaft. Ende 1946 ist er im Lager Jamlitz umgekommen. Meine Mutter ist 1978 verstorben.

Die Volksschule besuchte ich in meinem Geburtsort (1934 - 1938); in Brandenburg das Städtische Realgymnasium "von-Saldern-Schule" (1938 - 1947). Die Schulzeit wurde 1945 durch eine Einberufung zum Volkssturm und durch das Kriegsende unterbrochen.

Am 21. Juni 1947 legte ich die Reifeprüfung ab.

Aus politischen Gründen wurde mir von den Behörden der SBZ die Einschreibung zum Studium verweigert.

Nach dem Abitur war ich zunächst für die "Märkische Union (CDU-Zeitung für das Land Mark Brandenburg) tätig.

Zum Sommersemester 1948 konnte ich mich an der unter Viermächteverwaltung stehenden Pädagogischen Hochschule von Groß-Berlin einschreiben.

Im Zuge der Spaltung der Stadt Berlin (1948/49) mußte ich die DDR und Berlin (Ost) verlassen.

Zum Wintersemester 1949/50 wurde ich an der Deutschen Hochschule für Politik in Berlin (West) immatrikuliert. Nach vier Semestern legte ich die Zwischenprüfung ab; nach weiteren drei Semestern die Diplomprüfung.

Ich war ferner studentischer Mitarbeiter am Institut für Kommunalwissenschaften und am Institut für Politische Wissenschaften.

Nach dem 17. Juni 1953 war ich damit beauftragt, den Ablauf der Ereignisse über den Volksaufstand festzuhalten. Eine Promotion konnte aus finanziellen Gründen nicht verfolgt werden.

Im August 1953 nahm ich eine Stellung beim Süddeutschen Rundfunk in Stuttgart an. Für das Ev. Hilfswerk fertigte ich eine Studie über die Lage der Flüchtlinge in Baden-Württemberg an.

Von 1954 bis 1955 war ich beim Südwestfunk in Baden-Baden beschäftigt.

Im Frühjahr 1955 siedelte ich nach Bonn über.

Ich war als freier Publizist und als Mitarbeiter für mittelständische Industriebetriebe und Verbände im Märkischen Sauerland tätig.

Von 1956 bis 1965 war ich Herausgeber des Berlin-Brandenburger Kuriers. Unter Bundesminister Professor Dr. Oberländer arbeitete ich u.a. auch mit an der Chronik über die Vertreibung.

Seit 1958 verfolge ich intensiv die militärische und die militärpolitische Entwicklung in den Staaten des Warschauer Paktes. Im Jahre 1960 erfolgte die Mitarbeit im Verlagswesen (Bonner-Druck- und Verlagsgesellschaft). Zur Vertiefung und Erweiterung der Studien über das Militärwesen (NATO und Warschauer Pakt) nahm ich im Sommersemester 1974 ein Studium an der Westfälischen Wilhelms-Universität in Münster auf, und zwar zunächst im Fachbereich 3. Das Studium der Rechtswissenschaft erschien mir eine unerläßliche Voraussetzung für die Beurteilung der Wehrverfassungen und der wehrrechtlichen Bestimmungen in Staaten des Warschauer Paktes. Im Sommersemester 1978 folgten Studiengänge im Fachbereich 10 (insbesondere Militärgeschichte und Wehrwissenschaften sowie Politikwissenschaft) mit dem Ziel, eine erste umfassende wissenschaftliche Arbeit über die Bewaffneten Kräfte und die Paramilitärischen Verbände der DDR vorzulegen.

Seit dem 4. Juni 1954 bin ich mit der Publizistin Regina Bethke verheiratet. Wir haben zwei Söhne (Ullrich, geb. am 27.2.1953 in Bonn; Stephan, geb. am 4.11.1961 in Bonn), die derzeit beide studieren.

Meine akademischen Lehrer waren die Herren Professoren Drath, Fraenkel, von der Gablentz, Hahlweg, Küchenhoff, Tiburtius und Wittkämper.

